



Statistischer Bericht



Wirtschaft in Sachsen

Ergebnisse der amtlichen Statistik
2009

Z 1 2 - j/09

Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Inhalt

	Seite
Abbildungsverzeichnis	3
Tabellenverzeichnis	5
Vorbemerkungen	7
Ergebnisdarstellung	
1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Sachsen 2009	9
Wirtschaftswachstum	9
Wirtschaftsentwicklung und Wachstumsbeiträge	9
Leistungsstruktur	11
Veränderungspotenziale	14
Produktivitätsentwicklung im Vergleich zum gesamtdeutschen Niveau – Pro-Kopf-Produktivität	15
Produktivitätsentwicklung im Vergleich zum gesamtdeutschen Niveau – Stundenproduktivität	17
2. Entwicklung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Sachsens	19
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	19
Baugewerbe	20
Energie- und Wasserversorgung	22
Binnenhandel	22
Gastgewerbe	23
Sonstige Dienstleistungsbereiche (Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen)	23
Landwirtschaft	24
3. Arbeitskosten, Lohnkosten und Lohnstückkosten	26
Arbeitnehmerentgelt	26
Arbeitskostenstruktur	27
Verhältnis von Arbeitnehmerentgelten zur Bruttowertschöpfung	29
Lohnkosten	29
Lohnstückkosten	32
4. Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	34
Erwerbstätige	34
Erwerbstätigenstruktur	34
Arbeitsvolumen	36
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	39
Pendler und Pendlerverhalten	40
Arbeitslosigkeit	43
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	45
5. Unternehmensstruktur, Gewerbeanzeigen und Insolvenzen	47
Unternehmensstruktur	47
Gewerbeanmeldungen	49
Gewerbeabmeldungen	50
Insolvenzen	51
6. Außenhandel und Außenhandelspartner	54
Ausfuhr	54
Einfuhr	56

	Seite
7. Verbraucherpreisindex und Preisindizes für Bauwerke	60
Verbraucherpreisindex	60
Ausgewählte Baupreisindizes	63
8. Einkommen und Konsum der privaten Haushalte	64
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	64
Private Konsumausgaben der privaten Haushalte	66
Sparvolumen der privaten Haushalte	67
Tabellenanhang	
Teil I: Wirtschaftsentwicklung in Sachsen	69
Teil II: Sachsens Wirtschaft im Vergleich	93
Methodische Hinweise	121
Definitionen	127

Abbildungsverzeichnis

	Seite	
Abb. 1	Eckdaten der sächsischen Wirtschaft 2009	7
Abb. 2	Bruttoinlandsprodukt 2000 bis 2009	9
Abb. 3	Bruttoinlandsprodukt 2009 nach Ländern	10
Tab. T1	BIP-Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche und des Zwischenpostens 2000 bis 2009	11
Abb. 4	BIP-Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche und des Zwischenpostens 2007, 2008 und 2009	12
Abb. 5	Bruttowertschöpfung 1995 und 2000 bis 2009 nach Wirtschaftsbereichen	13
Abb. 6	Bruttowertschöpfung und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen 2009 nach Wirtschaftsbereichen	14
Abb. 7	Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen 2000, 2005 und 2009 nach Wirtschaftsbereichen	16
Abb. 8	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und je geleisteter Arbeitsstunde 2000 bis 2009	17
Abb. 9	Gesamtumsatz und Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe 2008 und 2009 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	19
Abb. 10	Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe 2009 nach Wirtschaftszweigen	20
Abb. 11	Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe 2000 bis 2009 nach Bauarten	21
Abb. 12	Umsätze in den Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung 1998 bis 2007 nach Wirtschaftszweigen	22
Abb. 13	Beschäftigte in den Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung 1998 bis 2007 nach Wirtschaftszweigen	22
Abb. 14	Umsatz im Binnenhandel und Gastgewerbe 2008 und 2009	22
Abb. 15	Beschäftigte im Binnenhandel und Gastgewerbe 2008 und 2009	22
Abb. 16	Umsatz in Verkehr und Nachrichtenübermittlung 2006 und 2007	23
Abb. 17	Umsatz in Verkehr und Nachrichtenübermittlung 2007 nach Wirtschaftszweigen	23
Abb. 18	Umsatz in Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g. 2006 und 2007	24
Abb. 19	Umsatz in Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g. 2007 nach Wirtschaftszweigen	24
Abb. 20	Produktionswert und Verkaufserlöse in der Landwirtschaft 1999 bis 2008	25
Abb. 21	Arbeitnehmerentgelt sowie Bruttolöhne und -gehälter 2000 bis 2009	26
Abb. 22	Arbeitnehmerentgelt 2009 nach Ländern	27
Abb. 23	Arbeitnehmerentgelt 1995 und 2000 bis 2009 nach Wirtschaftsbereichen	28
Abb. 24	Lohnkosten 2000, 2005 und 2009 nach Wirtschaftsbereichen	30
Abb. 25	Lohnkosten 2000, 2005 und 2009 nach Wirtschaftsbereichen	31
Abb. 26	Lohnstückkosten 2009 nach Wirtschaftsbereichen	32

	Seite	
Abb. 27	Erwerbstätige 2000 bis 2009	34
Abb. 28	Erwerbstätige 2009 nach Ländern	35
Abb. 29	Erwerbstätige 1995 und 2000 bis 2009 nach Wirtschaftsbereichen	36
Abb. 30	Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen 2009 nach Wirtschaftsbereichen	37
Abb. 31	Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 2009 nach Ländern	38
Abb. 32	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Arbeitsortkonzept) am 30. Juni 2000 bis 2009 nach Arbeitszeit	39
Abb. 33	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Pendler am 30. Juni 2000 bis 2009 nach Geschlecht	40
Abb. 34	Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gegenüber den Bundesländern und dem Ausland am 30. Juni 2009	41
Abb. 35	Arbeitslose 2000 bis 2009 nach Geschlecht	43
Abb. 36	Arbeitslosenquote 2009 nach Ländern	44
Abb. 37	Arbeitslose und Langzeitarbeitslose 2000 bis 2009	45
Abb. 38	Kurzarbeiter und Teilnehmer an ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen 2005 bis 2009	46
Abb. 39	Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen	48
Abb. 40	Gewerbeanzeigen 2000 bis 2009	49
Abb. 41	Gewerbeanzeigen 2008 und 2009 nach Wirtschaftsbereichen	50
Abb. 42	Insolvenzen 2000 bis 2009	52
Abb. 43	Unternehmensinsolvenzen in den am stärksten besetzten Wirtschaftsbereichen 2008 und 2009	53
Abb. 44	Ausfuhr und Einfuhr 2000 bis 2009	54
Abb. 45	Ausfuhr (Spezialhandel) 2009 nach den zehn wichtigsten Exportpartnern	55
Abb. 46	Ausfuhr (Spezialhandel) 2000 bis 2009 nach Kontinenten	56
Abb. 47	Einfuhr (Generalhandel) 2009 nach den zehn wichtigsten Importpartnern	57
Abb. 48	Einfuhr (Generalhandel) 2000 bis 2009 nach Kontinenten	58
Abb. 49	Jahresteuersraten 2000 bis 2009	60
Abb. 50	Jahresteuersraten 2009 nach Hauptgruppen	60
Abb. 51	Jahresteuersraten 2009 nach Ländern	61
Abb. 52	Jahresteuersraten ausgewählter Baupreisindizes 2008 und 2009	62
Abb. 53	Einkommensumverteilung im Sektor private Haushalte 2000, 2007 und 2008	64
Abb. 54	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 1999 bis 2008 nach Regionen	66
Abb. 55	Konsumausgaben der privaten Haushalte je Einwohner 1999 bis 2008 nach Regionen	67
Abb. 56	Sparquote der privaten Haushalte 1999 bis 2008 nach Regionen	68

Tabellenverzeichnis

	Seite
<i>Teil 1: Wirtschaftsentwicklung in Sachsen</i>	69
1.1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	69
1.2 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	70
1.3 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	70
1.4 Arbeitnehmerentgelt nach Wirtschaftsbereichen	71
1.5 Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen	71
1.6 Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	72
1.7 Erwerbstätige und Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	73
1.8 Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	74
1.9 Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	74
1.10 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Alter, Arbeitszeit und Geschlecht	75
1.11 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Pendlerverhalten und Geschlecht	76
1.12 Landwirtschaft	77
1.13a Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe (gemäß WZ 2008)	78
1.13b Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe (gemäß WZ 2003)	79
1.14 Baugewerbe und Baugenehmigungen	80
1.15 Energie- und Wasserversorgung	81
1.16 Binnenhandel und Gastgewerbe	82
1.17 Ausgewählte Dienstleistungsbereiche	83
1.18 Arbeitsmarkt	84
1.19 Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsbereichen	85
1.20 Gewerbeanmeldungen	86
1.21 Gewerbeabmeldungen	87
1.22 Insolvenzen	88
1.23 Ausfuhr (Spezialhandel)	89
1.24 Einfuhr (Generalhandel)	90
1.25 Verbraucherpreisindex – Jahresteuersraten nach Haupt- und ausgewählten Gütergruppen	91
1.26 Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	92
1.27 Private Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte	92

	Seite
<i>Teil 2: Sachsens Wirtschaft im Vergleich</i>	93
2.1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	93
2.2 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	94
2.3 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	95
2.4 Arbeitnehmerentgelt nach Wirtschaftsbereichen	95
2.5 Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen	96
2.6 Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	97
2.7 Erwerbstätige und Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	98
2.8 Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	99
2.9 Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	99
2.10 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Alter, Arbeitszeit und Geschlecht	100
2.11 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Pendlerverhalten und Geschlecht	101
2.12 Agrarstruktur	102
2.13 Produktionswerte und Verkaufserlöse in der Landwirtschaft	102
2.14a Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe (gemäß WZ 2008)	103
2.14b Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe (gemäß WZ 2003)	104
2.15a Verarbeitendes Gewerbe (gemäß WZ 2008)	105
2.15b Verarbeitendes Gewerbe (gemäß WZ 2003)	106
2.16 Baugewerbe	107
2.17 Energie- und Wasserversorgung	108
2.18 Binnenhandel und Gastgewerbe	109
2.19 Ausgewählte Dienstleistungsbereiche	110
2.20 Arbeitsmarkt	111
2.21 Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsbereichen	112
2.22 Gewerbeanmeldungen	113
2.23 Gewerbeabmeldungen	114
2.24 Insolvenzen	115
2.25 Ausfuhr (Spezialhandel)	116
2.26 Einfuhr (Generalhandel)	117
2.27 Verbraucherpreisindex – Indizes und Jahresteuersraten nach Haupt- und ausgewählten Gütergruppen	118
2.28 Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	119
2.29 Private Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte	120

Vorbemerkungen

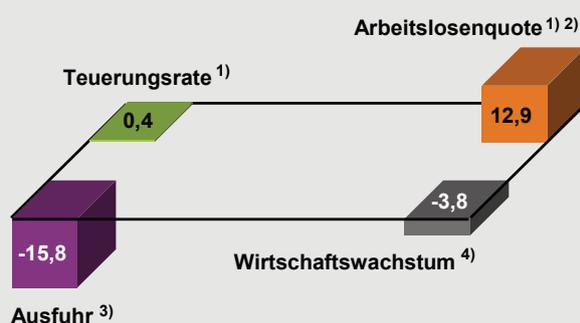
In diesem Statistischen Bericht wird anhand von Daten der amtlichen Statistik die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat Sachsen für das Jahr 2009 dargestellt. Dabei greifen die Analysen eine Vielzahl von Themenfeldern auf, die zunächst prinzipiell auf Landesebene veranschaulicht werden. Um Entwicklungs- und Strukturvergleiche zu anderen Regionen zu ermöglichen, wird das Datenangebot in der Regel aber um Vergleichsangaben für Deutschland und die beiden Großraumregionen „Neue Länder“ und „Alte Länder“ ausgeweitet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Ausweis von Ergebnissen zu den Großraumregionen in den Fachstatistiken nicht einheitlich gehandhabt wird, sondern sowohl „mit Berlin“ als auch „ohne Berlin“ erfolgen kann. Im vorliegenden Statistischen Bericht werden die Großraumregionen grundsätzlich „ohne Berlin“ ausgewiesen, auf Ausnahmen ist an entsprechender Stelle hingewiesen. Im Vergleich zur Vorjahrespublikation wurde der Jahreswirtschaftsbericht für Sachsen 2009 weiterentwickelt, umfassend inhaltlich „gestrafft“ und an einigen Stellen methodisch an die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) angepasst. Exemplarisch seien hierzu die Analysen zur Unternehmensstruktur und zur wirtschaftlichen Entwicklung anhand ausgewählter konjunkturstatistischer Kennzahlen angeführt, nachdem im Berichtsjahr 2008 einzig bei den Gewerbeanzeigen und Insolvenzen auf Daten nach der WZ 2008 zurückgegriffen worden war. Die Ausführungen zur Erwerbstätigkeit wurden durch Daten zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Arbeitsortprinzip) – u. a. differenziert nach Geschlecht, Alter und Arbeitszeit – ergänzt, sodass erstmals auch Pendlerbetrachtungen möglich wurden. Dabei war im Jahreswirtschaftsbericht 2009 stets die Frage von

Interesse, inwieweit die zu verzeichnenden Entwicklungen mit der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/2009 in Zusammenhang stehen.

Dieser Statistische Bericht stellt eine Ergänzung zum unterjährig erscheinenden Konjunkturbericht für Sachsen (Kennziffer Z I 1 – vj) dar. Darüber hinaus werden hierin ausführlich dargestellte Themenfelder im Rahmen von regelmäßig in der Amtszeitschrift „Statistik in Sachsen“ publizierten Beiträgen zur Wirtschaftsentwicklung in Sachsen in kürzerer Fassung aufgegriffen.¹⁾ Auf die Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 2009 in Kapitel 1 aufbauend, werden im zweiten Kapitel ausgewählte Bereiche der sächsischen Wirtschaft anhand wichtiger konjunkturstatistischer Kennzahlen näher beleuchtet. Das dritte Kapitel widmet sich der Thematik Lohnkosten bzw. Lohnstückkosten, bevor in Kapitel 4 ausführlich auf die Beschäftigungssituation eingegangen wird. Gegenstand des fünften Kapitels ist neben den Unternehmensstrukturen der Themenkomplex „Gewerbeanzeigen und Insolvenzen“. Im sechsten Kapitel wird – differenziert nach Ländern und Warengruppen – der Außenhandel thematisiert, bevor in Kapitel 7 die Jahresteuern beim Verbraucherpreisindex und ausgewählten Baupreisindizes im Zentrum des Interesses steht. Mit der Untersuchung der Einkommens- und Konsumsituation der privaten Haushalte im achten Kapitel wird der Jahreswirtschaftsbericht 2009 schließlich abgerundet.

Zur Beschreibung gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge kommen vorrangig diejenigen Indikatoren zur Anwendung, die näherungsweise eine Operationalisierung der im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verankerten Entwicklungsziele erlauben.²⁾ Darüber hinaus findet eine Vielzahl weiterer, miteinander eng in Beziehung stehender Einflussgrößen in den Analysen Berücksichtigung. Insofern werden neben den Angaben zum Bruttoinlandsprodukt, zur Arbeitslosenquote, zu den Ein- und Ausfuhren und zum Verbraucherpreisindex auch andere Kennzahlen einer genaueren Betrachtung unterzogen. Dabei wird sowohl auf die Entwicklung im Zeitverlauf als auch auf wirtschaftsstrukturelle Veränderungen abgestellt. Um die Besonderheiten der sächsischen Wirtschaft im Vergleich zur Bundesebene herauszuarbeiten, erfolgt für bedeutende gesamtwirtschaftliche Eckgrößen, etwa für die Produktivität oder für die Lohnkosten, eine Darstellung des Abgleichs an die bundesdeutschen Verhältnisse. Dadurch lassen sich einerseits bereits erreichte Anlei-

Abb. 1 Eckdaten der sächsischen Wirtschaft 2009
in Prozent



1) Jahresdurchschnittsangaben

2) bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen; Datenstand: Mai 2010

3) Veränderungsrate gegenüber 2008

4) preisbereinigte Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 2008; Berechnungsstand: Februar 2010 (VGR des Bundes)

1) Vgl. zuletzt: Hesse, L.; Hoffmann, C.; Matticz, H.; Oettel, A. und Speich, W.-D.: Wirtschaftsentwicklung 2009 in Sachsen, in: Statistik in Sachsen, Heft 3/2010 (in Druck).

2) Vgl. § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (Stabilitäts- und Wachstumsgesetz/StWG) vom 8. Juni 1967, BGBl. I S. 582.

chungsfortschritte, andererseits aber auch potentielle Angleichungsrückstände zwischen Sachsen und Deutschland aufzeigen.

Die Ergebnisse basieren auf aktuellen Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), der Erwerbstätigenrechnung (ETR) sowie der Regionalen Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (R-LGR), aber auch auf Angaben aus diversen amtlichen Fachstatistiken. Hierzu zählen unter anderem die Monats- bzw. Jahresberichte für Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus sowie der Gewinnung von Steinen und Erden mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen, die Dienstberichterstattung Baugewerbe für Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen, die Energiestatistik, die Binnenhandel- und Gastgewerbestatistik, die konjunkturstatistische Strukturserhebung im Dienstleistungsbereich, die Außenhandelsstatistik sowie die Verbraucherpreis- und Baupreisstatistik. Darüber hinaus enthält der Bericht neben Angaben aus der Gewerbeanzeigen- und Insolvenzstatistik auch Auswertungen des statistikinternen Unternehmensregisters Sachsens (URS 95) mit Stand 31. Dezember 2009.

Die Daten der VGR und ETR sind für alle Jahre bis 2008 auf den Berechnungsstand August 2009 und für 2009 auf den Berechnungsstand Februar 2010 des Statistischen Bundesamtes abgestimmt. Auf der Grundlage dieser Daten fließen Ergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt bzw. zur Bruttowertschöpfung, zur Produktivität, zum Arbeitnehmerentgelt, zu Lohnkosten und Lohnstückkosten, zum Einkommen und Konsum der privaten Haushalte sowie zur Zahl der Erwerbstätigen sowohl in die gesamtwirtschaftliche Betrachtung als auch in die Darstellung nach einzelnen Wirtschaftsbereichen – differenziert nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)

– ein. Zur Beschreibung der Lage auf dem Arbeitsmarkt dienen neben den Informationen aus der ETR auch die Angaben der Bundesagentur für Arbeit, etwa zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Arbeitsortkonzept) und zu den Pendlern. Datenstand der Arbeitsmarktdaten ist Mai 2010.

Am Ende des Berichts findet sich ein umfangreicher Tabellenanhang, der im ersten Teil Zeitreihen für Sachsen bereithält, bei denen das Jahr 2000 in der Regel das Referenzjahr darstellt. Im zweiten Teil wird die Situation in Sachsen den Entwicklungen in den beiden Großraumregionen „Neue Länder“ bzw. „Alte Länder“ – soweit hierfür Daten vorliegen – und in Deutschland insgesamt für die vergangenen drei Jahre gegenübergestellt. An einigen Stellen, wo infolge der WZ-Umstellung keine rückgerechneten Ergebnisse zur Verfügung stehen, wie z. B. im Bereich „Industrie“, werden die gemäß WZ 2008 aufbereiteten Tabellen zu Orientierungszwecken durch Vergleichstabellen gemäß WZ 2003 ergänzt. Beim Vergleich der Daten sind die veränderten wirtschaftszweiglichen Strukturen zu berücksichtigen.

Redaktionsschluss für den Jahreswirtschaftsbericht 2009 war Ende Mai 2010. Soweit es sich um vorläufige Daten handelt, ist dies an den entsprechenden Stellen vermerkt. Geringfügige Abweichungen bei den Originalzahlen (Grund-, Messzahlen, Indizes) und den darauf basierenden Entwicklungsangaben im Bericht gegenüber bereits veröffentlichten Daten in anderen Publikationen der amtlichen Statistik beruhen auf Rundungsdifferenzen bzw. nachträglichen Korrekturen.

Zu weiteren Informationen stehen auch die methodischen Erläuterungen zu den einzelnen Statistiken sowie die Definitionen der hier betrachteten Merkmale am Ende des Berichtes zur Verfügung.

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Sachsen 2009

Wirtschaftswachstum

Im Jahr 2009 ging das *Bruttoinlandsprodukt* in Sachsen *preisbereinigt* um 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. In den Jahren zuvor hatte es seit 1992 dagegen stets zugenommen.³⁾ Dabei ist der Rückgang in erster Linie auf die Auswirkungen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise zurückzuführen, die die Realwirtschaft insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2009 belastete. So schwächte sich der Rückgang des sächsischen Bruttoinlandsprodukts von real 5,7 Prozent im ersten Halbjahr 2009 gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum 2008⁴⁾ auf eben 3,8 Prozent zum Jahresende ab. Zu gewissen Teilen ist für diese Entwicklung der Basiseffekt verantwortlich, weil das Bruttoinlandsprodukt bereits gegen Ende des Jahres 2008 auf ein vergleichsweise niedriges Absolutniveau zurückgegangen war. In *jeweiligen Preisen* lag das Bruttoinlandsprodukt Sachsens 2009 bei 92,9 Milliarden € und damit nominal 2,2 Prozent unter Vorjahresniveau (vgl. Tab. 1.1, Tab. 2.1 und Abb. 2).

In Deutschland schrumpfte die Wirtschaftsleistung zwischen 2008 und 2009 um real 5,0 Prozent, im Mittel der alten Länder (ohne Berlin)⁵⁾ sogar um 5,4 Prozent. Im Vergleich dazu verlief die Entwicklung in Sachsen – dem absoluten Betrag nach – weniger rückläufig. In den fünf neuen Ländern fiel der entsprechende Rückgang mit 3,5 Prozent noch etwas geringer aus (vgl. Tab. 2.1). Nach Bundesländern betrachtet, verringerte sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2009 gegenüber 2008 in

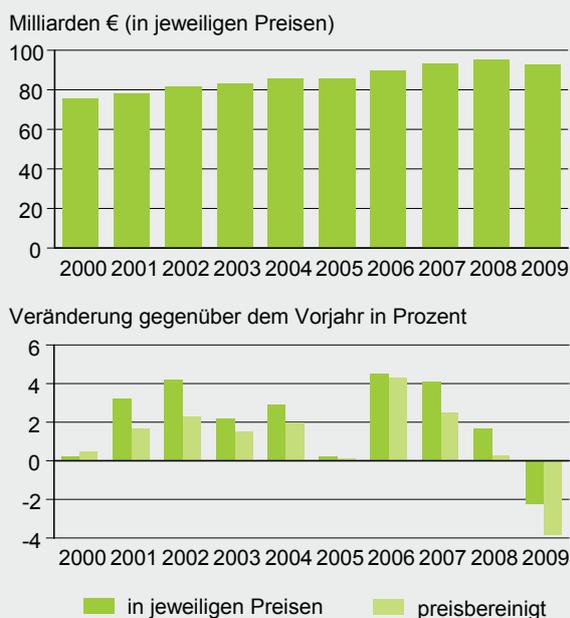
Berlin mit 0,7 und Schleswig-Holstein mit 1,9 Prozent vergleichsweise moderat, während in Baden-Württemberg mit 7,4 und im Saarland mit 7,9 Prozent die stärksten Rückgänge zu verzeichnen waren (vgl. Abb. 3).

Der Anteil des sächsischen am gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) 2009 betrug 3,9 Prozent und damit 0,1 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Dennoch war er nach wie vor kleiner als die entsprechenden Anteile bei den Erwerbstätigen von 4,8 Prozent bzw. bei den Einwohnern von 5,1 Prozent.

Wirtschaftsentwicklung und Wachstumsbeiträge⁶⁾

In den einzelnen Bereichen der sächsischen Wirtschaft waren 2009 unterschiedliche Entwicklungen festzustellen. Für das Produzierende Gewerbe ergab sich binnen Jahresfrist der mit Abstand stärkste Rückgang der Bruttowertschöpfung um real 12,2 Prozent, nachdem sie sich bereits von 2007 zu 2008 moderat verringert hatte. In den Dienstleistungsbereichen ging die Wirtschaftsleistung 2009 gegenüber 2008 mit 1,1 Prozent deutlich weniger stark zurück. Für den Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei), der unter den Wirtschaftssektoren in Sachsen den kleinsten absoluten Beitrag zur Bruttowertschöpfung erbringt, war sogar ein leichtes Wirtschaftswachstum um real 0,6 Prozent zu verzeichnen. Damit verlief die wirtschaftliche Entwicklung, die in diesem Bereich durch bestimmte (zumeist witterungsbedingte) Ereignisse tendenziell stärker beeinflusst wird, aus preisbereinigter Sicht 2009 bereits das dritte Jahr in Folge aufwärtsgerichtet (vgl. Tab. 2.1). In allen drei Sektoren nahm die Bruttowertschöpfung in Sachsen real stärker zu bzw. – dem absoluten Betrag nach – weniger stark ab, als im Bundesdurchschnitt. Auch im Mittel der neuen Länder

Abb. 2 Bruttoinlandsprodukt 2000 bis 2009¹⁾



1) Berechnungsstand: 2000 bis 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

- 3) Für eine ausführliche Darstellung zur Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts in aktuellen und zurückliegenden Perioden empfiehlt sich der Blick in: Speich, W.-D.: Wie wird das Wirtschaftswachstum ermittelt? – Erläuterungen zu den Ergebnisunterschieden zwischen den verschiedenen Berechnungsständen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Statistik in Sachsen, Heft 1/2009, Kamenz 2009, S. 7 – 14. Ab dem Berichtsjahr 2009 erfolgt die Veröffentlichung erster BIP-Daten (1. Fortschreibung) jeweils erst Ende März des Folgejahres. Für diesen neuen Veröffentlichungstermin sprechen verschiedene methodische und datenbedingte Gründe. Vgl. hierzu: http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/info_1FS.asp bzw. http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/xplan_BIP.asp [Aufruf vom 28.05.2010].
- 4) Vgl. Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen „Entwicklung der sächsischen Wirtschaft weniger rückläufig als im Bundesdurchschnitt“ vom 24. September 2009.
- 5) Aus Gründen besserer Vergleichbarkeit werden die Ergebnisse zu den Großraumregionen hier stets jeweils ohne Berlin ausgewiesen. Deshalb wird eine Klammerbemerkung im Folgenden nur bei Ausnahmen angegeben.
- 6) Den „BIP-Wachstumsbeitrag“ erhält man, indem die preisbereinigte Veränderung der Bruttowertschöpfung eines Wirtschaftsbereiches bzw. des Zwischenpostens mit dem entsprechenden Anteil am Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres (in jeweiligen Preisen) multipliziert wird. Aufgrund der Datenlage am aktuellen Rand muss für das Jahr 2009 aber eher von „Schrumpfungsbetrag“ oder „Beitrag (des Bereichs) zur Wirtschaftsentwicklung“ gesprochen werden.

(ohne Berlin)⁵⁾ zeigte sich 2009 gegenüber 2008 in diesen Sektoren sowie in den darunter fallenden Wirtschaftszweigen eine tendenziell günstigere Entwicklung als in den alten Ländern (ohne Berlin)⁵⁾ (vgl. Tab. 2.1).

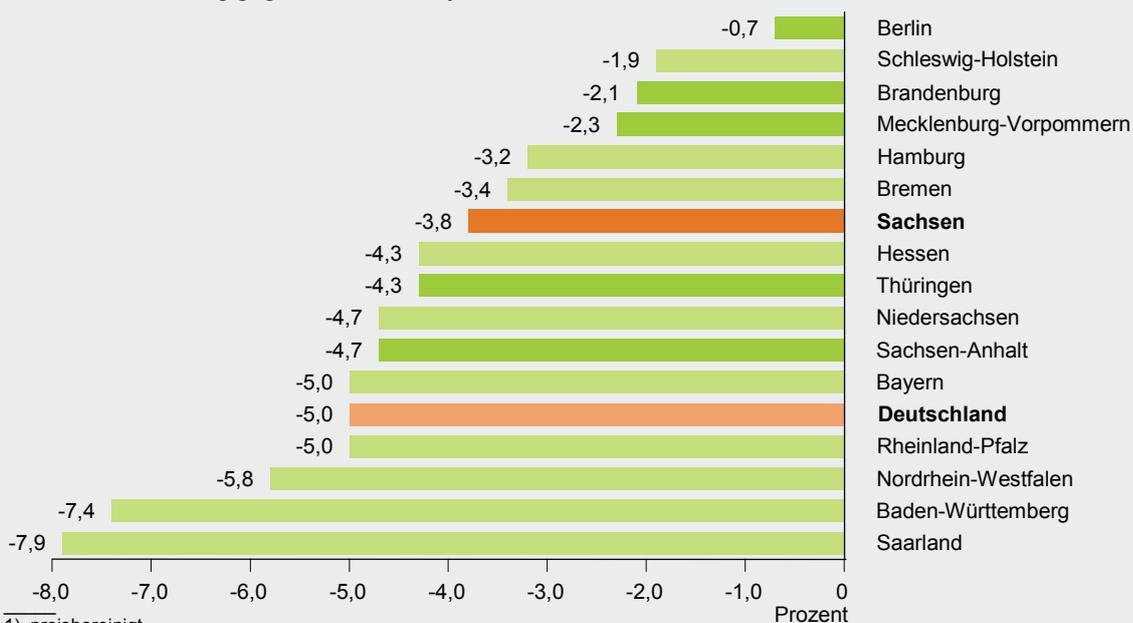
Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe), zu dem die Abschnitte Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe sowie Energie- und Wasserversorgung zählen, ging die Bruttowertschöpfung 2009 binnen Jahresfrist preisbereinigt um 15,9 Prozent zurück. Der sich für die sächsische Wirtschaft ergebende *Wachstumsbeitrag* (positives Vorzeichen) bzw. *Schrumpfungsbeitrag* (negatives Vorzeichen)⁶⁾ betrug entsprechend -3,36 Prozentpunkte (vgl. Tab. S. 11 und Abb. 4). Im Verarbeitenden Gewerbe verringerte sich die Wirtschaftsleistung 2009 um real 18,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr, nachdem sie bereits 2008 moderat abgenommen hatte. Zuvor waren hier seit 1993 z. T. zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen gewesen, die in aller Regel wie ein Wachstumsmotor für die sächsische Wirtschaft wirkten. Dabei beeinflussten insbesondere die deutlichen Rückgänge in den Wirtschaftszweigen „Herstellung von Metallerezeugnissen“, „Maschinenbau“, „Rundfunk- und Nachrichtentechnik“ sowie „Fahrzeugbau“ die Situation im Verarbeitenden Gewerbe negativ, das 2009 mit -3,24 Prozentpunkten zur Schrumpfung der sächsischen Wirtschaft beitrug. Während die Bruttowertschöpfung in jenem Wirtschaftsabschnitt im Mittel der neuen Länder moderater als in Sachsen zurückging, waren für die alten Länder und damit auch für Deutschland insgesamt geringfügig stärkere Einbrüche zu verzeichnen (vgl. Tab. 2.1).

Die 2009 im sächsischen Baugewerbe realisierte Bruttowertschöpfung fiel preisbereinigt 1,1 Prozent höher als im Vorjahr aus. Damit ist sie bereits zum vierten Mal in Folge nicht zurückgegangen. Entsprechend ging von diesem Wirtschaftsabschnitt auch im Jahr 2009 ein geringfügig positiver Beitrag für die Wirtschaftsentwicklung in Sachsen in Höhe von 0,06 Prozentpunkten aus (vgl. Tab. S. 11 und Abb. 4). In den Großraumregionen sowie im bundesdeutschen Durchschnitt war die reale wirtschaftliche Entwicklung im Baugewerbe zwischen 2008 und 2009 dagegen durch Rückgänge gekennzeichnet (vgl. Tab. 2.1).

Innerhalb des Dienstleistungssektors verringerte sich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung von 2008 zu 2009 am stärksten im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr um 2,8 Prozent. Der Beitrag zum sächsischen Bruttoinlandsprodukt fiel mit -0,39 Prozentpunkten ebenfalls negativ aus. Auf Bundesebene lag der durchschnittliche Rückgang der Wirtschaftsleistung in jenem Bereich bei 5,0, in den alten Ländern bei 5,2 und in den neuen Ländern bei 3,6 Prozent und damit überall höher als in Sachsen.

Im Wirtschaftszweig Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen nahm die Wirtschaftsleistung in Sachsen 2009 um real 2,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr ab. Der Schrumpfungsbeitrag für die sächsische Wirtschaft fiel mit -0,50 Prozentpunkten noch geringfügig höher als der des Bereiches Handel, Gastgewerbe und Verkehr aus. Dies ist zum einen auf den größeren Bruttowertschöpfungsanteil (vgl. dazu Tab. 1.1) und zum anderen auf die wirtschaftliche Abhängigkeit vieler Teilbereiche der

Abb. 3 Bruttoinlandsprodukt 2009¹⁾ nach Ländern²⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



1) preisbereinigt

2) Berechnungsstand: Februar 2010 (VGR des Bundes)

Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister von der Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen. Im Mittel der neuen Länder ging die Bruttowertschöpfung in jenem Dienstleistungsbereich 2009 binnen Jahresfrist noch geringfügig stärker als in Sachsen zurück, in den alten Ländern sowie in Deutschland insgesamt dagegen moderater (vgl. Tab. 2.1).

Im Bereich Öffentliche und private Dienstleister war 2009 in Sachsen – nunmehr bereits das vierte Jahr in Folge – ein leichtes Wirtschaftswachstum um 0,9 Prozent gegenüber 2008 zu verzeichnen. Hieraus ergab sich erneut ein kleiner Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt Sachsens in Höhe von 0,22 Prozentpunkten (vgl. Tab. S. 11 und Abb. 4). Im Vergleich zu den alten Ländern und Deutschland insgesamt fiel der reale Bruttowertschöpfungszuwachs in jenem Bereich von 2008 zu 2009 – wie schon in den Vorjahren – aber sowohl in Sachsen als auch im Mittel der neuen Länder niedriger aus (vgl. Tab. 2.1). Dies wird vorrangig auf den Abbau von Überkapazitäten, insbesondere durch die Sparmaßnahmen im Öffentlichen Dienst (Personalabbau) zurückzuführen sein.

Der Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) war am Wachstum bzw. an der Schrumpfung der sächsischen Wirtschaft im Jahr 2009 einmal mehr nahezu unbeteiligt (vgl. Abb. 4).

Leistungsstruktur

Im Jahr 2009 belief sich das Bruttoinlandsprodukt in Sachsen (in jeweiligen Preisen) auf einen Wert von 92,9 Milliarden €. Dieser setzte sich aus der in allen Wirt-

schaftsbereichen realisierten Bruttowertschöpfung in Höhe von 83,0 Milliarden € und dem Saldo aus Gütersteuern und Gütersubventionen in Höhe von 9,9 Milliarden € zusammen. Aus der Aufteilung der gesamten Bruttowertschöpfung auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt sich dann die *gesamtwirtschaftliche Leistungsstruktur* (vgl. Tab. 1.1 und Abb. 5).

Für das Produzierende Gewerbe war 2009 ein Anteil von 27,5 Prozent an der in Sachsen insgesamt geleisteten Bruttowertschöpfung zu verzeichnen. So niedrig hatte der Wertschöpfungsanteil lediglich noch im Jahr 2002 gelegen. Dagegen erreichte der entsprechende Anteil des Dienstleistungsbereiches 2009 mit 71,6 Prozent einen historischen Höchststand. Die Verschiebung der Anteile zugunsten des Dienstleistungssektors, die der tendenziellen Entwicklung in den Vorjahren entgegenläuft⁷⁾, ist hauptsächlich auf die Wirtschafts- und Finanzkrise zurückzuführen, die die wirtschaftliche Entwicklung im Produzierenden Gewerbe deutlich stärker belastete als jene in den Dienstleistungsbereichen. Der Wertschöpfungsbeitrag der Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) zu der in Sachsen insgesamt erbrachten Wirtschaftsleistung ging 2009 auf 0,9 Prozent zurück. Insofern setzte sich der kontinuierliche Bedeutungsrückgang dieses Bereichs weiter fort.⁸⁾

7) Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Wirtschaft in Sachsen – Ergebnisse der amtlichen Statistik 2008, Kamenz, Juli 2009, S. 11 f.

8) Gemessen am Anteil an der Bruttowertschöpfung und damit an nur einem Indikator.

Tab. T1 BIP-Wachstumsbeiträge¹⁾ der Wirtschaftsbereiche und des Zwischenpostens 2000 bis 2009²⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Prozentpunkte									
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-0,07	0,12	-0,12	-0,11	0,44	-0,24	-0,10	0,08	0,01	0,01
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1,04	1,05	0,77	1,07	1,78	0,75	2,32	1,19	-0,33	-3,36
darunter Verarbeitendes Gewerbe	1,05	0,96	0,61	1,02	1,67	0,95	2,25	1,39	-0,14	-3,24
Baugewerbe	-1,29	-1,32	-0,23	-0,13	-0,26	-0,71	0,06	0,17	0,00	0,06
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	0,16	0,33	0,02	0,26	0,35	-0,23	0,52	-0,01	0,16	-0,39
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	0,71	1,78	1,72	0,32	-0,18	0,76	0,74	1,16	0,20	-0,50
Öffentliche und private Dienstleister	0,33	-0,18	0,21	-0,02	0,01	-0,12	0,31	0,02	0,31	0,22
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	0,89	1,79	2,36	1,39	2,13	0,22	3,86	2,61	0,35	-3,96
Zwischenposten ³⁾	-0,35	-0,05	-0,02	0,08	-0,16	-0,13	0,44	-0,13	-0,08	0,17
Bruttoinlandsprodukt	0,54	1,75	2,35	1,46	1,97	0,09	4,30	2,48	0,27	-3,79

Abweichungen in den Summen durch Rundungsdifferenzen

1) Den "BIP-Wachstumsbeitrag" erhält man, indem die preisbereinigte Veränderung der Bruttowertschöpfung eines Wirtschaftsbereiches bzw. des Zwischenpostens mit dem entsprechenden Anteil am Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres (in jeweiligen Preisen) multipliziert wird. Aufgrund der Datenlage am aktuellen Rand muss für das Jahr 2009 aber eher von "Schrumpfungsbeitrag" oder "Beitrag (des Bereichs) zur Wirtschaftsentwicklung" gesprochen werden.

2) Berechnungsstand: Jahre 2000 bis 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

3) Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen

Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) wurden 2009 20,5 Prozent der Bruttowertschöpfung Sachsens generiert. Gegenüber dem Vorjahr ging der Wertschöpfungsanteil damit um 3,1 Prozentpunkte zurück. Darunter lag der entsprechende Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes bei 16,7 Prozent und damit sogar 3,4 Prozentpunkte unter dem Wert von 2008. Niedriger hatte der Wertschöpfungsanteil hier zuletzt im Jahr 2000 gelegen (vgl. Tab. 1.1 und Abb. 5). So hat die – bezogen auf die Angaben in jeweiligen Preisen – seit jener Zeit kontinuierlich gestiegene Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes für die sächsische Wirtschaft in den letzten beiden Jahren wieder abgenommen. Auf die Wirtschaftsabschnitte Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Energie- und Wasserversorgung entfiel 2009 ein Wertschöpfungsanteil von zusammen 3,8 Prozent, 0,3 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Für das Baugewerbe war mit 7,0 Prozent ein im Vergleich zu 2008 um 0,5 Prozentpunkte höherer Beitrag zu der in Sachsen insgesamt erbrachten Bruttowertschöpfung zu verzeichnen. Bereits in den drei vorangegangenen Jahren hatte die Bedeutung dieses Bereichs für die sächsische Wirtschaft jeweils leicht zugenommen.⁹⁾ Die von 2008 zu 2009 zur Anteilsausweitung beitragende Bruttowertschöpfungssteigerung um nominal 5,4 Prozent (vgl. Tab. 2.1) war dabei maßgeblich auf die stimulierenden Wirkungen der in den staatlichen Konjunkturpaketen für den Baubereich festgeschriebenen Maßnahmen zurückzuführen. Exemplarisch seien hier das „energetische Gebäudesanierungs- und -modernisierungsprogramm“ sowie die „Investitionsförderung für Baumaßnahmen im Infrastruktur- und Bildungsbereich“ angeführt.¹⁰⁾

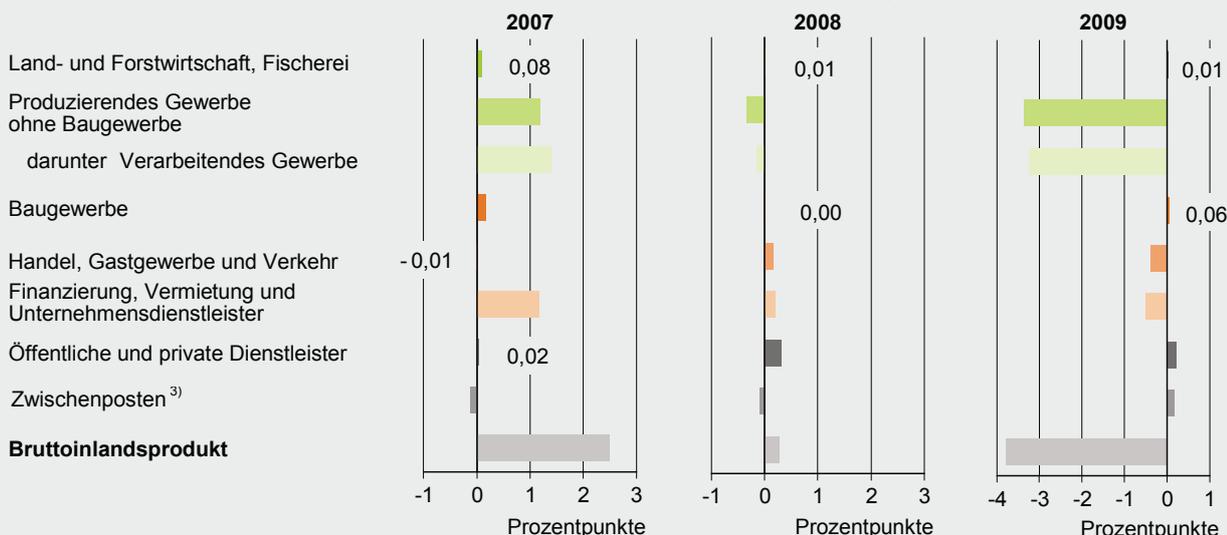
Innerhalb des Dienstleistungssektors trugen im Jahr 2009 die Bereiche Öffentliche und private Dienstleister mit 28,1 Prozent und Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister mit 27,9 Prozent annähernd gleichviel zur gesamtsächsischen Wirtschaftsleistung bei. In Letzterem hatte der gegenüber 2008 um 0,7 Prozentpunkte höhere Wert in keinem Jahr zuvor so hoch gelegen (vgl. Abb. 5). Da der Anteilszuwachs bei den Öffentlichen und privaten Dienstleistern zwischen 2008 und 2009 mit 1,9 Prozent aber noch stärker ausfiel, kam diesem Bereich zuletzt – wie bis zum Jahr 2004 – wieder die Hauptbedeutung in der sächsischen Wirtschaft zu. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Anteilsausweitung in beiden Dienstleistungsbereichen durch einen – bedingt durch die Wirtschaftskrise – überdurchschnittlich starken Rückgang der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) im Produzierenden Gewerbe begünstigt wurde (vgl. Tab. 2.1). So war der Wertschöpfungsbeitrag bei den Öffentlichen und privaten Dienstleistern seit dem Jahr 2000 nämlich nahe-

9) Vgl. hierzu auch: Branchenreport Baugewerbe im Freistaat Sachsen 1990 bis 2009. Statistischer Bericht, Z I 3, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz 2010, S. 8.

10) Vgl. hierzu: <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Konjunktur/konjunkturpakete-1-und-2.html> [Aufruf vom 28.05.2010].

11) Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse sind der Gemeinschaftsveröffentlichung des AK VGR dL entnommen. Vgl. vertiefend hierzu: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2009 – Reihe 1 Länderergebnisse Band 1, Tab. 2.1 ff. (Berechnungsstand: August 2009/Februar 2010).

Abb. 4 BIP-Wachstumsbeiträge¹⁾ der Wirtschaftsbereiche und des Zwischenpostens 2007, 2008 und 2009²⁾



1) Den "BIP-Wachstumsbeitrag" erhält man, indem die preisbereinigte Veränderung der Bruttowertschöpfung eines Wirtschaftsbereiches bzw. des Zwischenpostens mit dem entsprechenden Anteil am Bruttoinlandsprodukt des Vorjahres (in jeweiligen Preisen) multipliziert wird. Aufgrund der Datenlage am aktuellen Rand muss für das Jahr 2009 aber eher von "Schrumpfungsbeitrag" oder "Beitrag (des Bereichs) zur Wirtschaftsentwicklung" gesprochen werden.

2) Berechnungsstand: 2006 und 2007 - August 2008; Jahr 2008 - Februar 2009 (VGR des Bundes)

3) Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen

zu kontinuierlich immer kleiner geworden (vgl. Abb. 5). Dafür sind in erster Linie die Sparbemühungen im öffentlichen Dienst verantwortlich.

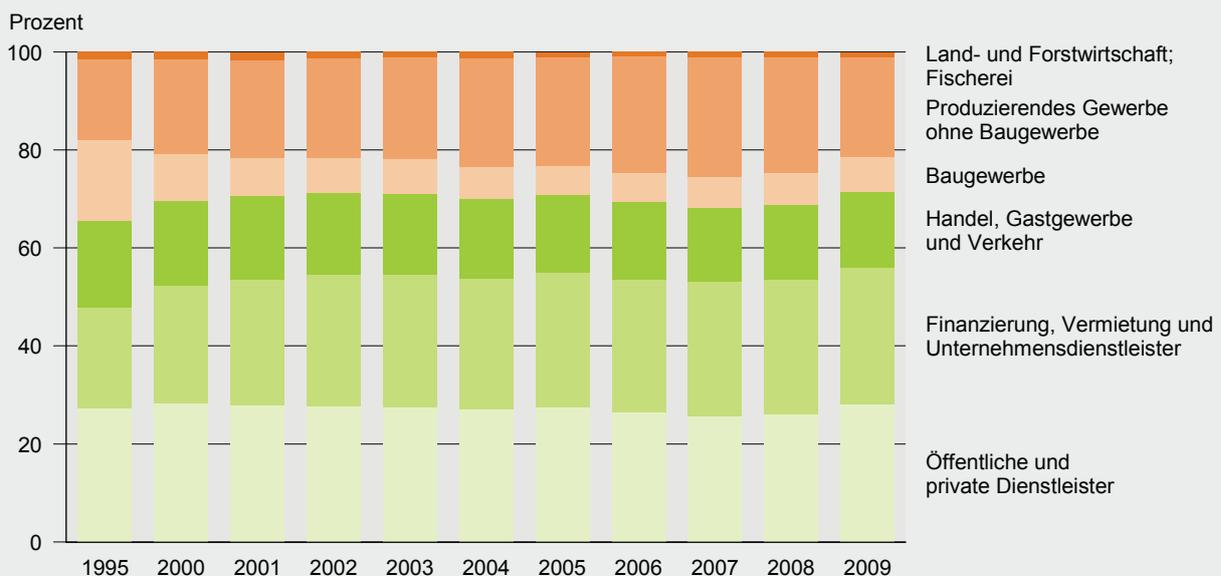
Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr wurden 2009 15,5 Prozent der in Sachsen insgesamt realisierten Bruttowertschöpfung generiert. Dies entspricht einer Steigerung um 0,1 Prozentpunkte gegenüber 2008 bzw. 0,4 Prozentpunkte gegenüber 2007. In allen vorangegangenen Jahren hatte der entsprechende Anteil dagegen noch stets höher gelegen.

Stellt man die Ergebnisse für Sachsen den Durchschnittsergebnissen der alten bzw. neuen Länder gegenüber, lassen sich die – historisch gewachsenen – Unterschiede und Besonderheiten zwischen der sächsischen Wirtschaftsstruktur und den Leistungsstrukturen in den Großraumregionen herausarbeiten.¹¹⁾ Der Vergleich mit den neuen Ländern offenbarte im Jahr 2009 Abweichungen von höchstens zwei Prozentpunkten. So lag der Wertschöpfungsbeitrag des Produzierenden Gewerbes in Sachsen um 1,0 Prozentpunkte höher als im Mittel der neuen Länder, darunter im Verarbeitenden Gewerbe um 0,4 und im Baugewerbe um 0,7 Prozentpunkte. Innerhalb des Dienstleistungssektors kam dem Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister an der gesamten Bruttowertschöpfung in Sachsen ein um 2,0 Prozentpunkte höherer Anteil zu, während die Wertschöpfungsbeiträge gegenüber dem Durchschnitt der neuen Länder im Handel, Gastgewerbe und Verkehr um 1,4 Prozentpunkte und bei den Öffentlichen und privaten Dienstleistern um 1,2 Prozentpunkte kleiner ausfielen. Auch im Bereich Land-

und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) wich die Leistungsstruktur Sachsens von der in den neuen Ländern um 0,5 Prozentpunkte nach unten ab.

Wesentlich deutlichere Unterschiede zeigten sich im Jahr 2009 bei den Wertschöpfungsbeiträgen der einzelnen Wirtschaftsbereiche zwischen Sachsen und dem früheren Bundesgebiet. Wenngleich der entsprechende Anteil im Produzierenden Gewerbe in Sachsen nur um 0,5 Prozentpunkte höher als im Mittel der alten Länder lag, fiel er im Verarbeitenden Gewerbe um 3,5 Prozentpunkte niedriger aus. Dagegen trug das Baugewerbe zur insgesamt erzielten Bruttowertschöpfung in Sachsen 2,6 Prozentpunkte mehr bei, als in den alten Ländern. Insofern scheint es im sächsischen (und ostdeutschen) Baugewerbe nach wie vor noch gewisse Überkapazitäten zu geben.⁹⁾ Innerhalb des Dienstleistungssektors wiesen in Sachsen sowohl der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr einen um 2,3 Prozentpunkte als auch der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister einen um 3,6 Prozentpunkte niedrigeren Wertschöpfungsanteil auf, als dies für die Leistungsstruktur in den alten Ländern galt. Von den Öffentlichen und privaten Dienstleistern wurde in Sachsen dagegen eine um 5,2 Prozentpunkte höhere Bruttowertschöpfung realisiert. Dabei ist die signifikante Abweichung vorrangig durch die in Ostdeutschland entwicklungsbedingt höhere Bedeutung der öffentlichen Dienstleister zu erklären. Dennoch hat es seit Beginn des neuen Jahrtausends durch den in den neuen Ländern stetigen Abbau von Überkapazitäten in jenem Dienstleistungsbereich (vgl. w. o.) eine tendenzielle Angleichung zwischen Sachsen

Abb. 5 Bruttowertschöpfung¹⁾ 1995 und 2000 bis 2009 nach Wirtschaftsbereichen²⁾



1) in jeweiligen Preisen

2) Berechnungsstand: 1995 und 2000 bis 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

und dem früheren Bundesgebiet gegeben. Letztlich hat die Analyse gezeigt, dass die Leistungsstruktur in Sachsen – verglichen mit der in den neuen Ländern – grundsätzlich näher an die Verhältnisse in den alten Ländern heranreicht.

Veränderungspotenziale

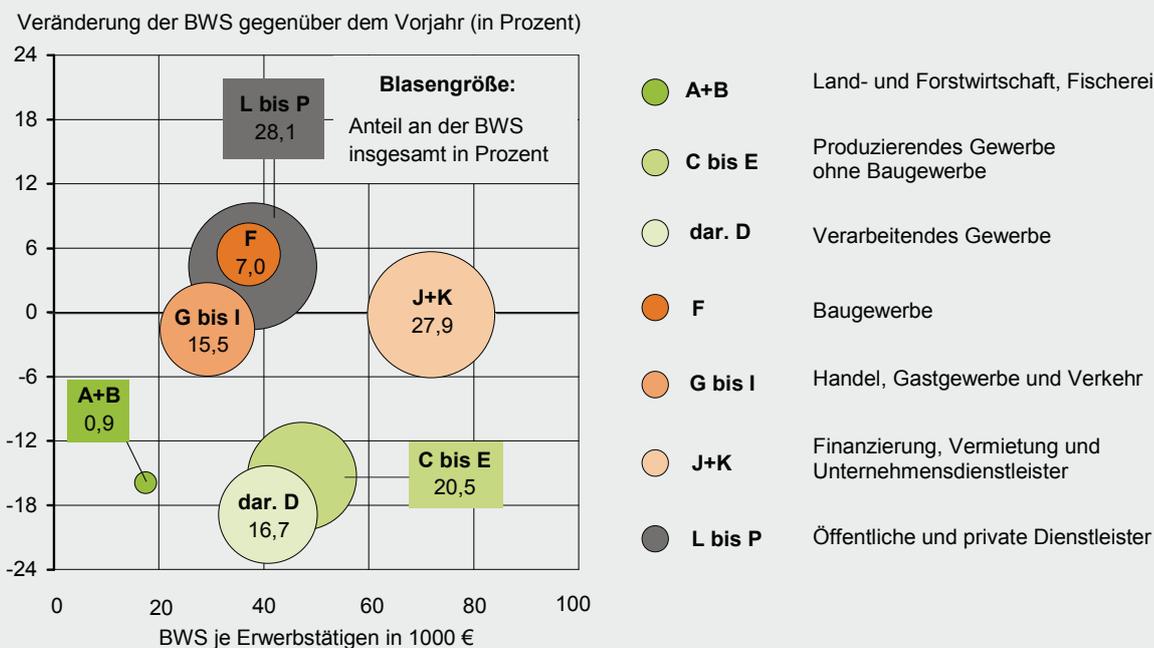
Aus dem Anteil eines Wirtschaftsbereichs an der insgesamt erbrachten Wirtschaftsleistung (vgl. Tab. 1.1 und Abb. 5), der zu verzeichnenden nominalen Veränderung der Bruttowertschöpfung gegenüber dem Vorjahr (vgl. Tab. 2.1) und der Produktivität des betreffenden Bereiches (hier: Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen) (vgl. Tab. 1.2) lassen sich die spezifischen *Veränderungspotenziale* ableiten.

Wie aus Abbildung 6 hervorgeht, wurde die Entwicklung der sächsischen Wirtschaft im Jahr 2009 vom Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) am stärksten belastet, nachdem diesem Bereich in den Vorjahren zumeist noch das höchste Wachstumspotenzial zugekommen war. So verringerte sich 2009 die Bruttowertschöpfung um nominal 15,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr, der Wertschöpfungsanteil sank auf 20,5 Prozent. Die Produktivität im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) fiel 2009 mit 47 269 € je Erwerbstätigen um 13,0 Prozent niedriger als im Vorjahr aus, lag aber dennoch über dem sächsischen Durchschnitt von 42 794 € je Erwerbstätigen. Die Hauptimpulse für diese Entwicklungen stammten aus dem

Verarbeitenden Gewerbe, wo die Bruttowertschöpfung zwischen 2008 und 2009 um nominal 18,9 Prozent und der Wertschöpfungsanteil auf 16,7 Prozent noch stärker zurückgingen. Gleiches galt für die Produktivität, die sich 2009 auf unterdurchschnittliche 40 760 € je Erwerbstätigen belief und damit um 16,7 Prozent niedriger als 2008 ausfiel. Dagegen entfaltete das Baugewerbe 2009 einmal mehr ein gewisses Wachstumspotenzial für die sächsische Wirtschaft. So war hier ein nominales Wirtschaftswachstum um weitere 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Aufgrund des vergleichsweise geringen Anteils der im Baugewerbe erzielten Wirtschaftsleistung an aller in Sachsen generierten Bruttowertschöpfung in Höhe von 7,0 Prozent und einer unterdurchschnittlichen Produktivität von 37 118 € je Erwerbstätigen, die seit 2008 um 4,5 Prozent angestiegen war, werden die von hier ausgehenden Wachstumsimpulse aber z. T. von anderen Wirtschaftsbereichen überlagert (vgl. Abb. 6).

So wiesen innerhalb des Dienstleistungssektors die Öffentlichen und privaten Dienstleister im Jahr 2009 ebenfalls ein moderates Wachstumspotenzial auf. Aus der Erhöhung der Bruttowertschöpfung um nominal 4,3 Prozent gegenüber 2008 resultierte ein Wertschöpfungsanteil von 28,1 Prozent. Die Produktivität lag 2009 – ähnlich der im Baugewerbe – bei 37 868 € je Erwerbstätigen und damit 4,1 Prozent höher als im Vorjahr. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr war zwischen 2008 und 2009 ein nominaler Rückgang der Bruttowertschöpfung um

Abb. 6 Bruttowertschöpfung (BWS) ¹⁾ und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen 2009 nach Wirtschaftsbereichen ²⁾



1) in jeweiligen Preisen
2) Berechnungsstand: Februar 2010 (VGR des Bundes)

1,6 Prozent festzustellen. Zur gesamtsächsischen Wirtschaftsleistung wurden lediglich 15,5 Prozent beigetragen. Auch die Produktivität fiel in diesem Wirtschaftszweig mit 29 218 € je Erwerbstätigen zuletzt um 1,0 Prozent niedriger als noch 2008 und damit weit unterdurchschnittlich aus. Insofern beeinflusste der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen im Jahre 2009 ausschließlich negativ. Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister erreichte die 2009 realisierte nominale Bruttowertschöpfung mit -0,2 Prozent nahezu das Niveau des Vorjahres, der Wertschöpfungsanteil belief sich auf 27,9 Prozent. Die Produktivität lag mit 71 846 € je Erwerbstätigen um 1,3 Prozent über der von 2008 und damit deutlich höher als in allen anderen Bereichen der sächsischen Wirtschaft (vgl. Tab. 1.2).

Dagegen erwirtschaftete 2009 ein Erwerbstätiger im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) mit nur 17 458 € die mit Abstand geringste Bruttowertschöpfung in Sachsen, deren Summe gegenüber 2008 um nominal 15,9 Prozent abgenommen hatte (vgl. Tab. 2.1 und Abb. 6). Aufgrund des niedrigen Wertschöpfungsanteils dieses Wirtschaftssektors von weniger als einem Prozent blieben die negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen aber auch 2009 verhältnismäßig gering.

Produktivitätsentwicklung im Vergleich zum gesamtdeutschen Niveau – Pro-Kopf-Produktivität

Im Jahr 2009 betrug die sächsische *Pro-Kopf-Produktivität*, die sich als Quotient aus Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) und Zahl der Erwerbstätigen ergibt, 47 898 € pro Erwerbstätigen und damit 690 € bzw. 1,4 Prozent weniger als noch 2008. Der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsindex (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet je Erwerbstätigen) fiel 2009 gegenüber 2008 um 3,0 Prozent niedriger aus. Ausschlaggebend dafür war der stärkere Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (im Zähler des Quotienten) um real 3,8 Prozent, während die Zahl der Erwerbstätigen (im Nenner des Quotienten) nur um 0,8 Prozent abnahm. Darunter zeichneten sich in den einzelnen Bereichen der sächsischen Wirtschaft unterschiedliche Entwicklungen ab (vgl. Tab. 2.2). Im Mittel der neuen Länder sank der Produktivitätsindex 2009 binnen Jahresfrist um 3,1, im Mittel der alten Länder um 5,3 und in Deutschland insgesamt um 4,9 Prozent und damit überall stärker als in Sachsen.

In den Jahren nach 1990 wurde der Terminus des „*Angleichungsprozesses*“ zwischen neuen Ländern und früherem Bundesgebiet geprägt. Zu dieser Zeit waren die jährlichen Produktivitätszuwächse in Sachsen und den übrigen neuen Ländern noch häufig zweistellig und somit deutlich höher als im Bundesdurchschnitt ausgefallen. Dennoch gab es hin und wieder auch rückläufige Entwick-

lungen oder Stagnationen. Im Folgenden soll daher anhand der nominalen Ergebnisse zur Produktivität, in denen die regionalen Preiseinflüsse nicht enthalten sind, der Angleichungsstand Sachsens an das gesamtdeutsche Niveau näher untersucht werden.¹²⁾ So lag 2009 die Pro-Kopf-Produktivität in Sachsen mit 47 898 € je Erwerbstätigen noch 19,9 Prozent unter der in Deutschland insgesamt (vgl. Abb. 7 und Tab. 2.2). Trotz des Produktivitätsrückgangs gegenüber dem Vorjahr entspricht das Ergebnis der höchsten Angleichung seit 1991, wo sie mit 40,1 Prozent halb so hoch gelegen hatte. Nachdem der Angleichungsstand in den Jahren 2001 und 2002 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr noch signifikant zugenommen hatte, bewegte er sich in der Folgezeit bis 2008 auf weitestgehend gleichbleibendem Niveau (vgl. Abb. 8). Das mittlere Angleichungsniveau der Pro-Kopf-Produktivität in den neuen Ländern an den Bundesdurchschnitt erreichte 2009 mit 82,1 Prozent ebenfalls ein historisches Maximum und lag um 2,0 Prozentpunkte über dem von Sachsen (vgl. Tab. 2.2). Für Brandenburg war dabei mit 85,3 Prozent der höchste Angleichungsstand zu verzeichnen.

Für die einzelnen Bereiche der sächsischen Wirtschaft waren auch 2009 unterschiedliche Angleichungsstände an das bundesdeutsche Niveau charakteristisch (vgl. Abb. 7). Im Verarbeitenden Gewerbe, welches für die im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) zu verzeichnenden Entwicklungen hauptverantwortlich ist, lag die Produktivität 2009 mit 40 760 € je Erwerbstätigen (vgl. Tab. 1.2) bei weniger als drei Vierteln (72,7 Prozent) des bundesdeutschen Durchschnitts. Damit fiel der Angleichungsstand im Vergleich zum Vorjahr zwar minimal höher aus. Gegenüber 2007, wo mit 74,7 Prozent die bislang größte Angleichung erreicht worden war, ging er allerdings wieder etwas deutlicher zurück (vgl. Tab. 2.2). Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass die Branchenstruktur in Sachsen – verglichen mit jener in Westdeutschland – noch immer weit weniger forschungs- und entwicklungsintensiv ist. Zudem existieren in Sachsen zahlreiche Betriebe, deren Unternehmenssitz in den alten Ländern oder im Ausland liegt. Insofern sind die strategisch wichtigen und produktiven Tätigkeiten eher dort konzentriert. Dazu kommen die zwischen Sachsen und dem frühen Bundesgebiet bestehenden Unterschiede in der Größenstruktur der Unternehmen. So ist der Anteil an großen Unternehmen, von denen grundsätzlich ein höheres Produktivitätsniveau ausgeht, im Industriebereich in Sachsen kleiner als in Westdeutschland (vgl. hierzu Kapitel 5). Betrachtet man den Zeitraum von 2000 bis 2009, lässt sich für das Verarbeitende Gewerbe eine weitestgehend kontinuierliche Verringerung der Produktivi-

¹²⁾ Nach der Revision in den VGR im Jahr 2005 muss für die Analyse zum Produktivitätsangleichungsprozess zwischen Sachsen und dem bundesdeutschen Durchschnitt auf die nominalen Daten zurückgegriffen werden, da preisbereinigte Ergebnisse seither lediglich in Form von Indexzahlen zur Verfügung stehen.

tätslücke zwischen Sachsen und Deutschland um insgesamt 7,7 Prozentpunkte erkennen (vgl. Abb. 7). Selbst in dem von der Wirtschaftskrise geprägten Jahr 2009 setzte sich der Angleichungsprozess leicht weiter fort (vgl. Tab. 2.2). Dafür war allein die Entwicklung der nominalen Bruttowertschöpfung in diesem Wirtschaftsabschnitt maßgebend, die im neunjährigen Vergleichszeitraum in Sachsen um 24,6 Prozent anstieg, während sie in Deutschland um 1,8 Prozent zurückging. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich 2009 gegenüber 2000 in Sachsen um 4,3 Prozent, im Bundesdurchschnitt nahm sie um 8,0 Prozent ab. Dies schwächte die Dynamik der Angleichung ab.

Im sächsischen Baugewerbe erreichte die Produktivität 2009 mit 37 118 € je Erwerbstätigen 83,1 Prozent des bundesdeutschen Niveaus und damit – mit Ausnahme des Jahres 2007 – einen Angleichungsstand wie schon seit 1998 nicht mehr (vgl. Tab. 2.2 und Abb. 7). Allerdings schwankt dieser seit Mitte der 1990er Jahre relativ stark. So hatte die zwischen Sachsen und Deutschland zu verzeichnende Produktivitätslücke im Baugewerbe 1996 schon einmal bei 7,1 Prozentpunkten gelegen.¹³⁾

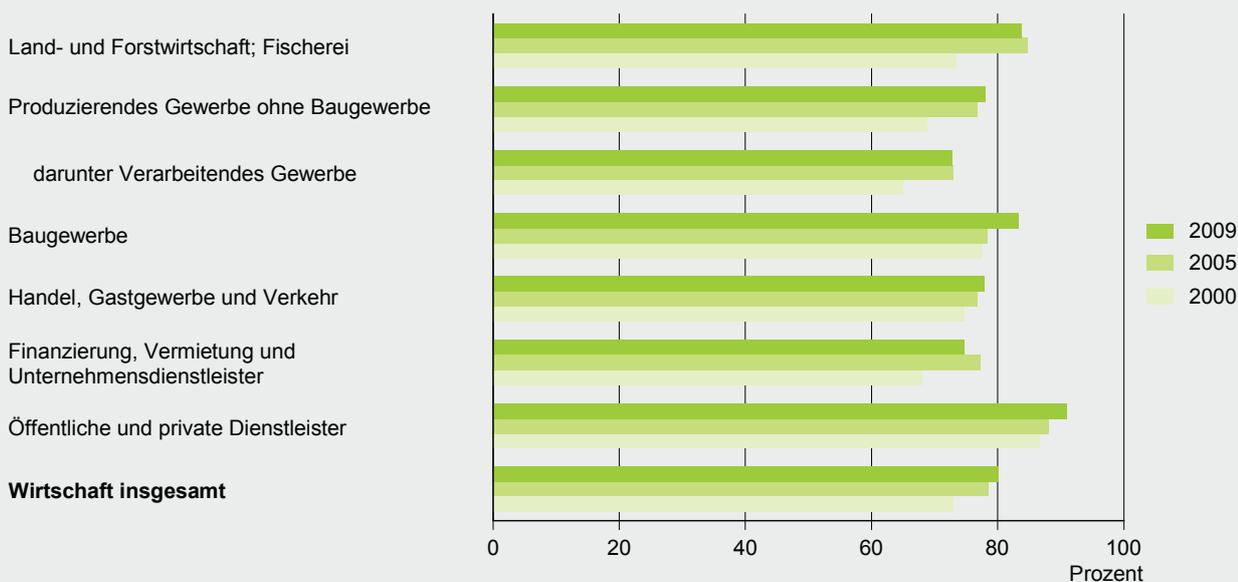
Innerhalb des Dienstleistungssektors war 2009 im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister mit einer Produktivität von 71 846 € je Erwerbstätigen die geringste Angleichung zwischen Sachsen und Deutschland in Höhe von 74,6 Prozent festzustellen. Niedriger hatte der Angleichungsstand zuletzt im Jahr 2001 gelegen. Nachdem er zu 2002 signifikant angestiegen war, zeigte die Entwicklung seither einen nahezu kontinuierlich abwärtsgerichteten Verlauf. Eine Hauptursache hierfür

dürfte in den – gegenüber den alten Ländern – in Sachsen sowie den anderen neuen Ländern niedrigeren Mieten, aber höheren Wohnungsleerständen liegen¹⁴⁾, die zu einer geringeren Bruttowertschöpfung führen. Darüber hinaus ist in diesem Dienstleistungsbereich zu berücksichtigen, dass die Mehrzahl der großen Unternehmen den Firmensitz, also den zumeist produktivsten Unternehmensteil, im früheren Bundesgebiet hat bzw. wertschöpfungsintensive Dienstleistungen bis heute von dort ansässigen Wirtschaftseinheiten erbracht und nachgefragt werden. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr lag die Produktivität in Sachsen 2009 mit 29 218 € je Erwerbstätigen bei 77,9 Prozent des bundesdeutschen Wertes und damit wieder auf dem Stand von 2002. Nachdem der Grad der Angleichung in den Folgejahren weitestgehend unverändert geblieben war, wuchs die Produktivitätslücke in den Jahren 2007 und 2008 wieder auf über ein Viertel an (vgl. Tab. 2.2). Bei den Öffentlichen und privaten Dienstleistern erreichte die Produktivität in Sachsen 2009 mit 37 868 € je Erwerbstätigen 90,9 Prozent des Bundesergebnisses und damit einen neuerlichen Angleichungshöchststand. So war die Produktivitätslücke zwischen Sachsen und Deutschland 2009 – wie schon 2008 – in keinem anderen Wirtschaftsbereich kleiner. Allein zwischen 2000 und 2009 ver-

13) Vgl. hierzu auch: Branchenreport Baugewerbe im Freistaat Sachsen 1990 bis 2009. Statistischer Bericht, Z 1 3, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz 2010, S. 15 und Tab. 2.11.

14) Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Evaluierung des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau Ost“ – Zentrale Ergebnisse und Empfehlungen des Gutachtens, Berlin, Oktober 2008, S. 8.

Abb. 7 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung¹⁾ je Erwerbstätigen 2000, 2005 und 2009 nach Wirtschaftsbereichen²⁾ – Stand der Angleichung an das gesamtdeutsche Niveau



1) in jeweiligen Preisen

2) Berechnungsstand: Jahre 2000 und 2005 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

ringerte sich diese relativ kontinuierlich um insgesamt 4,4 Prozentpunkte (vgl. Abb. 7). Während die Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) im Bereich Öffentliche und private Dienstleister in Sachsen um 20,8 Prozent nur etwas schwächer als im bundesdeutschen Durchschnitt um 22,0 Prozent zunahm, stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen mit 3,5 Prozent deutlich weniger stark als in Deutschland mit 9,8 Prozent an. Dies erklärt den auf sächsischer Ebene zu beobachtenden dynamischeren Produktivitätszuwachs im Vergleich zum mittleren Bundeswert, bei dem sich die gestiegene Bruttowertschöpfung auf eine höhere Zahl an Erwerbstätigen „verteilt“.

Im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) lag die Produktivität in Sachsen 2009 mit 17 458 € je Erwerbstätigen bei 83,3 Prozent des Bundesdurchschnitts. Allerdings ist der Angleichungsprozess in diesem Bereich von Jahr zu Jahr verhältnismäßig starken Schwankungen unterworfen (vgl. Tab. 2.2 und Abb. 7).

Für die neuen Länder war 2009 – wie in den Vorjahren – in sämtlichen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme des Baugewerbes im Mittel ein höherer Angleichungsstand an die bundesdeutschen Verhältnisse als in Sachsen festzustellen (vgl. Tab. 2.2).

Produktivitätsentwicklung im Vergleich zum gesamtdeutschen Niveau – Stundenproduktivität

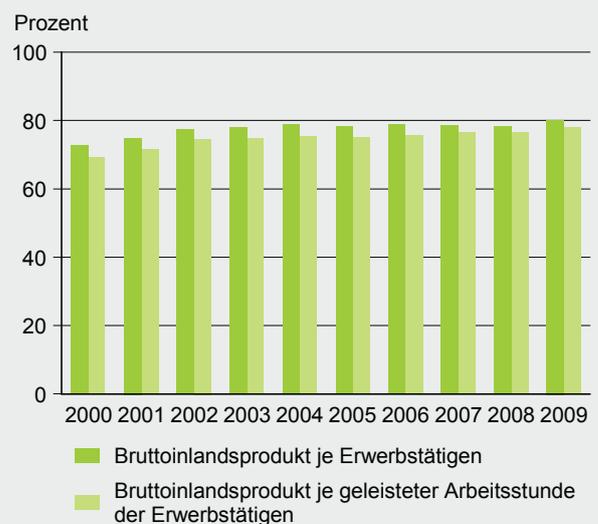
Vor dem Hintergrund der sich in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich verändernden Beschäftigungsverhältnisse hin zu mehr Teilzeitbeschäftigung, Mini-Jobs oder Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten) sollte neben einer Produktivitätsmessung auf Basis von Kopffzahlen (Personenkonzept), die die sowohl regional als auch wirtschaftszweigspezifisch mitunter deutlich differierenden Gegebenheiten nicht hinreichend exakt wiedergeben kann, auch eine Produktivitätsbetrachtung auf Basis der geleisteten Arbeitsstunden (Stundenkonzept) erfolgen. Wie aus Abbildung 8 hervorgeht, weicht die für Sachsen zu verzeichnende *Stundenproduktivität*, die sich aus dem Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) zu geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen errechnet, stets etwas stärker vom bundesdeutschen Produktivitätsniveau ab, als bei den Pro-Kopf-Werten. Für die neuen Länder gilt dies gleichermaßen (vgl. Tab. 2.2 und Tab. 2.3). Die Hauptursachen hierfür liegen einerseits in dem in den alten Ländern höheren Anteil marginal Beschäftigter bzw. Teilzeitbeschäftigter an allen Erwerbstätigen sowie den dort in der Regel niedrigeren tariflichen Arbeitszeiten. Folglich fiel die durchschnittliche Pro-Kopf-Arbeitszeit im früheren Bundesgebiet niedriger aus als in den neuen Ländern (vgl. Tab. 2.9), wo sich die Wirtschaftsleistung somit auf eine höhere Zahl an geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen „verteilt“ (vgl. hierzu auch Kapitel 4).

Die Stundenproduktivität in der sächsischen Wirtschaft lag 2009 bei 33,51 € und damit 1,0 Prozent höher als im Vor-

jahr (vgl. Tab. 1.3). Dieses Ergebnis entsprach 77,9 Prozent des Bundesdurchschnitts (vgl. Tab. 2.3 und Abb. 8). Im Vergleich zu 2008 verringerte sich die zwischen Sachsen und Deutschland bestehende Produktivitätslücke um weitere 1,4 Prozentpunkte auf ein neues Minimum.

Auch eine nach Wirtschaftsbereichen differenzierte Betrachtung für das Jahr 2009 offenbarte für den Großteil der Wirtschaftszweige in Sachsen hinsichtlich der Stundenproduktivität ein geringeres Angleichungsniveau an die gesamtdeutschen Verhältnisse als bei der Pro-Kopf-Produktivität (vgl. Tab. 2.2 und Tab. 2.3). Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) fiel der Angleichungsstand gemäß Stundenproduktivität im Jahr 2009 um 6,5 Prozentpunkte niedriger aus, darunter im Verarbeitenden Gewerbe um 6,3 Prozentpunkte. Im Baugewerbe lag die entsprechende Abweichung bei 1,2 Prozentpunkten. Im Dienstleistungsbereich Öffentliche und private Dienstleister war 2009 bei der Stundenproduktivität ein um 3,2 Prozentpunkte höherer Angleichungsrückstand als bei der Pro-Kopf-Produktivität festzustellen, während er im Handel, Gastgewerbe und Verkehr identisch ausfiel. Der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister erreichte dagegen gemäß Stundenproduktivität einen um 1,3 Prozentpunkte höheren Angleichungsstand an die Bundeswerte, als dies gemäß Pro-Kopf-Produktivität der Fall war. In der Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) lag die entsprechende Abweichung sogar bei 7,0 Prozentpunkten. Dies wird in erster Linie auf die in diesen Wirtschaftsbereichen – im Vergleich zu anderen Bundesländern – geringeren Pro-Kopf-

Abb. 8 Bruttoinlandsprodukt¹⁾ je Erwerbstätigen und je geleisteter Arbeitsstunde 2000 bis 2009²⁾ – Stand der Angleichung an das gesamtdeutsche Niveau



1) in jeweiligen Preisen

2) Berechnungsstand: Jahre 2000 bis 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

Arbeitszeiten (vgl. Tab. 2.9) zurückzuführen sein, die die auf Basis von Kopffzahlen ermittelten Produktivitätskennziffern relativ niedriger ausfallen lassen.

Abgesehen von den von Jahr zu Jahr stark schwankenden Angleichungsständen zwischen Sachsen und Deutschland im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) und der kontinuierlichen Verringerung der Produktivitätslücke bei den Öffentlichen und privaten Dienstleistern seit 1998 unterlagen die Angleichungsniveaus der übrigen Wirtschaftszweige bis zuletzt nur verhältnismäßig moderaten Schwankungen. Dabei reichte die durchschnittliche Stundenproduktivität in den neuen Ländern überall außer im Baugewerbe näher an die bundesdeutschen Verhältnisse heran, als dies für Sachsen galt (vgl. Tab. 2.3).

Die Verwendung des Index zum realen Bruttoinlandsprodukt je geleisteter Erwerbstätigenstunde ermöglicht nun Aussagen zur Stundenproduktivität, bei denen der Einfluss von Preisveränderungen ausgeblendet bleibt. Hier nach nahm die Stundenproduktivität in Sachsen 2009 gegenüber 2008 um 0,7 Prozent ab, nachdem sie in den

Jahren zuvor stets angestiegen war. Die Entwicklung resultierte aus dem realen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 3,8 Prozent (im Zähler des Quotienten) und einer rückläufigen Pro-Kopf-Arbeitszeit um 2,4 Prozent (im Nenner des Quotienten). Noch stärker als in Sachsen verringerte sich die Stundenproduktivität 2009 binnen Jahresfrist sowohl in den neuen Ländern mit 0,9 als auch in Deutschland insgesamt mit 2,2 Prozent. Insofern schloss sich die zwischen Sachsen und der Bundesrepublik bestehende Produktivitätslücke zuletzt weiter.

Es hat sich gezeigt, dass die Stundenproduktivität in Sachsen bis 2009 eine niedrigere Angleichung an das Niveau auf Bundesebene erreicht hatte, als die Pro-Kopf-Produktivität. Allerdings verlief der Angleichungsprozess bei Ersterer seit 1998 bis 2009 merklich dynamischer. So nahm die reale Stundenproduktivität in jener Zeit um 30,0 Prozent zu, während die Steigerung der auf Basis von Kopffzahlen ermittelten Produktivitätskennziffer nur bei real 16,5 Prozent lag.

2. Entwicklung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Sachsens

Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹⁵⁾

Der Gesamtumsatz der Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen des sächsischen Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) erreichte 2009 einen Betrag von 48,4 Milliarden € (vgl. Tab. 1.13a). Damit ist er im Vergleich zu 2008 um 15,2 Prozent bzw. 8,7 Milliarden € zurückgegangen (vgl. Abb. 9). Bis 2007 waren hier noch zweistellige Wachstumsraten zu verzeichnen gewesen. 2008 hatte sich das Umsatzwachstum im Vergleich zu 2007 mit 2,7 Prozent bereits deutlich abgeflacht.

Im Vergleich zum deutschen Durchschnitt von 18,3 Prozent Umsatzrückgang 2009 war Sachsen etwas weniger von der Wirtschaftskrise betroffen. In den neuen Ländern (mit Berlin) sank der Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) um 13,9 Prozent (vgl. Tab. 2.14a). Der Auslandsumsatz ging in Sachsen mit 18,6 Prozent im Vergleich zum Inlandsumsatz überdurchschnittlich zurück. In den beiden Hauptgruppen Vorleistungsgüter und Energie sowie Investitionsgüter war der Umsatzrückgang am stärksten, sowohl auf dem Auslands- als auch Binnenmarkt. In der Hauptgruppe Gebrauchsgüter war der Rückgang im Auslandsgeschäft deutlich höher als beim Inlandsumsatz. Bei den Verbrauchsgütern konnte beim Auslandsumsatz sogar ein kleines Plus von 3,4 Prozent erwirtschaftet werden, insgesamt ging aber auch hier der Umsatz zurück.

Ausgewählte umsatzstarke Industriebereiche zeigt Abbildung 10. Die sechs umsatzstärksten Bereiche erbrachten 2009 zusammen 68,9 Prozent des Gesamtumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe.¹⁶⁾ Diese Industriebereiche wiesen jedoch unterschiedliche Umsatzentwicklungen auf. Die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erwirtschaftete 10,7 Milliarden €, 12,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Auslandsumsatz sank sogar um 21,5 Prozent.

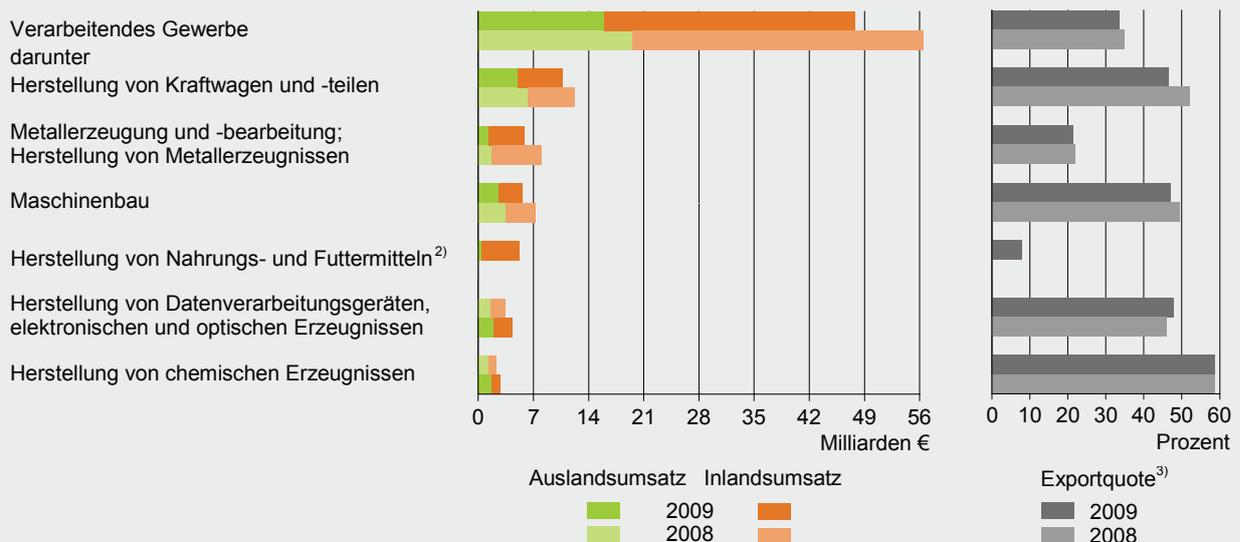
Der Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung sowie Herstellung von Metallerzeugnissen erbrachte 2009 einen Gesamtumsatz von 5,8 Milliarden €, 27,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Beim Auslandsumsatz betrug der Umsatzrückgang sogar 29,6 Prozent. Das sind die höchsten Rückgänge unter den sechs umsatzstärksten Industriebereichen.

Der Maschinenbau lag auf dem dritten Rang (vgl. Abb. 10). Er hatte einen Gesamtumsatz von 5,6 Milliarden €, 22,9 Prozent unter dem Vorjahreswert. Beim Auslandsumsatz lag der Rückgang bei 26,5 Prozent.

15) Es werden zusammengefasste Ergebnisse der Berichtsreihe der Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen (Monatsmelder) und der Betriebe mit 20 bis 49 tätigen Personen (Jahresmelder) in der Abgrenzung nach WZ 2008 für die Analyse benutzt – soweit nicht anders angegeben.

16) Infolge der Umstellung auf die WZ 2008 hat sich dieses Strukturmerkmal verändert. Der Anteil ist kleiner als er es nach der WZ 2003 war. Ohne den Bereich Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln lag der Anteil der nunmehr fünf umsatzstärksten Bereiche am Gesamtumsatz 2009 bei 58,2 Prozent, 2008 bei 61,2 Prozent.

Abb. 9 Gesamtumsatz und Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe 2008 und 2009 nach ausgewählten Wirtschaftszeigen¹⁾

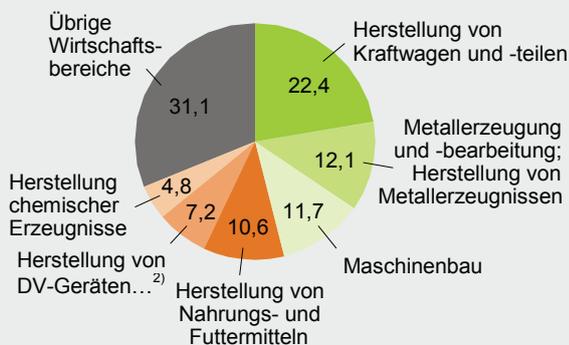


1) Zusammengefasste Ergebnisse auf Basis der Angaben im Monats- und Jahresbericht für Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen

2) 2008 unterlagen die Daten der statistischen Geheimhaltungspflicht.

3) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

Abb. 10 Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ 2009 nach Wirtschaftszweigen (Prozent)



1) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen
2) Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen

Der Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen erbrachte 2009 einen Gesamtumsatz von 3,4 Milliarden €, 21,8 Prozent weniger als 2008. Beim Auslandsumsatz waren es minus 19,0 Prozent und damit weniger als beim Inlands- bzw. Gesamtumsatz.

Die Herstellung von chemischen Erzeugnissen erwirtschaftete 2,3 Milliarden €. Hier lag der Umsatzrückgang mit 15,3 Prozent fast im Mittel der sächsischen Industrie. Auch beim Auslandsumsatz waren es 15,3 Prozent weniger.

Die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln erzeugte 2009 einen Gesamtumsatz von 5,1 Milliarden €. Die Veränderungsrate zum Vorjahr kann hier aus methodischen Gründen nicht genau angegeben werden.

Die *Exportquote* im Verarbeitenden Gewerbe, das Verhältnis von Auslandsumsatz zu Gesamtumsatz, erreichte 2009 lediglich einen Wert von 33,5 Prozent nach 34,8 Prozent im Vorjahr. Hier wirkt sich der im Verhältnis zum Inlandsumsatz stärker gesunkene Auslandsumsatz aus (vgl. Tab. 1.13a und Abb. 9). Die Exportquote ist jedoch nicht in allen Industriebereichen zurückgegangen. In der Herstellung von chemischen Erzeugnissen blieb sie auf dem Vorjahresniveau von 58,7 Prozent und in der Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen stieg sie sogar auf 47,7 Prozent (2008: 46,0 Prozent). Die Exportquote der neuen Länder (mit Berlin) erreichte 2009 einen Wert von 30,9 Prozent. Damit lag sie unter dem Vorjahreswert von 32,0 Prozent. In den alten Ländern (ohne Berlin) sowie Deutschland insgesamt haben sich die Exportquoten 2009 ebenfalls verringert (vgl. Tab. 2.15a).

Der starke Umsatzrückgang im Verarbeitenden Gewerbe 2009 zu 2008 führte auch wesentlich zum Rückgang des Bruttoinlandsproduktes des Freistaates Sachsen in

diesem Zeitraum. (vgl. dazu Kapitel 1).¹⁷⁾ Die Zahl der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe mit 20 und mehr tätigen Personen lag 2009 in der Abgrenzung der WZ 2008 mit 2 837 leicht über dem Vorjahresstand von 2 824. Die Zahl der tätigen Personen erreichte nur noch 231 725 (vgl. Tab. 1.13a). Das waren 5,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit ist der langjährige Wachstumstrend auch bei diesem Merkmal unterbrochen (vgl. Tab. 1.13b).

Baugewerbe¹⁸⁾

Im *Bauhauptgewerbe* lag 2009 bei den Betrieben mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen der Gesamtumsatz bei 3 555 Millionen € und damit 2,6 Prozent unter dem Vorjahreswert, nachdem 2008 gegenüber 2007 noch ein Wachstum um 1,1 Prozent zu verzeichnen gewesen war (vgl. Tab. 1.14 und Tab. 2.16). Hochbau und Tiefbau zeigten 2009 eine gegenläufige Entwicklung. Der baugewerbliche Umsatz fiel insgesamt um 2,4 Prozent, etwas weniger als der Gesamtumsatz, darunter im Hochbau um 6,9 Prozent, während er im Tiefbau um 1,2 Prozent anstieg. Damit war im Hoch- und Tiefbau gegenüber der Entwicklung 2008 zu 2007 eine Trendumkehr eingetreten (vgl. Tab. 2.16).

Der baugewerbliche Umsatz betrug insgesamt 3 521 Millionen €. Die Umsatzsteigerung im Tiefbau und der Umsatzrückgang im Hochbau führten dazu, dass sich der Anteil des Tiefbaus am baugewerblichen Umsatz auf 57,2 Prozent erhöhte (2008: 55,2 Prozent). Nach den drei Sparten des Bauhauptgewerbes (Bauarten und Auftraggebergruppen) ergab sich folgendes Bild (vgl. Abb. 11). Im Wohnungsbau sank der baugewerbliche Umsatz 2009 gegenüber dem Vorjahr um 13,3 Prozent und im Wirtschaftsbau um 5,1 Prozent. Im öffentlichen und Straßenbau stieg der Umsatz demgegenüber um 2,7 Prozent. Im Wohnungsbau setzte sich somit die schon seit längerem zu beobachtende Tendenz fort. Im Wirtschaftsbau ist 2009 in Bezug auf 2008 (jeweils im Vorjahresvergleich) eine Trendwende eingetreten. 2008 hatte der Umsatz im Wirtschaftsbau noch um 2,7 Prozent über dem Vorjahreswert gelegen, was damals auf die Umsatzsteigerung im Wirtschaftshochbau zurückzuführen gewesen war (9,2 Prozent). 2009 lag der Umsatz im Wirtschaftshochbau um 10,7 Prozent unter dem Vorjahreswert. Dafür wurde dieser Rückgang durch eine Umsatzsteigerung um 2,6 Prozent im Wirtschaftstiefbau leicht abgemindert. Die insgesamt positive Umsatzentwicklung im öffentlichen und Straßenbau ist auf Umsatzsteigerungen im Straßenbau von 1,8 Prozent und im öffentlichen Hochbau von 12,1 Prozent zurückzuführen. Im öffentlichen Tiefbau ist der Umsatz um 1,4 Prozent gesunken. Diese Entwicklungen im öffentlichen und Straßenbau dürften auch Wirkungen des Konjunkturpaketes II sein. 2009 lagen die *Baupreisindizes* – hier Nettobaupreisindizes für Rohbauarbeiten – (vgl. auch Kapitel 7) für Wohngebäude sowie Büro- und

Betriebsgebäude im Jahresmittel faktisch auf Vorjahresniveau. Dadurch entspricht der nominale Umsatzrückgang im Hochbau auch nahezu dem realen (jeweils rund sieben Prozent). Im Tiefbau haben sich die Baupreise 2009 im Vergleich zu 2008 jedoch erhöht. Dadurch wird die nominale Umsatzsteigerung im Tiefbau von reichlich einem Prozent durch die Preiserhöhungen wieder kompensiert, faktisch bleibt eine „rote Null“.

In den neuen Ländern (mit Berlin) verlief die Umsatzentwicklung im Bauhauptgewerbe ähnlich der in Sachsen (vgl. Tab. 2.16). In den alten Ländern (ohne Berlin) ging der Umsatz stärker zurück, und zwar um 4,7 Prozent. Damit erreichte er in Deutschland insgesamt einen um 4,0 Prozent niedrigeren Wert als 2008. In den alten Ländern (ohne Berlin) und im deutschen Mittel war auch der baugewerbliche Umsatz im Tiefbau rückläufig.

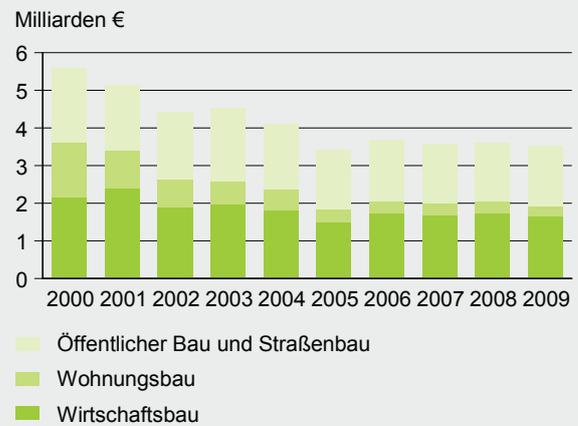
Die Zahl der tätigen Personen im Bauhauptgewerbe Sachsens erreichte 2009 im Jahresdurchschnitt 29 132 Personen, 0,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Rückgang ist somit minimal. In der Vorjahresperiode hatte der Rückgang bei 3,4 Prozent gelegen. In den neuen Ländern (mit Berlin) sank die Zahl der tätigen Personen um 0,3 Prozent, in den alten Ländern (ohne Berlin) stieg sie geringfügig um 0,1 Prozent. Für Deutschland insgesamt verharrte die Zahl der tätigen Personen im Bauhauptgewerbe faktisch auf dem Vorjahresniveau.

Im *Ausbaugewerbe* erwirtschafteten die Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen in Sachsen 2009 einen Gesamtumsatz von 1 984 Millionen €, 6,6 Prozent mehr als im Vorjahr (vgl. Tab. 1.14 und Tab. 2.16). Damit ist hier der Umsatz im vierten Jahr in Folge gestiegen. Die positive Entwicklung im Unterschied zum Rohbau zeigt, dass der Konjunkturverlauf im Ausbaugewerbe zeitversetzt abläuft. Das heißt, während im Rohbau (Bauhauptgewerbe) 2009 im Vergleich zu 2008 der Umsatz leicht zurückgegangen ist, war im Ausbaubereich (noch) ein Wachstum zu verzeichnen. Ausbaugewerbliche Arbeiten sind aber nicht nur im Gefolge von Rohbauarbeiten erforderlich, sondern auch an bzw. in bestehenden Bauwerken (Renovierungsarbeiten aller Art oder Installation umweltfreundlicher Technologien wie z. B. Solartechnik, Wärmepumpen u. a.). Statistisch lassen sich solche Bereiche aber nicht trennen.

Die Umsatzentwicklung dieses Baubereiches in den neuen und alten Ländern verlief ähnlich der in Sachsen. In den neuen Ländern (mit Berlin) stieg der Gesamtumsatz um 5,0 Prozent und in den alten Ländern (ohne Berlin) um 3,4 Prozent, und in Deutschland insgesamt um 3,7 Prozent (vgl. Tab. 2.16). In der Vorjahresperiode waren die Zuwachsraten teilweise noch zweistellig gewesen.

In den Betrieben des Ausbaugewerbes waren 2009 in Sachsen im Jahresmittel 18 463 Personen tätig, 3,7 Prozent mehr als 2008. Damit hat sich hier die Zuwachsrate gegenüber den beiden Vorjahren erhöht. Das unterscheidet

Abb. 11 Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe¹⁾ 2000 bis 2009 nach Bauarten



1) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen

det Sachsen auch von den beiden Großraumregionen, wo die Zuwachsraten 2009 deutlich unter denjenigen der Vorjahre lagen (vgl. Tab. 2.16).

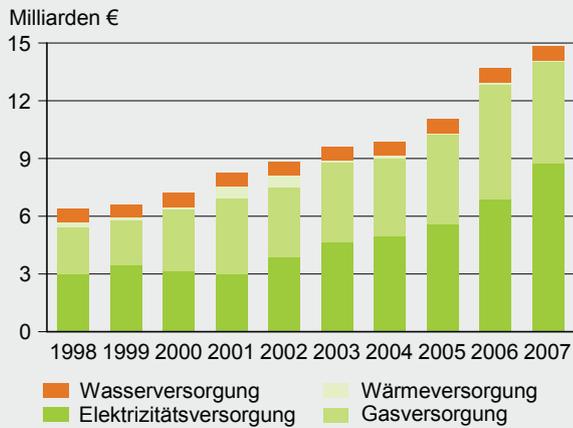
Im Jahr 2009 wurden von den sächsischen Bauaufsichtsbehörden insgesamt 8 681 *Baugenehmigungen* erteilt, 3,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Für die Errichtung neuer Wohngebäude waren es 2 916 Baugenehmigungen, 3,0 Prozent mehr als im Vorjahr, für Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden 4 444, 3,5 Prozent weniger und für Nichtwohngebäude 1 321 Genehmigungen, 16,0 Prozent weniger. Auch beim Merkmal Rauminhalt zeigen sich ähnliche Veränderungsdaten.

Im Wohnbau entfielen knapp 97 Prozent der Baugenehmigungen und 84 Prozent des geplanten Rauminhalts auf Ein- und Zweifamilienhäuser. Das heißt, es wurden auch 2009 ganz überwiegend Eigenheime neu genehmigt.

17) Eine ausführliche Analyse der unterjährigen Entwicklung der Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens im Zeitraum 2007 bis 2009 wurde im Rahmen eines gemeinsamen Projektes des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen und des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, vorgenommen. Vgl. dazu: Straube, R.: Analysen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen 2008/2009 anhand ausgewählter konjunkturstatistischer Kennzahlen. In: Statistik in Sachsen, 1/2010, S. 2 - 13; Straube, R., G. Vogt: Amtliche Konjunkturdaten und ifo Geschäftsklimaindex für Sachsen 2008 und 2009 – Wie gestalten sich die Zusammenhänge. In: Statistik in Sachsen, 2/2010 (im Druck).

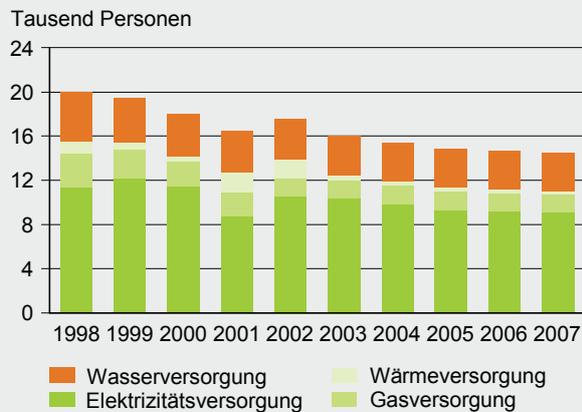
18) Ausführlicher zum Baugewerbe vgl.: Branchenreport Baugewerbe in Sachsen 1990 bis 2009. Statistischer Bericht, Z I 3, Kamenz 2010.

Abb. 12 Umsätze in den Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung 1998 bis 2007¹⁾ nach Wirtschaftszweigen



1) Ab 2001: aktualisierte Wirtschaftszweigzuordnung, Vorjahresvergleich nur eingeschränkt aussagefähig

Abb. 13 Beschäftigte¹⁾ in den Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung 1998 bis 2007²⁾ nach Wirtschaftszweigen



1) Jahresdurchschnittsangaben
2) Ab 2001: aktualisierte Wirtschaftszweigzuordnung, Vorjahresvergleich nur eingeschränkt aussagefähig

Energie- und Wasserversorgung¹⁹⁾

Die Unternehmen der *Energie- und Wasserversorgung* in Sachsen erwirtschafteten im letzten zur Verfügung stehenden Jahr 2007 einen Gesamtumsatz von 14,9 Milliarden €, 8,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zuwachsrate war deutlich niedriger als in den beiden Perioden davor (vgl. Tab. 2.17). Die beiden umsatzstärksten Bereiche waren die Elektrizitätsversorgung mit einem Umsatzanteil von 59,0 Prozent und die Gasversorgung mit 35,6 Prozent (vgl. Tab. 1.15 und Abb. 12).

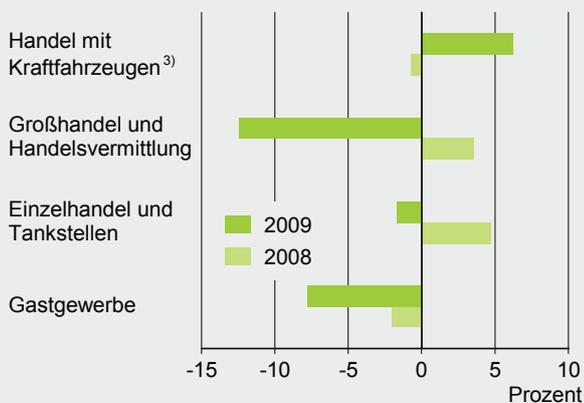
Die Beschäftigtenzahl der Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung in Sachsen lag 2007 bei 14 487 und damit 1,2 Prozent niedriger als 2006. Seit 2003 geht hier die Beschäftigtenzahl kontinuierlich zurück (vgl. Abb. 13).

Für dieses Merkmal stehen auch Betriebsangaben zur Verfügung.²⁰⁾ Mit 14 391 Beschäftigten ist diese Zahl gegenüber dem Jahr 2006 um 1,5 Prozent gesunken.

Binnenhandel²¹⁾

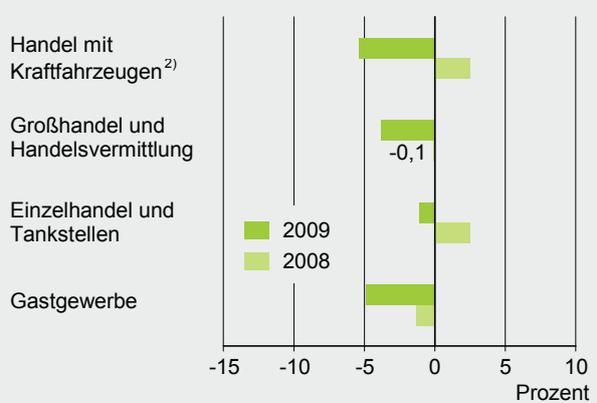
Im *Einzelhandel* und *Großhandel* (jeweils ohne Kraftfahrzeughandel) sind die nominalen Umsätze 2009 gegenüber 2008 zurückgegangen, im Einzelhandel um 1,7 Prozent und im Großhandel um 12,4 Prozent. Im Handel mit Kfz, Instandhaltung und Reparatur von Kfz ist der Umsatz dagegen um 6,2 Prozent gestiegen, darunter im Handel mit Kfz sogar um 8,8 Prozent (vgl. Tab. 2.18 und Abb. 14). Im deutschen Mittel verzeichnete der Kfz-Handel einen moderateren Umsatzanstieg um 3,9 Prozent. Diese hohen

Abb. 14 Umsatz¹⁾ im Binnenhandel und Gastgewerbe 2008 und 2009²⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr



1) in jeweiligen Preisen
2) Jahr 2009 - vorläufige Ergebnisse; Berechnungsstand: Mai 2010
3) sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

Abb. 15 Beschäftigte im Binnenhandel und Gastgewerbe 2008 und 2009¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr



1) Jahr 2009 - vorläufige Ergebnisse; Berechnungsstand: Mai 2010
2) sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

Umsatzsteigerungen beim Handel mit Kfz ist die Folge der sogenannten „Abwrackprämie“. Diese staatliche Förderung hatte zwei Wirkungen. Zum einen wurden Autokäufe vorgezogen, die sonst erst in den nächsten Jahren getätigt worden wären. Zum anderen kam es zu Autokäufen, die es ohne diesen Zuschuss möglicherweise überhaupt nicht gegeben hätte.

Preisbereinigt lagen der Umsatz des sächsischen Einzelhandels 2009 um 1,5 Prozent niedriger und der des Großhandels um 7,7 Prozent. Der Umsatzanstieg im Kfz-Handel betrug real 6,0 Prozent.

Deutschlandweit zeigte die nominale Entwicklung der Umsätze im Einzelhandel und im Großhandel eine ähnliche Entwicklung wie in Sachsen. Im Handel mit Kfz, Instandhaltung und Reparatur von Kfz war dagegen der Umsatz nur moderat um 1,0 Prozent gestiegen.

Die *Beschäftigtenzahl* im sächsischen Binnenhandel war 2009 im Vergleich zu 2008 in allen Sparten rückläufig (vgl. Tab. 2.18 und Abb. 15). Das betraf in der Regel sowohl die Vollzeit- als auch die Teilzeitbeschäftigten.

Gastgewerbe²¹⁾

Im Jahr 2009 verzeichnete das sächsische Gastgewerbe im Vergleich zum Vorjahr einen Umsatzrückgang (in jeweiligen Preisen) von 7,8 Prozent. Damit hatte sich die rückläufige Entwicklung der letzten zwei Jahre deutlich verschärft (vgl. Tab. 2.18 und Abb. 14). In der Gastronomie sank der Umsatz um 5,5 Prozent, in der Beherbergung fast doppelt so hoch um 10,7 Prozent. Preisbereinigt sank der Umsatz des sächsischen Gastgewerbes 2009 um 9,7 Prozent.

Bundesweit sank der Umsatz des Gastgewerbes (in jeweiligen Preisen) 2009 gegenüber 2008 um 4,8 Prozent, in der Gastronomie um 3,9 Prozent und in der Beherbergung um

6,3 Prozent. Das heißt, der Umsatzrückgang im sächsischen Gastgewerbe lag überdurchschnittlich hoch.

Die Zahl der Beschäftigten im sächsischen Gastgewerbe ist 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 4,9 Prozent gesunken. Damit hat sich die Geschwindigkeit des Rückganges gegenüber den beiden Jahren davor verstärkt (vgl. Tab. 2.18). Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ist mit 7,0 Prozent überdurchschnittlich gesunken, die der Teilzeitbeschäftigten mit 1,5 Prozent dagegen vergleichsweise moderat. In Deutschland insgesamt ist im Mittel die Beschäftigtenzahl im Gastgewerbe 2009 ebenfalls gesunken. Mit 0,8 Prozent ist der Rückgang jedoch relativ niedrig. Auch hier wurde der Beschäftigtenrückgang durch die Vollzeitbeschäftigten bewirkt. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten ist sogar um 2,0 Prozent gestiegen.

Sonstige Dienstleistungsbereiche

Die Ausführungen beziehen sich auf den Wirtschaftsabschnitt I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) und den Wirtschaftsabschnitt K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g.) der *Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)*. In den Darstellungen der zur VGR und ETR (Kapitel 1, 3 und 4) ist der Abschnitt I Teil des größeren Dienstleistungsbereiches Handel, Gastgewerbe, Verkehr, der Abschnitt K bildet dagegen zusammen mit dem Wirtschaftsabschnitt J

19) Alle Angaben nach WZ 2003.

20) Umsatzangaben liegen nur für Unternehmen vor. Die Beschäftigtenangaben für Unternehmen lassen sich mit den Umsatzangaben verbinden. Bei den Betriebsangaben handelt es sich um die Betriebe mit Sitz in Sachsen (örtliche Einheiten), unabhängig vom Sitz des Unternehmens.

21) Alle Daten zum Binnenhandel und Gastgewerbe sind vorläufig (Datenstand: Mai 2010).

Abb. 16 Umsatz in Verkehr und Nachrichtenübermittlung 2006 und 2007

Veränderung gegenüber dem Vorjahr

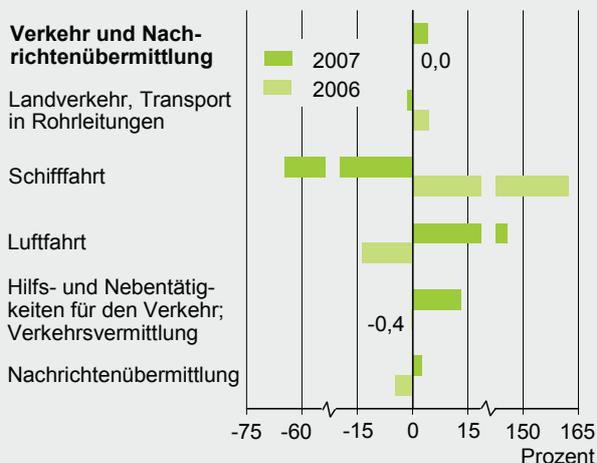
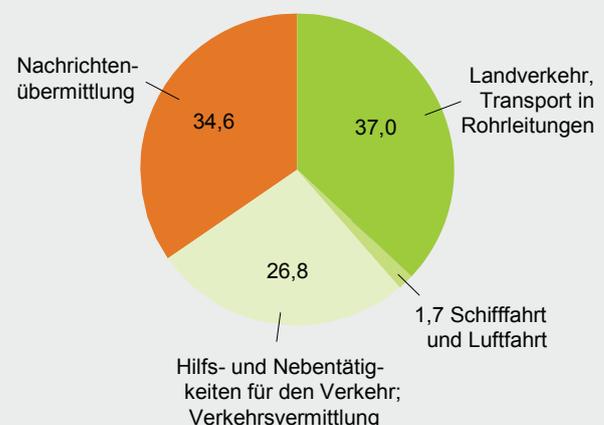


Abb. 17 Umsatz in Verkehr und Nachrichtenübermittlung 2007 nach Wirtschaftszweigen (Prozent)



(Kredit- und Versicherungsgewerbe) den Dienstleistungsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister.

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung hat sich der Umsatz 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 4,2 Prozent erhöht und erreichte 8,2 Milliarden € (vgl. Tab. 1.17 und Abb. 16). Hinter dieser Entwicklung steht zum einen ein struktureller Wandel im Wirtschaftszweig Luftfahrt, zum anderen sind aber auch in der Nachrichtenübermittlung und den Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr höhere Umsätze erwirtschaftet worden. Im Landverkehr, Transport in Rohrleitungen ist der Umsatz um 1,5 Prozent gesunken, nachdem er in den Vorjahresperioden gestiegen war.

Im Jahr 2007 betrug die Zahl der tätigen Personen in Verkehr und Nachrichtenübermittlung 92 009 Personen, 2,2 Prozent weniger als 2006. Damit setzte sich mittelfristig (seit 2002) die zu beobachtende Schwankung dieser Zahl in einem Bereich von mehr als 90 000 Personen fort, ohne dass sich eine eindeutige Tendenz erkennen ließe. Der Rückgang wurde durch die Nachrichtenübermittlung verursacht. Hier sank die Beschäftigtenzahl 2007 im Vergleich zum Vorjahr allein um knapp 4 300 Personen bzw. 12,4 Prozent. In allen anderen Wirtschaftszweigen des Bereiches Verkehr und Nachrichtenübermittlung ist die Beschäftigtenzahl dagegen gestiegen (vgl. Tab. 1.17). In der Luftfahrt – auf niedrigem absoluten Niveau – allein um knapp 40 Prozent.

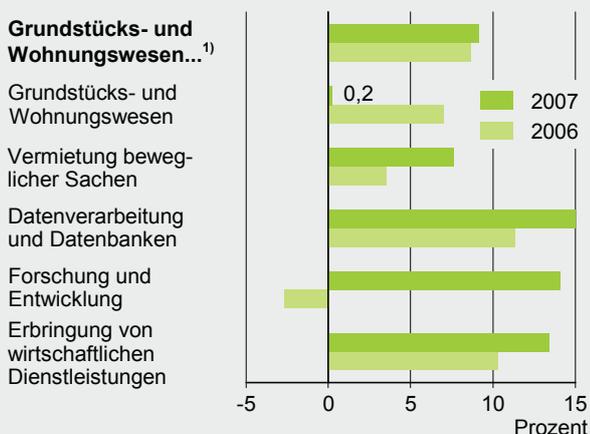
In Deutschland insgesamt stieg die Beschäftigtenzahl in Verkehr und Nachrichtenübermittlung 2007 gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozent und damit in einer vergleichbaren Größenordnung wie in den Vorjahren.

Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen

Im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g. wurde 2007 ein Umsatz von 14,1 Milliarden € erwirtschaftet. Gegenüber dem Vorjahr waren das nominal 9,1 Prozent bzw. reichlich eine Milliarde € mehr. Damit setzte sich die seit 2002 vorhandene Wachstumstendenz fort. Gut die Hälfte des Umsatzes entfiel 2007 wie auch in den vorangegangenen Jahren auf den Wirtschaftszweig Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen (vgl. Abb. 19).²²⁾ Mit 13,4 Prozent war die Wachstumsrate auch vergleichsweise hoch. Der Wirtschaftszweig Grundstücks- und Wohnungswesen erbrachte einen Anteil von knapp 30 Prozent des Umsatzes. Gegenüber dem Vorjahr stagnierte er faktisch (0,2 Prozent). Der Umsatz im Wirtschaftszweig Datenverarbeitung und Datenbanken hatte 2007 mit 15,0 Prozent die höchste Wachstumsrate (vgl. Abb. 18). Hier ist auch seit 2002 von Jahr zu Jahr eine Steigerung eingetreten (vgl. Tab. 1.17). Bundesweit stieg der Umsatz im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen 2007 gegenüber dem Vorjahr um 6,2 Prozent und damit etwas geringer als in Sachsen. Die einzelnen Teilbereiche entwickelten sich weniger dynamisch als in Sachsen (vgl. Tab. 2.19).

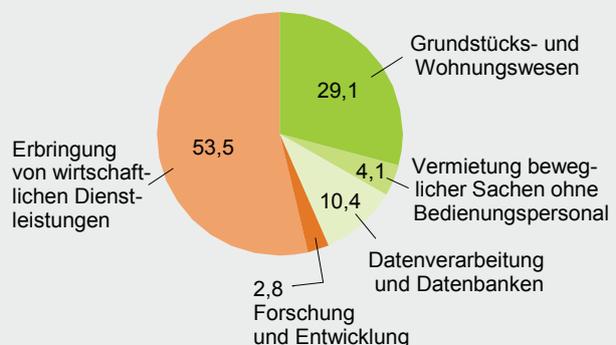
Die Zahl der tätigen Personen in Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen belief sich 2007 in Sachsen auf 226 190 Personen, 5,9 Prozent mehr als 2006. Seit 2002 ist hier ein stetiger Anstieg zu erkennen (vgl. Tab. 1.17). Eine Ursache für den beträchtlichen

Abb. 18 Umsatz in Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung ...¹⁾ 2006 und 2007
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



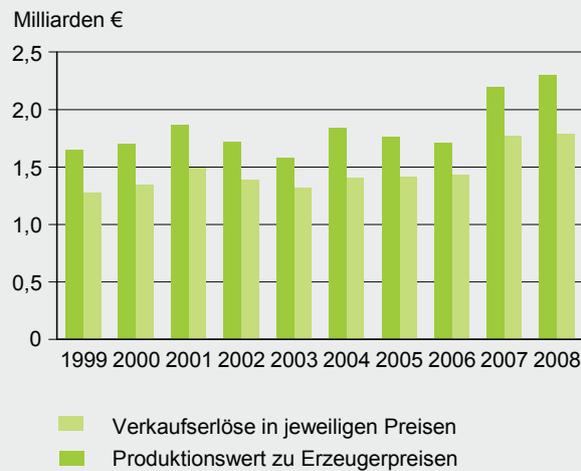
1) Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.

Abb. 19 Umsatz in Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung ...¹⁾ 2007 nach Wirtschaftszweigen (Prozent)



1) Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.

Abb. 20 Produktionswert und Verkaufserlöse in der Landwirtschaft 1999 bis 2008



Anstieg der Beschäftigtenzahl in diesem Wirtschaftsabschnitt ist zweifelsfrei darin zu suchen, dass im Wirtschaftszweig Überlassung von Arbeitskräften (WZ 74.50.2) die Leiharbeitnehmer statistisch mit erfasst werden, nicht jedoch in den Unternehmen und damit Wirtschaftszweigen, wo sie dann praktisch arbeiten. Bundesweit entspricht die Zunahme der Beschäftigten in diesem Wirtschaftsbereich mit 6,6 Prozent ziemlich genau der Größenordnung der Entwicklung in Sachsen. (vgl. Tab. 2.19).

Landwirtschaft

Der Produktionswert der Landwirtschaft (zu Erzeugerpreisen)²³⁾ erreichte 2008, dem letzten zur Verfügung stehenden Jahr, 2,3 Milliarden € und damit 5,1 Prozent mehr als

2007. Da die Landwirtschaft derjenige Wirtschaftsbereich ist, der von den jeweiligen Witterungsbedingungen am stärksten unmittelbar abhängt, kann der Produktionswert von Jahr zu Jahr stärker schwanken (vgl. Tab. 1.12 und Abb. 20). Das wird auch deutlich, wenn man die Entwicklung der Produktionswerte der pflanzlichen und tierischen Erzeugung vergleicht: ersterer schwankt am stärksten. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt ist in Sachsen Schwankungen unterlegen (vgl. Tab. 1.12).²⁴⁾ Dabei schwankt die Zahl der Betriebe mit unter 20 Hektar Landwirtschaftlicher Fläche (LF) am stärksten. Die Zahl der Betriebe mit 20 bis unter 100 Hektar LF ist tendenziell leicht zurückgehend. Bei der Zahl der Betriebe mit 100 bis unter 1 000 Hektar LF ist im Zweijahresvergleich (gerade und ungerade Jahre) ebenfalls eine tendenzielle Steigerung zu beobachten. Beim Vergleich von geraden und ungeraden Jahren dürften die Schwankungen der Betriebszahlen zum Teil methodisch bedingt sein.²⁵⁾ Die Zahl der Großbetriebe mit mehr als 1 000 Hektar LF ist fast konstant mit einer kleinen Zunahme seit 2003.

22) Hierzu zählen zum Beispiel Rechts- und Steuerberatung, Architekten- und Ingenieurbüros, Reinigungswesen, Fotografen, Call-Centers aber auch die Arbeitskräfteüberlassung.

23) Datenquelle: Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung, R-LGR

24) Dabei sind Veränderungen in der Erhebungsmethodik zu beachten. Die jeweiligen Abschneidegrenzen haben sich geändert.

25) In den geraden Berichtsjahren wird eine repräsentative Statistik durchgeführt, in den ungeraden eine Totalerhebung mit Abschneidegrenzen (Agrarstrukturerhebung). Die in die Erhebungen jeweils einbezogenen Betriebszahlen schwanken aus methodischen (Definition der Abschneidegrenzen) und organisatorischen Gründen.

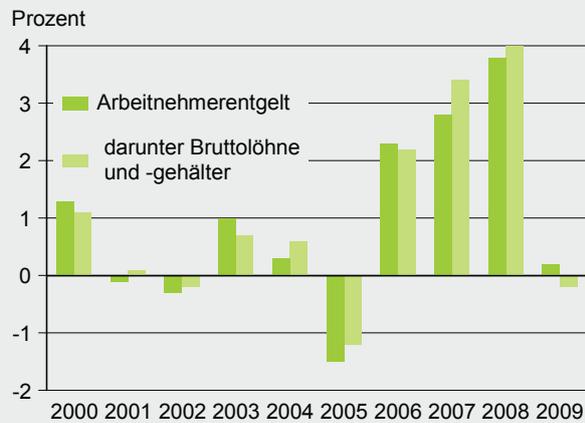
3. Arbeitskosten, Lohnkosten und Lohnstückkosten

Arbeitnehmerentgelt

Die arbeitsbezogene Komponente der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung entspricht dem *Arbeitnehmerentgelt*, also den Kosten des Arbeitgebers für den Produktionsfaktor Arbeit. Dessen Gesamtvolumen beeinflusst sowohl die Entwicklung des verfügbaren Einkommens, der Konsumausgaben und des Sparens der Privaten Haushalte (vgl. hierzu Kapitel 8), aber auch die Sozialbeitrags- und Steuereinnahmen von Sozialversicherungsträgern und öffentlichen Haushalten. Im Jahr 2009 wurden in Sachsen knapp 48,5 Milliarden € an Arbeitnehmerentgelten gezahlt, 0,2 Prozent mehr als im Vorjahr (vgl. Tab. 1.4). In den Jahren 2006 bis 2008 waren die Zuwächse noch deutlich höher ausgefallen (vgl. Abb. 21). Anders als zu dieser Zeit, resultierte der Anstieg der Arbeitnehmerentgelte von 2008 zu 2009 ausschließlich aus einer Erhöhung der Sozialbeiträge der Arbeitgeber um 1,5 Prozent, während die Bruttolöhne und -gehälter um 0,2 Prozent zurückgingen. In den neuen Ländern (ohne Berlin)²⁶⁾ stiegen die Arbeitnehmerentgelte 2009 binnen Jahresfrist um 0,7 Prozent und damit stärker als in Sachsen, während sie in den alten Ländern (ohne Berlin)²⁶⁾ um 0,2 Prozent abnahmen. Auf Bundesebene wurde das Vorjahresniveau erreicht (vgl. Tab. 2.4 und Abb. 22). Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte an der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) lag 2009 in Sachsen bei 58,4 Prozent und damit über dem in Deutschland mit 56,9 Prozent. Insofern kommt dem Faktor Arbeit zur Erzielung von Wertschöpfung in Sachsen nach wie vor eine etwas höhere Bedeutung zu als auf Bundesebene. Ungeachtet dessen haben sich die entsprechenden Relationen über die vergangenen Jahre tendenziell immer weiter angeglichen, nachdem – etwa im Jahr 2000 – das Verhältnis aus Arbeitnehmerentgelt und nominaler Bruttowertschöpfung in Sachsen noch bei 65,5 Prozent und die Differenz zum Bundesdurchschnitt bei 6,2 Prozentpunkten gelegen hatte. Dabei ist die Entwicklung vorrangig auf den in den neuen Ländern kontinuierlich gestiegenen Stellenwert des Produktionsfaktors Kapital zurückzuführen, der die wirtschaftsstrukturellen Anpassungsprozesse zum früheren Bundesgebiet entscheidend begünstigt hat. Die in den Bundesländern verhältnismäßig stark voneinander abweichenden Anteile des Arbeitnehmerentgelts am Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen), die sich 2009 von 53,4 Prozent in Hamburg bis 60,2 Prozent in Berlin bewegten, dürften zum einen auf verschiedene Arbeitskostenstrukturen und zum anderen – insbesondere in den neuen Ländern – auf beachtliche Unterschiede im Lohnniveau und der Kapitalintensität der ansässigen Wirtschaft zurückzuführen sein.

Der Anteil der in Sachsen gezahlten Arbeitnehmerentgelte an jenen in Deutschland lag 2009 erneut bei 4,0 Prozent. Damit fiel der sächsische Beitrag zum Bundesergebnis

Abb. 21 Arbeitnehmerentgelt sowie Bruttolöhne und -gehälter 2000 bis 2009¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



1) Berechnungsstand: 2000 bis 2008 - August 2009;
Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

hier um 0,1 Prozentpunkte höher aus, als jener bei der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung.

Nach Wirtschaftsbereichen differenziert, entwickelten sich die sächsischen Arbeitnehmerentgelte im Jahr 2009 gegensätzlich. Während sie gegenüber 2008 im Produzierenden Gewerbe um 4,2 Prozent und damit so stark wie nie zuvor zurückgingen, war im Dienstleistungssektor ein neuerlicher Zuwachs um 2,1 Prozent zu verzeichnen. Gleiches galt für den Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei), in dem die entsprechende Zunahme bei 1,7 Prozent lag.

Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) verringerten sich die Arbeitnehmerentgelte 2009 binnen Jahresfrist um 5,4 Prozent (vgl. Tab. 2.4). Darunter war im Verarbeitenden Gewerbe mit einem Rückgang um 6,2 Prozent der stärkste Einbruch innerhalb des Produzierenden Gewerbes zu verzeichnen, nachdem die Arbeitnehmerentgelte hier seit 1994 kontinuierlich zugenommen hatten. Ausschlaggebend für die Höhe des Arbeitnehmerentgelts und deren Veränderung ist neben der Zahl der Arbeitnehmer (vgl. Tab. 2.7) auch die Entwicklung der Lohnkosten, also dem Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (vgl. Tab. 1.5 und unten). Entsprechend lag der deutliche Rückgang der Arbeitnehmerentgelte im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe von 2008 zu 2009 in der um 2,4 Prozent gesunkenen Zahl an Arbeitnehmern und den um 3,8 Prozent niedrigeren Lohnkosten begründet. Das Baugewerbe in Sachsen vermeldete 2009 mit 0,3 Prozent bereits zum vierten Mal in Folge eine moderate Arbeitnehmerentgeltsteigerung gegenüber dem Vorjahr. Wenngleich die Zahl der Arbeitnehmer zwischen 2008 und 2009 um weitere 0,8 Prozent zurückging, trugen die um

1,1 Prozent gestiegenen Lohnkosten begünstigend zu obiger Entwicklung bei. Insofern scheint die Phase tendenziell rückläufiger Arbeitnehmerentgelte im sächsischen Baugewerbe seit Mitte der 1990er Jahre bis 2005 nun fortwährend überwunden zu sein.

Im Dienstleistungsbereich Öffentliche und private Dienstleister wurde 2009 das mit Abstand höchste Arbeitnehmerentgelt in der sächsischen Wirtschaft gezahlt (vgl. Tab. 1.4). Auch fiel hier der Zuwachs gegenüber 2008 mit 3,8 Prozent so hoch wie in keinem anderen Wirtschaftsbereich aus. Die Sparbemühungen der öffentlichen Haushalte und die tariflich vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen im Schulbereich, die in den Jahren 2005 und 2007 noch zu rückläufigen Arbeitnehmerentgelten geführt hatten, wirkten sich zuletzt somit nicht mehr dämpfend aus. Vielmehr erhöhte sich die Zahl der Arbeitnehmer 2009 binnen Jahresfrist um 0,4 Prozent, wobei der Zuwachs durch den relativ deutlichen Rückgang bei den marginal Beschäftigten in einem moderaten Ausmaß blieb. Daraus ergab sich letztlich auch ein erneuter Anstieg der Lohnkosten um 3,4 Prozent gegenüber 2008. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr stiegen die Arbeitnehmerentgelte von 2008 zu 2009 um 0,8 Prozent und damit deutlich weniger stark als in den vorangegangenen Jahren (vgl. Tab. 2.4). Während die Zahl der hier beschäftigten Arbeitnehmer sogar um 0,2 Prozent abnahm, stiegen die Lohnkosten um 1,0 Prozent an. Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister war 2009 erstmals seit 1991 ein Rückgang des Arbeitnehmerentgelts um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Trotz eines Anstiegs

der Lohnkosten um 0,9 Prozent verlief die Entwicklung aufgrund der vergleichsweise deutlichen Reduktion an Arbeitnehmern in Höhe von 1,5 Prozent hier also letztlich negativ.

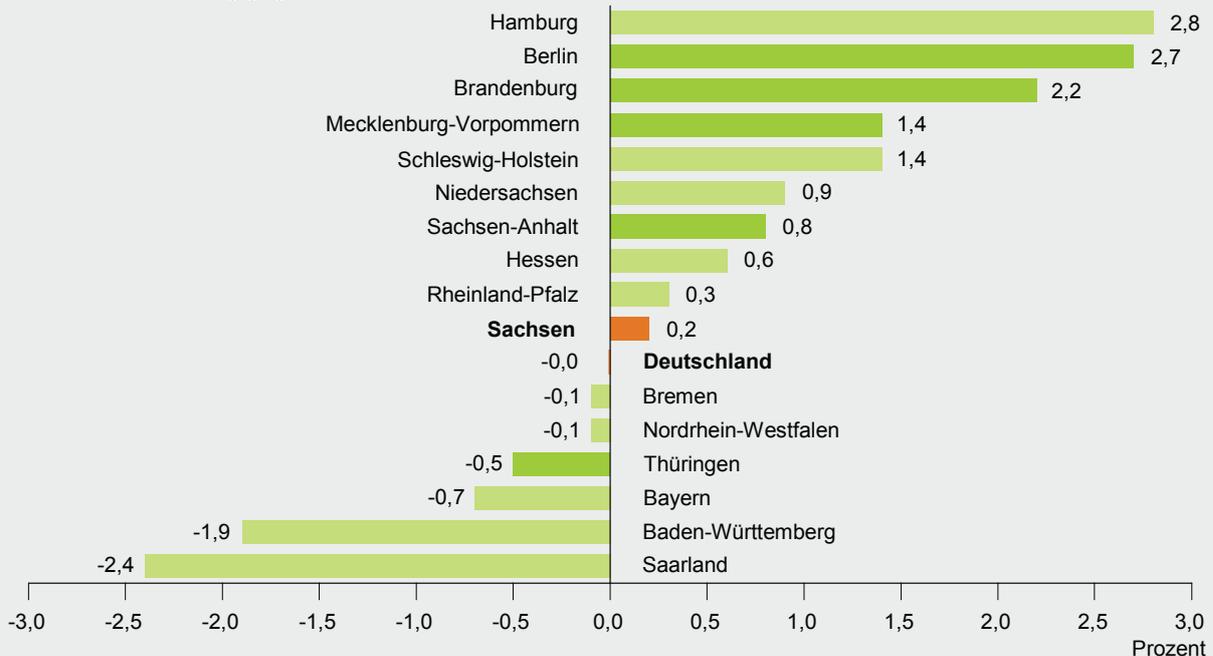
Für die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte in den einzelnen Wirtschaftszweigen in Deutschland und den beiden Großraumregionen waren weitgehend ähnliche Verläufe wie in Sachsen charakteristisch (vgl. Tab. 2.4). Während die Rückgänge der Arbeitnehmerentgelte im Produzierenden Gewerbe sowie im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister in Sachsen noch geringfügig stärker als im Bundesdurchschnitt ausfielen, wurde das sächsische Ergebnis auch in den übrigen Dienstleistungsbereichen – speziell bei den Öffentlichen und privaten Dienstleistern –, im Baugewerbe sowie der Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) von den in Deutschland bzw. in den alten Ländern zu verzeichnenden durchschnittlichen Zuwachsraten übertroffen.

Arbeitskostenstruktur

Aus den Anteilen der in den einzelnen Wirtschaftsbereichen gezahlten Arbeitnehmerentgelte an insgesamt ergibt sich die *Arbeitskostenstruktur*. Im Produzierenden Gewerbe lag jener Anteil 2009 bei 29,2 Prozent, 1,3 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr. Auf die Dienstleistungsbereiche entfielen 69,5 Prozent der in Sachsen

26) Aus Gründen besserer Vergleichbarkeit werden die Ergebnisse zu den Großraumregionen hier stets jeweils ohne Berlin ausgewiesen. Deshalb wird eine Klammerbemerkung im Folgenden nur bei Ausnahmen angegeben.

Abb. 22 Arbeitnehmerentgelt 2009 nach Ländern¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



1) Berechnungsstand: Februar 2010 (VGR des Bundes)

insgesamt gezahlten Arbeitnehmerentgelte und damit 1,3 Prozentpunkte mehr als 2008. Höher hatte der entsprechende Anteil hier noch nie gelegen. Insofern geht vom Dienstleistungssektor der mit Abstand größte Einfluss auf die Einkommensentstehung in Sachsen aus. Der Beitrag des Bereichs Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) zu den insgesamt gezahlten Arbeitnehmerentgelten blieb 2009 – wie schon in den Vorjahren – mit 1,3 Prozent sehr niedrig. Im Vergleich zur Leistungsstruktur ergab sich allerdings ein um 0,4 Prozentpunkte höherer Anteil, was in erster Linie auf die in diesem Wirtschaftsbereich vorrangig arbeitsintensiven Tätigkeiten zurückzuführen sein dürfte, die von einer relativ hohen Zahl an Arbeitnehmern zu bewältigen sind (vgl. Tab. 1.1 und Tab. 1.4).

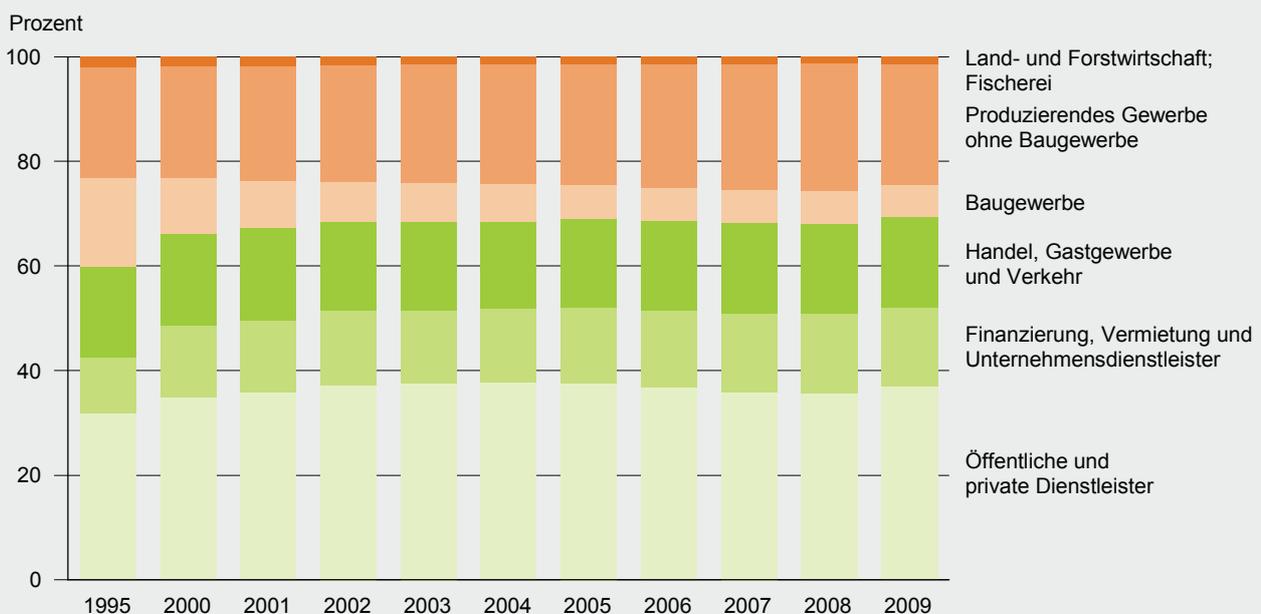
Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) wurden 2009 23,0 Prozent der sächsischen Arbeitnehmerentgelte gezahlt, darunter im Verarbeitenden Gewerbe 20,8 Prozent. Damit gingen die Anteile gegenüber dem Vorjahr erstmals wieder seit 1999 zurück – und zwar um jeweils 1,4 Prozentpunkte. Anhand des in der Arbeitskostenstruktur 2009 um 4,1 Prozentpunkte höheren Anteils des Verarbeitenden Gewerbes als in der Leistungsstruktur zeigt sich dennoch die in den vergangenen Jahren überdurchschnittliche Arbeitnehmerentgeltentwicklung. Der Beitrag des sächsischen Baugewerbes zum gesamten Arbeitnehmerentgelt bewegte sich 2009 mit 6,2 Prozent erneut auf einem seit 2005 nahezu unverändert niedrigen Niveau (vgl. Abb. 23). Zum Wertschöpfungsbeitrag fehlten zuletzt 0,8 Prozentpunkte.

Von den Öffentlichen und privaten Dienstleistern stammte 2009 mehr als jeder dritte Euro (37,0 Prozent) der in Sachsen insgesamt gezahlten Arbeitnehmerentgelte. Damit lag der Anteil 1,3 Prozentpunkte höher als im Vorjahr und 8,9 Prozentpunkte über jenem in der Leistungsstruktur. Auf den Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister entfielen jüngst 15,1 Prozent des gesamten Arbeitnehmerentgeltes, der Wertschöpfungsbeitrag lag mit 27,9 Prozent dagegen deutlich höher. Für den Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr ergab sich 2009 ein Anteil von 17,3 Prozent an allen in Sachsen gezahlten Arbeitnehmerentgelten und damit so viel, wie schon seit 2001 nicht mehr (vgl. Abb. 23). Der Beitrag dieses Dienstleistungsbereichs zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung fiel um 1,8 Prozentpunkte geringer aus (vgl. Tab. 1.1 und Tab. 1.4).

Es hat sich gezeigt, dass in Sachsen die Arbeitskostenstruktur – insbesondere in den Dienstleistungsbereichen – relativ deutlich von der Leistungsstruktur abweicht. Dies wird neben Produktivitätsunterschieden auch auf Lohn- und Gehaltsungleichheiten sowie unterschiedlich arbeits- bzw. kapitalintensive Tätigkeiten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen zurückzuführen sein.

Die zwischen Sachsen und Deutschland für das Jahr 2009 zu verzeichnenden Abweichungen bei der Arbeitskostenstruktur spiegeln grundsätzlich die Unterschiede in der Leistungsstruktur wider. So fiel der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an den gesamten Arbeitnehmerentgelten in der Bundesrepublik noch um 5,4 Prozentpunkte höher aus als in Sachsen. Die sich seit Mitte der 1990er

Abb. 23 Arbeitnehmerentgelt 1995 und 2000 bis 2009 nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



1) Berechnungsstand: 1995 und 2000 bis 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

Jahre kontinuierlich verringernde Abweichung dürfte vorrangig darauf zurückzuführen sein, dass die Wirtschaft in den alten Ländern auf einer breiteren industriellen Basis steht und ein grundsätzlich höheres Lohnniveau vorherrscht. Der Anteil des Baugewerbes lag in der Arbeitskostenstruktur Deutschlands erneut 1,9 Prozentpunkte unter dem von Sachsen. In den Dienstleistungsbereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr und Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister waren die bundesdeutschen Beiträge zum gesamten Arbeitnehmerentgelt um 2,6 bzw. 2,1 Prozentpunkte höher als die sächsischen. Bei den Öffentlichen und privaten Dienstleistern wich der für Deutschland zu verzeichnende Arbeitnehmerentgeltanteil von jenem in Sachsen um 7,4 Prozentpunkte am deutlichsten nach unten ab.

Verhältnis von Arbeitnehmerentgelten zur Bruttowertschöpfung

Neben dem Stellenwert der arbeitsbezogenen Komponente für die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung lässt sich anhand der Relation aus *Arbeitnehmerentgelten zu Bruttowertschöpfung* (in jeweiligen Preisen) auch die wechselseitige Abhängigkeit zur kapitalbezogenen Komponente ableiten. In der sächsischen Wirtschaft insgesamt lag das entsprechende Verhältnis 2009 bei 58,4 Prozent, im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) betrug es 65,5 Prozent. Während darunter der arbeitsbezogene Wertschöpfungsanteil im Baugewerbe mit 51,6 Prozent ein neuerliches Minimum erreichte, fiel er im Verarbeitenden Gewerbe mit 72,7 Prozent weit überdurchschnittlich aus. Dafür war in diesem Wirtschaftsabschnitt der von 2008 zu 2009 deutliche Einbruch der Wirtschaftsleistung (vgl. Tab. 2.1) bei einem moderateren Rückgang der Arbeitnehmerentgelte (vgl. Tab. 2.4) verantwortlich. So hatte der entsprechende Anteil bis 2007 auch im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens kontinuierlich abgenommen, was weniger auf rückläufige Arbeitnehmerzahlen oder gesunkene Lohnkosten, sondern vielmehr auf eine dynamische Ausweitung des Kapitaleinsatzes in Form von teil- bzw. vollautomatischen Anlagen zurückzuführen war.

Im Dienstleistungsbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr lag die Relation aus Arbeitnehmerentgelt zu nominaler Bruttowertschöpfung 2009 bei 65,2 Prozent, im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister bei 31,7 Prozent und damit so niedrig wie in keinem anderen Bereich der sächsischen Wirtschaft. Neben einer verhältnismäßig hohen Produktivität (vgl. Kapitel 1) und geringfügig unterdurchschnittlichen Lohnkosten (vgl. Tab. 1.5) erfolgt die Wertschöpfungserzielung in diesem Wirtschaftszweig durch vergleichsweise wenig Erwerbstätige, so dass sich letztlich eine kleinere Arbeitnehmerentgeltsumme ergibt. Dagegen fiel im Bereich Öffentliche und private Dienstleister der Anteil der arbeitsbezogenen Komponente an der Bruttowertschöpfung in Sachsen 2009

mit 76,8 Prozent einmal mehr am höchsten aus. Dahinter steht u. a. der starke Einfluss der öffentlich dominierten Teilbereiche, deren Wertschöpfung in hohem Maße von der Entwicklung der Arbeitskosten (insbesondere Bruttolöhne und -gehälter) abhängt.

Für den Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) ergab sich 2009 ein entsprechender Anteil von 88,1 Prozent, der maßgeblich auf die in diesem Sektor vorrangig arbeitsintensiven Tätigkeiten zurückzuführen ist.

Lohnkosten

Die Lohnkosten, also die pro Arbeitnehmer gezahlten Arbeitnehmerentgelte, lagen in Sachsen 2009 bei 28 121 € und damit 0,9 Prozent höher als im Vorjahr (vgl. Tab. 1.5). Die Steigerung resultierte sowohl aus einem Anstieg der Arbeitnehmerentgelte um 0,2 Prozent als auch aus dem Rückgang der Zahl der Arbeitnehmer um 0,7 Prozent. Zu den mittleren Lohnkosten in den alten Ländern mit 35 229 € wich das sächsische Resultat um 20,2 Prozent nach unten ab, zu jenen in Deutschland mit 34 136 € um 17,6 Prozent (vgl. Tab. 2.5). In den neuen Ländern fiel die Relation 2009 mit durchschnittlich 27 969 € pro Arbeitnehmer um 0,5 Prozent niedriger aus als in Sachsen. Insofern blieb das Lohnkostenniveau hier aus der Sicht der Arbeitgeber unverändert vorteilhaft. Betrachtet man das Verhältnis aus Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitsstunde eines Arbeitnehmers, so tritt der in Sachsen gegenüber dem früheren Bundesgebiet bestehende Lohnkostenvorteil noch deutlicher hervor. Für 2009 ergab sich hiernach ein Wert von 20,79 €, 3,8 Prozent mehr als 2008 (vgl. Tab. 1.5). In den alten Ländern lagen die durchschnittlichen Lohnkosten bei 27,13 € und in Deutschland bei 26,07 € und damit 23,4 Prozent bzw. 20,3 Prozent über denen in Sachsen (vgl. Tab. 2.5 und Abb. 25). Diese stärkeren Abweichungen resultieren zum einen aus den in Sachsen im Vergleich zum früheren Bundesgebiet höheren tariflichen Arbeitszeiten und zum anderen aus dem grundsätzlich niedrigeren Anteil marginal Beschäftigter.

Für Entwicklungs- und Strukturbetrachtungen zu den Lohnkosten ist das alleinige Abstellen auf nur ein Lohnkostenmaß in der Regel nicht zielführend. Daher wird 2009, nachdem die Analysen in den Vorjahren stets anhand des Personenkonzepts angestellt wurden, der Fokus vorrangig auf dem *Stundenkonzept* liegen. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass den Ergebnissen die Entwicklung der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden und nicht etwa jene der tariflich vereinbarten Arbeitszeiten zugrunde liegt. Nach Wirtschaftsbereichen differenziert, wurde 2009 im Produzierenden Gewerbe mit 21,53 € je geleisteter Arbeitnehmerstunde das höchste Arbeitnehmerentgelt in der sächsischen Wirtschaft gezahlt. Das waren 3,7 Prozent mehr als 2008 bzw. 28,0 Prozent mehr als 2000. Im Dienstleistungssektor lagen die Lohnkosten 2009 mit 20,78 € um 3,9 Prozent über denen des Vorjahres bzw. 21,8 Prozent

über denen von 2000. Der entsprechende Wert im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) betrug 12,11 € und damit 4,3 bzw. 12,0 Prozent mehr als in den Jahren 2008 bzw. 2000 (vgl. Tab. 1.5 und Abb. 24). Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) lag das je geleisteter Arbeitnehmerstunde gezahlte Arbeitnehmerentgelt 2009 in Sachsen bei 23,19 €, darunter im Verarbeitenden Gewerbe bei 22,36 €. Gegenüber dem Vorjahr war es hier damit um 3,9 Prozent, gegenüber 2000 sogar um 26,5 Prozent angestiegen. Ausschlaggebend für diese dynamischen Entwicklungen im Produzierenden bzw. Verarbeitenden Gewerbe war neben den tariflichen Lohnsteigerungen auch die Ansiedlung verschiedener Industrien, die zur Entstehung von Arbeitsplätzen für qualifizierte und somit gut bezahlte Beschäftigte beitrug. Der Lohnkostenanstieg am aktuellen Rand wurde darüber hinaus auch durch den deutlichen Rückgang bei den geleisteten Arbeitsstunden infolge des Abbaus von Überstunden während der Wirtschaftskrise hervorgerufen. Erheblich niedriger fielen die Lohnkosten 2009 im sächsischen Baugewerbe mit 17,00 € aus. Auch die Steigerungsraten waren mit 3,1 Prozent gegenüber 2008 und 18,5 Prozent gegenüber 2000 kleiner (vgl. Abb. 24). Innerhalb des Dienstleistungssektors wies 2009 der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr mit 17,01 € die geringsten Lohnkosten auf. Im Vorjahr hatte ihr Wert noch 3,3 Prozent niedriger gelegen, im Jahre 2000 sogar 22,4 Prozent niedriger. Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister lagen die Lohnkosten 2009 mit 20,67 € nur minimal unter dem Durchschnitt Sachsens.

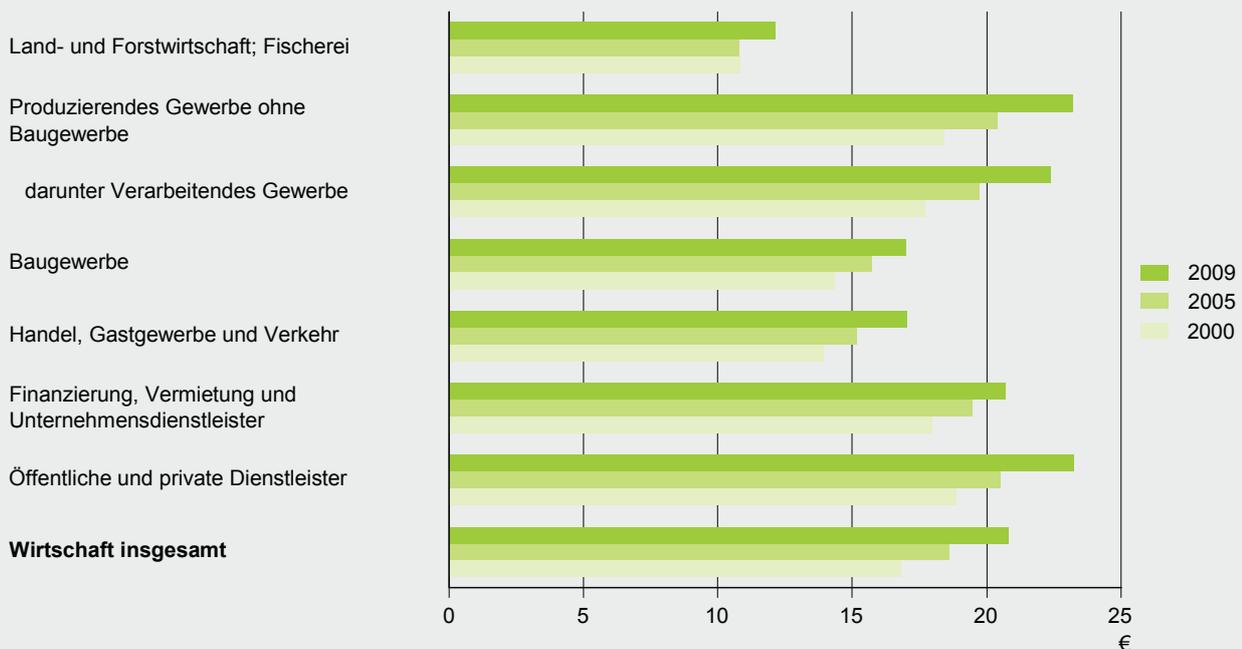
Das Resultat entspricht einer Steigerung um 3,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr bzw. 15,2 Prozent gegenüber 2000. Das höchste Arbeitnehmerentgelt wurde 2009 in Sachsen im Bereich Öffentliche und private Dienstleister für die geleistete Arbeitsstunde eines Arbeitnehmers mit 23,25 € gezahlt (vgl. Tab. 1.5 und Abb. 24). Das waren 4,1 Prozent mehr als 2008. Gegenüber dem Jahr 2000 lag die Steigerung sogar bei 23,3 Prozent, was u. a. auch auf die Tarifangleichungen im öffentlichen Dienst über die vergangenen Jahre zurückzuführen sein dürfte.

Zusammenfassend haben die Lohnkosten (Stundenkonzept) von 2008 zu 2009 also in allen Bereichen der sächsischen Wirtschaft weiter zugenommen, obwohl die Arbeitnehmerentgelte krisenbedingt in mehreren Wirtschaftsbereichen rückläufig waren (vgl. Tab. 1.4). Da die von einem Arbeitnehmer geleisteten Arbeitsstunden infolge der Wirtschaftskrise aber ebenfalls überall abgenommen hatten, ergab sich – gemäß diesem Lohnkostenmaß – letztlich eine aufwärtsgerichtete Entwicklung.

Als Region mit vergleichsweise niedrigen Lohnkosten kann Sachsen, das diesbezüglich einen *Angleichungsrückstand* gegenüber dem Bundesdurchschnitt aufweist, potenziellen Investoren betriebswirtschaftliche Vorteile bieten. Für die Arbeitnehmer in Sachsen resultieren daraus aber auch geringere Löhne bzw. Gehälter. Nachdem die Analysen in den letzten Jahren stets am Personenkonzept ausgerichtet waren²⁷⁾, wird das Angleichungsniveau der sächsischen an

²⁷⁾ Vgl. etwa: Wirtschaft in Sachsen 2008 – Ergebnisse der amtlichen Statistik. Statistischer Bericht Z I 2, Kamenz, Juli 2009, S. 33 f.

Abb. 24 Lohnkosten¹⁾ 2000, 2005 und 2009 nach Wirtschaftsbereichen²⁾



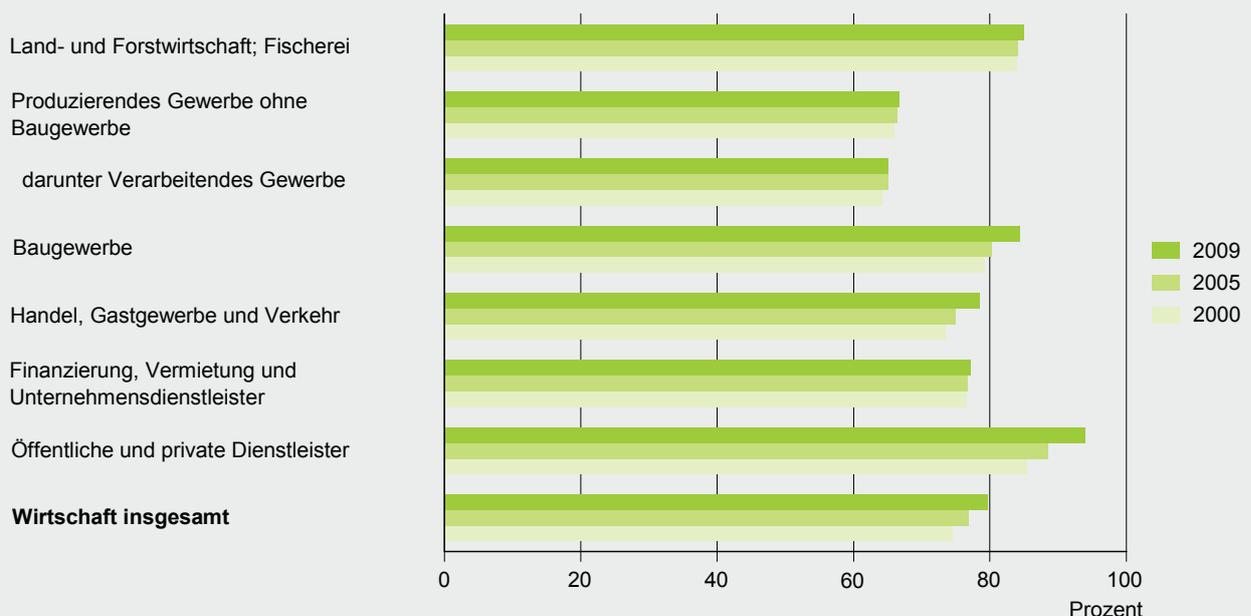
1) Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitsstunde der Arbeitnehmer

2) Berechnungsstand: 2000 und 2005 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

die bundesdeutschen Lohnkosten im vorliegenden Bericht anhand des Stundenkonzepts näher untersucht. Dadurch lassen sich die von verschiedenen Beschäftigungsformen, etwa der Teilzeitbeschäftigung, ausgehenden Einflüsse auf die Entwicklung der Lohnkosten ausblenden. Allerdings sei in diesem Zusammenhang noch einmal auf die weiter oben angesprochene Diskrepanz zwischen tatsächlich geleisteten und tarifvertraglich vereinbarten Arbeitsstunden hingewiesen, die die Aussagekraft der Ergebnisse aufgrund der wirtschaftsstrukturellen Unterschiede zwischen Ost und West (vgl. Kapitel 1 und 4) – insbesondere im Zeitalter der Wirtschaftskrise – in gewisser Weise einschränkt. Wie Abbildung 25 zeigt, war für sämtliche Bereiche der sächsischen Wirtschaft im Jahr 2009 ein unterdurchschnittliches Lohnkostenniveau charakteristisch. Am deutlichsten wich das in Sachsen pro geleisteter Arbeitnehmerstunde gezahlte Arbeitnehmerentgelt im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) mit 33,4 Prozent und darunter im Verarbeitenden Gewerbe mit 34,9 Prozent von den Verhältnissen in Deutschland ab (vgl. Tab. 2.5). Damit hat das Angleichungsniveau der sächsischen Industrie im Vergleich zu 2000 lediglich um 1,0 Prozentpunkte zugenommen, obwohl die Lohnkosten in dieser Zeit um 26,5 Prozent angewachsen waren (Deutschland: 24,6 Prozent). Während sich in Sachsen die seit 2000 um 19,3 Prozent gestiegenen Arbeitnehmerentgelte nämlich auf eine um 10,1 Prozent niedrigere Zahl an geleisteten Arbeitsstunden pro Arbeitnehmer „verteilte“, fiel die Erhöhung der Arbeitnehmerentgelte im Bundesdurchschnitt mit 2,7 Prozent bei einem gleichzeitigem Rückgang der geleisteten Arbeitnehmer-

stundenzahl um 10,2 Prozent signifikant geringer aus. Im Baugewerbe lag der Lohnkostenunterschied zwischen Sachsen und Deutschland 2009 noch bei 15,6 Prozent. Seit dem Jahr 2000 hat sich die Lücke somit nahezu kontinuierlich um insgesamt 5,2 Prozentpunkte geschlossen. In den Dienstleistungsbereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr mit 78,4 Prozent sowie Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister mit 77,1 Prozent waren im Jahre 2009 ähnliche Angleichungsstände der sächsischen an die bundesdeutschen Lohnkosten zu erkennen. Wenngleich die Angleichung gegenüber dem Jahr 2000 in beiden Bereichen zugenommen hat, verlief sie in ersterem mit 5,0 Prozentpunkten dynamischer als in letzterem mit 0,6 Prozentpunkten (vgl. Abb. 25). Der Bereich Öffentliche und private Dienstleister wies 2009 einmal mehr die in Sachsen unter allen Wirtschaftsbereichen größte Angleichung an die Lohnkostensituation in Deutschland mit 93,9 Prozent auf. Nachdem die Abweichung im Jahr 2000 noch 8,6 Prozentpunkte mehr betragen hatte, war zuletzt der bislang höchste Angleichungsstand erreicht. Dabei war die Entwicklung u. a. auf den – infolge der Sparmaßnahmen im Öffentlichen Dienst, etwa bei den Lehrern im Schulbereich – in Sachsen deutlich stärkeren Anstieg der Arbeitnehmerentgelte je geleisteter Arbeitnehmerstunde um 23,3 Prozent gegenüber jenem in Deutschland um 12,0 Prozent zurückzuführen.²⁸⁾ Im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) entsprach das Lohnkostenniveau 2009 in Sachsen 84,9 Prozent des Bundesdurchschnitts und damit 1,0 Prozentpunkten mehr als vor neun Jahren (vgl. Abb. 25).

Abb. 25 Lohnkosten¹⁾ 2000, 2005 und 2009 nach Wirtschaftsbereichen²⁾
Stand der Angleichung an das gesamtdeutsche Niveau



1) Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitsstunde der Arbeitnehmer

2) Berechnungsstand: 2000 und 2005 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

Betrachtet man die Relation von *Arbeitnehmerentgelten zu Arbeitnehmern*, zeigen sich für Sachsen grundsätzlich weniger dynamische Entwicklungsverläufe, aber ähnliche Angleichungsstrukturen wie oben nach dem Stundenkonzept dargestellt (vgl. Tab. 1.5 und Tab. 2.5). Dabei reichte der Grad der Lohnkostenangleichung auch 2009 mit Ausnahme des Bereichs Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister in allen anderen Wirtschaftszweigen in Sachsen stets näher an das durchschnittliche Bundesergebnis heran, als dies für die auf Basis der Arbeitsstunden ermittelten Lohnkosten galt. Dieser Umstand liegt sowohl in den – gegenüber dem früheren Bundesgebiet – in Sachsen höheren tariflichen Arbeitszeiten als auch in dem niedrigeren Anteil marginal Beschäftigter begründet. Dabei fiel die Abweichung zwischen beiden Lohnkostenmaßen 2009 im Baugewerbe mit 0,2 Prozentpunkten am geringsten und im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) mit 6,0 Prozentpunkten am höchsten aus (vgl. Tab. 2.5).

Lohnstückkosten

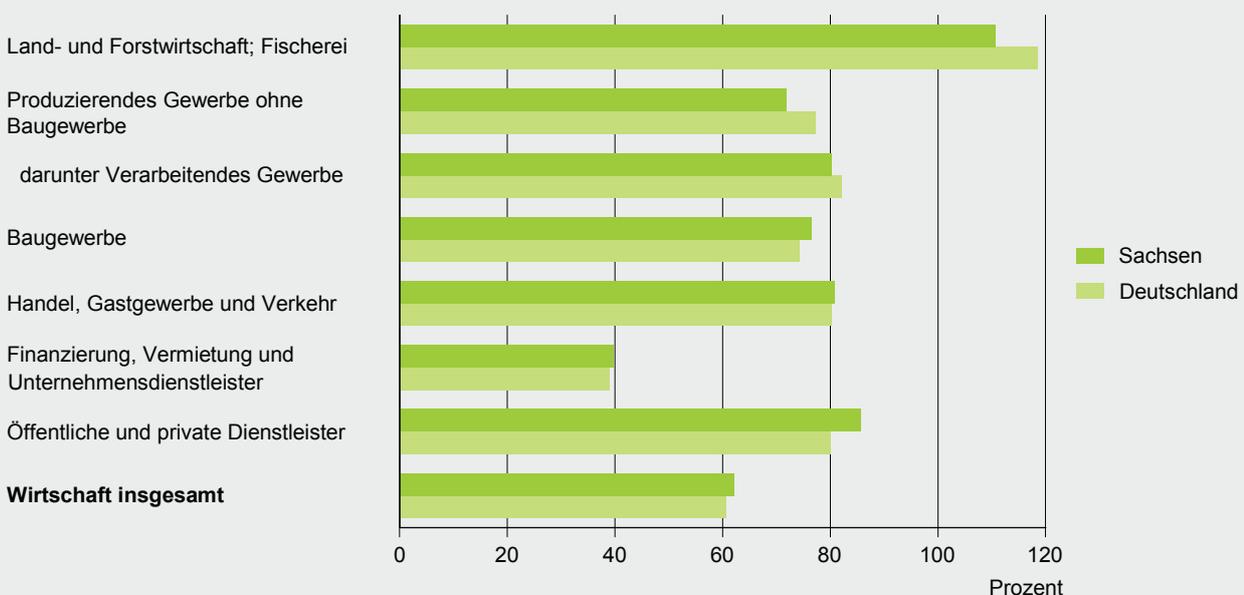
Die *Lohnstückkosten* sind für die Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität einer bestimmten Region oder eines Wirtschaftsbereiches ein wichtiger Indikator. So werden zukünftige Investitionen umso stärker an jenen Stellen getätigt, an denen der Lohnkostendruck, also die Kosten des Produktionsfaktors Arbeit in Relation zum Produktionsergebnis, besonders niedrig ist. Für die Untersuchung der *Angleichung* der in Sachsen vorherrschenden Lohnstückkosten an das bundesdeut-

sche Niveau wird im Folgenden auf „reale“ Werte abgestellt.²⁹⁾ Gemäß des *Personenkonzeptes* lagen die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in Sachsen 2009 bei 58,7 Prozent. Nachdem sie im Zeitraum von 2000 bis 2007 kontinuierlich zurückgegangen waren, erhöhten sie sich jüngst um weitere 1,3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr (vgl. Tab. 1.6). Sowohl in den neuen Ländern als auch in den alten Ländern und damit in Deutschland insgesamt fielen die Lohnstückkosten 2009 mit durchschnittlich 57,1 Prozent niedriger aus (vgl. Tab. 2.6). Dahinter steht eine in Sachsen vergleichsweise geringe gesamtwirtschaftliche Produktivität, die die bestehenden Lohn-

28) Zur Erklärung: Im Zeitraum von 2000 bis 2009 erhöhten sich im Bereich Öffentliche und private Dienstleister die Arbeitnehmerentgelte in Sachsen um 14,7 Prozent und damit nur geringfügig schwächer als jene im Bundesdurchschnitt mit 16,7 Prozent. Dagegen fiel die Abnahme bei den pro Arbeitnehmer geleisteten Arbeitsstunden in Sachsen – nicht zuletzt aufgrund der verstärkten Sparmaßnahmen im Öffentlichen Dienst, etwa bei den Lehrern im Schulbereich – mit 7,5 Prozent signifikant stärker als in Deutschland mit 3,2 Prozent aus. Hieran wird auch die eingangs erwähnte eingeschränkte Aussagefähigkeit der auf Basis des Stundenkonzepts abgeleiteten Aussagen zum Angleichungsstand der sächsischen Lohnkosten an den Bundesdurchschnitt deutlich.

29) Die Bezeichnung „reale“ Lohnstückkosten ist in Bezug auf eine etwaige Preisbereinigung irreführend. Sie resultieren aus dem Verhältnis von Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (bzw. je geleisteter Arbeitsstunde der Arbeitnehmer) zu Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen (bzw. je geleisteter Arbeitsstunde der Erwerbstätigen). Demnach lassen sich die realen Lohnstückkosten sowohl auf Basis des Personen- als auch des Stundenkonzepts berechnen. Dagegen stand bei den nominalen Lohnstückkosten bis zur Revision in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Jahre 2005 das Bruttoinlandsprodukt bzw. die Bruttowertschöpfung (in konstanten Preisen) im Nenner. Seit der Revision und dem Übergang zur Vorjahrespreisbasis bezeichnen die nominalen Lohnstückkosten das Verhältnis aus Lohnkostenindex und Produktivitätsindex (bzw. Index der Stundenproduktivität).

Abb. 26 Lohnstückkosten¹⁾ 2009 nach Wirtschaftsbereichen²⁾



1) Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitsstunde der Arbeitnehmer im Verhältnis zu Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je geleisteter Arbeitsstunde der Erwerbstätigen

2) eigene Berechnung; Berechnungsstand: Februar 2010 (VGR des Bundes)

kostenvorteile „aufzehrt“. Dazu kommt der bei den Lohnkosten geringfügig höhere Angleichungsstand der sächsischen an die bundesdeutschen Verhältnisse, als bei der Produktivität. Die entsprechende Abweichung bei den Lohnstückkosten, die sich 2009 auf 1,6 Prozent belief, bewegt sich – mit Ausnahme des Jahres 2008 – nunmehr bereits seit 2002 in einer weitgehend unveränderten Größenordnung.

Die sich nach dem *Stundenkonzept* ergebenden Resultate zum Absolutniveau der Lohnstückkosten sind prinzipiell als noch aussagekräftiger einzuschätzen, da sie frei von Einflüssen der verschiedenen Beschäftigungsformen sind. Bei der Interpretation der Ergebnisse für das Jahr 2009 sowie deren Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist allerdings die besondere Situation während der Wirtschaftskrise zu berücksichtigen, die durch einen signifikanten Einbruch der geleisteten Arbeitsstunden infolge des verstärkten Abbaus der Überstundenkonten gekennzeichnet war. So lagen die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in Sachsen 2009 bei 62,0 Prozent. Nachdem sie von 2000 bis 2007 stetig zurückgegangen waren, stiegen sie jüngst – vordergründig krisenbedingt – um weitere 1,7 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr an (vgl. Tab. 1.6). Die durchschnittlichen Lohnstückkosten in Deutschland betragen 2009 60,6 Prozent und damit weniger als in Sachsen. Dabei fiel der entsprechende Wert in den neuen Ländern noch geringfügig niedriger als in den alten Ländern aus (vgl. Tab. 2.6). Im Jahr 2009 wichen die sächsischen Lohnstückkosten um 1,4 Prozentpunkte vom Bundesdurchschnitt ab. Ähnlich den gemäß des Personenkonzepts ermittelten Ergebnissen ist auch bei den auf Basis des Arbeitnehmerentgelts je geleisteter Arbeitnehmerstunde errechneten Lohnstückkosten seit 2002 der Angleichungsprozess zwischen Sachsen und Deutschland mehr oder weniger zum Erliegen gekommen; die Abstände haben tendenziell eher wieder leicht zugenommen. Dies ist u. a. auf die in den vergangenen Jahren in Sachsen – gegenüber der Entwicklung auf Bundesebene – überdurchschnittlich stark gestiegenen Arbeitnehmerentgelte je geleisteter Arbeitnehmerstunde zurückzuführen, die die überdurchschnittlichen Zuwächse bei der Stundenproduktivität noch überkompensierten.

Im *Wirtschaftsbereich* Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) waren 2009 in Sachsen „reale“ Lohnstückkosten (Stundenkonzept) in Höhe von 110,7 Prozent zu verzeichnen. Der Wert resultierte aus einer (witterungsbedingt) vergleichsweise niedrigen Bruttowertschöpfung (und damit Produktivität), zu deren Erzielung aber relativ viele Beschäftigte mit einer hohen Arbeitsleistung beitragen. Die Lohnstückkosten im Produzierenden Gewerbe mit 74,4 Prozent und jene im Dienstleistungssektor mit 67,0 Prozent fielen demgegenüber um einiges geringer aus.

Betrachtet man die letzten beiden Wirtschaftssektoren detaillierter, so zeigen sich – in Abhängigkeit von Lohnkos-

ten und Produktivität – in den einzelnen Bereichen der sächsischen Wirtschaft z. T. ebenfalls deutliche Lohnstückkostenunterschiede (vgl. Tab. 1.6 und Abb. 26). Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) lagen die Lohnstückkosten 2009 bei 71,9 Prozent und darunter im Verarbeitenden Gewerbe bei 80,3 Prozent. Trotz der signifikanten Steigerungen gegenüber dem Vorjahr, die auch hier in erster Linie auf dem massiven Abbau von Überstunden während der Wirtschaftskrise beruhten, blieben beide Wirtschaftsabschnitte die einzigen Bereiche, in denen Sachsen im Vergleich zu den alten Ländern bzw. zu Deutschland insgesamt einen Wettbewerbsvorteil hatte (vgl. Tab. 2.6). Dies war größtenteils auf das Niveau der pro geleisteter Arbeitnehmerstunde gezahlten Arbeitnehmerentgelte zurückzuführen, das im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens 2009 um 34,9 Prozent niedriger als auf Bundesebene ausfiel. Bei der Stundenproduktivität fehlte zum gesamtdeutschen Ergebnis dagegen mit 33,6 Prozent etwas weniger. Umgekehrt gestaltete sich die Situation im Baugewerbe Sachsens, in dem die Lohnstückkosten 2009 mit 76,4 Prozent um 2,2 Prozentpunkte einmal mehr höher als in Deutschland lagen. Im Jahr 2007 hatten sie einander noch exakt entsprochen (vgl. Tab. 2.6).

Im Dienstleistungsbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr fielen die Lohnstückkosten 2009 in Sachsen mit 80,8 Prozent um 0,6 Prozentpunkte höher als auf Bundesebene aus. Somit wurde der von 2002 bis 2005 zu verzeichnende Wettbewerbsvorteil Sachsens erneut nicht erreicht. Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister lagen die Lohnstückkosten 2009 bei 39,7 Prozent und damit so niedrig, wie in keinem anderen Bereich der sächsischen Wirtschaft (vgl. Tab. 1.6). Dafür war in erster Linie die kapitalintensive Wertschöpfungserzielung in diesem Dienstleistungsbereich verantwortlich. Die Abweichung zum Bundesresultat betrug 0,7 Prozentpunkte. Bei den Öffentlichen und privaten Dienstleistern, die prinzipiell durch eine arbeitsintensivere Wertschöpfungserzielung charakterisiert sind, waren in Sachsen – abgesehen vom Bereich Land und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) – 2009 sowohl die höchsten Lohnstückkosten mit 85,5 Prozent als auch die größte Abweichung zum gesamtdeutschen Niveau in Höhe von 5,6 Prozentpunkten zu verzeichnen (vgl. Tab. 2.6 und Abb. 26).

Eine Untersuchung der „realen“ Lohnstückkosten, denen das Personenkonzept zugrunde liegt, offenbart für das Jahr 2009 weitestgehend ähnliche Entwicklungen wie eben nach dem Stundenkonzept dargestellt. Allerdings liegt das Niveau bei ersteren stets niedriger. Während die Abweichung in der sächsischen Wirtschaft insgesamt jüngst 3,3 Prozentpunkte betrug, fiel die Differenz im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) mit 2,1 Prozentpunkten am geringsten aus, im Baugewerbe mit 7,2 Prozentpunkten dagegen am größten (vgl. Tab. 1.6).

4. Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Erwerbstätige

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Sachsen lag im Jahresdurchschnitt 2009 bei 1,94 Millionen und damit 0,8 Prozent niedriger als im Jahr zuvor. So war erstmals seit 2005 wieder ein Rückgang zu verzeichnen, der neben dem realen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 3,8 Prozent (vgl. Tab. 2.1) ein Zeichen der Schrumpfung der sächsischen Wirtschaft von 2008 zu 2009 darstellt. (vgl. Tab. 1.7 und Abb. 27). Der Anteil der in Sachsen arbeitenden Erwerbstätigen an den bundesweit rund 40,3 Millionen Erwerbstätigen lag 2009 mit 4,8 Prozent so niedrig wie nie zuvor (Ergebnisse der zweiten Fortschreibung). In den neuen Ländern (ohne Berlin)³⁰⁾ ging die Zahl der Erwerbstätigen 2009 binnen Jahresfrist um 0,4, in den alten Ländern (ohne Berlin)³⁰⁾ um 0,1 Prozent und in Deutschland insgesamt noch minimaler zurück (vgl. Tab. 2.7). Damit fiel der Rückgang in beiden Großraumregionen schwächer als in Sachsen aus. In den Bundesländern reichte die Spanne von einem Erwerbstätigenzuwachs um 1,7 Prozent in Berlin bis zu einer Erwerbstätigenabnahme um 1,2 Prozent in Thüringen (vgl. Abb. 28).

Die Veränderung bei den Erwerbstätigen wird maßgeblich durch die Entwicklung der Arbeitnehmerzahl beeinflusst. So lag deren Anteil an allen Erwerbstätigen in Sachsen 2009 – wie im Vorjahr – bei 88,9 Prozent. Im Vergleich zu 2008 verringerte sich die Zahl der Arbeitnehmer um 0,7 Prozent auf rund 1,72 Millionen Personen (vgl. Tab. 1.7). Trotz des Rückgangs war das der zweithöchste Stand seit

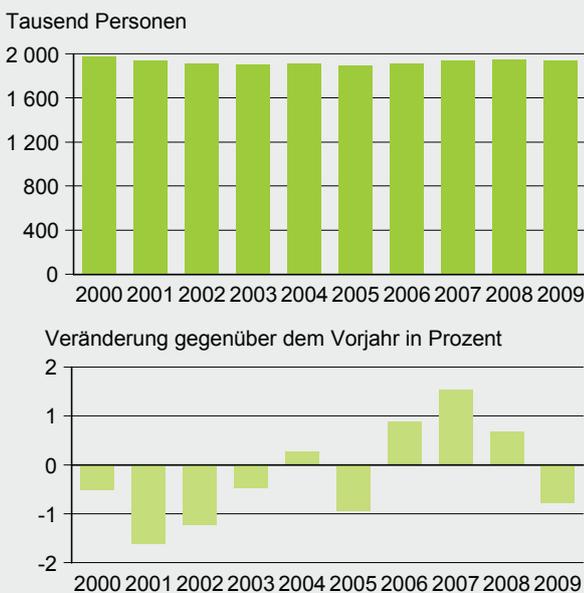
2002. Die rückläufige Entwicklung bei den Arbeitnehmern resultierte sowohl aus einer Abnahme der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (vgl. w. u.) als auch aus einem neuerlichen Rückgang bei den marginal Beschäftigten. Die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen in Sachsen betrug 2009 mit rund 214 600 Personen 1,4 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Dies war nicht zuletzt auf die erneut rückläufige Förderung von Existenzgründungen in Form von Gründungszuschüssen, die seit August 2006 sowohl das Überbrückungsgeld als auch den Existenzgründungszuschuss für Selbstständige (Ich-AGs) umfassen, zurückzuführen. Der Anteil der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen an den Erwerbstätigen in Sachsen lag 2009 – wie 2008 – bei 11,1 Prozent.

Erwerbstätigenstruktur

Auch in allen drei *Wirtschaftssektoren* war die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Sachsen 2009 gegenüber 2008 durch Rückgänge gekennzeichnet. Im Produzierenden Gewerbe waren rund 517 000 Personen erwerbstätig, 1,6 Prozent weniger als 2008. Der Anteil an allen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Sachsen betrug noch 26,7 Prozent. Im Dienstleistungssektor lag die Zahl der Erwerbstätigen 2009 mit fast 1,38 Millionen um 0,5 Prozent niedriger als im Vorjahr. Das entspricht einem Anteil von 71,2 Prozent an den Erwerbstätigen in Sachsen. Im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei), in dem 2009 weniger als 42 000 Personen einer Erwerbstätigkeit nachgingen, betrug der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ebenfalls 0,5 Prozent. So stammte zuletzt nur noch rund jeder fünfzigste Erwerbstätige mit Arbeitsort in Sachsen aus diesem Wirtschaftsbereich; der entsprechende Anteil lag bei 2,2 Prozent (vgl. Tab. 1.7 und Abb. 29).

Das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) in Sachsen verzeichnete 2009 gut 360 000 Erwerbstätige, 2,6 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Der Anteil dieses Bereiches an der sächsischen Wirtschaft insgesamt fiel bei den Erwerbstätigen mit 18,6 Prozent damit noch um 1,9 Prozentpunkte niedriger als der entsprechende Wertschöpfungsanteil aus (vgl. Tab. 1.1 und Tab. 1.7). Im Verarbeitenden Gewerbe – für die Entwicklung im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) hauptverantwortlich – gingen 2009 rund 340 000 Personen einer Erwerbstätigkeit nach. Trotz des Rückgangs um 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht dies dem zweithöchsten Stand seit 1994. Der Anteil an allen Erwerbstätigen in Sachsen lag mit 17,6 Prozent – erstmals wieder seit 2002 – um 0,8 Prozent-

Abb. 27 Erwerbstätige 2000 bis 2009¹⁾



1) Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort; Berechnungsstand: 2000 bis 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (ETR des Bundes)

30) Aus Gründen besserer Vergleichbarkeit werden die Ergebnisse zu den Großraumregionen hier stets jeweils ohne Berlin ausgewiesen, weshalb eine Klammerbemerkung im Folgenden nur bei Ausnahmen angegeben wird.

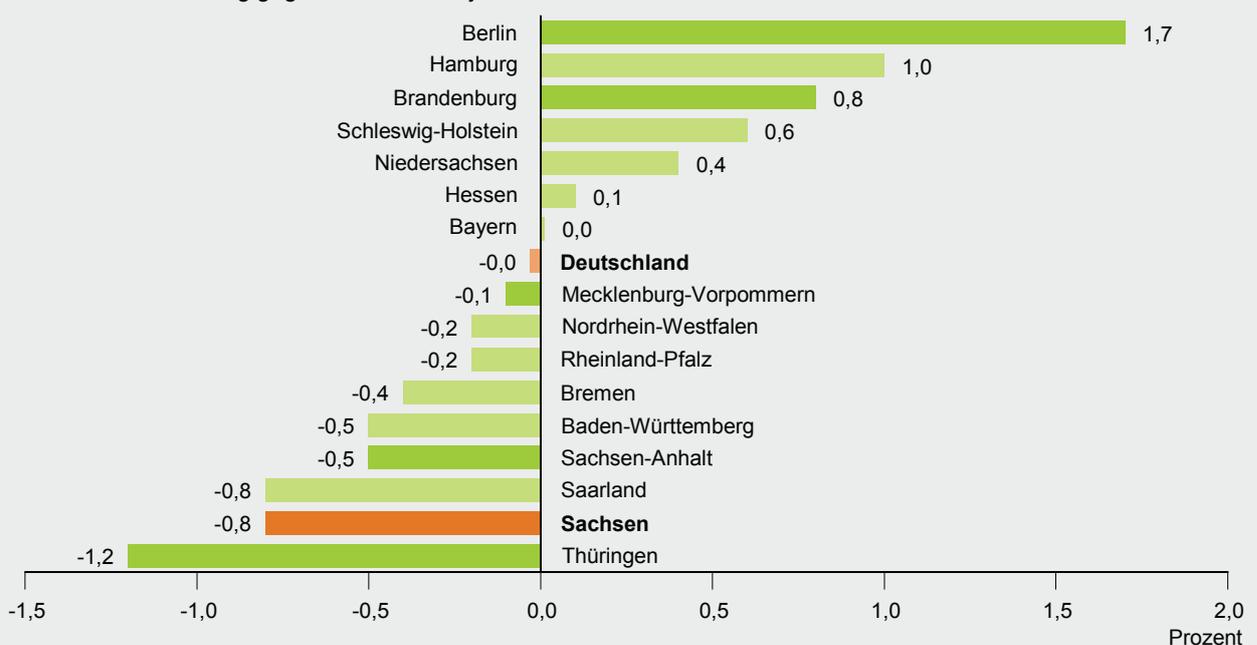
punkte höher als der Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zur Bruttowertschöpfung insgesamt. Dieser Umstand ist sowohl auf die 2009 gegenüber den Vorjahren in diesem Wirtschaftsabschnitt erheblich stärker rückläufige Wirtschaftsleistung (vgl. Kapitel 1) als auch auf eine verstärkte Nutzung der Kurzarbeit zurückzuführen, die den Beschäftigtenabbau im Verarbeitenden Gewerbe abgedeckt hat.

Im Baugewerbe waren 2009 knapp 157 000 Personen erwerbstätig. Das entspricht zwar einer Steigerung um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr, stellt aber dennoch den zweitniedrigsten Stand seit 1991 dar. So hatte die Zahl der Erwerbstätigen im sächsischen Baugewerbe um die Mitte der 1990er Jahre noch mehr als doppelt so hoch wie zuletzt gelegen. Der Erwerbstätigenanteil des Baugewerbes in Sachsen lag 2009 bei 8,1 Prozent, nachdem er im Jahre 1995 noch bei 17,0 Prozent gelegen hatte (vgl. Abb. 29). Der Wertschöpfungsbeitrag dieses Wirtschaftsabschnitts wurde damit im Jahr 2009 um 1,1 Prozentpunkte übertroffen, was in erster Linie auf die eher arbeitsintensiven Tätigkeiten im Baugewerbe zurückzuführen sein dürfte.

Innerhalb des Dienstleistungssektors waren 2009 die meisten Erwerbstätigen mit rund 617 000 im Bereich Öffentliche und private Dienstleister beschäftigt. Dies entspricht einer neuerlichen Steigerung um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr und einem Anteil von 31,8 Prozent an allen Erwerbstätigen in Sachsen (vgl. Tab. 1.7 und Abb. 29). Damit lag dieser Anteil 3,7 Prozentpunkte über dem Wertschöpfungsbeitrag jenes Dienstleistungsbereiches, wobei sich die Abweichung maßgeblich aus einer überwiegend arbeitsintensiven Leistungserbringung in einigen unterge-

ordneten Wirtschaftszweigen, etwa „Erziehung und Unterricht“, „Gesundheitswesen“ sowie den Tätigkeiten in der öffentlichen Verwaltung ergibt. Ähnliches gilt für den Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr (und hierunter insbesondere für den Groß- und Einzelhandel sowie das Gastgewerbe), wo die Zahl der Erwerbstätigen 2009 mit rund 441 000 um 0,6 Prozent niedriger als im Vorjahr ausfiel. Daraus resultierte ein Anteil von 22,8 Prozent an allen Erwerbstätigen in Sachsen, der jenen an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung so um 7,2 Prozentpunkte übertraf. Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister waren 2009 gut 322 000 Erwerbstätige zu verzeichnen. Nur im Jahr zuvor hatte ihre Zahl hier noch höher gelegen. So zeigte sich von 2008 zu 2009 – erstmals seit 1991 – ein Rückgang um 1,6 Prozent. Dabei waren sowohl dieser Rückgang als auch die kontinuierlichen Erwerbstätigenzuwächse zuvor zu gewissen Teilen auf die Entwicklung bei jenen Beschäftigten zurückzuführen, die im Rahmen der Arbeitskräfteüberlassung (Zeitarbeit) eine Erwerbstätigkeit in anderen Wirtschaftszweigen – häufig im Verarbeitenden Gewerbe – ausüben, statistisch aber in den Dienstleistungsbereich zählen (vgl. w. u.). Auf die Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister entfielen 2009 16,6 Prozent der Erwerbstätigen in Sachsen insgesamt. Zum entsprechenden Wertschöpfungsbeitrag fehlten 11,3 Prozentpunkte. Diese innerhalb der sächsischen Wirtschaft deutlichste Abweichung liegt darin begründet, dass die wirtschaftliche Leistung in diesem Dienstleistungsbereich relativ kapitalintensiv und von vergleichsweise wenigen Erwerbstätigen erbracht wird.

Abb. 28 Erwerbstätige 2009 nach Ländern¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



1) Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort; Berechnungsstand: Februar 2010 (ETR des Bundes)

In den neuen Ländern waren bei den Erwerbstätigen 2009 binnen Jahresfrist weitgehend vergleichbare, wenn zu- meist auch weniger dynamische Veränderungen als in Sachsen festzustellen (vgl. Tab. 2.7). So verlief die Entwicklung einzig im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) einmal mehr entgegengesetzt. Insofern wich auch die Erwerbstätigenstruktur in den neuen Ländern 2009 nur unwesentlich von jener in Sachsen ab. Beim Vergleich von Entwicklung und Struktur der Erwerbstätigkeit zwischen Deutschland und Sachsen traten deutlichere, jedoch weitaus geringere Unterschiede als bei den Leistungsstrukturen (vgl. Kapitel 1) hervor. So führte insbesondere die auf Bundesebene in den Dienstleistungsbereichen günstigere Entwicklung bei den Erwerbstätigen dazu, dass ihre Zahl 2009 gegenüber 2008 nahezu unverändert blieb. Darüber hinaus war auch in Deutschland im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) ein Erwerbstätigenzuwachs zu verzeichnen, während es in Sachsen hier einen Rückgang gab (vgl. Tab. 2.7). Die größte Abweichung der Erwerbstätigenstrukturen war 2009 erneut im Baugewerbe festzustellen, wo der bundesdeutsche Erwerbstätigenanteil um 2,6 Prozentpunkte niedriger als in Sachsen ausfiel. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr lag der entsprechende Anteil in Deutschland dagegen um 2,3 Prozentpunkte höher. In den übrigen Wirtschaftsbereichen betragen die Abweichungen stets weniger als zwei Prozentpunkte. Zusammenfassend entwickelte sich die Erwerbstätigkeit in Sachsen wie in Deutschland im Zeitalter der Wirtschafts-

krise zwischen 2008 und 2009 weit weniger ungünstig, als die wirtschaftliche Leistung (vgl. Tab. 2.1 und Tab. 2.7). Daran zeigt sich u. a. auch der zeitliche Nachlauf der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Vergleich zu den konjunkturellen Veränderungen bei der Wertschöpfung. Darüber hinaus wird der Einfluss der Kurzarbeit deutlich, die den Beschäftigtenabbau in der sächsischen Wirtschaft – entgegen der beträchtlichen Abnahmen beim Arbeitsvolumen – entscheidend abgemildert hat.

Arbeitsvolumen

Das von den Erwerbstätigen in Sachsen erbrachte Arbeitsvolumen lag 2009 bei rund 2,77 Milliarden Stunden und damit 3,2 Prozent unter Vorjahresniveau. Nie zuvor hatte der Wert niedriger gelegen (vgl. Tab. 1.8). Dafür waren neben der rückläufigen Erwerbstätigenzahl vor allem der Abbau von Überstunden und die Nutzung von Kurzarbeit verantwortlich, da die Kalenderarbeitszeit 2009 mit 253 Arbeitstagen sogar um einen Tag länger als 2008 ausfiel. Folglich sank auch die durchschnittliche Arbeitszeit eines Erwerbstätigen in Sachsen auf 1 430 Stunden (vgl. Tab. 1.9). Dies entspricht knapp sechs Arbeitsstunden je Kalenderwerktag. Von den Arbeitnehmern wurden 2009 in Sachsen gut 2,33 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Das waren 3,5 Prozent weniger als im Vorjahr und 84,1 Prozent des gesamtsächsischen Arbeitsvolumens. Die Abweichung zum Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (88,9 Prozent) in Höhe von 4,8 Prozentpunkten resultierte vordergründig aus der Struktur der Beschäftigungsverhältnisse. So sind Arbeitnehmer und hierunter insbe-

Abb. 29 Erwerbstätige 1995 und 2000 bis 2009 nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



1) Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort; Berechnungsstand: 1995 und 2000 bis 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (ETR des Bundes)

sondere marginal Beschäftigte sowie Arbeiter und Angestellte – im Vergleich zu Selbstständigen – häufiger geringfügig oder in Teilzeit beschäftigt (vgl. ausführlicher unten). Selbstständige und mithelfende Familienangehörige erbrachten im Jahr 2009 ein Arbeitsvolumen von knapp 440 Millionen Stunden, 1,3 Prozent weniger als 2008. Der Anteil an der in Sachsen insgesamt erbrachten Arbeitsleistung lag bei 15,9 Prozent, also höher als beim Personenverhältnis. Dies liegt vorrangig in den oftmals längeren und zudem nicht an Tarifverträge gebundenen Arbeitszeiten der Selbstständigen und ihrer mithelfenden Familienangehörigen begründet.

Die 2009 gegenüber 2008 rückläufige Entwicklung des durch die Erwerbstätigen in Sachsen erbrachten Arbeitsvolumens war auch in allen *Wirtschaftsbereichen* zu beobachten. Im Produzierenden Gewerbe fiel das Arbeitsvolumen 2009 mit 790 Millionen Stunden 6,2 Prozent niedriger als im Vorjahr aus, im Dienstleistungssektor mit gut 1,91 Milliarden Stunden um 1,9 Prozent niedriger. So steuerten die Dienstleistungsbereiche fast dreimal soviel zum gesamtsächsischen Arbeitsvolumen bei wie das Produzierende Gewerbe. Im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) erreichte die geleistete Arbeitszeit 2009 ein Volumen von rund 67 Millionen Stunden. Das waren 2,1 Prozent weniger als 2008 und entspricht – wie in den Vorjahren – einem Anteil von 2,4 Prozent an dem in Sachsen insgesamt erbrachten Arbeitsvolumen (vgl. Tab. 1.8 und Abb. 30).

Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) wurden in Sachsen 2009 noch gut 528 Millionen Arbeitsstunden registriert, 9,0 Prozent weniger als im Vorjahr. Allein 94,3 Prozent dieses bzw. 18,0 Prozent des gesamten Arbeitsvolumens gingen auf das Verarbeitende Gewerbe mit rund 498 Millionen Stunden zurück. Hier lag der Rückgang gegenüber 2008 bei 9,3 Prozent und damit so hoch wie in keinem anderen Bereich der sächsischen Wirtschaft (vgl. Tab. 2.8). Dies liegt vollends in der im Verarbeitenden Gewerbe 2009 – im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftszweigen – exorbitant hohen Zahl an Kurzarbeitern begründet.³¹⁾ Im Baugewerbe betrug das Arbeitsvolumen 2009 262 Millionen Stunden, nachdem es binnen Jahresfrist minimal um weitere 0,1 Prozent zurückgegangen war. Damit steuerte dieser Wirtschaftsabschnitt 9,4 Prozent zu dem in Sachsen insgesamt realisierten Arbeitsvolumen bei.

Das Arbeitsvolumen der Öffentlichen und privaten Dienstleister belief sich 2009 auf mehr als 858 Millionen Stunden. Trotz des Rückgangs um 0,4 Prozent gegenüber 2008 ging damit der Großteil der in Sachsen erbrachten Arbeitsleistung insgesamt, nämlich 31,0 Prozent, allein auf diesen Dienstleistungsbereich zurück (vgl. Tab. 1.8 und Abb. 30). Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister wurden 2009 gut 444 Millionen Arbeitsstunden registriert. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies mit einer Abnahme von 3,6 Prozent dem

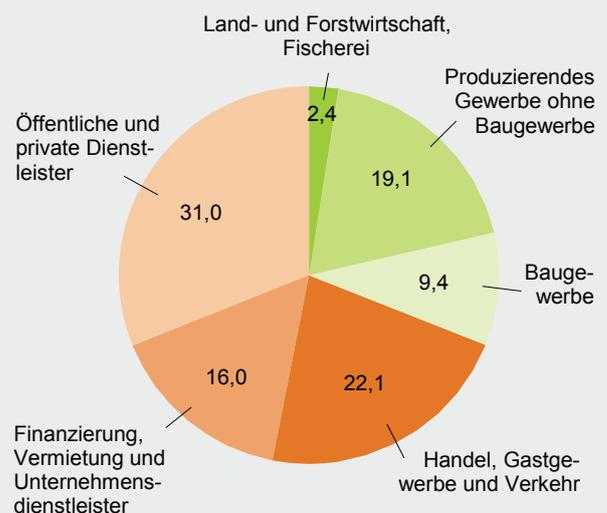
größten prozentualen Rückgang innerhalb der Dienstleistungsbereiche (vgl. Tab. 2.8). Der Anteil am gesamtsächsischen Arbeitsvolumen betrug noch 16,0 Prozent. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr lag das Niveau 2009 bei 612 Millionen Stunden, 2,6 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Entsprechend entfielen 22,1 Prozent des in Sachsen insgesamt erbrachten Arbeitsvolumens auf diesen Dienstleistungsbereich.

Wie ein Vergleich von Erwerbstätigen- und Arbeitsvolumensstruktur für Sachsen im Jahr 2009 offenbart, wichen die entsprechenden Anteile der einzelnen Wirtschaftszweige in einer Spanne von 0,3 Prozentpunkten im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) bis zu 1,4 Prozentpunkten im Baugewerbe eher moderat voneinander ab (vgl. Tab. 1.7 und Tab. 1.8 sowie Abb. 29 und Abb. 30).

Auf Bundesebene betrug das Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen 2009 mit rund 55,96 Milliarden Stunden 2,8 Prozent weniger als im Jahr zuvor. So lag der Anteil des in Sachsen erbrachten Arbeitsvolumens an jenem in Deutschland erneut bei 5,0 Prozent. In den neuen Ländern nahm das Arbeitsvolumen 2009 binnen Jahresfrist um 2,7 Prozent ab, in den alten Ländern um 3,0 Prozent und damit jeweils etwas schwächer als in Sachsen. Auch unter den Wirtschaftszweigen verlief die Entwicklung hier ähnlich wie in

31) Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2009, in: Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit – 58. Jahrgang, Sondernummer 2, Nürnberg, Mai 2010, S. 170, Tab. IV.H.5 sowie Straube, R.: Analysen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen 2008/2009 anhand ausgewählter konjunkturstatistischer Kennzahlen, in: Statistik in Sachsen, 1/2010, Kamenz 2010, S. 2-13, hier: S. 11, Tab. 1.

Abb. 30 Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen 2009 nach Wirtschaftsbereichen¹⁾
(Prozent)



1) Berechnungsstand: Februar 2010 (ETR des Bundes)

den beiden Großraumregionen. Während in den neuen Ländern das Arbeitsvolumen – mit Ausnahme des Baugewerbes – überall weniger stark als in Sachsen abnahm, war die Situation in den alten Ländern bzw. in Deutschland speziell im Bereich Öffentliche und private Dienstleister durch eine entgegengesetzte Entwicklung gekennzeichnet (vgl. Tab. 2.8).

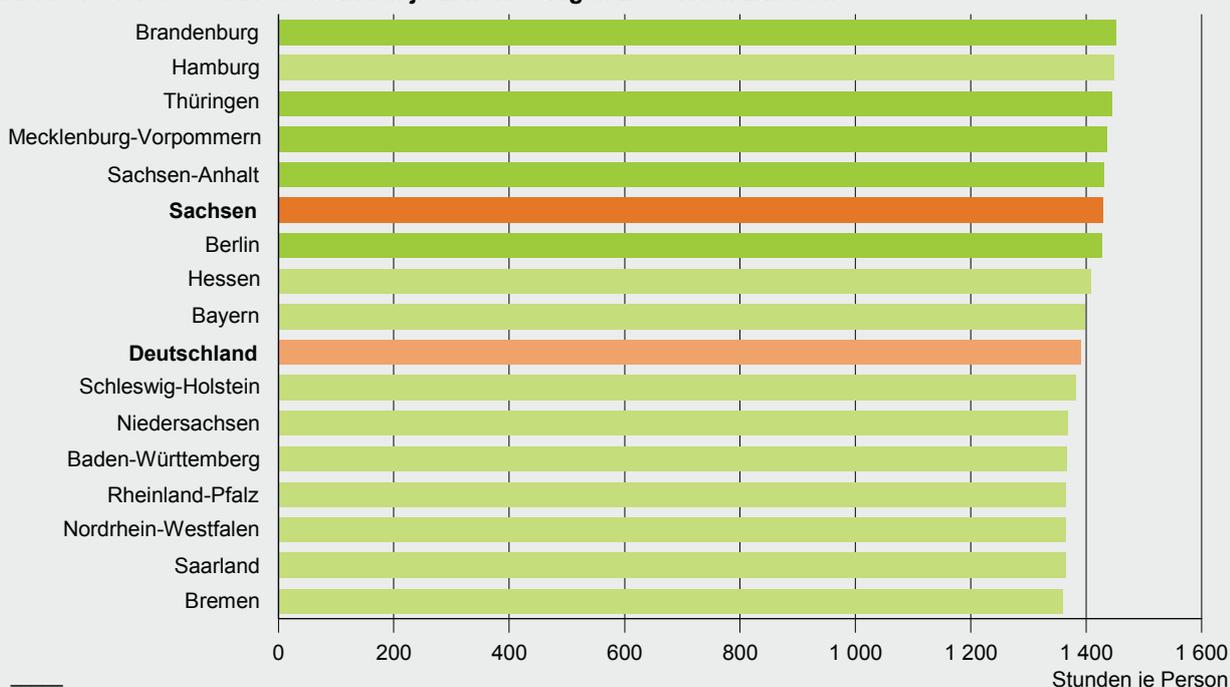
Es hat sich gezeigt, dass sich die Zahl der Erwerbstätigen 2009 gegenüber 2008 in allen Bereichen der sächsischen Wirtschaft weniger ungünstig entwickelt hat, als dies für das durch sie erbrachte Arbeitsvolumen der Fall war. Dieser Umstand resultierte vordergründig aus dem verstärkten Rückgriff auf die (konjunkturelle) Kurzarbeiterregelung (vgl. w. u.) – insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe³¹⁾, wo die angesprochenen Unterschiede am größten waren.

Die *Pro-Kopf-Arbeitszeit*, die das Verhältnis von Arbeitsvolumen zur Zahl der Erwerbstätigen ausdrückt, betrug 2009 in Sachsen rund 1 430 Stunden. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Rückgang um 35 Stunden bzw. 2,4 Prozent. Nie zuvor hatte ein Erwerbstätiger in Sachsen im statistischen Mittel weniger gearbeitet (vgl. Tab. 1.9). Im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) lag die mittlere Arbeitszeit 2009 bei 1 596 Stunden je Erwerbstätigen und damit 1,6 Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Etwas niedriger fiel sie im Produzierenden Gewerbe mit 1 528 Stunden je Erwerbstätigen aus, 4,7 Prozent geringer als 2008. Hierunter war für das Baugewerbe mit 1 669 Stunden die weitaus höchste Pro-Kopf-Arbeitszeit innerhalb der sächsischen Wirtschaft zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr hatte

sie moderat um 0,9 Prozent abgenommen. Im Dienstleistungssektor fiel die mittlere Arbeitszeit eines Erwerbstätigen 2009 mit 1 388 Stunden um 1,4 Prozent niedriger als im Vorjahr aus. Dabei bewegten sich die entsprechenden Werte in den drei Bereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr mit 1 387 Stunden, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister mit 1 379 Stunden sowie Öffentliche und private Dienstleister mit 1 392 Stunden homogen um diesen Mittelwert. Der Rückgang gegenüber 2008 lag überall bei weniger als 30 Stunden (vgl. Tab. 1.9). Während im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr vor allem die dort häufige Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung zur vergleichsweise geringen Pro-Kopf-Arbeitszeit beiträgt, ist das Resultat im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister auf die oftmals eher niedrigen tariflich vereinbarten Arbeitszeiten zurückzuführen.

In Deutschland arbeitete ein Erwerbstätiger 2009 im Durchschnitt rund 1 390 Stunden und damit 40 Stunden bzw. 2,9 Prozent weniger als sein Kollege in Sachsen. In den neuen Ländern überstieg die mittlere Pro-Kopf-Arbeitszeit mit 1 437 Stunden sowohl die in Deutschland als auch die in Sachsen. Im Mittel der alten Länder lag der entsprechende Wert 2009 mit 1 379 Stunden dagegen darunter. Gleiches gilt – mit Ausnahme des Bereichs Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) – auch für sämtliche Wirtschaftszweige (vgl. Tab. 2.9). Die in den neuen Ländern – im Vergleich zu den alten Ländern – tendenziell höhere mittlere Pro-Kopf-Arbeitszeit ist vordergründig auf die Verschiedenartigkeit der Beschäftigungs-

Abb. 31 Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 2009 nach Ländern¹⁾



verhältnisse zurückzuführen. So liegen die tariflich vereinbarten Arbeitszeiten in den alten Ländern in der Regel niedriger als in den fünf neuen Ländern. Darüber hinaus beeinflussen individuelle Arbeitszeitregelungen (Voll- und Teilzeitbeschäftigung) sowie spezifische Wirtschaftsstrukturen die Ergebnisse.³²⁾ In diesem Zusammenhang ist einmal mehr auch der krisenbedingte Abbau von Überstunden und die in Ost und West unterschiedlich starke Inanspruchnahme von Kurzarbeit während der Wirtschaftskrise zu berücksichtigen.³³⁾

Im *Bundesländervergleich* war für Sachsen 2009 mit einer mittleren Pro-Kopf-Arbeitszeit von 1 430 Stunden je Erwerbstätigen ein Platz in der oberen Hälfte des Länderrankings zu verzeichnen. Zu Brandenburg, wo ein Erwerbstätiger im Durchschnitt 1 451 Stunden und damit bundesweit am längsten arbeitete, fehlten 21 Stunden bzw. 1,5 Prozent. Auch in den anderen neuen Ländern sowie in Hamburg lag die mittlere Pro-Kopf-Arbeitszeit 2009 höher als in Sachsen (vgl. Abb. 31). Zu Bremen, wo die entsprechende Relation mit 1 359 Stunden bundesweit am niedrigsten ausfiel, ergab sich aus sächsischer Sicht eine Lücke von 70 Stunden bzw. 5,2 Prozent.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Am 30. Juni 2009 waren 1 386 546 Personen *mit Arbeitsort in Sachsen sozialversicherungspflichtig beschäftigt*. Im Vergleich zum Vorjahr gab es damit erstmals wieder seit Jahresmitte 2005 einen Rückgang um 12 217 Personen bzw. 0,9 Prozent (vgl. Tab. 1.10 und Abb. 32). Verantwortlich dafür war allein die Entwicklung bei den männlichen Beschäftigten, deren Zahl 2009 binnen Jahresfrist um 2,4 Prozent abnahm, während jene der Frauen um 0,8 Prozent anstieg. In den Großraumregionen sowie in Deutschland insgesamt verlief die Entwicklung ähnlich, wenn auch grundsätzlich moderater. (vgl. Tab. 2.10). Demnach wirkte sich die Wirtschaftskrise insbesondere auf die Beschäftigungssituation der Männer negativ aus. (Vergleiche auch die Ausführungen zu den männlichen Arbeitslosen w. u.) Im Vergleich zur Jahresmitte 2000 hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen insgesamt um 9,2 Prozent abgenommen. Auch hierzu kamen die deutlich stärkeren Impulse von den männlichen Beschäftigten (vgl. Tab. 1.10).

Die Anteile von Männern und Frauen an den Beschäftigten insgesamt hielten sich im Jahre 2009 in Sachsen mit 50,4 bzw. 49,6 Prozent annähernd die Waage. Im Vergleich zu 2000 hat die Relation damit um 1,8 Prozentpunkte zugunsten der Frauen zugenommen (vgl. Tab. 1.10). Dies spiegelt zum einen die oben dargestellten Entwicklungen wider und verdeutlicht somit die über die vergangenen Jahre kontinuierlich gestiegene Bedeutung der weiblichen Beschäftigten für den sächsischen (und bundesdeutschen) Arbeitsmarkt.

Auf 1 000 Einwohner kamen 2009 in Sachsen noch 332

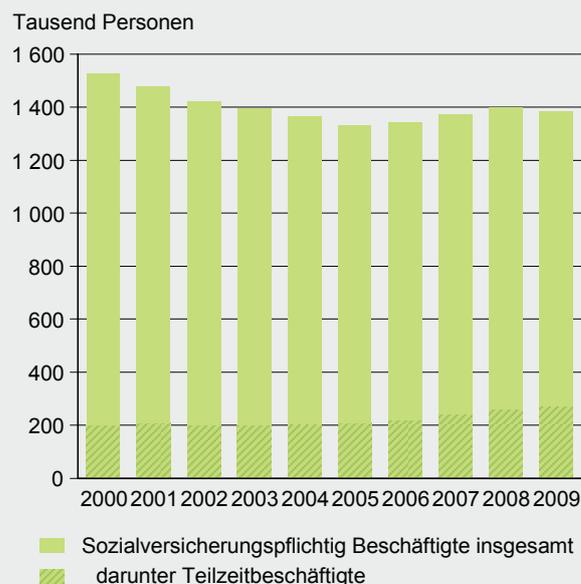
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, im Mittel der neuen Länder waren es 317, im Mittel der alten Länder 339 und im Bundesdurchschnitt 334 Beschäftigte. Dabei war für die männlichen Beschäftigten überall eine höhere Arbeitsplatzdichte zu verzeichnen, als dies für ihre Kolleginnen galt. Zwischen Ost und West zeigten sich verhältnismäßig geringe Unterschiede.

Nach *Altersgruppen* betrachtet, waren 2009 72,6 Prozent der 1 386 546 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen 25 bis 54 Jahre alt, im Jahr 2000 waren es noch 75,1 Prozent gewesen. Auf die 55 Jahre und älteren entfiel 2009 ein Anteil von 15,9 Prozent nach 11,1 Prozent im Jahr 2000. Unter 25 Jahre alt waren 2009 noch 11,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen; im Jahr 2000 waren es 13,7 Prozent. In diesen Anteilsverschiebungen spiegelt sich die seit geraumer Zeit zu beobachtende Entwicklungstendenz in der sächsischen Bevölkerung wider, die durch immer weniger Beschäftigtenachwuchs bei einer fortschreitenden Überalterung der Gesellschaft gekennzeichnet ist. So verringerte sich die Zahl der unter 25-jährigen Beschäftigten in Sachsen 2009 im Vorjahresvergleich um weitere 6,0 Prozent, gegenüber 2000 sogar um 24,1 Prozent. Dabei ging die rückläufige Entwicklung insbesondere von der Altersgruppe der unter 20-Jährigen aus (vgl. Tab. 1.10). Bei den 25 bis 54-

32) So war beispielsweise auch im Jahre 2009 der Anteil der marginal Beschäftigten an allen Erwerbstätigen in den alten Ländern signifikant höher als jener in den fünf neuen Ländern.

33) Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2009, in: Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit – 58. Jahrgang, Sondernummer 2, Nürnberg, Mai 2010, S. 170, Tab. IV.H.5.

Abb. 32 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Arbeitsortkonzept) am 30. Juni 2000 bis 2009 nach Arbeitszeit



Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit (BA)

jährigen Beschäftigten lag der Rückgang gegenüber 2008 bzw. 2000 bei 1,6 bzw. 12,2 Prozent. Dagegen waren einzig in der Altersgruppe der über 55-Jährigen Zuwächse um 7,0 Prozent im Vergleich zu 2008 und um 29,8 Prozent gegenüber 2000 zu verzeichnen. Folglich erhöhte sich in diesem Zeitraum auch das Durchschnittsalter der in Sachsen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 38,9 auf 41,2 Jahre, wobei weibliche Beschäftigte im Durchschnitt nach wie vor geringfügig älter sind als ihre männlichen Kollegen (vgl. Tab. 1.10).

Während die Beschäftigtenentwicklung in den einzelnen Altersgruppen über die vergangenen Jahre in den neuen Ländern vergleichbar zu jener in Sachsen war, verlief sie in den alten Ländern und in Deutschland insgesamt grundsätzlich moderater abwärtsgerichtet. Insofern liegt hier auch das Durchschnittsalter der Beschäftigten nicht so hoch wie in Sachsen (vgl. Tab. 2.10).

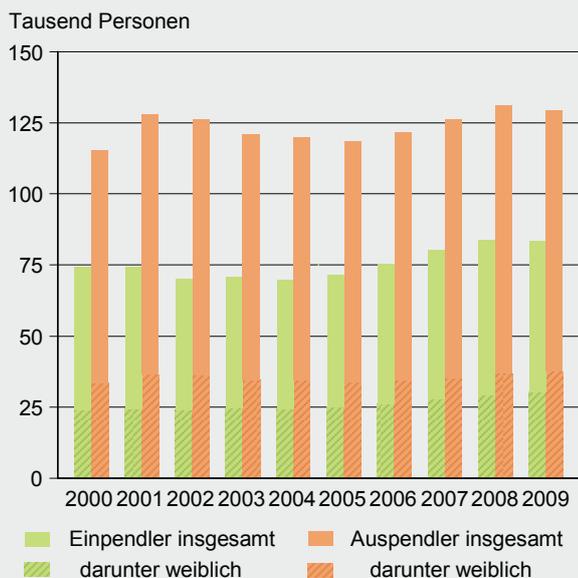
Vollzeitbeschäftigt waren zur Jahresmitte 2009 in Sachsen 1 111 131 Personen und damit 2,3 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der Anteil an allen Beschäftigten lag bei 80,1 Prozent. Der verbleibende Rest entfiel mit 274 511 Personen auf die **Teilzeitbeschäftigten** (vgl. Tab. 1.10). Das waren 5,3 Prozent mehr als zur Jahresmitte 2008. Daraus resultierte eine Anteilsverschiebung um 1,2 Prozentpunkte zugunsten letzterer. Insofern setzte sich der seit mehreren Jahren zu beobachtende Bedeutungszuwachs der Teilzeitbeschäftigung weiter fort (vgl. Abb. 32). Dabei betrug der Anteil der weiblichen an allen Teilzeitbeschäftigten 2009 in Sachsen 83,2 Prozent. Folglich blieb diese Beschäftigungsform eine Domäne der Frauen. Gleiches galt

für die Großraumregionen und für Deutschland insgesamt, wo die Entwicklungen in den letzten Jahren weitestgehend ähnlich zu der in Sachsen verliefen (vgl. Tab. 2.10). Die Zahl der **Zeitarbeiter** lag zum 30. Juni 2009 in Sachsen bei 31 996 Personen. Dies entspricht einem Rückgang um 26,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr, nachdem das Niveau seit 2000 nahezu in jedem Jahr weiter zugenommen hatte (vgl. Tab. 1.10).³⁴⁾ Der Anteil der Zeitarbeiter an allen Beschäftigten in Sachsen betrug 2009 2,3 Prozent und damit 0,8 Prozentpunkte weniger als 2008 aber 1,2 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2000. Dies verdeutlicht die seither spürbar gestiegene Bedeutung der Zeitarbeit für den sächsischen Arbeitsmarkt.³⁵⁾ Mitte 2009 waren von allen Zeitarbeitern in Sachsen 69,2 Prozent Männer und lediglich 30,8 Prozent Frauen. Insofern führten vordergründig die von 2008 zu 2009 erheblich stärkeren Beschäftigtenrückgänge bei den männlichen Zeitarbeitern in dieser Branche (vgl. Tab. 2.10) zu einer abwärtsgerichteten Gesamtentwicklung.

In den alten Ländern verringerte sich die Zahl der Zeitarbeiter 2009 binnen Jahresfrist – wie in Sachsen – um 26,4 Prozent. Geringfügig moderater fiel der Rückgang in den neuen Ländern mit 23,3 sowie in Deutschland insgesamt mit 25,3 Prozent aus. Dabei trugen auch hier überall die männlichen Zeitarbeiter stärker zu dieser Entwicklung bei, als ihre weiblichen Kollegen (vgl. Tab. 2.10).

Es hat sich gezeigt, dass im Zeitalter der Wirtschaftskrise in der Zeitarbeitsbranche – und hierunter insbesondere bei den Männern – deutlich mehr Arbeitsplätze abgebaut wurden, als dies für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung insgesamt galt. Insofern haben sich die konjunkturellen Veränderungen von 2008 zu 2009 zeitnah in den Daten zur Zeitarbeit widerspiegelt, die somit einen gleichlaufenden Indikator zur wirtschaftlichen Entwicklung bzw. einen Frühindikator für die bevorstehende Situation am Arbeitsmarkt darstellen.³⁶⁾

Abb. 33 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Pendler am 30. Juni 2000 bis 2009 nach Geschlecht



Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit (BA)

Pendler und Pendlerverhalten

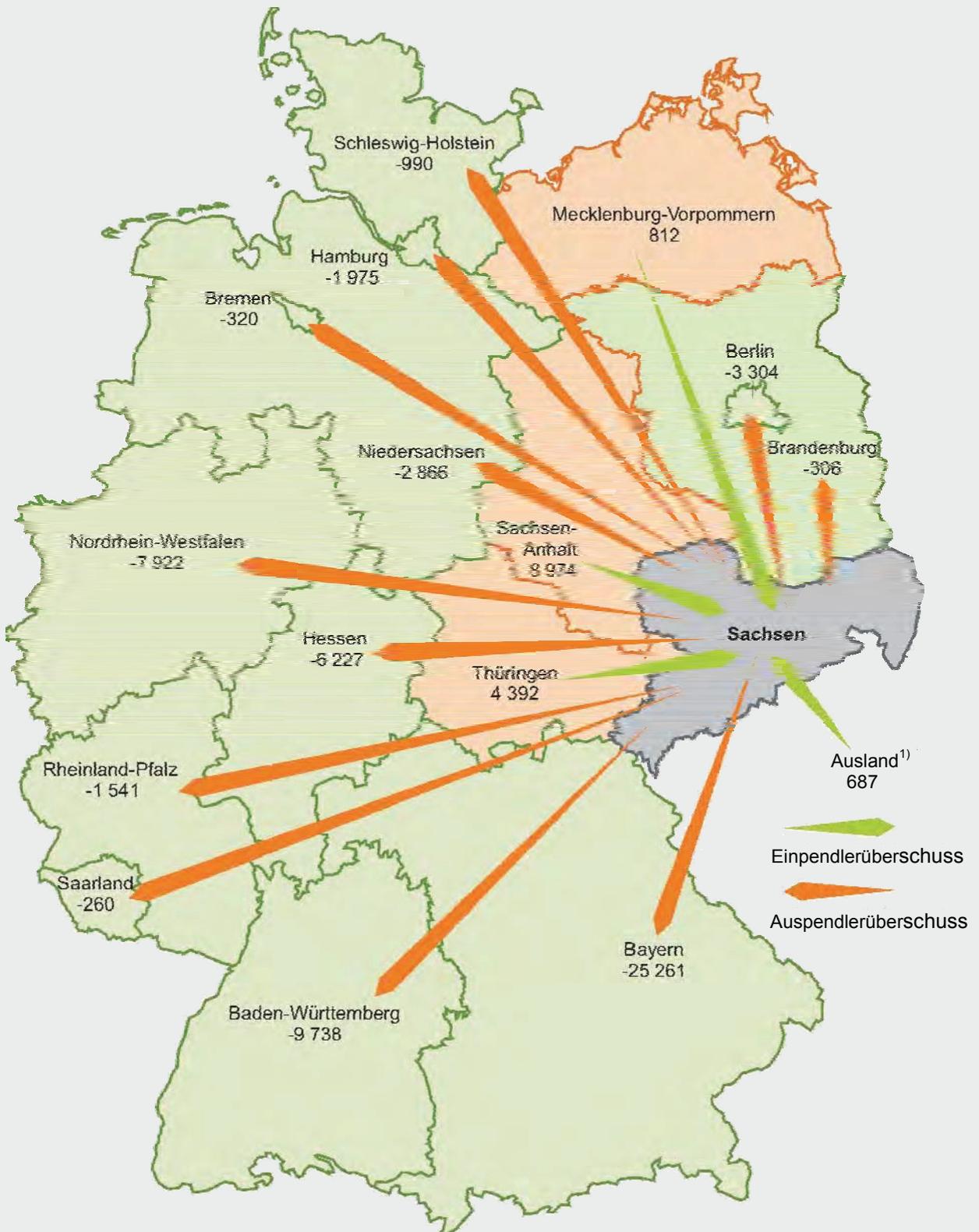
Die Zahl der Personen, die ihren *Wohnort* in Sachsen hatten und – unabhängig von ihrem Arbeitsort – einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen, belief sich zum 30. Juni 2009 auf 1 432 245. Das waren 14 036 Personen bzw. 1,0 Prozent weniger als zur Jahresmitte 2008 und entspricht einem Anteil von 34,3 Prozent an der

34) Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ein (geringer) Teil des Rückgangs auf die zwischen den Jahren 2008 und 2009 erfolgte Umstellung der Wirtschaftszweckklassifikationen zurückgeht. So zählt nach der neuen WZ 2008 zur Zeitarbeitsbranche nur noch die reine Überlassung von Arbeitskräften (WZ 78.2+78.3), nachdem gemäß WZ 2003 zusätzlich die Personal- und Stellenvermittlung (WZ 74.5) – jetzt Vermittlung von Arbeitskräften (WZ 78.1) – enthalten war.

35) Ein kompakter Überblick zu den Zielen und Zwecken der Leiharbeit sowie zu deren Zusammenhängen zur konjunkturellen und Beschäftigtenentwicklung findet sich in: Kaiser, J., L. Hesse: Entwicklung der Leiharbeit – Auswirkungen der Wirtschaftskrise, in: Statistik in Sachsen, 4/2009, Kamenz 2010, S. 46 f. sowie den dort angegebenen Literaturquellen.

36) Vgl. Fußnote 35, hier: S. 40.

Abb. 34 Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gegenüber den Bundesländern und dem Ausland am 30. Juni 2009



1) Einpendler aus dem Ausland

Gesamtbevölkerung (vgl. Tab. 1.11 und Tab. 1.10) bzw. 53,4 Prozent an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Von allen Beschäftigten mit Wohnort in Sachsen entfiel zum 30. Juni 2009 auf Frauen ein mit 48,5 Prozent geringfügig niedrigerer Anteil als auf Männer mit 51,5 Prozent. Im Vergleich zu 2000 ist damit eine Anteilsverschiebung um 1,4 Prozentpunkte zugunsten der weiblichen Beschäftigten eingetreten (vgl. Tab. 1.11). In den Großraumregionen wie auf Bundesebene verringerte sich die Zahl der dort wohnenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 30. Juni 2008 und 2009 weniger stark als in Sachsen (vgl. Tab. 2.11).

Als *Einpendler* (Wohnort außerhalb von Sachsen) wurden Mitte 2009 in Sachsen 83 530 Personen registriert. Dies entspricht einer Abnahme um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr und damit dem zweithöchsten Stand seit 2000 (vgl. Abb. 33). Während die Zahl der männlichen Einpendler um 2,1 Prozent zurückging, war bei den Frauen ein Anstieg um 3,5 Prozent festzustellen. Bereits in den Jahren zuvor hatte ihre Zahl stärker zugenommen (vgl. Tab. 2.11). Folglich erhöhte sich der Anteil der weiblichen an allen Einpendlern nahezu stetig von 32,7 Prozent Mitte 2000 auf 36,3 Prozent zum 30. Juni 2009.

Der Großteil aller Einpendler nach Sachsen, nämlich 78,5 Prozent, stammte Mitte 2009 aus den neuen Ländern (vgl. Abb. 34). Hierunter kam mehr als ein Drittel (29 158 Personen bzw. 34,9 Prozent) allein aus Sachsen-Anhalt. Auf die alten Länder entfiel ein Anteil von 15,5 Prozent, darunter der größte auf Bayern mit 5,2 Prozent. Aus dem Ausland – vorrangig aus Polen und Tschechien – pendelten 687 Personen und damit so viele wie nie zuvor nach Sachsen ein (vgl. Tab. 1.11). Anhand ihres Anteils an allen Einpendlern in Höhe von lediglich 0,8 Prozent zum 30. Juni 2009 wird jedoch die relativ geringe Bedeutung registrierter ausländischer Beschäftigter für den sächsischen Arbeitsmarkt deutlich.

Die Zahl der *Auspendler* (Arbeitsort außerhalb von Sachsen) lag zur Jahresmitte 2009 bei 129 229 Personen. Damit gab es hier – erstmals wieder seit 2005 – einen Rückgang um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresstand (vgl. Tab. 1.11 und Abb. 33), der vorrangig auf die insgesamt rückläufige Zahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als Folge der Wirtschaftskrise zurückzuführen sein dürfte. Dabei war bei den Männern ein Rückgang um 2,8 Prozent zu verzeichnen. Dagegen erhöhte sich die Zahl der weiblichen Auspendler um 1,8 Prozent – die aufwärtsgerichtete Entwicklung der letzten Jahre setzte sich also weiter fort (vgl. Tab. 2.11). Der Anteil der weiblichen an allen Auspendlern stieg zum 30. Juni 2009 auf 29,0 Prozent.

Mehr als die Hälfte aller sächsischen Auspendler (54,2 Prozent) ging Mitte des Jahres 2009 einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in den alten Ländern nach (vgl. Abb. 34), darunter beinahe jeder Vierte in Bayern

(29 569 Personen bzw. 22,9 Prozent). In eines der übrigen neuen Länder pendelten zwei von fünf Beschäftigten aus, wobei Sachsen-Anhalt mit 20 184 Personen und einem entsprechenden Anteil von 15,6 Prozent die bevorzugte Zielregion darstellte. Sowohl bei den Ein- als auch bei den Auspendlern zeigen sich die historisch gewachsenen Beziehungen im Ballungsraum Halle-Leipzig. Die restlichen Auspendler zog es in die Bundeshauptstadt Berlin (7 503 Personen bzw. 5,8 Prozent).

Aus der *Gegenüberstellung von Einpendlern und Auspendlern* ergab sich zum 30. Juni 2009 in Sachsen ein Auspendlerüberschuss in Höhe von 45 699 Personen (vgl. Abb. 33). Dabei waren die Pendlerverflechtungen mit den alten Ländern stets ebenfalls durch einen Auspendlerüberschuss charakterisiert, während es mit den neuen Ländern – abgesehen von Brandenburg – einen Überhang an Einpendlern gab (vgl. Abb. 34). Für alle neuen Länder ergab sich zur Jahresmitte 2009 ein Auspendlerüberschuss in Höhe von 398 626 Personen, für die alten Länder hingegen ein Einpendlerüberschuss in Höhe von 412 113 Personen (vgl. Tab. 2.11).³⁷⁾ Dahinter steht der Trend zur Abwanderung aus wirtschaftlich strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands in Richtung der wirtschaftlichen Ballungszentren Westdeutschlands bzw. nach Berlin.

Zusammenfassend ist zu bemerken, dass die Pendlerbereitschaft der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen seit 2000 – trotz der 2009 leicht rückläufigen Entwicklung – tendenziell immer weiter zugenommen hat (vgl. Tab. 1.11 und Abb. 33). Dabei sind Männer nach wie vor deutlich mobiler als Frauen. Allerdings spielen die weiblichen Beschäftigten für den sächsischen (und bundesdeutschen) Arbeitsmarkt eine zusehends wichtigere Rolle.

37) Die Differenz beider Zahlen entfällt auf Berlin sowie die ausländischen Beschäftigten.

38) Der moderate Anstieg der Arbeitslosenquote resultiert bei einem Rückgang der Arbeitslosenzahl insgesamt aus dem infolge des demografischen Wandels schrumpfenden Erwerbspersonenpotenzial.

39) Vgl. auch: Allgemein bildende Schulen im Freistaat Sachsen – Schuljahr 2009/10, Statistischer Bericht, B I 1, Kamenz 2010, S. 7 und 17.

Arbeitslosigkeit

Im Jahre 2009 waren in Sachsen durchschnittlich 278 196 Personen arbeitslos – so wenig wie noch nie seit 1991 (Angaben der Bundesagentur für Arbeit; Datenstand: Mai 2010). Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Rückgang um 0,5 Prozent, nachdem die Zahl der Arbeitslosen bereits von 2006 bis 2008 deutlich abgenommen hatte (vgl. Tab. 1.18 und Abb. 35). Die aktuelle Entwicklung verdeutlicht einmal mehr, dass sich (ungünstige) Veränderungen im Wirtschaftsgeschehen (vgl. Kapitel 1) erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen. In den neuen Ländern (mit Berlin) verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen 2009 gegenüber 2008 im Durchschnitt um 1,8 Prozent und damit noch stärker als in Sachsen. In den alten Ländern (ohne Berlin) stieg die Zahl der Arbeitslosen dagegen um 8,2 Prozent an, woraus sich für Deutschland insgesamt ein Zuwachs um 4,8 Prozent ergab (vgl. Tab. 2.20).

Weibliche Arbeitslose wurden in Sachsen 2009 durchschnittlich 128 369 registriert. Das waren 8,4 Prozent weniger als noch 2008 und entspricht einem neuerlichen Minimum (vgl. Abb. 35). Die Zahl der *männlichen Arbeitslosen* fiel 2009 mit 149 827 dagegen 7,4 Prozent höher als im Vorjahr aus. Insofern wurde die Gesamtentwicklung der Arbeitslosigkeit in Sachsen von 2008 zu 2009 durch den Rückgang bei den Frauen geprägt. Der Anteil der weiblichen an allen Arbeitslosen lag 2009 bei 46,1 Prozent und damit weitere 4,0 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert (vgl. Tab. 1.18). In den Großraumregionen und in Deutschland insgesamt ging die Zahl der weiblichen Arbeitslosen 2009 binnen Jahresfrist ebenfalls zurück – allerdings stets schwächer als in Sachsen (vgl. Tab. 2.20). Ihr Anteil an allen Arbeitslosen lag zuletzt überall bei 45,4 Prozent. Die Zunahme der Zahl der in Sachsen arbeitslos registrierten Männer 2009 im Vergleich zu 2008 verdeutlicht, dass männliche Beschäftigte von der abwärtsgerichteten Konjunktorentwicklung in einem weitaus stärkeren Maße betroffen waren, als dies für ihre Kolleginnen galt.

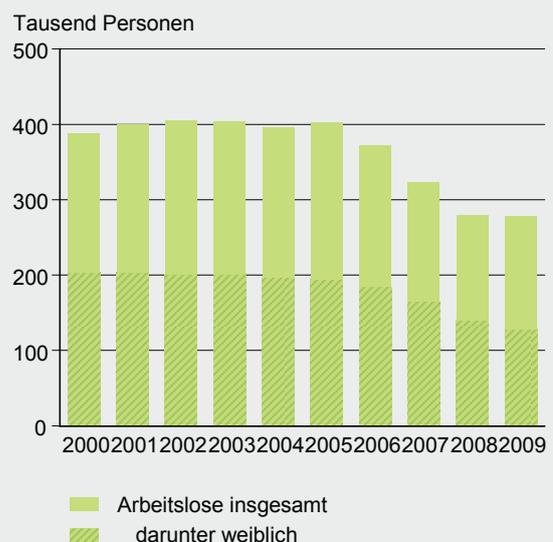
Die *Arbeitslosenquote* – berechnet auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen – betrug im Jahresdurchschnitt 2009 in Sachsen 12,9 Prozent und damit 0,1 Prozentpunkte mehr als 2008 (vgl. Tab. 1.18).³⁸⁾ Dennoch entspricht die Quote dem zweitniedrigsten Stand seit 1994. Unter den neuen Ländern (mit Berlin), in denen die Arbeitslosenquote 2009 durchschnittlich 13,0 Prozent betrug, lag sie in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern sowie Sachsen-Anhalt höher als in Sachsen, in Brandenburg und Thüringen hingegen niedriger (vgl. Abb. 36). Im Mittel der alten Länder (ohne Berlin) waren 2009 6,9 Prozent aller zivilen Erwerbspersonen ohne Arbeit, in Deutschland waren es 8,2 Prozent (vgl. Tab. 2.20). Im Vergleich mit den Vorjahren verringerte sich der Abstand der Arbeitslosenquoten zwischen beiden Großraumregionen weiter und betrug zuletzt noch 6,1 Prozentpunkte. Dabei ist die Abweichung in

erster Linie auf die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen in Ost- und Westdeutschland zurückzuführen.

Nach dem *Alter* betrachtet, waren 2009 in Sachsen 31 506 Arbeitslose, also 11,3 Prozent aller Arbeitslosen, *jünger als 25 Jahre*. Damit ging ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr um weitere 1,7 Prozent – stärker als die Arbeitslosigkeit insgesamt – auf einen neuerlichen Tiefststand zurück (vgl. Tab. 1.18). Während sich die Zahl der Arbeitslosen in dieser Altersgruppe von 2008 zu 2009 in den neuen Ländern (mit Berlin) um 1,6 Prozent in ähnlichem Umfang wie in Sachsen verringerte, stieg sie in den alten Ländern (ohne Berlin) um 18,0 und in Deutschland um 10,9 Prozent deutlich an (vgl. Tab. 2.20). Der Anteil der unter 25-Jährigen an allen Arbeitslosen lag 2009 auf Bundesebene bei 11,0 Prozent. Demnach ist die Lage der arbeitslosen Jugendlichen in Sachsen nach wie vor als angespannt einzuschätzen.

Die *Jugendlichen unter 20 Jahren*, also in aller Regel Schulabgänger mit oder ohne abgeschlossener Berufsausbildung, spielen als Beschäftigtennachwuchs für den Arbeitsmarkt eine bedeutende Rolle. Arbeitslos waren in dieser Altersgruppe 2009 in Sachsen 4 332 Personen. Gegenüber dem Vorjahr nahm ihre Zahl um weitere 15,2 Prozent und damit so stark wie in keiner anderen Altersgruppe ab (vgl. Tab. 1.18). Der Anteil der unter 20-Jährigen an allen Arbeitslosen betrug 2009 so noch 1,6 Prozent. Dabei trugen sowohl die infolge des demografischen Wandels zuletzt weiterhin abnehmende Zahl an Schulabgängern bzw. -absolventen³⁹⁾ als auch das erneut verbesserte Angebot an Lehrstellen begünstigend zu den rückläufigen Entwick-

Abb. 35 Arbeitslose 2000 bis 2009 nach Geschlecht¹⁾



1) Jahresdurchschnittsangaben, bis 2004 Berechnung auf Basis der Daten zum Monatsende; ab 2005 Berechnung auf Grundlage der Daten zur Monatsmitte
Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA); Datenstand: Mai 2010

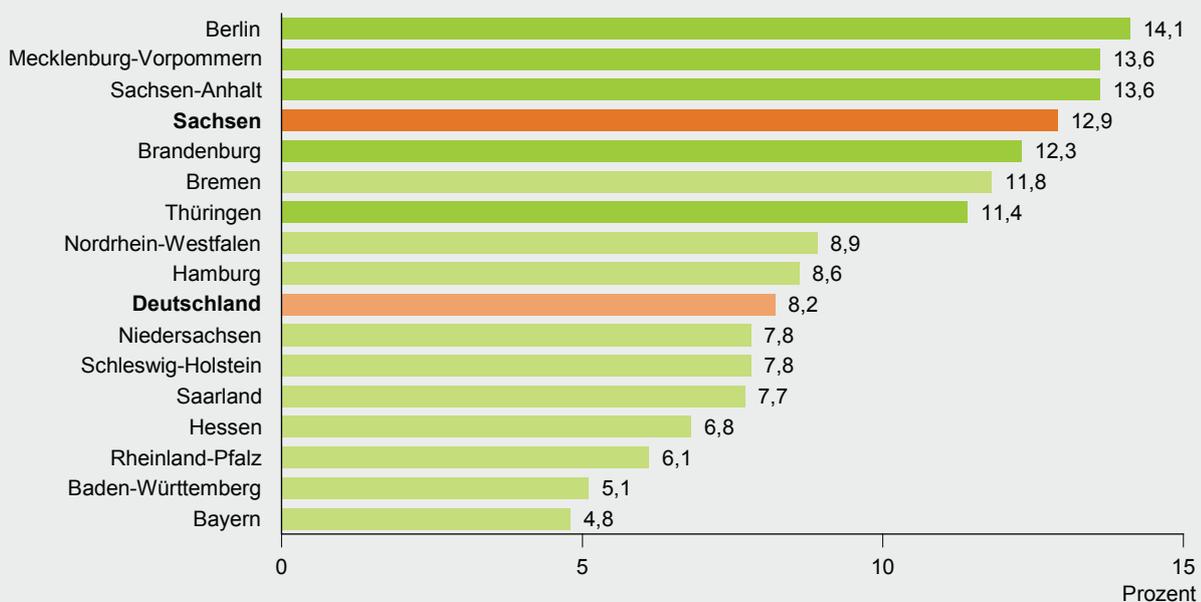
lungen bei. So kommen im Ausbildungsjahr 2009/2010 in Sachsen durchschnittlich 1,2 Bewerber auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz – im Jahr zuvor waren es noch 1,5 und vor drei Jahren sogar mehr als doppelt so viele Bewerber gewesen.⁴⁰⁾ In den neuen Ländern (mit Berlin) ging die Zahl der unter 20-jährigen Arbeitslosen 2009 gegenüber 2008 um 12,1 Prozent und damit schwächer als in Sachsen zurück. In den alten Ländern (ohne Berlin) war ein Anstieg um 2,9 Prozent zu verzeichnen (vgl. Tab. 2.20). Für Deutschland insgesamt ergab sich ein Rückgang der Arbeitslosen bei den unter 20-Jährigen um 1,8 Prozent, der entsprechende Anteil an allen Arbeitslosen betrug 1,9 Prozent. Insofern gestaltete sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt für diese Personengruppe in Sachsen noch etwas entspannter als im bundesdeutschen Durchschnitt. In der Altersgruppe der 55 Jahre und älteren wurden 2009 in Sachsen 50 952 Arbeitslose registriert, 15,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit verlief die Entwicklung in dieser Personengruppe entgegengesetzt zu jener bei den Arbeitslosen insgesamt (vgl. Tab. 1.18). Nachdem der Anteil der 55 Jahre und älteren an allen Arbeitslosen in Sachsen wegen verschiedener Fördermaßnahmen bzw. des „Nichtverfügbarkeitsprivilegs“ bis 2004 auf 10,6 Prozent zurückgegangen war, stieg er bis 2009 wieder kontinuierlich auf zuletzt 18,3 Prozent an. In den neuen Ländern (mit Berlin) erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen in dieser Altersgruppe 2009 gegenüber 2008 um 13,6 Prozent und damit weniger stark als in Sachsen, in den alten Ländern (ohne Berlin) um 17,4 Prozent und in Deutschland um 16,0 Prozent dagegen geringfügig stärker (vgl.

Tab. 2.20). So waren 2009 auf Bundesebene 14,5 Prozent aller Arbeitslosen 55 Jahre oder älter, also ein geringerer Prozentsatz als in Sachsen.

In den Entwicklungen der Arbeitslosenzahlen nach Altersgruppen spiegelt sich neben der aktuellen wirtschaftlichen Lage auch der demografische Wandel in der Gesellschaft wider, der sowohl anhand der sich – in Sachsen und den neuen Ländern – stetig verringern Zahl an Schulabgängern als auch anhand der kontinuierlichen Überalterung der Bevölkerung deutlich wird. Darüber hinaus ist der generelle Abwanderungstrend jüngerer Menschen aus den strukturschwächeren Regionen Ostdeutschlands in die wirtschaftlichen Ballungszentren Westdeutschlands zu berücksichtigen.

Bei den folgenden Ausführungen zur Dauer der Arbeitslosigkeit und zur Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen finden ausschließlich die auf Basis des IT-Fachverfahrens der Agenturen für Arbeit ermittelten Daten ohne die Angaben von zugelassenen kommunalen Trägern Berücksichtigung, was die Vergleichbarkeit der Daten in diesen Bereichen einschränkt und die Ableitung valider Aussagen zu Entwicklungen und Strukturen am Arbeitsmarkt in gewisser Weise erschwert. Die Zahl der *Langzeitarbeitslosen* lag 2009 in Sachsen bei 79 504 Personen und damit 18,4 Prozent unter Vorjahresniveau (vgl. Tab. 1.18). So hatten jüngst noch 28,6 Prozent aller in Sachsen registrierten Arbeitslosen ein Jahr oder länger keine Arbeit (vgl. Abb. 37). Auf Bundesebene waren 2009 noch 932 733 Langzeitarbeitslose zu verzeichnen. Im Vergleich zu 2008 entspricht dies einem Rückgang

Abb. 36 Arbeitslosenquote 2009 nach Ländern¹⁾



1) Jahresdurchschnittsangaben; Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sowie Personen in Arbeitsgelegenheiten der Mehraufwandsvariante) in Prozent

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA); Datenstand: Mai 2010

um 13,7 Prozent (vgl. Tab. 2.20). Der Anteil an allen Arbeitslosen betrug 27,2 Prozent.

Annähernd 154 000 *neu gemeldete Stellen* wurden über das Jahr 2009 bei den sächsischen Agenturen für Arbeit registriert. Der durchschnittliche Bestand an gemeldeten offenen Stellen betrug 22 404. Gegenüber 2008 entspricht dies einer Abnahme um 2 700 Stellen bzw. 10,8 Prozent (vgl. Tab. 1.18). Dabei ist die rückläufige Entwicklung vorwiegend auf die einbrechende Konjunktur und die hierdurch induzierte Reduktion einer zusätzlichen Arbeitskräftenachfrage zurückzuführen. In den neuen Ländern (mit Berlin) ging der durchschnittliche Bestand an gemeldeten offenen Stellen 2009 binnen Jahresfrist nur um 2,5 Prozent und damit spürbar schwächer als in Sachsen zurück; in den alten Ländern (ohne Berlin) um 17,0 und in Deutschland insgesamt um 14,6 Prozent hingegen stärker (vgl. Tab. 2.20).

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

In *Kurzarbeit* beschäftigt waren 2009 in Sachsen durchschnittlich 53 709 Personen. Damit lag ihre Zahl fast achtmal so hoch wie noch vor einem Jahr. Bereits im Zeitraum von 2006 bis 2008 war sie deutlich um insgesamt rund zwei Drittel angestiegen (vgl. Tab. 1.18 und Abb. 38).⁴¹⁾ Dies hat dazu beigetragen, dass sich die Wirtschaftskrise im Jahr 2009 in Sachsen (und Deutschland) nicht in dem Maße in Form höherer Arbeitslosenzahlen ausgewirkt hat, wie das normalerweise zu erwarten gewesen wäre. So kann der Arbeitgeber den Zeitraum bis zur erneuten Entspannung der konjunkturellen Lage durch den Einsatz von Kurzarbeit überbrücken, um umfangreichere Entlassungen zu vermeiden. In diesem Zusammenhang dürfte die seit Jahresanfang 2009 beschlossene Ausweitung der maximalen Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von bis dahin 6 auf jetzt 24 Monate⁴²⁾ zusätzlich zu dem sprunghaften Anstieg der Zahl der Kurzarbeiter beigetragen haben. So wurden im Dezember 2008 sachsenweit bereits 16 335 Kurzarbeiter registriert, im Januar 2009 waren es dann sogar schon 35 665. Ihren Höchststand erreichte die Zahl der Kurzarbeiter in Sachsen mit 69 587 im April 2009, bevor sie zum Jahresende hin wieder tendenziell auf 45 563 im Dezember 2009 abnahm. In dieser Entwicklung spiegelt sich in gewisser Weise auch der unterjährige Konjunkturverlauf in der sächsischen Wirtschaft wider.⁴³⁾ In den neuen Ländern (mit Berlin) steigerte sich die Zahl der Kurzarbeiter 2009 binnen Jahresfrist um gut das Sechsfache, in den alten Ländern (ohne Berlin) sogar um mehr als das Eifache. In Deutschland wurden 2009 rund elfmal so viel Kurzarbeiter als noch 2008 registriert (vgl. Tab. 2.20). Dies ist ein Indiz dafür, dass die wirtschaftliche und damit auch die Beschäftigungsentwicklung auf Bundesebene – insbesondere in den alten Ländern – deutlich stärker durch die Wirtschaftskrise beeinträchtigt wurde, als dies für Sachsen und die übrigen neuen Länder galt. Den

sächsischen Agenturen für Arbeit und den Arbeitsgemeinschaften stand für *arbeitsmarktpolitische Maßnahmen* im Jahr 2009 ein Gesamtbudget von rund 782 Millionen € zur Verfügung.⁴⁴⁾ Davon wurden u. a. *Beschäftigungsbegleitende Leistungen* für 32 811 Personen finanziert. Damit ging die Zahl der Geförderten gegenüber 2008 um weitere 6,2 Prozent auf den nunmehr niedrigsten Stand seit 2005 zurück (vgl. Tab. 1.18 und Abb. 38). Nicht zuletzt war diese Entwicklung auch auf die in Sachsen rückläufige Zahl an Beschäftigten insgesamt zurückzuführen. In den neuen Ländern (mit Berlin) sowie in Deutschland insgesamt fiel der Rückgang bei den im Rahmen von beschäftigungsbegleitenden Leistungen Geförderten von 2008 zu 2009 mit

40) Vgl. Presseinformation 013/2010 „Angebot an Ausbildungsstellen gestiegen“ vom 31. März 2010, Bundesagentur für Arbeit – Regionaldirektion Sachsen.

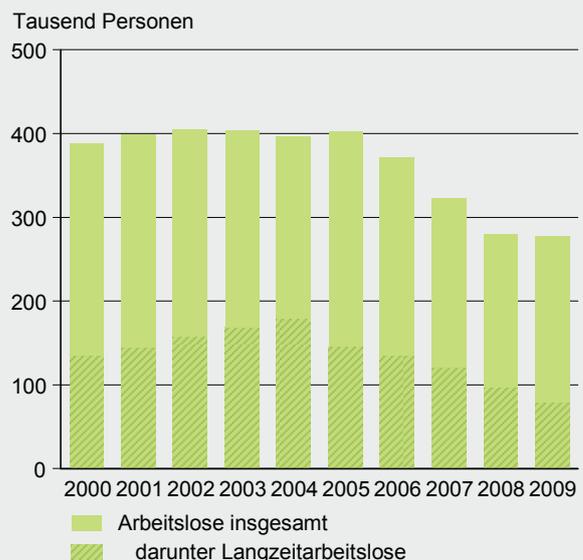
41) Weiter zurückreichende Vergleiche sind aufgrund gesetzlicher Änderungen allerdings nicht möglich. So gilt seit 1. Dezember 2006 die neue Saison-Kurzarbeiter-Regelung, wonach Arbeitnehmer im Baugewerbe auch bei saisonalen Arbeitsausfällen in der Schlechtwetterzeit mit dem Saison-Kurzarbeitergeld weiterbeschäftigt werden können, ohne sie zwischenzeitlich in die Arbeitslosigkeit entlassen zu müssen.

42) Vgl. „Verordnung über die Bezugsfrist für das Kurzarbeitergeld“ vom 26. November 2008, (BGBl. I S. 2332). Auch durch diese gesetzliche Änderung ist die Vergleichbarkeit der Daten für 2009 mit denen der Vorjahre – grundsätzlich noch um einiges stärker als im Falle von 2006 – eingeschränkt.

43) Zumindest für die sächsische Industrie, d. h. für die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, wurde dieser anhand verschiedener Konjunkturindikatoren detailliert untersucht. Vgl. hierzu Fußnote 31.

44) Vgl. Bundesagentur für Arbeit – Regionaldirektion Sachsen: Der sächsische Arbeitsmarkt 2009, Chemnitz 2010, S. 35.

Abb. 37 Arbeitslose und Langzeitarbeitslose¹⁾ 2000 bis 2009²⁾

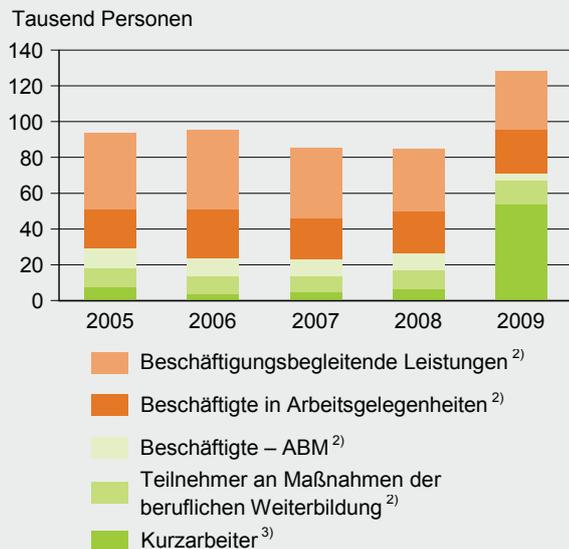


1) 2005 bis 2009 ohne Daten zugelassener kommunaler Träger

2) Jahresdurchschnittsangaben, bis 2004 Berechnung auf Basis der Daten zum Monatsende; ab 2005 Berechnung auf Grundlage der Daten zur Monatsmitte

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA); Datenstand: Mai 2010

Abb. 38 Kurzarbeiter und Teilnehmer an ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen 2005 bis 2009¹⁾



- 1) Jahresdurchschnittsangaben; Berechnung auf der Grundlage der Daten zur Monatsmitte
 2) entsprechend den Angaben aus dem IT-Fachverfahren der BA; ohne Daten zugelassener kommunaler Träger
 3) Jahre 2006 und 2009 infolge gesetzlicher Änderungen nicht oder nur sehr eingeschränkt mit den jeweiligen Vorjahren vergleichbar
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA); Datenstand: Mai 2010

3,2 bzw. 0,2 Prozent schwächer als in Sachsen aus. In den alten Ländern (ohne Berlin) stieg die entsprechende Zahl sogar leicht um 1,3 Prozent an (vgl. Tab. 2.20). In *Arbeitsgelegenheiten* waren 2009 in Sachsen 24 095 Personen beschäftigt, 3,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Darunter erhielten 19 004 Personen bzw. 78,9 Prozent Unterstützung in der Variante Mehraufwand (Ein-Euro-Jobs). Im Mittel der neuen Länder (mit Berlin) erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten mit 3,2 Prozent in vergleichbarem Umfang wie in Sachsen. In den alten Ländern (ohne Berlin) war dagegen ein geringfügiger Rückgang um 0,4 Prozent festzustellen. Für Deutschland insgesamt ergab sich zwischen 2008 und 2009 ein Zuwachs um 1,2 Prozent (vgl. Tab. 2.20). Daran zeigt sich, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen besonders in Zeiten ungünstiger Wirtschafts- und Beschäftigungslage

noch an Bedeutung gewinnen, um arbeitslos gewordene Personen möglichst rasch in ein neues Beschäftigungsverhältnis zu bringen und die entstehenden Einkommensausfälle abzumildern.

Im Rahmen von *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen* wurden im Jahre 2009 sachsenweit noch 4 098 Personen gefördert. Gegenüber 2008 entspricht dies mit 57,7 Prozent einer Abnahme um mehr als die Hälfte (vgl. Tab. 1.18). Während der entsprechende Rückgang in den neuen Ländern (mit Berlin) mit 62,6 Prozent noch etwas stärker ausfiel, war er in den alten Ländern (ohne Berlin) mit 47,1 Prozent schwächer. Auf Bundesebene verringerte sich die Zahl der durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Geförderten 2009 binnen Jahresfrist um 59,7 Prozent, also minimal stärker als in Sachsen (vgl. Tab. 2.20).⁴⁵⁾

An *Fördermaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung* beteiligten sich 2009 in Sachsen 13 579 Personen. Damit nahm ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr um weitere 30,8 Prozent zu. Nie hatte das Niveau innerhalb der letzten fünf Jahre höher gelegen (vgl. Tab. 1.18 und Abb. 38). In den neuen Ländern (mit Berlin) erhöhte sich die Zahl der Teilnehmer an Fördermaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung von 2008 zu 2009 um 25,5, in den alten Ländern (ohne Berlin) um 27,6 und in Deutschland insgesamt um 27,0 Prozent. Demnach verlief die Entwicklung hier überall verhaltener aufwärtsgerichtet als in Sachsen (vgl. Tab. 2.20). Dabei dürften die Zuwächse u. a. auch auf die – im Rahmen der Konjunkturpakete – erweiterten Förderangebote der Bundesagentur für Arbeit zurückzuführen sein.⁴⁶⁾ Abschließend sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die Ergebnisse zu den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen keine Daten von zugelassenen kommunalen Trägern enthalten. Insofern muss davon ausgegangen werden, dass die tatsächlichen Niveaus grundsätzlich unterzeichnet sind.

⁴⁵⁾ Seit Jahresbeginn 2009 können Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) nur noch im Rechtskreis SGB III durchgeführt werden. Insofern ist ein Vergleich mit den Vorjahren nur bedingt aussagekräftig.

⁴⁶⁾ Vgl. http://www.arbeitsagentur.de/nn_27620/zentraler-Content/A05-Beruflich-Qualifizierung/A053-Rehabilitanden/Allgemein/Arbeitgeberinformationen-Foerderung-der-.html#d1.2 [Aufruf am 28.05.2010].

5. Unternehmensstruktur, Gewerbeanzeigen und Insolvenzen

Unternehmensstruktur

Nachdem die *Unternehmensstrukturen* in der sächsischen Wirtschaft bis 2008 nach der WZ 2003 untersucht wurden, erfolgen die Analysen für das Jahr 2009 im gesamten Kapitel nun einheitlich nach der WZ 2008. Folglich beruhen die Vorjahresvergleiche – insbesondere bei der nach Wirtschaftszweigen differenzierten Darstellung – vorrangig auf Struktur- und weniger auf Entwicklungsbetrachtungen.

Am 30. September 2009 waren im Produzierenden Gewerbe und in den Dienstleistungsbereichen insgesamt 170 705 Unternehmen mit steuerbarem Umsatz und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (zum Berichtsjahr 2007) und Sitz in Sachsen wirtschaftlich aktiv (Stand des statistikinternen Unternehmensregisters Sachsens URS 95)⁴⁷⁾ (vgl. Tab. 1.19). Damit erhöhte sich ihre Zahl gegenüber dem Vorjahresstand um 1,5 Prozent. Zur *Beschäftigtengrößenklasse* der Kleinstunternehmen mit 0 bis 9 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählte auch 2009 mit 91,0 Prozent der Großteil aller in Sachsen ansässigen Unternehmen. Der Anteil der kleinen Unternehmen mit 10 bis 49 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag bei 7,2 Prozent, jener der mittleren Unternehmen mit 50 bis 249 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei 1,5 Prozent. Die restlichen 0,3 Prozent entfielen auf Großunternehmen mit 250 und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (vgl. Tab. 2.21). Im Jahr 2008 hatte sich eine identische Unternehmensstruktur ergeben. Folglich wird die sächsische Wirtschaft vorrangig durch Kleinstunter-

nehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geprägt. So zählten zum 30. September 2009 entsprechend der KMU-Definition der Europäischen Kommission erneut 99,7 Prozent der im sächsischen Unternehmensregister erfassten Erhebungseinheiten zur Gruppe der KMU.⁴⁸⁾

In den Großraumregionen und in Deutschland insgesamt waren 2009 weitestgehend ähnliche – nach Beschäftigtengrößenklassen differenzierte – Unternehmensstrukturen wie in Sachsen festzustellen (vgl. Tab. 2.21). Während Kleinstunternehmen in den neuen Ländern (ohne Berlin)⁴⁹⁾ eine geringfügig niedrigere Bedeutung als in Sachsen zukam, spielten sie für das Wirtschaftsgeschehen in den alten Ländern (ohne Berlin)⁴⁹⁾ eine etwas größere Rolle. Bei den kleinen Unternehmen war die Situation umgekehrt. Für die mittleren sowie die Großunternehmen ergaben sich dagegen praktisch keine Anteilsunterschiede. Allerdings ist zu vermuten, dass die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten in den in Westdeutschland angesiedelten Großunternehmen jene in Sachsen bzw. den neuen Ländern um einiges übersteigt.

Nach *Wirtschaftsbereichen* differenziert, entfielen 2009 auf das Produzierende Gewerbe mit 43 407 Unternehmen rund ein Viertel (25,4 Prozent) aller in Sachsen ansässigen Unternehmen (vgl. Tab. 2.21). Darunter waren im Verarbeitenden Gewerbe 14 134 Unternehmen und damit 8,3 Prozent aller Unternehmen mit Sitz in Sachsen wirtschaftlich aktiv. Während in diesem Wirtschaftsabschnitt den Kleinstunternehmen mit 71,2 Prozent ein erheblich geringeres Gewicht als im sächsischen Durchschnitt zukam, fielen die Anteile bei den kleinen Unternehmen mit 21,1 Prozent, den mittleren Unternehmen mit 6,7 Prozent und den Großunternehmen mit 0,9 Prozent alle überdurchschnittlich aus (vgl. Tab. 1.19). Im Baugewerbe hatten 2009 mit 27 930 Unternehmen 16,4 Prozent der in Sachsen ansässigen Unternehmen ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt, also beinahe doppelt so viele wie im Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Abb. 39). Hiervon waren 92,7 Prozent Kleinstunternehmen, 6,6 Prozent kleine Unternehmen, 0,7 Prozent mittlere Unternehmen und 0,1 Prozent Großunternehmen. Insofern lag die Unternehmensstruktur im Baugewerbe nahe bei jener auf gesamtsächsischer Ebene.

In den Dienstleistungsbereichen waren 2009 127 298 Un-

Formale Gliederung von Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen

Kleinstunternehmen

Unternehmen mit 0 bis 9 Beschäftigten

Kleine Unternehmen

Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten

Mittlere Unternehmen

Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten

Großunternehmen

Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten

Gliederung von Unternehmen gemäß der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission der Europäischen Union¹⁾

Zur Gruppe der **KMU** (kleine und mittlere Unternehmen) werden Einheiten zusammengefasst, die weniger als 250 Beschäftigte haben *und* einen Umsatzerlös von maximal 50 Millionen € *bzw.* einer Bilanzsumme von höchstens 43 Millionen € aufweisen. Unternehmen, die diese Grenzen überschreiten, zählen als **Großunternehmen**.

1) vgl. Amtsblatt L 124/36 vom 20.05.2003.

47) Unternehmensregister für statistische Zwecke (URS 95); ohne die Bereiche Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei); Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung sowie private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf o. a. S..

48) Insofern ihr Umsatz kleiner/gleich 50 Millionen € oder ihre Bilanzsumme kleiner/gleich 43 Millionen € war; Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (Empfehlung 2003/361/EG, ABl. L 124/36).

49) Aus Gründen besserer Vergleichbarkeit werden die Ergebnisse zu den Großraumregionen hier stets jeweils ohne Berlin ausgewiesen, weshalb eine Klammerbemerkung im Folgenden nur bei Ausnahmen angegeben wird.

ternehmen und damit 74,6 Prozent der in Sachsen insgesamt ansässigen Unternehmen wirtschaftlich tätig. Hierunter kam dem Bereich Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen mit 33 342 Unternehmen – 19,5 Prozent aller Unternehmen mit Sitz in Sachsen – das mit Abstand höchste Gewicht zu (vgl. Abb. 39). Im Bereich Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen lagen die entsprechenden Werte 2009 bei 19 097 Unternehmen bzw. 11,2 Prozent. Darüber hinaus ging eine nicht unbedeutende Zahl an Unternehmen einer wirtschaftlichen Tätigkeit in den Bereichen Erbringung von sonstigen Dienstleistungen, Gesundheits- und Sozialwesen sowie Gastgewerbe nach. Mit Ausnahme des Gesundheits- und Sozialwesens lag der Anteil der Kleinunternehmen in all diesen Bereichen mehr oder weniger deutlich über dem sächsischen Durchschnitt, bei den kleinen und mittleren sowie den Großunternehmen jedoch darunter (vgl. Tab. 1.19). In den verbleibenden Dienstleistungsbereichen addierte sich der Anteil der dort wirtschaftlich tätigen an allen in Sachsen ansässigen Unternehmen 2009 auf insgesamt 23,2 Prozent, wobei pro Bereich stets weniger als 10 000 Unternehmen zu verzeichnen waren (vgl. Tab. 2.21).

Beim Vergleich der Unternehmensstruktur zwischen Sachsen und dem Mittel der neuen Länder zeigten sich 2009 nur geringe Unterschiede. Während der Anteil der Unternehmen im Produzierenden Gewerbe mit 24,9 Prozent und jener im Verarbeitenden Gewerbe mit 7,4 Prozent in den neuen Ländern etwas niedriger als in Sachsen ausfiel, kam dem Dienstleistungssektor mit einem Anteil von

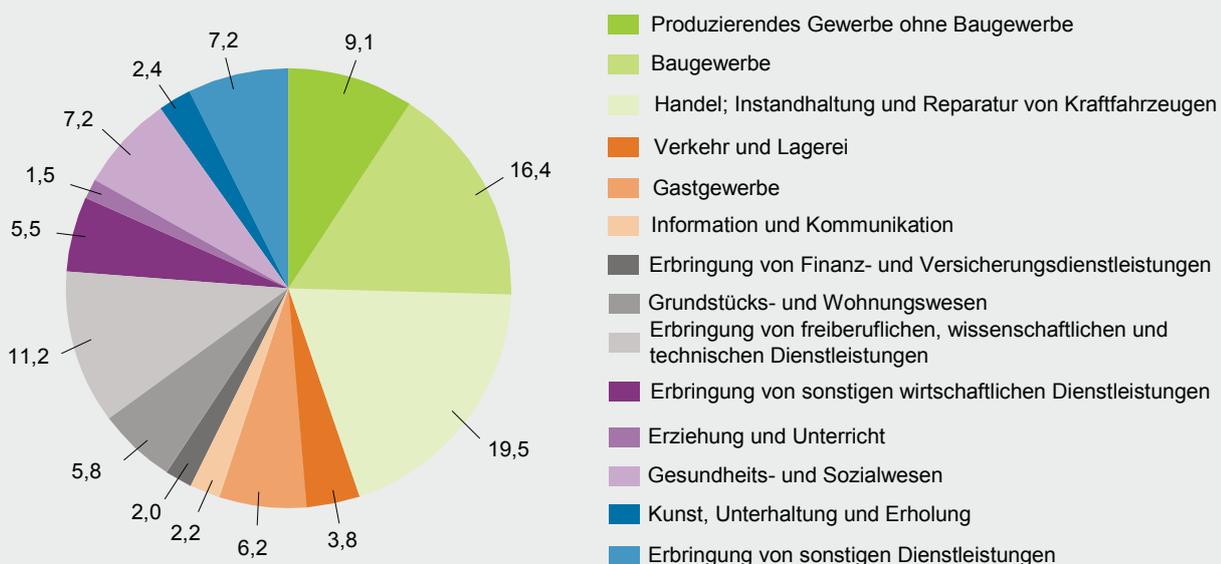
75,1 Prozent ein geringfügig höheres Gewicht zu. Allerdings betrug die Abweichungen in allen Wirtschaftszweigen – abgesehen vom Gastgewerbe (1,2 Prozentpunkte) – stets weniger als einen Prozentpunkt (vgl. Tab. 2.21). Deutlich stärker unterschied sich die sächsische Unternehmensstruktur 2009 von jener der alten Länder. Von allen hier wirtschaftlich tätigen Unternehmen entfielen auf das Produzierende Gewerbe 18,5 Prozent. Das waren 7,0 Prozentpunkte weniger als in Sachsen. Dabei resultierte die hohe Abweichung vorrangig aus den unterschiedlichen Anteilen des Baugewerbes. So waren diesem Wirtschaftsabschnitt 9,8 Prozent aller Unternehmen mit Sitz in den alten Ländern zuzuordnen. Damit lag der Anteil 6,6 Prozentpunkte unter dem in Sachsen. Dies verdeutlicht die nach wie vor bestehenden Überkapazitäten im sächsischen Baugewerbe. Im Dienstleistungssektor waren 2009 in den alten Ländern 81,5 Prozent aller hier ansässigen Unternehmen wirtschaftlich aktiv, was einem um 6,9 Prozentpunkte höheren Anteil als in Sachsen entspricht. In den untergeordneten Bereichen wichen die entsprechenden Anteile aber sowohl nach unten als auch nach oben voneinander ab. Dabei reichte die Spanne von

50) Vertiefende Informationen zum Themenfeld Unternehmensstrukturen finden sich – speziell für die Länderebene – auch im Statistik-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, abrufbar unter: http://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/de_enterprise.asp [Aufruf vom 21.04.2010].

51) Nachdem es noch bis Ende 2004 verstärkt zur Gründung von Ich-AGs gekommen war, dürfte die Entwicklung in den Folgejahren dadurch in gewisser Weise überzeichnet gewesen sein.

52) Vgl. ausführlicher: Branchenreport Baugewerbe in Sachsen 1990 bis 2009. Statistischer Bericht, Z 1 3, Kamenz 2010, S. 9 und 16.

Abb. 39 Unternehmen¹⁾ nach Wirtschaftsbereichen²⁾ (Prozent)



1) am 30.09.2009 im Unternehmensregister aktive Unternehmen mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2007

2) ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung sowie private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt

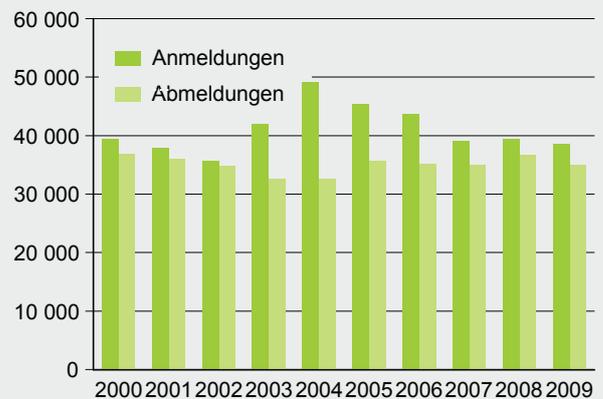
-3,1 Prozentpunkten im Grundstücks- und Wohnungswesen über 0,1 Prozentpunkte bei der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen bis hin zu 1,1 Prozentpunkten bei der Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (vgl. Tab. 2.21).⁵⁰⁾

Gewerbeanmeldungen

Die Zahl der in Sachsen getätigten *Gewerbeanmeldungen* lag 2009 bei 38 630 und damit 2,3 Prozent unter dem Vorjahreswert. Die seit dem Höchststand im Jahre 2004 tendenziell rückläufige Entwicklung, die u. a. aus der Überleitung des Existenzgründungszuschusses und des Überbrückungsgeldes in den Gründungszuschuss zum 1. August 2006 resultierte, setzte sich demnach weiter fort (vgl. Abb. 40).⁵¹⁾ Dies dürfte nicht zuletzt auch im schwierigen wirtschaftlichen Umfeld im Zeitalter der Wirtschaftskrise begründet liegen. Darunter entfiel auf Neuerrichtungen mit 32 663 Gewerbeanmeldungen ein Anteil von 84,6 Prozent (vgl. Tab. 1.20). Gegenüber 2008 war die Zahl der Neuerrichtungen um 2,9 Prozent zurückgegangen. Der übrige Teil ging auf eine Übernahme des Gewerbes durch Erbfolge, Kauf oder Pacht bzw. den Zuzug von Gewerbebetrieben aus anderen – auch innerhalb Sachsens befindlichen – Gewerbebezirken zurück. Die Zahl der Betriebsgründungen (Haupt- oder Zweigniederlassungen bzw. unselbstständige Zweigstellen), hinter denen sich eine größere wirtschaftliche Substanz vermuten lässt, fiel 2009 mit 8 473 Fällen um 1,3 Prozent niedriger als im Vorjahr aus. Insofern verlief die Entwicklung hier nunmehr seit dem Jahr 2000 kontinuierlich abwärtsgerichtet. Der Anteil der Betriebsgründungen an den Neuerrichtungen betrug 25,9 Prozent. Als sonstige Neuerrichtungen (Kleingewerbeunternehmen bzw. Nebenerwerbsbetriebe) waren 2009 mit 23 866 Anmeldungen knapp drei Viertel (73,1 Prozent) aller Neuerrichtungen anzusehen. Im Vergleich zu 2008 sank die Zahl der Gewerbeanmeldungen in dieser Gruppe mit 3,8 Prozent überdurchschnittlich. Die seit dem Jahr 2004 aus den oben genannten Gründen tendenziell rückläufige Entwicklung setzte sich zuletzt also weiter fort.⁵¹⁾

Im Mittel der neuen Länder ging die Zahl der Gewerbeanmeldungen 2009 gegenüber 2008 mit 0,5 Prozent weniger stark als in Sachsen zurück. Für Deutschland und die alten Länder waren sogar Zuwächse um 3,7 bzw. 4,1 Prozent zu verzeichnen. Insofern wurden hier die zwischen 2004 und 2008 andauernden und z. T. deutlichen Rückgänge bei den Gewerbeanmeldungen vorerst gestoppt. Zu erklären ist die aktuelle Entwicklung wohl u. a. damit, dass Personen, die gerade zu Zeiten der Wirtschaftskrise ihre Arbeit verloren, dann vermehrt den Weg in die Selbstständigkeit gingen und eigene Existenzen gründeten. Bei den Neuerrichtungen und hierunter den sonstigen Neuerrichtungen zeigten sich von 2008 zu 2009 ähnliche Entwicklungsverläufe. Die Zahl der Betriebsgründungen stieg in

Abb. 40 Gewerbeanzeigen 2000 bis 2009



dieser Zeit selbst in den neuen Ländern leicht an, während sie in Sachsen weiter rückläufig war (vgl. Tab. 2.22). Darüber hinaus war zwischen den Anteilen der Betriebsgründungen an den Gewerbeanmeldungen insgesamt in den neuen Ländern mit 23,2 Prozent und in den alten Ländern mit 16,8 Prozent eine erhebliche Abweichung festzustellen, die vorrangig auf den noch nicht abgeschlossenen Angleichungsprozess der ostdeutschen Wirtschaft an die westdeutschen Verhältnisse zurückzuführen sein dürfte (vgl. Kapitel 1).

Nachdem im vergangenen Jahr eine *nach Wirtschaftsbe- reichen differenzierte* Strukturanalyse der Gewerbeanzeigen durchgeführt wurde, soll das Hauptaugenmerk in diesem Bericht auf einer Entwicklungsbetrachtung liegen (vgl. Tab. 2.22 und Abb. 41).

Im Verarbeitenden Gewerbe lag die Zahl der Gewerbeanmeldungen 2009 bei 1 357 und damit um 18,1 Prozent unter ihrem Vorjahreswert (vgl. Tab. 1.20). Im Baugewerbe mit 4 739 Gewerbeanmeldungen betrug der entsprechende Zuwachs 7,1 Prozent. Die vergleichsweise hohe Fallzahl (vgl. Abb. 41) ist Ausdruck einer hohen Fluktuation von Unternehmen im Baugewerbe.⁵²⁾ Innerhalb des Dienstleistungssektors erreichte 2009 der Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen mit 9 374 Gewerbeanmeldungen die mit Abstand höchste Fallzahl. Im Vergleich zu 2008 ging diese moderat um 1,3 Prozent zurück. Bei der Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, wo 2009 noch 5 749 Gewerbeanmeldungen gezählt wurden, betrug der Rückgang 4,5 Prozent. Auf die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen entfielen 2009 noch 3 417 Fälle und damit 6,5 Prozent weniger als 2008. Auch in allen übrigen Wirtschaftszweigen wurde eine nicht unerhebliche Zahl an Gewerbeanmeldungen getätigt, wie es Tabelle 1.20 und Abbildung 41 zeigen. Dabei ging deren Zahl mit Ausnahme der Bereiche Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei), Baugewerbe sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen von 2008 zu 2009 in allen

Bereichen der sächsischen Wirtschaft mehr oder weniger stark zurück (vgl. Tab. 2.22). Im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) lag die Zahl der Gewerbeanmeldungen 2009 mit 248 so niedrig, wie in keinem anderen Wirtschaftsbereich (vgl. Abb. 41). Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass zur Ausübung einer Landwirtschaft keine Gewerbeanzeige erforderlich ist, so dass die Gewebemeldungen in diesem Bereich in der Regel nur die „Nebentätigkeiten“ von land- und forstwirtschaftlich Tätigen betreffen. Gegenüber 2008 war die Zahl der Gewerbeanmeldungen um 6,9 Prozent angestiegen.

In Deutschland verringerte sich die Zahl der Gewerbeanmeldungen 2009 binnen Jahresfrist einzig in den Bereichen Information und Kommunikation, Grundstücks- und Wohnungswesen, Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie Verkehr und Lagerei zwischen 2,4 und 6,0 Prozent. Dabei verliefen die Entwicklungen in den alten Ländern grundsätzlich günstiger und oftmals mit entgegen gesetztem Trend als in den neuen Ländern (vgl. Tab. 2.22).

Gewerbeabmeldungen

An *Gewerbeabmeldungen* wurden 2009 in Sachsen 35 094 getätigt, 4,4 Prozent weniger als im Vorjahr (vgl. Abb. 40). Davon gingen auf die Aufgabe eines Gewerbes 28 925 Fälle bzw. 82,4 Prozent und damit der Großteil aller Abmeldungen in Sachsen zurück (vgl. Tab. 1.21). Die übrigen 17,6 Prozent waren einer Übergabe des Gewerbes durch Erbfolge, Kauf oder Pacht bzw. dem Fortzug der Gewerbetreibenden in andere – auch innerhalb Sachsens

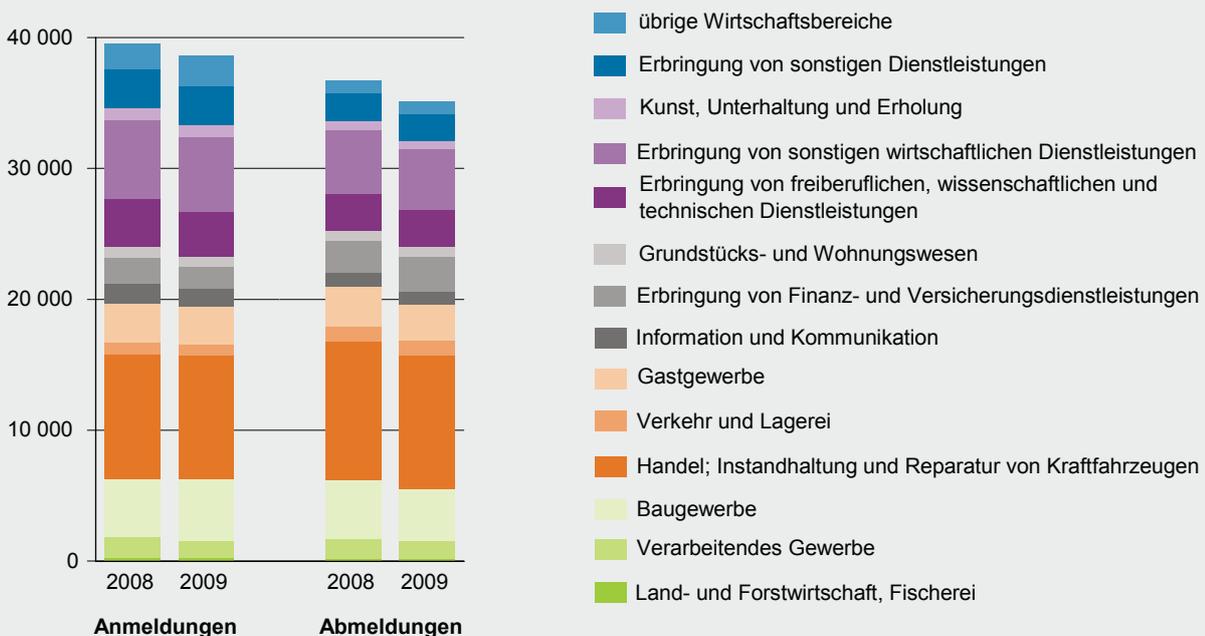
befindliche – Gewerbebezirke zuzuschreiben. Die Zahl der Betriebsaufgaben, die vermutlich einen größeren wirtschaftlichen Substanzverlust nach sich ziehen, lag 2009 bei 8 094 und damit 2,9 Prozent unter der von 2008. Hieraus ergab sich ein Anteil von 28,0 Prozent an sämtlichen Aufgaben eines Gewerbes. Auf die sonstigen Stilllegungen entfielen 2009 noch 20 491 Fälle, 7,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Der entsprechende Anteil betrug 70,8 Prozent (vgl. Tab. 1.21). Den verbleibenden Rest der Gewerbeaufgaben bildeten die Umwandlungsfälle.

In den neuen Ländern ging die Zahl der Gewerbeabmeldungen zwischen 2008 und 2009 um 3,6 Prozent, in den alten Ländern um 0,3 Prozent und in Deutschland insgesamt um 0,5 Prozent zurück. Folglich waren die Rückgänge hier – wie auch bei den Gewerbeaufgaben – überall schwächer als in Sachsen (vgl. Tab. 2.23). Während hierunter die Betriebsaufgaben in den neuen Ländern um 0,3 Prozent ebenfalls moderater als in Sachsen abnahmen, waren für die alten Länder mit 2,3 Prozent und für Deutschland mit 2,1 Prozent sogar erneute Zuwächse gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Im Hinblick auf Höhe und Abweichung der Anteile der Betriebsaufgaben an

53) Grundsätzlich ist die Ableitung von Aussagen zur wirtschaftlichen Entwicklung auf Basis von Gewerbeanzeigen ohnehin nur bedingt sinnvoll. Vgl. hierzu Oettel, A. und C. Wohlrab: Untersuchungen zur Eignung der Gewerbemeldetätigkeit als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung, in: Statistik in Sachsen, Heft 1/2009, Kamenz 2009, S. 15 – 22.

54) Für vertiefende Informationen zum Themenfeld Gewerbeanzeigen nach Rechtsformen vergleiche den Statistischen Bericht Gewerbeanmeldungen- und -abmeldungen im Freistaat Sachsen – IV. Quartal 2009, D 1 1 – vj4/09, S. 22 f.

Abb. 41 Gewerbeanzeigen 2008 und 2009 nach Wirtschaftsbereichen



allen Gewerbeabmeldungen in den neuen bzw. alten Ländern ergaben sich ähnliche Erkenntnisse wie oben bei den Gewerbeabmeldungen dargestellt.

Nach Wirtschaftszweigen differenziert, wurden in Sachsen 2009 im Verarbeitenden Gewerbe 1 396 Gewerbeabmeldungen registriert. Das entspricht einer Abnahme um 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr und einem Anteil von 4,0 Prozent an den Gewerbeabmeldungen insgesamt (vgl. Tab. 1.21). Deutlich höher lag die Fallzahl im Baugewerbe mit 4 004 Abmeldungen, 11,1 Prozent niedriger als 2008 (vgl. Abb. 41). Daraus ergab sich ein Anteil von 11,4 Prozent an allen 2009 in Sachsen getätigten Gewerbeabmeldungen. Innerhalb des Dienstleistungssektors wies 2009 erneut der Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen die mit Abstand höchste Zahl an Gewerbeabmeldungen mit 10 113 auf, 4,1 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Der Anteil an den Gewerbeabmeldungen insgesamt betrug 28,8 Prozent. Dabei dürfte ein Grund für die rege Gewerbetätigkeit in der eher kleingewerblichen Struktur des Handels liegen. Für die Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen war 2009 mit 4 638 Abmeldungen ein um 4,4 Prozent niedrigerer Wert als noch 2008 zu verzeichnen. So wurden hier jüngst 13,2 Prozent aller in Sachsen getätigten Gewerbeabmeldungen registriert. In den anderen Wirtschaftszweigen lag die entsprechende Zahl 2009 jeweils mehr oder weniger deutlich unter 3 000 und die sich aus ihr ergebenden Anteile bei acht Prozent oder weniger (vgl. Tab. 1.21). Dabei war mit Ausnahme der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen von 2008 zu 2009 in allen Bereichen der sächsischen Wirtschaft und damit auch insgesamt bei den Gewerbeabmeldungen eine rückläufige Entwicklung festzustellen (vgl. Tab. 2.23). Insofern zeigt sich hier zu der infolge der Wirtschaftskrise ungünstigen Wirtschaftsentwicklung, die vielmehr zu einer erhöhten Anzahl von Gewerbeabmeldungen aufgrund ausbleibender Aufträge hätte führen müssen, kein logischer Zusammenhang.⁵³⁾

Wie es aus Abbildung 41 hervorgeht, wich die wirtschaftszweigliche Struktur zwischen Gewerbeabmeldungen und Gewerbeabmeldungen in Sachsen 2009 nur moderat voneinander ab. Während der Anteil des Bereiches Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) faktisch gleich groß ausfiel, war im Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen mit 4,6 Prozentpunkten der deutlichste Unterschied festzustellen.

In Deutschland nahm die Zahl der Gewerbeabmeldungen von 2008 zu 2009 in mehr als der Hälfte aller Wirtschaftsbereiche zu. Trotzdem gab es insgesamt einen Rückgang um 0,5 Prozent. Dabei verlief die Entwicklung in den alten Ländern grundsätzlich günstiger als in den neuen Ländern (vgl. Tab. 2.23).

Im Jahre 2009 übertraf die Zahl der Gewerbeabmeldungen jene der Gewerbeabmeldungen in Sachsen um 3 536 Fälle (vgl. Abb. 41). Demnach hat der Saldo gegenüber

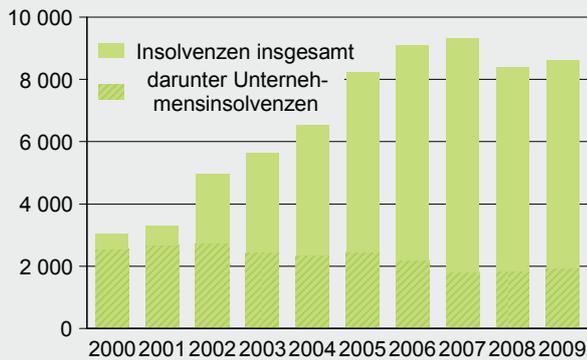
2008 um 24,9 Prozent zugenommen, nachdem er seit 2004 kontinuierlich kleiner geworden war. Das Verhältnis aus An- und Abmeldungen lag 2009 in Sachsen bei 100 zu 91, differierte in den einzelnen Wirtschaftszweigen aber zu meist deutlich. So kamen im Verarbeitenden Gewerbe auf 100 Gewerbeabmeldungen 103, im Baugewerbe dagegen lediglich 84 Gewerbeabmeldungen. Innerhalb des Dienstleistungssektors überwog die Zahl der Gewerbeabmeldungen in den Bereichen Grundstücks- und Wohnungswesen mit 100 zu 98, Gastgewerbe mit 100 zu 96, Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen mit 100 zu 82, Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen mit 100 zu 81, Information und Kommunikation sowie Kunst, Unterhaltung und Erholung mit jeweils 100 zu 70 und Erbringung von sonstigen Dienstleistungen mit 100 zu 67. Umgekehrt stellte sich die Situation mit Relationen von 100 zu 108 im Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, 100 zu 132 im Bereich Verkehr und Lagerei und 100 zu 164 bei der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen dar. Im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei) lag das Verhältnis bei 100 zu 82 zugunsten der Gewerbeabmeldungen (vgl. Tab. 1.20 und Tab. 1.21).

Die häufigste *Rechtsform* waren 2009 Einzelunternehmen, auf die 30 301 Gewerbeabmeldungen sowie 27 294 Gewerbeabmeldungen entfielen. Dies entsprach Anteilen von 78,4 bzw. 77,8 Prozent an allen in Sachsen getätigten Gewerbeabmeldungen. Auf GmbH gingen 4 741 Fälle bzw. 12,3 Prozent aller Gewerbeabmeldungen zurück. Bei den Gewerbeabmeldungen waren es 4 163 Fälle bzw. 11,9 Prozent. In den übrigen Rechtsformen, etwa in Gesellschaften des bürgerlichen Rechts oder in Aktiengesellschaften, lagen die entsprechenden Anteile jeweils unter fünf Prozent. Dies zeigt die vergleichsweise geringe Bedeutung jener Rechtsformen für die sächsische Wirtschaft.⁵⁴⁾

Insolvenzen

Die Zahl aller in Sachsen 2009 zu verzeichnenden *Insolvenzen* (Privat- und Unternehmensinsolvenzen) belief sich auf 8 631 Fälle. Im Vergleich zum Vorjahr waren das wieder 247 Fälle bzw. 2,9 Prozent mehr, nachdem sich die Insolvenzverfahren 2008 erstmals seit 2000 deutlich rückläufig entwickelt hatten (vgl. Tab. 1.22). Den Hauptbestandteil daran machten im Jahre 2009 eröffnete Verfahren mit einem Anteil von 86,6 Prozent aus. Auf die mangels Masse abgewiesenen Verfahren entfielen 13,0 Prozent aller Insolvenzfälle. Die Anteilsstruktur verschob sich damit wieder etwas mehr in Richtung Letzterer. Der Position „Schuldenerklärungsplan“ kam 2009 mit einem Anteil von 0,3 Prozent an allen Insolvenzen einmal mehr eine vernachlässigbare Bedeutung zu.

Im Mittel der neuen Länder erhöhte sich die Zahl der Insolvenzen insgesamt 2009 gegenüber 2008 um 3,5 Prozent,

Abb. 42 Insolvenzen 2000 bis 2009¹⁾

1) eingeschränkter Vergleich 2001 zu 2002 infolge einer Änderung der Insolvenzordnung

also stärker als in Sachsen. Noch deutlicher nahmen die Insolvenzverfahren in den alten Ländern um 5,2 Prozent sowie in Deutschland insgesamt um 5,0 Prozent zu.

Nach *Schuldnergruppen* differenziert, wurden in Sachsen 2009 für Private Personen und Nachlässe die meisten Insolvenzen mit 6 689 Fällen registriert. Dies entspricht 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anteil an allen Insolvenzen lag mit 77,5 Prozent bei über drei Vierteln (vgl. Tab. 1.22 und Abb. 42). Insofern war die in dieser Schuldnergruppe zu verzeichnende Entwicklung 2009 maßgeblich für den Anstieg der in Sachsen insgesamt registrierten Insolvenzfälle verantwortlich. Von den 6 689 Verfahren entfielen 2009 auf übrige Verbraucher mit 4 487 Fällen mehr als zwei Drittel (67,1 Prozent). Damit sank die Zahl der Insolvenzen binnen Jahresfrist hier entgegen der Entwicklung auf gesamtsächsischer Ebene um 1,4 Prozent. Bei den ehemals selbstständig Tätigen, die ein Regelinsolvenzverfahren durchlaufen, fiel der Rückgang mit 5,0 Prozent auf zuletzt 1 040 Fälle sogar noch stärker aus. Daraus resultierte im Jahre 2009 ein Anteil von 15,5 Prozent an allen in der Gruppe Private Personen und Nachlässe registrierten Insolvenzfällen. Die Zahl der Insolvenzen bei den ehemals selbstständig Tätigen, die ein Verbraucherinsolvenzverfahren durchlaufen, lag 2009 bei 470 und damit 2,8 Prozent höher als im Vorjahr. Dies kam einem entsprechenden Anteil in Höhe von 7,0 Prozent gleich (vgl. Tab. 1.22).

Während in den neuen Ländern der Anstieg der Insolvenzfälle in der Schuldnergruppe Private Personen und Nachlässe von 2008 zu 2009 mit 2,3 Prozent minimal schwächer als in Sachsen ausfiel, lag er in den alten Ländern mit 3,6 Prozent und damit auch in Deutschland insgesamt mit 3,4 Prozent höher. In den darunter befindlichen Schuldnergruppen zeigten sich zwischen Sachsen und den Großraumregionen jedoch deutlich größere Entwicklungsunterschiede (vgl. Tab. 2.24).

An *Unternehmensinsolvenzen* wurden 2009 in Sachsen 1 942 Fälle registriert. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer überdurchschnittlichen Zunahme um 5,0 Prozent, nachdem ihre Zahl vom historischen Tiefstand 2007 bereits im Jahr 2008 leicht angestiegen war (vgl. Tab. 1.22 und Abb. 42). Diese Entwicklung dürfte ebenfalls ein Indiz für die Wirtschafts- und Finanzkrise sein. Der Anteil der Unternehmensinsolvenzen an den in Sachsen registrierten Insolvenzen insgesamt lag 2009 bei 22,5 Prozent. Von den 1 942 Unternehmensinsolvenzen entfielen 1 172 Fälle bzw. 60,4 Prozent auf Unternehmen, die weniger als acht Jahre wirtschaftlich tätig gewesen waren, darunter 569 Unternehmen sogar nur bis zu drei Jahren. Die Insolvenzhäufigkeit stieg zwischen 2008 und 2009 von 127 auf 131 Verfahren je 10 000 Unternehmen.⁵⁵⁾

Im Mittel der neuen Länder erhöhte sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 2009 binnen Jahresfrist mit 9,6 Prozent annähernd doppelt so stark wie in Sachsen. Im Mittel der alten Länder fiel der Zuwachs mit 12,1 Prozent und in Deutschland mit 11,6 Prozent jeweils noch höher aus (vgl. Tab. 2.24). Nach diesen Erkenntnissen wurde die wirtschaftliche Entwicklung in den alten Ländern weitaus stärker durch die Wirtschaftskrise beeinträchtigt, als dies für die neuen Länder und insbesondere für Sachsen galt.

In den *einzelnen Wirtschaftszweigen* waren 2009 in Sachsen unterschiedliche Entwicklungen festzustellen. So wurde im Baugewerbe erneut die höchste Zahl an Unternehmensinsolvenzen mit 456 Fällen registriert (vgl. Abb. 43). Dies entspricht einer Steigerung um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr, nachdem es von 2007 zu 2008 einen deutlichen Rückgang von 14,4 Prozent gegeben hatte (vgl. Tab. 2.24). Der Anteil der hier registrierten Fälle an allen Unternehmensinsolvenzen in Sachsen betrug 2009 mit 23,5 Prozent knapp ein Viertel. Im Verarbeitenden Gewerbe lag die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 2009 bei 164 und damit um 13,9 Prozent über der von 2008 (vgl. Tab. 1.22). In der Vorjahresperiode war bereits eine ähnliche Entwicklung eingetreten. Daraus ergab sich ein Anteil von 8,4 Prozent an den 2009 in Sachsen insgesamt registrierten Unternehmensinsolvenzen. Nicht zuletzt spiegelt sich in dem im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Baugewerbe deutlich stärkeren Anstieg der Insolvenzfälle auch die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung über die vergangenen beiden Jahre wider, die in der Industrie um einiges negativer ausfiel, als im Baugewerbe (vgl. hierzu Kapitel 1 und 2).⁵⁶⁾

In den Dienstleistungsbereichen Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, Erbringung von sonstigen wirtschaftlicher Dienstleistungen und Erbringung von sonstigen Dienstleistungen wurden 2009 zusammen 443 Insolvenzfälle registriert. Das waren 6,7 Prozent mehr als 2008, was in erster Linie den deutlichen Anstiegen in den letzten beiden Bereichen geschuldet war (vgl. Tab. 2.24). So belief sich der Anteil die-

ser drei Bereiche zusammen an allen Unternehmensinsolvenzen in Sachsen 2009 auf 22,8 Prozent. Im Wirtschaftszweig Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen lag die Zahl der Insolvenzen 2009 bei 311 und damit 8,0 Prozent unter dem Vorjahreswert. Dabei dürfte der Rückgang wohl auch auf die von der „Abwrackprämie“ ausgehenden Stützimpulse zurückzuführen sein. So stammten zuletzt 16,0 Prozent aller insolventen sächsischen Unternehmen aus diesem Wirtschaftszweig. Im Gastgewerbe, wo es 2009 noch 169 Insolvenzen gab, war gegenüber dem Vorjahr ebenfalls eine rückläufige Entwicklung um 6,1 Prozent festzustellen (vgl. Abb. 43). Hieraus resultierte ein Anteil von 8,7 Prozent an den in Sachsen registrierten Unternehmensinsolvenzen insgesamt. Auf den Bereich Verkehr und Lagerei entfielen 2009 mit 122 Fällen entsprechend 6,3 Prozent, nachdem die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gegenüber 2008 um 34,1 Prozent zugenommen hatte. Ausschlaggebend hierfür werden u. a. die Probleme der Speditionsbranche gewesen sein, die besonders unter den infolge der Wirtschaftskrise einbrechenden Aufträgen zu leiden hatte. Im Grundstücks- und Wohnungswesen verharrten die Insolvenzen 2009 auf einem gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert niedrigen Niveau von weniger als drei Prozent an allen Unternehmensinsolvenzen in Sachsen (vgl. Tab. 1.22 und Abb. 43). In den Großraumregionen sowie in Deutschland insgesamt waren bei der Zahl der Unternehmensinsolvenzen auch von 2008 zu 2009 abweichende Entwicklungen gegenüber Sachsen festzustellen (vgl. Tab. 2.24). Während im Verarbeitenden Gewerbe und bei den Dienstleistungen

überall ein erheblich stärkerer Anstieg als in Sachsen zu verzeichnen war, gestaltete sich die Situation im Baugewerbe umgekehrt. Auch die Höhe des Rückgangs der Unternehmensinsolvenzen im sächsischen Gastgewerbe wurde in den Großraumregionen und somit in Deutschland nicht erreicht. Letztlich nahm hier überall auch die Zahl der Insolvenzen im Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen deutlich zu.

Nach Rechtsformen differenziert, ergaben sich im Jahr 2009 für Einzelunternehmen und Kleingewerbetreibende 1 150 Insolvenzfälle, 3,6 Prozent mehr als 2008. Mit einem Anteil von 59,2 Prozent an den in Sachsen registrierten Unternehmensinsolvenzen insgesamt entfielen die meisten Fälle auf diese Rechtsform. Bei den GmbH lag die Zahl 2009 bei 641 und damit 11,3 Prozent über der vom Vorjahr; der entsprechende Anteil betrug 33,0 Prozent. Auf die übrigen Rechtsformen gingen 2009 stets weniger als 100 Insolvenzfälle zurück. Daraus resultierte ein Anteil von insgesamt 7,8 Prozent an allen Unternehmensinsolvenzen in Sachsen. Insofern spielen jene Rechtsformen für die sächsische Wirtschaft eher eine untergeordnete Rolle.⁵⁷⁾

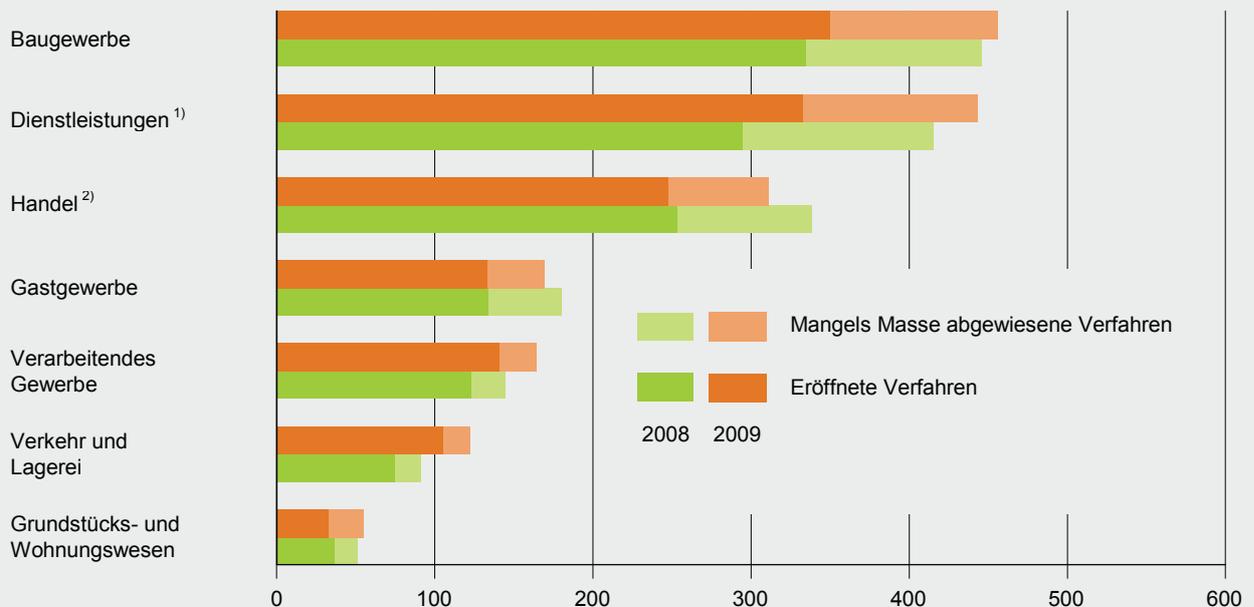
55) Vgl.

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/UnternehmenGewerbelnsolvenzen/Insolvenzen/Tabellen/Content50/HaeufigkeitLaender,templateId=renderPrint.psml> [Aufruf vom 21.05.2010].

56) Vgl. auch Straube, R.: Amtliche Konjunkturdaten und ifo Geschäftsklimaindex für Sachsen 2008 und 2009 – Wie gestalten sich die Zusammenhänge? In: Statistik in Sachsen, Heft 2/2010 (in Druck).

57) Für vertiefende Informationen zur Thematik Unternehmensinsolvenzen nach Rechtsformen vergleiche den Statistischen Bericht Insolvenzverfahren im Freistaat Sachsen 2009, D III 1 – vj4/09, S. 11.

Abb. 43 Unternehmensinsolvenzen in den am stärksten besetzten Wirtschaftsbereichen 2008 und 2009



1) Verfahren der Bereiche M (Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen), N (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen) und S (Erbringung von sonstigen Dienstleistungen)

2) Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

6. Außenhandel und Außenhandelspartner

Nachdem die Ausfuhren bereits im Jahre 2008 rückläufig waren, setzte sich dieser Trend 2009 noch verstärkt fort. Die Einfuhren sanken gegenüber 2008 ebenfalls. Die nominalen Werte der Aus- und Einfuhren gingen auf das Niveau von 2006 zurück (vgl. Abb. 44). Der Rückgang bei der Ausfuhr war mit 15,8 Prozent für Sachsen sehr heftig, lag jedoch nur wenig unter jenem in den neuen Ländern (ohne Berlin)⁵⁸⁾ bzw. alten Ländern (ohne Berlin)⁵⁸⁾ und damit Deutschland insgesamt (vgl. Tab. 2.25). Die Verringerung bei den Importen war mit 9,0 Prozent ebenfalls stark, fiel aber deutlich geringer aus als in den beiden Großraumregionen und Deutschland insgesamt (vgl. Tab. 2.26).

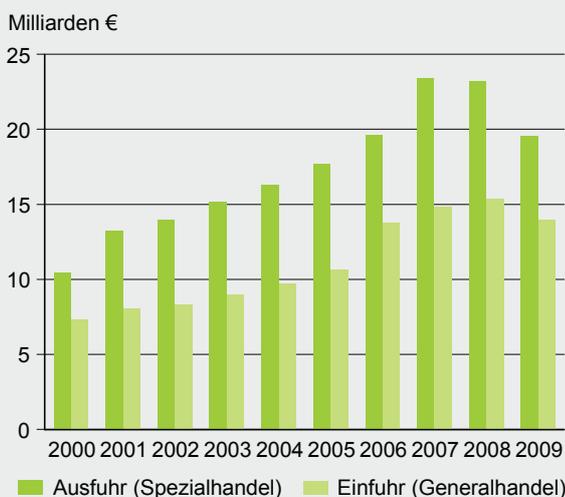
Ausfuhr

Die Ausfuhren (Spezialhandel) aus Sachsen beliefen sich 2009 nach vorläufigen Ergebnissen⁵⁹⁾ auf einen Wert von 19,5 Milliarden €. Das waren 15,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Nach dem vorläufigen Höchststand im Jahr 2007 ist eine weitere Verringerung der sächsischen Ausfuhren zu verzeichnen (vgl. Tab. 1.23). Für Deutschland insgesamt gingen die Ausfuhren ebenfalls zurück. Hier lag der Wert der Exporte im Jahr 2009 mit 808 Milliarden € um 17,9 Prozent niedriger als im Jahr zuvor. Dabei ging das Ausfuhrvolumen bei den Gütern der gewerblichen Wirtschaft deutlicher zurück, als bei den Gütern der Ernährungswirtschaft (vgl. Tab. 2.25). Der Anteil der sächsischen Ausfuhren an allen aus der Bundesrepublik in andere Staaten exportierten Waren lag 2009 bei 2,4 Prozent. Das Ausfuhrvolumen der alten Länder verringerte sich binnen Jahresfrist um 18,2 Prozent. In den neuen Ländern war die Verringerung der Exporte von 2008 zu 2009 mit 16,2 Prozent leicht geringer ausgefallen. Dabei wurde die

Entwicklung in beiden Großraumregionen stärker durch die gewerbliche Wirtschaft als durch die Ernährungswirtschaft beeinflusst (vgl. Tab. 2.25). Im Folgenden wird auf die Entwicklung im Einzelnen eingegangen. Bei der Ergebnisinterpretation sind dabei die von 2008 zu 2009 im Jahresdurchschnitt um 2,2 Prozent gefallenen deutschen Ausfuhrpreise zu berücksichtigen⁶⁰⁾.

Die Differenzierung der Ausfuhren Sachsens nach *Warengruppen* zeigt, dass 2009 vom Gesamtexport 91,9 Prozent auf Güter der gewerblichen Wirtschaft entfielen. 4,1 Prozent aller Exporte stammten aus der Ernährungswirtschaft. Der Wert der Ausfuhren bei den Gütern der gewerblichen Wirtschaft verringerte sich 2009 um 16,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr und damit leicht stärker als die Ausfuhren insgesamt. Der Export von Gütern der Ernährungswirtschaft sank mit 4,6 Prozent dagegen weniger stark (vgl. Tab. 1.23). Unter den Hauptwarengruppen der gewerblichen Wirtschaft hatten im Jahr 2009 die Fertigwaren und hierunter die Enderzeugnisse mit 75,6 Prozent den größten Anteil an allen aus Sachsen in andere Staaten gelieferten Waren. Die Ausfuhr von Rohstoffen, auf die 2009 mit 0,5 Prozent erneut weniger als ein Prozent der Exporte Sachsens insgesamt entfiel, und der Export von Halbwaren mit einem entsprechenden Anteil in Höhe von 4,9 Prozent spielten für die sächsische Außenwirtschaft eine weit weniger wichtige Rolle. Somit blieben die Strukturen gegenüber den Vorjahren nahezu unverändert. Das Exportvolumen bei den Enderzeugnissen lag 2009 bei rund 14,8 Milliarden € und damit mit 15,2 Prozent recht deutlich unter dem Vorjahresergebnis. Die Ausfuhren in dieser Warenuntergruppe gingen jedoch um 0,6 Prozentpunkte geringer zurück als die Exporte Sachsens insgesamt. In Deutschland insgesamt sowie in den neuen und alten Ländern waren die Rückgänge 2009 hier stärker (vgl. Tab. 2.25). Die Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus nehmen in der Wertmenge für die Enderzeugnisse einen signifikanten Teil ein und sind somit ein stark beeinflussender Faktor. Der wertmäßige Anteil an den Enderzeugnissen lag bei 38,3 Prozent. Das rückläufige Exportvolumen bei den Enderzeugnissen aus Sachsen resultierte zum Großteil aus einem Rückgang der Auslandsnachfrage nach diesen Erzeugnissen. In die EU-Länder gingen die Exporte von Erzeugnissen des Kraftfahrzeugbaus um 15,1 Prozent zurück, darunter allein nach Polen um 34,8

Abb. 44 Ausfuhr und Einfuhr 2000 bis 2009¹⁾



1) Jahre 2008 und 2009 - vorläufige Ergebnisse

58) Aus Gründen besserer Vergleichbarkeit werden die Ergebnisse zu den Großraumregionen hier stets jeweils ohne Berlin ausgewiesen, weshalb eine Klammerbemerkung im Folgenden nur bei Ausnahmen angegeben wird.

59) Die Ergebnisse zu den Aus- bzw. Einfuhren Sachsens fußen auf Daten mit Stand Mai 2010. Diese können von später zu veröffentlichenden endgültigen Daten geringfügig abweichen.

60) Vgl. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 27. April 2010, Nr. 148 – Importpreise März 2010: +5,0 % gegenüber März 2009.

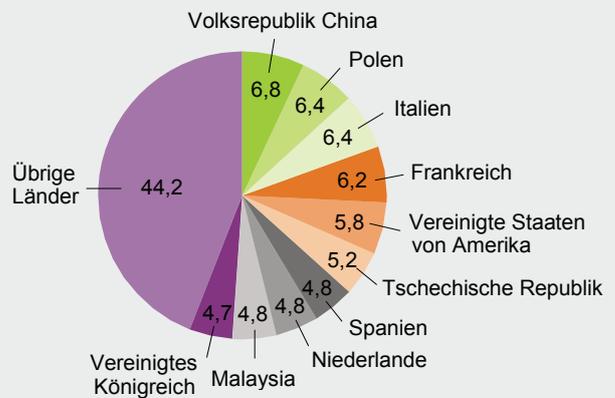
Prozent, nach Belgien um 31,1 Prozent und in die Niederlande um 30,5 Prozent. Einzig nach Italien stiegen die Ausfuhren um 16,3 Prozent und in die Tschechische Republik um 2,8 Prozent. Auch in die Russische Föderation, im vergangenen Jahr noch mit Ausfuhrsteigerungen, gingen die Exporte für Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus um 64,8 Prozent stark zurück. Im Gegensatz dazu konnten die Exporte in die Volksrepublik China bei Erzeugnissen des Kraftfahrzeugbaus um 22,5 Prozent und insgesamt um 3,6 Prozent gesteigert werden.

Elektrotechnische Erzeugnisse wurden im Jahr 2009 in einem Umfang von etwas über 2,5 Milliarden € aus Sachsen in andere Staaten exportiert. Nach dem Rückgang im Jahr 2008 setzte sich die Abwärtsentwicklung in dieser Warenuntergruppe zwischen 2008 und 2009 um 20,0 Prozent fort. Allein nach Malaysia, dem größten Abnehmer elektrotechnischer Erzeugnisse aus Sachsen im Gesamtwert von knapp 900 Millionen €, brachen die Exporte gegenüber dem Vorjahr um 21,1 Prozent ein.

Das Exportvolumen von sächsischen Erzeugnissen des Maschinenbaus lag 2009 bei rund 2,8 Milliarden €. Mit 23,3 Prozent Rückgang hat sich der positive Trend des vergangenen Jahres wieder umgekehrt (vgl. Tab. 1.23). Hauptexportmarkt für Erzeugnisse des Maschinenbaus aus Sachsen waren die EU-Länder, in die 2009 Waren im Wert von gut 1,0 Milliarden € und damit 28,3 Prozent weniger als im Vorjahr gelangten. Eine Kompensierung war auch mit leicht gestiegenen Exporten nach China nicht zu erreichen. Der Exportzuwachs bei den Erzeugnissen des Maschinenbaus in die Volksrepublik China betrug von 2008 zu 2009 8,8 Prozent.

Wie Abbildung 45 illustriert, gehörten 2009 nach *Ländern* betrachtet die Volksrepublik China, Polen, Italien, Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Tschechische Republik, Spanien, die Niederlande, Malaysia und das Vereinigte Königreich zu den zehn wichtigsten Exportpartnern Sachsens. Anhand dieser Reihung lässt sich die hohe Bedeutung der europäischen Länder als Absatzmarkt für sächsische Erzeugnisse erkennen. In die EU-Staaten gelangten 2009 Waren im Wert von rund 10,8 Milliarden €, 14,4 Prozent weniger als noch 2008. Trotz dieses Rückgangs blieben fast zwei Drittel aller sächsischen Exporte (65,8 Prozent) auf dem europäischen Kontinent (vgl. Tab. 1.23 und Abb. 46). Innerhalb der EU war 2009, wie bereits 2008, Polen mit einem Ausfuhrvolumen von über 1,2 Milliarden € Sachsens wichtigster Exportpartner, dicht gefolgt von Italien und Frankreich. Der seit Jahren anhaltende Aufwärtstrend wurde allerdings 2009 unterbrochen. Der Warenwert der Ausfuhren nach Polen sank von 2008 zu 2009 um 14,3 Prozent. Für den Außenhandel mit diesem Land sind zu einem großen Teil Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus charakteristisch. Für das sächsische Exportgeschäft mit Italien war 2009 ein Rückgang in Höhe von 12,6 Prozent zu verzeichnen, mit Frankreich um 10,3

Abb. 45 Ausfuhr (Spezialhandel) 2009¹⁾ nach den zehn wichtigsten Exportpartnern (Prozent)



1) vorläufige Ergebnisse

Prozent. Die Ausfuhren in die Tschechische Republik sanken sogar um 17,4 Prozent. Zusammen gelangten in diese vier EU-Länder dennoch Waren – mehrheitlich Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus – im Wert von rund 4,7 Milliarden €. Damit exportierte Sachsen hierher fast ein Viertel (24,1 Prozent) all seiner Erzeugnisse (vgl. Abb. 45). Gestiegen ist der Export innerhalb der EU in die Niederlande um 8,6 Prozent und nach Dänemark um 26,4 Prozent. Die Ausfuhren in die Russische Föderation fielen nach den Steigerungen der letzten beiden Jahre fast auf den Stand von 2006 zurück. Sie sanken auf einen Wert von 515 Millionen €, das bedeutet von 2008 zu 2009 einen Rückgang um 41,9 Prozent. Hier hat sich der Handel mit Erzeugnissen des Maschinenbaus nahezu halbiert und der Wert für den Export von Erzeugnissen des Kraftfahrzeugbaus ist um 64,8 Prozent gesunken. In den Großraumregionen und damit in Deutschland insgesamt ist der Wert der Ausfuhren in die EU-Länder im Jahr 2009 noch stärker gesunken als in Sachsen (vgl. Tab. 2.25). Der EU-Exportanteil deutscher Erzeugnisse lag 2009 bei 62,9 Prozent.

Auf den asiatischen Kontinent wurden 2009 Erzeugnisse im Gesamtwert von knapp 4,5 Milliarden € aus Sachsen geliefert. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Rückgang von mehr als 8,1 Prozent (vgl. Abb. 46). Nur mit der Volksrepublik China konnte das Außenhandelsvolumen auf über 1,3 Milliarden € und damit um 3,6 Prozent über den Vorjahreswert gesteigert werden. Nach Malaysia verringerten sich die sächsischen Exporte um 28,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Erhöhung der Exportwerte in die Volksrepublik China reichte 2009 zur Kompensation nicht aus. Der verhältnismäßig starke Rückgang der Ausfuhren nach Malaysia ist 2009 in erster Linie auf die Einbrüche der Exporte von elektrotechnischen Erzeug-

nissen und insbesondere Erzeugnissen des Maschinenbaus zurückzuführen. Auch die Ausfuhrsteigerung bei den Erzeugnissen des Kraftfahrzeugbaus konnte das nicht kompensieren.

Für China dagegen hat der Import von Erzeugnissen des Maschinenbaus, elektrotechnischen Erzeugnissen sowie Erzeugnissen des Kraftfahrzeugbaus aus Sachsen eine annähernd gleiche Bedeutung. Insofern unterscheidet sich die Entwicklung zum Vorjahr hier auch von jener in Malaysia. Für die beiden Großraumregionen und damit für Deutschland insgesamt war im Außenhandel mit der Volksrepublik China ebenfalls eine positive Entwicklung festzustellen. So erhöhte sich der Wert der Ausfuhren aus den neuen Ländern um 7,5 Prozent, aus den alten Ländern um 8,2 Prozent und aus Deutschland insgesamt um 7,0 Prozent (vgl. Tab. 2.25).

In die Vereinigten Staaten von Amerika exportierte Sachsen 2009 Waren im Gesamtwert von 1,1 Milliarden €. Das waren 33,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Knapp die Hälfte der Waren sind Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus. Nachdem die nach Amerika gerichteten Exporte bereits in den letzten Jahren eine rückläufige Tendenz aufwiesen, setzte sich die Entwicklung im Jahr 2009 weiter fort. Damit sind die Vereinigten Staaten von Amerika mit einem Anteil der an sie gelieferten Waren in Höhe von 5,8 Prozent an den sächsischen Ausfuhren insgesamt nicht mehr der bedeutendste Exportpartner Sachsens.

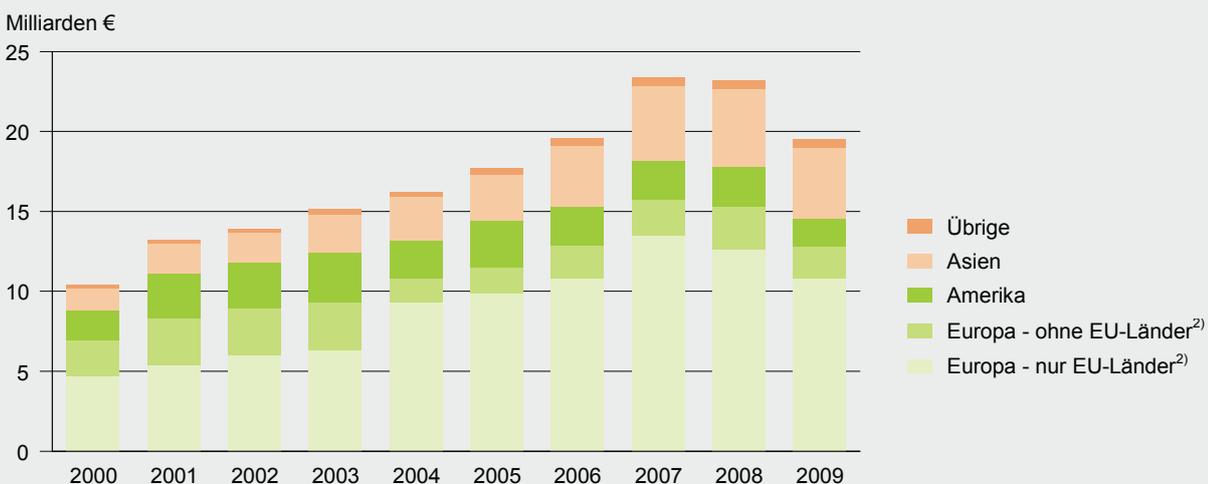
Diese Rolle hat nunmehr China mit einem Anteil von 6,8 Prozent übernommen, dicht gefolgt von Polen, Italien und Frankreich mit über sechs Prozent. Somit hat China für Sachsen im Außenhandel neben den direkten Nachbarländern an Bedeutung gewonnen.

Einfuhr

Sachsens Warenimport (Generalhandel) belief sich 2009 auf einen Wert von leicht über 13,9 Milliarden €. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das – erstmals seit 1991 – einer Verringerung von 9,0 Prozent. Die Importaktivitäten der sächsischen Unternehmen und Betriebe erreichten dabei einen Wert unter dem des Jahres 2007, waren jedoch im Vergleich zum Jahr 2000 mit einem Umfang von damals 7,3 Milliarden € noch fast doppelt so hoch (vgl. Tab. 1.24). Das Einfuhrvolumen Deutschlands, das im Jahr 2009 bei 676 Milliarden € lag, sank erstmals gegen den seit 2002 ansteigenden Trend. Dabei ging der Import auf einen Wert unter dem von 2006 zurück. Gegenüber dem Vorjahr war hier ein Rückgang von 16,5 Prozent zu verzeichnen. Er lag damit fast doppelt so hoch wie in Sachsen. Der Anteil der sächsischen Importe an den Einfuhren der Bundesrepublik insgesamt belief sich 2009 auf 2,1 Prozent. In den alten Ländern gingen die Einfuhren 2009 mit 16,2 Prozent ebenfalls im zweistelligen Prozentbereich weit unter den Vorjahreswert zurück. Für die neuen Länder war im gleichen Zeitraum der Rückgang mit 17,7 Prozent noch drastischer (vgl. Tab. 2.26). Eine gewisse Ungleichentwicklung kann einer differenzierten Wirtschafts- und Außenhandelsstruktur in den Bundesländern zugeschrieben werden. Bei sämtlichen Ausführungen zum Warenimport gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass ein Teil der Entwicklung auf die von 2008 zu 2009 in Deutschland um 8,6 Prozent gefallenen Importpreise zurückzuführen ist.⁶⁰⁾

Nach *Warengruppen* differenziert, sind bei den sächsischen Importen ähnliche Strukturen wie bei den Exporten festzustellen. So entfiel 2009 auf die Güter der gewerblichen Wirtschaft mit einem Anteil von 85,4 Prozent der

Abb. 46 Ausfuhr (Spezialhandel) 2000 bis 2009 nach Kontinenten¹⁾



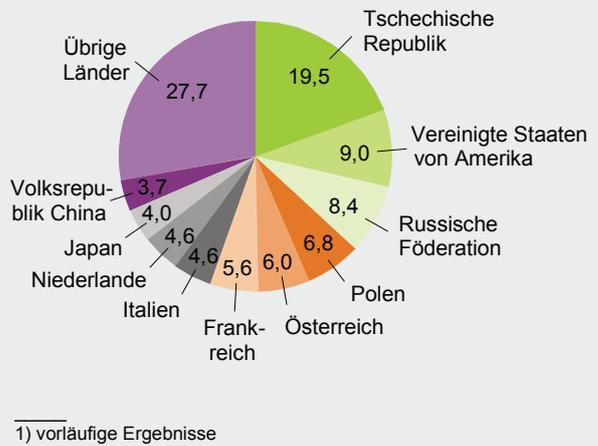
1) Jahre 2008 und 2009 - vorläufige Ergebnisse

2) EU-Länder: jeweils einschließlich Beitrittsländer

weitaus größte Teil der Importe Sachsens insgesamt. Den Erzeugnissen der Ernährungswirtschaft kam mit einem Anteil von 6,2 Prozent nur eine geringere Bedeutung für das sächsische Importgeschäft zu. Der Großteil der von Sachsen importierten Güter war auch 2009 unter den Waren der gewerblichen Wirtschaft zu finden. Der Hauptteil waren Fertigwaren mit 71,6 Prozent der Gesamtimporte und hierunter Enderzeugnisse, die 60,7 Prozent der eingeführten Waren insgesamt betragen. Dagegen waren die Einfuhrvolumina bei den Rohstoffen mit einem Anteil von 7,7 Prozent und den Halbwaren mit einem Anteil von 6,1 Prozent am Gesamtvolumen wesentlich geringer, zumal die Einfuhr von Halbwaren mit 37,1 Prozent und Rohstoffen mit 20,2 Prozent wesentlich stärker als die der Fertigwaren zurückging. Der Import von Enderzeugnissen unter den Fertigwaren ging von 2008 zu 2009 dagegen nur um 1,0 Prozent zurück. In Deutschland und den beiden Großraumregionen fiel der Rückgang der Einfuhren in der gewerblichen Wirtschaft mit über 21 Prozent für die alten Länder und Deutschland insgesamt, sowie mit 23,7 Prozent für die neuen Länder viel stärker aus als in Sachsen (vgl. Tab. 2.26). Der im Vergleich zur Exportstruktur um 7,2 Prozentpunkte höhere Anteil beim Rohstoffimport Sachsens ist in erster Linie auf die verhältnismäßig kleinen Rohstoffvorkommen Sachsens zurückzuführen. Den mit Abstand größten Stellenwert bei der Einfuhr von Rohstoffen nach Sachsen hatten im Jahr 2009 mit einem Warenwert von gut 950 Millionen € erneut Erdöl und Erdgas, das nahezu ausschließlich aus der Russischen Föderation stammte. Gegenüber dem Vorjahr ging das Einfuhrvolumen in dieser Warenuntergruppe um 21,8 Prozent zurück. Diese Entwicklung ist dabei u. a. auf die gefallen Preise für Rohöl und Erdgas zurückzuführen. Das Importvolumen bei den Enderzeugnissen lag 2009 in Sachsen bei rund 8,5 Milliarden €. Das waren 1,0 Prozent weniger als im Vorjahr. In Deutschland dagegen nahm der Wert der Einfuhren in dieser Warengruppe mit 15,0 Prozent wesentlich stärker ab. Ähnlich verhielt es sich in den beiden Großraumregionen. In den neuen Bundesländern sanken die Einfuhren um 14,9 Prozent und in den alten Bundesländern um 15,1 Prozent (vgl. Tab. 2.26).

In Sachsen ist der Importrückgang u. a. auf die negative Entwicklung bei der Einfuhr von Rohstoffen mit 20,2 Prozent und Halbwaren mit 37,1 Prozent zurückzuführen. Bei den Fertigwaren ging die Einfuhr der Vorerzeugnisse mit 21,5 Prozent deutlich stärker zurück, als jene der Enderzeugnisse mit 1,0 Prozent. Die Erzeugnisse des Maschinenbaus in der Gruppe der Enderzeugnisse waren zwar mit 20,4 Prozent ebenfalls stark rückläufig, der Rückgang konnte jedoch durch die anderen Enderzeugnisse, etwa die des Kraftfahrzeugbaus, etwas kompensiert werden (vgl. Tab. 1.24). Das Einfuhrvolumen von Erzeugnissen des Kraftfahrzeugbaus aus aller Welt hat sich seit dem Jahr 2000 fast verdreifacht. In den letzten Jahren haben sich

Abb. 47 Einfuhr (Generalhandel) 2009¹⁾ nach den zehn wichtigsten Importpartnern (Prozent)



die Importe jedoch auf einem Niveau um drei Milliarden € bewegt. Von 2008 zu 2009 stiegen die Einfuhren dennoch um 1,4 Prozent an. 2009 gelangten die Erzeugnisse aus dieser Warenuntergruppe zu 95,9 Prozent aus den EU-Staaten nach Sachsen. Während der Import von Fahrge- stellen, Karosserien, Motoren, Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge hier um 15,6 Prozent zurückging, erhöhte sich die Einfuhr von Personenkraftwagen und Wohnmobilen innerhalb der EU-Länder, die zu 86,0 Prozent durch den Außenhandel mit der Tschechischen Republik abgedeckt wurde, um 26,5 Prozent gegenüber 2008. Anhand der Importstruktur lässt sich erkennen, wie eng der sächsische Fahrzeugbau mit den Standorten in den europäischen Nachbarländern vernetzt ist. Der Wert der Importe elektrotechnischer Erzeugnisse blieb von 2008 zu 2009 nahezu gleich, obwohl die Entwicklung sowohl in die Länder Europas, als auch weltweit recht unterschiedlich gestiegen bzw. gesunken ist. Das Einfuhrvolumen von elektrotechnischen Erzeugnissen nach Sachsen belief sich 2009 wieder auf einen Wert von knapp 1,4 Milliarden €. Im Vergleich zum Jahr 2000 hat sich der Warenwert in dieser Warenuntergruppe fast verdoppelt. Wertmäßig die höchsten Importe kamen 2009 aus China und den Vereinigten Staaten von Amerika, auch wenn die EU insgesamt mit über 50 Prozent der Hauptimportmarkt für elektrotechnische Erzeugnisse blieb.

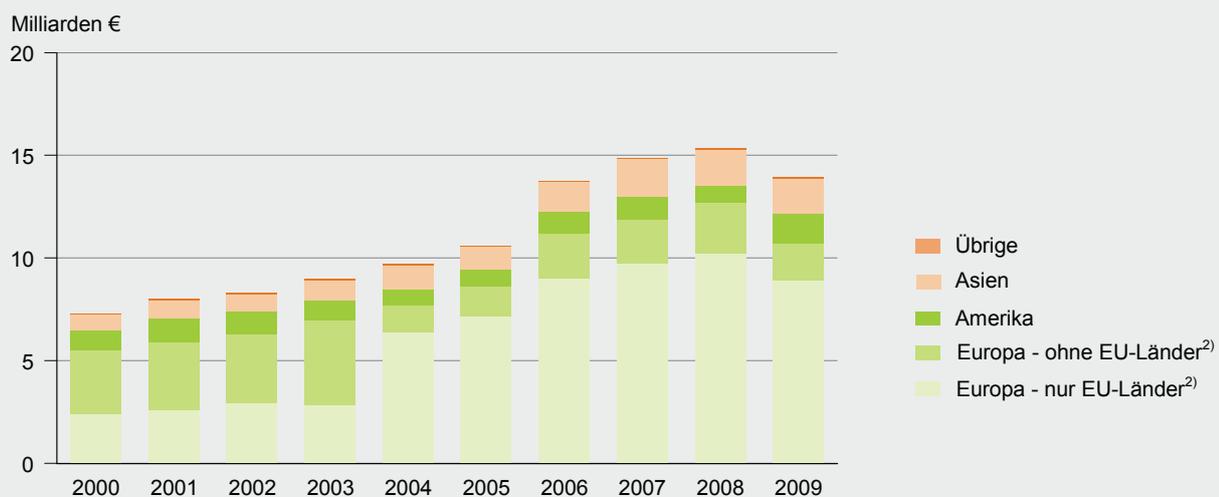
Bei einer Differenzierung nach *Ländern* wird deutlich, dass innerhalb der EU-Länder die Tschechische Republik und Polen – wie schon 2008 – die Hauptimportländer Sachsens waren, obwohl die Einfuhren aus Polen 2009 gegenüber 2008 deutlich zurückgingen. Die Tschechische Republik übernahm mit über 2,7 Milliarden € fast ein Drittel der Importe Sachsens aus den EU-Ländern und war damit der mit Abstand wichtigste Außenhandelspartner (vgl. Tab.

1.24). Neben diesen beiden EU-Staaten zählten die Vereinigten Staaten von Amerika, die Russische Föderation, Österreich, Frankreich, Italien, die Niederlande, Japan und die Volksrepublik China zu den *zehn* wichtigsten Importhandelspartnern Sachsens (vgl. Abb. 47). Mit einem Warenwert von rund 10,0 Milliarden € gelangten fast drei Viertel (72,3 Prozent) aller sächsischen Importe aus diesen Ländern in den Freistaat. Der Wert der Wareneinfuhr aus den EU-Staaten belief sich im Jahr 2009 auf insgesamt knapp 9,0 Milliarden € und lag damit um 12,6 Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Insgesamt waren 64,1 Prozent aller eingeführten Güter nach Sachsen Warenlieferungen aus der EU (vgl. Abb. 48). Damit ging der EU-Anteil geringfügig zurück. Dieses Ergebnis konnte insbesondere durch die Außenhandelsbeziehungen mit der Tschechischen Republik und in gewisser Weise auch Österreich erreicht werden, mit denen Sachsen 2009 ein etwa gleiches Importvolumen wie 2008 hatte. Aus den übrigen – zu den zehn wichtigsten Importhandelspartnern des Freistaates zählenden – Ländern waren deutliche Rückgänge des Einfuhrvolumens zu verzeichnen. So gelangten im Jahr 2009 von der Tschechischen Republik Waren im Wert von gut 2,7 Milliarden € nach Sachsen. Das entspricht einer Importsteigerung um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Seit 2000 ist der Wert der Importe um das 3,5-fache gestiegen. So stammte 2009 fast ein Fünftel (19,5 Prozent) aller nach Sachsen gelieferten Waren allein aus der Tschechischen Republik (vgl. Tab. 1.24 und Abb. 47). Dabei war die Wareneinfuhr aus Tschechien auch im Jahr 2009 etwa zur Hälfte vom Import von Personenkraftwagen und Wohnmobilen geprägt. Das Volumen der aus den Vereinigten Staaten von Amerika nach Sachsen geliefer-

ten Waren belief sich 2009 auf einen Gesamtwert von knapp 1,3 Milliarden €. Das Ergebnis entspricht einem Zuwachs um 92,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr und stellt den höchsten Stand seit 2000 dar. Hauptverantwortlich dafür war die von 2008 zu 2009 exorbitante Importsteigerung bei den Fertigwaren-Enderzeugnissen und hierunter insbesondere bei den Luftfahrzeugen. In die neuen Länder gelangten – wenn auch in moderateren Ausmaß – ebenfalls mehr Waren aus den Vereinigten Staaten von Amerika. In die alten Länder und auf gesamtdeutscher Ebene sanken die US-amerikanischen Einfuhren 2009 dagegen um 14,2 bzw. 14,3 Prozent (vgl. Tab. 2.26). Aus der Russischen Föderation wurden 2009 Waren im Wert von rund 1,2 Milliarden € – vorrangig Erdöl und Erdgas – nach Sachsen eingeführt. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Rückgang des Warenwertes von 30,3 Prozent. Demnach waren die Importe unter den zehn für Sachsen wichtigsten Ländern nur noch in Frankreich mit 32,8 Prozent um einiges stärker zurückgegangen als die mit der Russischen Föderation. Aus Polen importierte Sachsen 2009 Güter im Wert von 944 Millionen € und damit 27,5 Prozent weniger als noch vor einem Jahr. Dieser kräftige Rückgang war u. a. auf die von 2007 zu 2008 noch stark gesteigerte und nun von 2008 zu 2009 um 65,4 Prozent zurückgegangene Einfuhr von elektrotechnischen Erzeugnissen zurückzuführen.

Die Einfuhren aus Österreich sind mit 0,2 Prozent Steigerung annähernd gleich geblieben. Die Einfuhren bei den Fertigwaren-Vorerzeugnissen haben sich 2009 verringert, dagegen ist der Import bei den Enderzeugnissen gestiegen, hier im größeren Umfang in der Warengruppe Personenkraftwagen, Wohnmobile und auch bei den Schie-

Abb. 48 Einfuhr (Generalhandel) 2000 bis 2009 nach Kontinenten¹⁾



1) Jahre 2008 und 2009 - vorläufige Ergebnisse

2) EU-Länder: jeweils einschließlich Beitrittsländer

nenfahrzeugen. Aus Frankreich gelangten im Jahr 2009 Waren im Wert von knapp 778 Millionen € nach Sachsen. Das sind 32,8 Prozent weniger als 2008. Dabei waren für sächsische Importeure neben Personenkraftwagen und Wohnmobilen vor allem chemische Vorerzeugnisse von Interesse. Hierbei hat sich gegenüber 2008 nichts geändert. Von seinen sechs Hauptimportpartnern führte Sachsen 2009 allein 55,3 Prozent seiner gesamten Warenimporte ein (vgl. Abb. 47). Die Einfuhren aus Italien und den Niederlanden beliefen sich 2009 auf einen Wert von zusammen rund 1,3 Milliarden € hälftig verteilt und waren damit um 19,8 Prozent bzw. 21,0 Prozent geringer als 2008 (vgl. Tab. 1.24).

Auf gesamtdeutscher Ebene und für die Großraumregionen waren beim Import ähnliche Entwicklungen wie in Sachsen festzustellen. So verringerten sich 2009 binnen Jahresfrist die Einfuhren aus den EU-Staaten in die neuen Länder um 13,3 Prozent, in die alten Länder um 14,7 Prozent und nach Deutschland insgesamt um 14,8 Prozent und damit noch geringfügig stärker als nach Sachsen. Allerdings verlief die Importentwicklung mit einzelnen EU-Staaten – je nach Lage der Bundesländer – z. T. auch unterschiedlich voneinander (vgl. Tab. 2.26). Zu den *fünf wichtigsten* Importpartnern Deutschlands im europäischen Raum gehörten 2009 die Niederlande, Frankreich, Italien, das Vereinigte Königreich und Belgien. Damit ergibt sich für Deutschland länderbezogen eine andere Importstruktur als für Sachsen. Aus Asien wurden im Jahr 2009

Waren im Gesamtwert von knapp 1,7 Milliarden € nach Sachsen eingeführt. Gegenüber dem Vorjahr kommt dies einem Rückgang um 1,5 Prozent gleich (vgl. Abb. 48). Damit sank das Importvolumen vom asiatischen Kontinent nicht mehr so stark, wie von 2007 zu 2008. Hauptverantwortlich für den Rückgang waren die Einfuhren aus Japan, die mit einem Warenwert von 557 Millionen € und einem Anteil von 32,8 Prozent am Gesamtimport aus dem asiatischen Raum zwar immer noch den Hauptteil der sächsischen Importe aus Asien ausmachten, gegenüber 2008 allerdings um 9,0 Prozent zurückgingen. Hier waren primär chemische Vorerzeugnisse sowie Erzeugnisse des Maschinenbaus bei den sächsischen Importeuren gefragt. Aus der Volksrepublik China gelangten 2009 Waren – vornehmlich elektrotechnische Erzeugnisse und hierunter Mess-, steuerungs- und regelungstechnische Erzeugnisse sowie elektronische Bauelemente – im Gesamtwert von 521 Millionen € nach Sachsen. Damit ist 2009 der Import aus China um 11,7 Prozent zurückgegangen.

Für Deutschland war die Volksrepublik China im Jahr 2009 – hinter den Niederlanden – der zweitwichtigste Importhandelspartner, obgleich das Importvolumen abnahm. Binnen Jahresfrist verringerten sich die gesamtdeutschen Importe aus China um 9,7 Prozent und in die alten Länder um 9,1 Prozent. In die neuen Länder gingen die Einfuhren mit 34,6 Prozent dagegen deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt und auch noch stärker als in Sachsen zurück (vgl. Tab. 2.26).

7. Verbraucherpreisindex und Preisindizes für Bauwerke

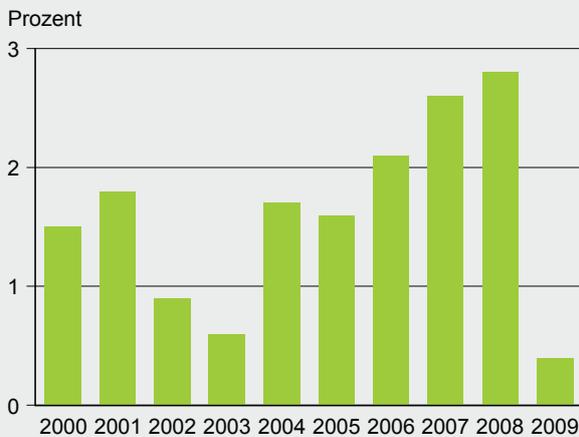
Verbraucherpreisindex

Im Jahr 2009 stiegen die Verbraucherpreise bis zur Mitte des Jahres moderat, aber stetig an. Nach einer kurzen Beruhigung kam es dann jedoch im vierten Quartal zu einem stärkeren Anstieg. Insgesamt kam es 2009 zu einem Anstieg des Verbraucherpreisindex auf einen Wert von 108,1 (2005 = 100). Gegenüber dem Vorjahr betrug die Jahresteuerrate 0,4 Prozent (vgl. Tab. 1.25). Damit wurde nach den Jahren 2006, 2007 und 2008 mit einer Überschreitung des Inflationsziels der Europäischen Zentralbank von 2,0 Prozent⁶¹⁾ das Ziel in Sachsen wieder erreicht (vgl. Abb. 49). Ein Absinken des Verbraucherpreisindex aufgrund der schlechten Markt- und Finanzlage infolge der Wirtschaftskrise ist bereits im Bericht 2008 erwartet worden.

Nach *Hauptgruppen* betrachtet, lagen die Teuerungsraten für „Bekleidung und Schuhe“, „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“, „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ und „Einrichtungsgegenstände für den Haushalt“ noch über zwei Prozent. In den anderen Hauptgruppen lagen die Raten darunter bzw. waren negativ (vgl. Abb. 50).

Die höchste Teuerungsrate verzeichnete 2009 die Hauptgruppe „Bekleidung und Schuhe“ mit 2,6 Prozent bei einem Wägungsanteil von 48,9 Promille. Gegenüber 2008 bedeutet das zwar einen leichten Anstieg, jedoch liegt er wesentlich unter dem des Jahres 2007 mit 6,1 Prozent (vgl. Tab. 2.27).

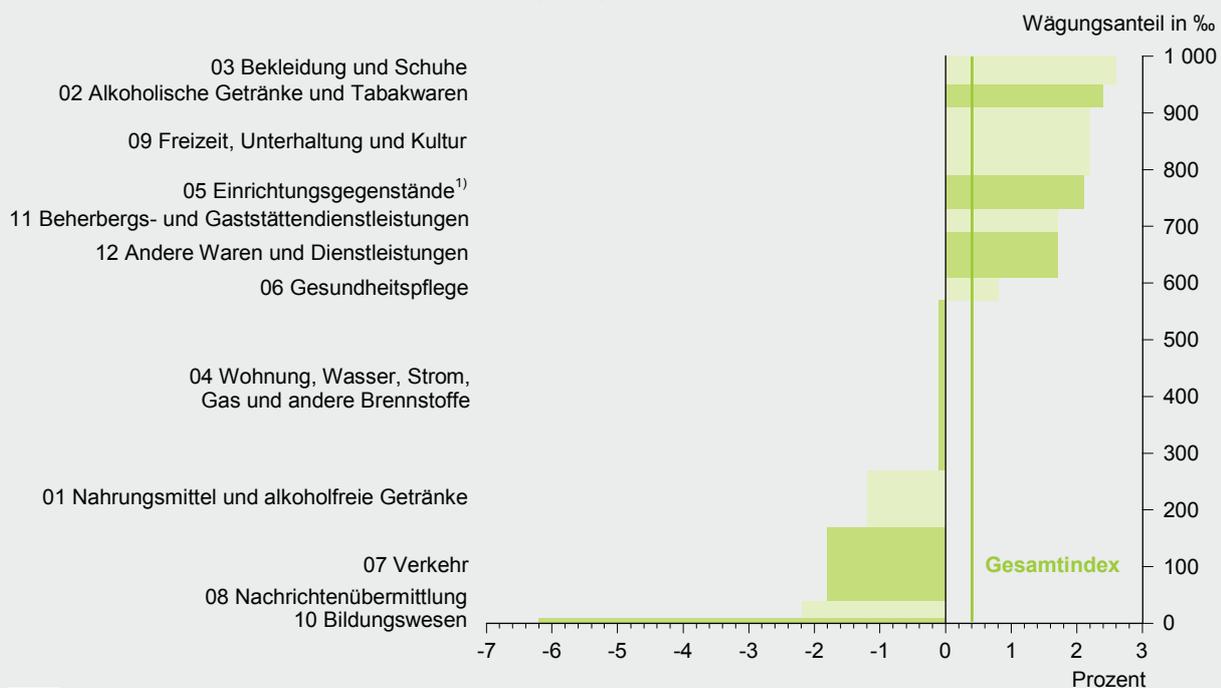
Abb. 49 Jahresteuerraten 2000 bis 2009



In der Hauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ lag die Jahresteuerrate 2009 mit 2,4 Prozent geringfügig unter der des Jahres 2008. Niedriger war die Teuerungsrate zuletzt im Jahr 2001 gewesen. Danach konnte man einen stetigen Anstieg bis auf 8,8 Prozent im Jahr 2005 beobachten. Seit 2005 ist wiederum eine rückläufige Tendenz zu bemerken. Die höchsten Teuerungen gab es 2009 gegenüber 2008 hier beim Tabak und Weißwein.

In der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“, die zu 115,7 Promille in die Ermittlung des Verbraucherpreis-

Abb. 50 Jahresteuerraten 2009 nach Hauptgruppen



1) Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung

index einget, erhöhten sich die Preise von 2008 zu 2009 um 2,2 Prozent. Das ist hier mit Abstand die höchste Teuerungsrate seit 2000. Dafür waren u. a. die Preissteigerungen für Eintrittskarten zu regelmäßigen Sportveranstaltungen um 9,5 Prozent und für Theaterkarten/Schauspiel um 7,6 Prozent ausschlaggebend. Im Jahr 2007 hatte die Teuerung in dieser Hauptgruppe noch bei 1,0 Prozent gelegen, sonst immer darunter bzw. im negativen Bereich (vgl. Tab. 1.25).

Die Jahresteuersatzrate in der Hauptgruppe „Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung“ ist 2009 mit 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben, liegt aber weiterhin höher als in den Jahren bis 2005. Während sich die Preise in dieser Hauptgruppe am stärksten bei den Garten- und Campingmöbeln mit 6,4 Prozent verteuerten, wurden beispielsweise Energiesparlampen um 4,0 Prozent und Herde mit Backofen um 4,4 Prozent deutlich billiger.

Für „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ lag die Jahresteuersatzrate 2009 gegenüber 2008 mit 1,7 Prozent über der Veränderung des Verbraucherpreisindex insgesamt. Dafür waren u. a. die Erhöhung der Mieten für Ferienwohnungen und -häuser um 1,9 Prozent sowie der Zelt- und Campingplatzgebühren um 2,7 Prozent verantwortlich. Dennoch fiel die Teuerung in dieser Hauptgruppe im Vergleich zu den Jahren 2007 und 2008 jüngst wieder geringer aus – die Entwicklung ist vielmehr auf dem Weg zu moderaten Preissteigerungen wie vor 2007.

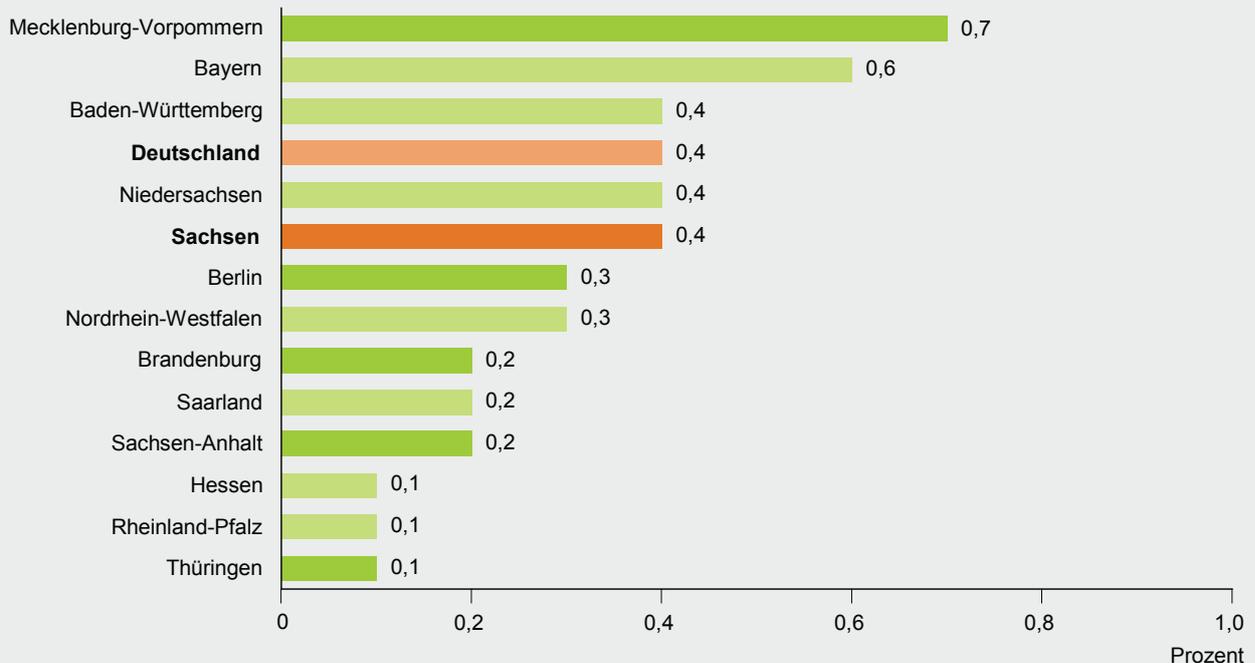
In der Hauptgruppe „Gesundheitspflege“ verteuerten sich die Preise von 2008 zu 2009 mit 0,8 Prozent überdurchschnittlich. Dennoch hat die Jahresteuersatzrate hier seit dem Jahr 2000 nie niedriger gelegen (vgl. Tab. 1.25). Der Hauptimpuls für die Preissteigerung kam von den Medikamenten einschließlich Zuzahlungen; GKV mit 3,6 Prozent. Bei frei verkäuflichen Arzneimitteln war hingegen ein leichter Preisrückgang um 0,4 Prozent zu verzeichnen.

Die Hauptgruppe „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ fällt bei der Ermittlung des Verbraucherpreisindex mit einem Wägungsanteil in Höhe von 308,0 Promille am stärksten ins Gewicht (vgl. Abb. 50). Die Jahresteuersatzrate lag 2009 bei -0,1 Prozent und damit so niedrig, wie schon seit dem Jahr 2002 nicht mehr (vgl. Tab. 1.25). Die Wohnungsnettomieten (einschließlich Mietwert von Eigentümerwohnungen) verteuerten sich von 2008 zu 2009 – ähnlich moderat wie in den Vorjahren – um 0,3 Prozent. Auch die Wohnungsnebenkosten stiegen mit 1,0 Prozent nicht so stark an wie im Jahr 2008. Die Jahresteuersatzrate für die Strompreise lag 2009 mit 7,1 Prozent allerdings mehr als doppelt so hoch wie noch 2008. Dagegen verbilligten sich flüssige Brennstoffe in Form von extra leichtem Heizöl 2009 binnen Jahresfrist um fast ein Drittel (30,3 Prozent). Dieser deutliche Preisrückgang wurde maßgeblich durch die Entwicklung des Weltmarktpreises für Rohöl bestimmt, der sich im Jahresmittel 2009 noch auf 62 US-\$ je Barrel belief, nachdem er im Jahr zuvor bei 91 US-\$ je Bar-

61) Vgl. Pressemitteilung der Europäischen Zentralbank (EZB) – „Die geldpolitische Strategie der EZB“ vom 8. Mai 2003, S. 1.

62) Vgl. <http://www.tecson.de/poelhist.htm> [Aufruf vom 27.05.10]

Abb. 51 Jahresteuersatzraten 2009 nach Ländern¹⁾



1) Die Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein berechnen keinen Verbraucherpreisindex.

rel gelegen hatte.⁶²⁾ Die seit den 1960er Jahren an den Ölpreis gebundenen Gaspreise verbilligten sich – mit gewisser zeitlicher Verzögerung – folglich ebenso um 2,3 Prozent gegenüber 2008.

Die Preise in der Hauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“, die 2008 noch die stärkste Jahresteuerrate mit 7,1 Prozent hatten, fielen 2009 um 1,2 Prozent niedriger als im Vorjahr aus. Deutlich sanken die Preise etwa für Molkereiprodukte und Eier um 6,7 Prozent und besonders für Speisequark um 22,2 Prozent. Mit ihrem Wägungsanteil von 103,6 Promille beeinflusste die Hauptgruppe die Entwicklung des Verbraucherpreisindex insgesamt ebenfalls wesentlich.

Die Preise in der Hauptgruppe „Verkehr“, die mit 131,9 Promille Wägungsanteil maßgeblich zur Veränderung des Gesamtindex beiträgt, gingen 2009 gegenüber 2008 um 1,8 Prozent zurück. Noch im Jahre 2008 war die Hauptgruppe mit einer Jahresteuerrate von 3,3 Prozent nicht unerheblich am hohen Verbraucherpreisindex beteiligt gewesen (vgl. Tab. 1.25). Verantwortlich für den Rückgang waren in erster Linie die 2009 gegenüber 2008 um mehr als 10 Prozent gesunkenen Preise für Kraftstoffe. Während sich hierunter Superbenzin nur um reichlich 10 Prozent verbilligte, waren es beim Diesel fast 20 Prozent.

Im Bereich „Nachrichtenübermittlung“, der einen Wägungsanteil von 31,0 Promille am Gesamtindex aufweist, lag die Jahresteuerrate 2009 bei -2,2 Prozent. Den deutlichsten Rückgang gab es hier bei Mobiltelefonen (ohne Dienstleistung) mit 7,5 Prozent. Darüber hinaus trugen auch die Preisrückgänge im Bereich Telekommunikationsdienstleis-

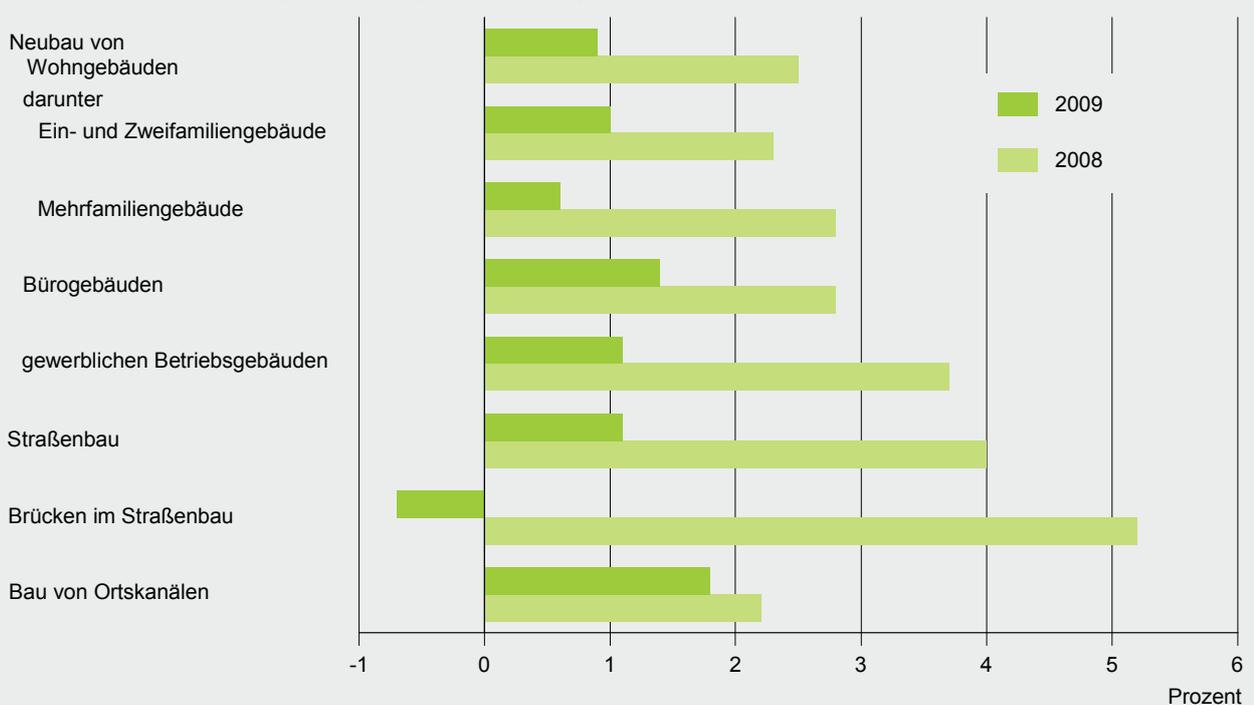
tungen um insgesamt 2,4 Prozent verstärkend negativ zur Gesamtentwicklung in dieser Hauptgruppe bei. Bereits im Jahre 2008 war einzig für die „Nachrichtenübermittlung“ ein abnehmendes Verbraucherpreisniveau zu verzeichnen gewesen. Damit setzte sich die rückläufige Preisentwicklung jüngst bereits das sechste Jahr in Folge fort.

In der Hauptgruppe „Bildungswesen“ sanken die Preise von 2008 zu 2009 um 6,2 Prozent, nachdem sie seit 2005 stetig angestiegen waren (vgl. Tab. 1.25). Die Preissteigerungen hatten sich vorrangig aus der Teuerung im Bereich der Kindergärten und Volkshochschulen, u. a. durch höhere Lehrgangsgebühren, ergeben. Mit der Einführung des kostenlosen Vorschuljahres ab März 2009 sank das Entgelt für den Halbtagskindergarten im Jahresmittel 2009 gegenüber 2008 dann aber deutlich um 21,3 Prozent. Allerdings ist der Einfluss der Hauptgruppe auf die Entwicklung des Verbraucherpreisindex insgesamt wegen des geringen Wägungsanteils in Höhe von 7,4 Promille verhältnismäßig klein.

Die *Kerninflation*, die die Entwicklung der Verbraucherpreise ohne den Einfluss der Preise für Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel widerspiegelt, lag 2009 bei 1,1 Prozent. Damit verringerte sie sich gegenüber 2007 und 2008, war jedoch im Unterschied zu den Vorjahren größer als der Verbraucherpreisindex insgesamt. Das zeigt, dass 2009 die Preise für Nahrungsmittel und Energie für die Preissteigerung nicht signifikant waren, sondern andere Hauptgruppen, allen voran „Bekleidung und Schuhe“ mit 2,6 Prozent (vgl. Tab. 1.25).

Der *Gesamtindex ohne administrierte Preise*, also denjenigen, die der Genehmigung einer Behörde oder Instituti-

Abb. 52 Jahresteuerraten ausgewählter Baupreisindizes 2008 und 2009



on bedürfen, stagnierte 2009 auf dem Niveau von 2008. Die administrierten Preise erhöhten sich in diesem Zeitraum mit 1,7 Prozent stärker als der Verbraucherpreisindex insgesamt mit 0,4 Prozent. Bei den einfließenden Einzelpositionen ist zwischen direkt administrierten Preisen und teiladministrierten Preisen zu unterscheiden. Bei den direkt administrierten Preisen waren die größten Preissteigerungen von 2008 zu 2009 in den Untergruppen Rundfunk- und Fernsehgebühren mit 5,1 Prozent, Verkehrstarife mit 2,5 Prozent und bei Kfz-Prüf- und -zulassungsgebühren mit 2,2 Prozent zu verzeichnen. Im Durchschnitt stiegen die direkt administrierten Preise um 0,8 Prozent und die teiladministrierten Preise um 2,1 Prozent. Ungeachtet der im Jahr 2008 vollzogenen Umstellung des Verbraucherpreisindex auf das neue Basisjahr 2005 berechnen die Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein keinen Verbraucherpreisindex. Zu den übrigen Bundesländern sowie zu Deutschland insgesamt lassen sich jedoch Vergleiche ziehen (vgl. Abb. 51), nicht aber zu den Großraumregionen „Neue Länder“ und „Alte Länder“.⁶³⁾ So lag die Jahresteuerrate im bundesdeutschen Durchschnitt 2009 – wie in Sachsen – bei 0,4 Prozent (vgl. Tab. 2.27). Dabei bewegte sich die Teuerung in den einzelnen Bundesländern relativ gleichförmig um diesen Mittelwert, selbst Mecklenburg-Vorpommern mit der höchsten Teuerung von 0,7 Prozent und Hessen, Thüringen sowie Rheinland-Pfalz mit den niedrigsten Teuerungsraten von jeweils 0,1 Prozent (vgl. Abb. 51).

Nach dem *harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI)*, der zu Vergleichszwecken für die europäischen Länder berechnet wird, verteuerten sich die Preise in Deutschland im Jahresmittel 2009 um 0,2 Prozent. Im EU-Durchschnitt betrug die Teuerung 1,0 Prozent und war damit stärker als in Deutschland. In etwa der Hälfte aller Länder lag der harmonisierte Verbraucherpreisindex 2009 unterhalb des europäischen Durchschnitts. In Frankreich, Belgien, Luxemburg, Spanien, Portugal und Irland fiel die Jahresteuerrate in einer Spanne von 0,1 bis -1,7 Prozent sogar niedriger als im bundesdeutschen Durchschnitt aus. Dagegen lag die Teuerung in Polen, Ungarn Litauen und Rumänien von 4,0 bis

5,6 Prozent weit über dem europäischen Mittel. In einigen Nicht-EU-Staaten, darunter der Türkei mit 6,3 Prozent bzw. Island mit 16,3 Prozent waren die Preissteigerungen noch um einiges stärker.

Ausgewählte Baupreisindizes

Seit dem Berichtsjahr 2008 werden auch die *Preisindizes für Bauwerke* mit der neuen Preisbasis (2005 = 100) ausgewiesen (vgl. Abb. 52). Beim Neubau von Wohngebäuden war von 2008 zu 2009 ein Anstieg der Baupreise um 0,9 Prozent zu beobachten. Hierunter erhöhten sich die Baupreise für Ein- und Zweifamiliengebäude mit 1,0 Prozent geringfügig mehr, jene für Mehrfamiliengebäude mit 0,6 Prozent dagegen unterdurchschnittlich. Dabei blieben die Preise bei den Rohbauarbeiten für Ein- und Zweifamiliengebäude gleich, für Mehrfamiliengebäude sanken sie um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für Ausbauarbeiten war die Steigerungsrate bei Ein- und Zweifamiliengebäuden mit 1,8 Prozent geringfügig höher als 2008 mit 1,6 Prozent und bei Mehrfamiliengebäuden mit 1,9 statt 2,2 Prozent im Jahr 2008 etwas geringer.

Beim Bau von Wirtschaftsgebäuden stieg der Baupreisindex 2009 für Bürogebäude um 1,4 Prozent und der für gewerbliche Betriebsgebäude um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr (vgl. Abb. 52).

Im Bereich Straßenbau stiegen die Baupreise 2009 binnen Jahresfrist um 1,1 Prozent an, gegenüber dem Jahr 2005 sogar um 16,5 Prozent. Die Preise für Brücken im Straßenbau verringerten sich gegenüber 2008 um 0,7 Prozent bzw. stiegen gegenüber 2005 um 13,3 Prozent. Bei den Ortskanälen lag die Teuerungsraten von 2008 zu 2009 bei 1,8 Prozent. Im Jahr zuvor waren in diesen Indexgruppen noch deutlich höhere Baupreissteigerungen zu verzeichnen gewesen (vgl. Abb. 52).

⁶³⁾ Vgl. Statistisches Bundesamt: Verbraucherpreisindizes für Deutschland – Monatsbericht Mai 2010, Wiesbaden 2010, S. 5 f. sowie S. 85 ff.

8. Einkommen und Konsum der privaten Haushalte

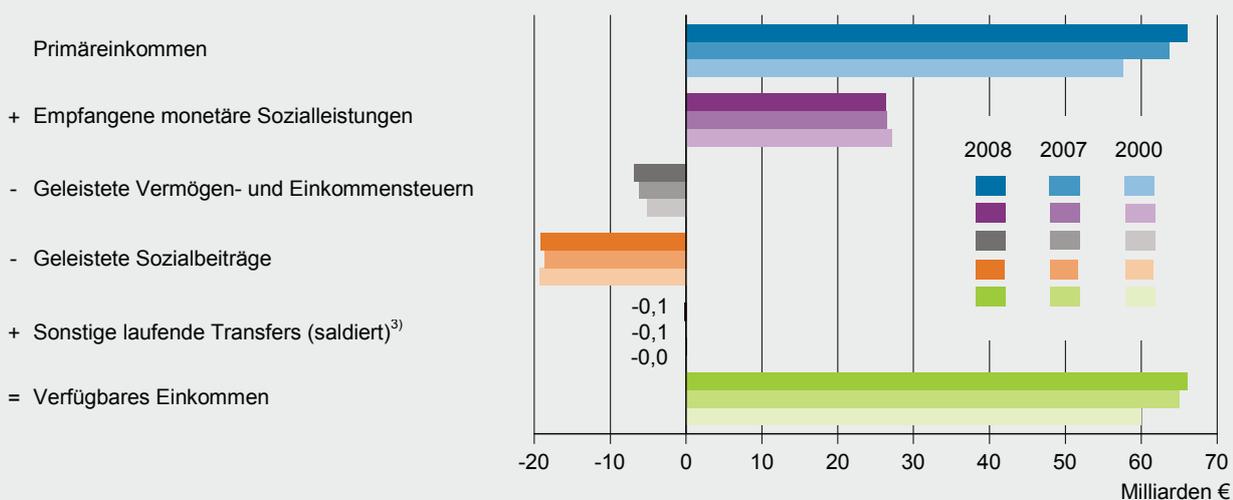
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Das *Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte* (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) – im Folgenden kurz Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte⁶⁴⁾ – steht den in einer bestimmten Region lebenden Personen für Konsumzwecke oder zum Sparen zur Verfügung und stellt somit einen aussagekräftigen Indikator für die Beurteilung des (monetären) „Wohlstandes“ der Bevölkerung dar. Im Jahr 2008, für das zu Redaktionsschluss die aktuellsten Daten zu dieser Thematik vorlagen, betrug sein Wert in Sachsen fast 66,1 Milliarden €, das heißt 1,6 Prozent mehr als im Jahr zuvor (vgl. Tab. 1.26). Damit setzte sich die seit 1992 nahezu kontinuierlich aufwärtsgerichtete Entwicklung beim Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zuletzt weiter fort. Lediglich im Jahr 2005 hatte es – bedingt durch das gesunkene Arbeitnehmerentgelt und die Reformen am Arbeitsmarkt (u. a. Einführung von Arbeitslosengeld II) – einen moderaten Rückgang gegeben. In den neuen Ländern (ohne Berlin)⁶⁵⁾ fiel das durchschnittliche Wachstum beim Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte von 2007 zu 2008 mit 1,7 Prozent geringfügig stärker als in Sachsen aus, in den alten Ländern (ohne Berlin)⁶⁵⁾ mit 2,9 Prozent sogar annähernd doppelt so hoch (vgl. Tab. 2.28). Damit übertraf die Zuwachsrate in den alten Ländern jene in den neuen Ländern nunmehr bereits zum neunten Mal in Folge – die Ost-West-Unterschiede vergrößerten sich weiter. So wuchs das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte zwischen 2000 und 2008 in den neuen Ländern nur um 9,5 Prozent, in den alten Ländern aber um 19,6 Prozent an. Im Bundesdurch-

schnitt erhöhte sich der entsprechende Wert 2008 binnen Jahresfrist um 2,7 Prozent, gegenüber 2000 um 17,8 Prozent. Zum Vergleich: In Sachsen lag die Steigerung beim Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte von 2000 bis 2008 bei 10,1 Prozent.

Das *Primäreinkommen der privaten Haushalte*, das sich aus den empfangenen Entgelten der Arbeitnehmer mit Wohnort in einer bestimmten Wirtschaftsregion (Inländerprinzip), der Summe aus Betriebsüberschüssen und Selbstständigeneinkommen und den saldierten Vermögenseinkommen zusammensetzt, bildet mit den empfangenen laufenden Transfers abzüglich der geleisteten laufenden Transfers das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (vgl. Tab. 1.26 und Abb. 53). Im Jahr 2008 betrug das Primäreinkommen der privaten Haushalte in Sachsen gut 66,0 Milliarden €. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem um 3,8 Prozent höheren Wert. Davon entfiel auf das empfangene Arbeitnehmerentgelt in Höhe von rund 50,1 Milliarden € der größte Anteil, nämlich 75,8 Prozent. Der verbleibende Rest teilte sich annähernd hälftig auf die Summe aus Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüssen sowie den Saldo der Vermögenseinkommen mit jeweils rund 8,0 Milliarden € auf (vgl. Tab. 1.26). Dabei war für alle drei Positionen im Vergleich zu 2007 eine ähnliche Veränderungsrate wie beim Primäreinkommen der privaten Haushalte festzustellen (vgl. Tab. 2.28). Auch in den beiden Großraumregionen und in Deutschland insgesamt lagen die entsprechenden Zuwächse relativ nahe an den für Sachsen zu verzeichnenden Wachstumsraten. Signifikante Entwicklungsunterschiede zeigen sich jedoch für

Abb. 53 Einkommensumverteilung im Sektor private Haushalte¹⁾ 2000, 2007 und 2008²⁾



1) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

2) Berechnungsstand: August 2009 (VGR des Bundes)

3) insbesondere Schadensversicherungsleistungen abzüglich Nettoprämien für Schadensversicherungsleistungen

den neunjährigen Beobachtungszeitraum von 2000 bis 2008. Während das Primäreinkommen in Sachsen um 14,9 Prozent und in den neuen Ländern um 14,2 Prozent anstieg, fiel der Zuwachs in den alten Ländern mit 18,4 Prozent bzw. in Deutschland mit 17,5 Prozent höher aus. Dabei war die Entwicklung vordergründig auf die in dieser Zeit in den alten Ländern gegenüber den neuen Ländern stärker gestiegenen Arbeitnehmerentgelte zurückzuführen.

Auch die Struktur des Primäreinkommens der privaten Haushalte wich zwischen Sachsen bzw. den neuen Ländern und den alten Ländern signifikant voneinander ab. So entfielen 2008 in den neuen Ländern vom Primäreinkommen 76,0 Prozent auf das empfangene Arbeitnehmerentgelt, 12,3 Prozent auf die Summe aus Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüssen und 11,7 Prozent auf den Saldo der Vermögenseinkommen und damit ähnlich viel wie in Sachsen (vgl. Tab. 1.26). In den alten Ländern lag der Anteil des empfangenen Arbeitnehmerentgelts bei 65,5 Prozent, der der Summe aus Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüssen bei 12,6 Prozent und der des Saldos der Vermögenseinkommen bei 21,9 Prozent. Hieran zeigt sich zum einen das unterschiedliche Gewicht der Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, denen bei der Einkommensverteilung im früheren Bundesgebiet eine deutlich höhere Bedeutung als in den neuen Ländern zukommt. Dementsprechend wird die Entwicklung der Primäreinkommen der privaten Haushalte hier stärker durch die empfangenen Arbeitnehmerentgelte geprägt, als dies in den alten Ländern der Fall ist. Allerdings verringerte sich der Anteil des Arbeitnehmerentgeltes am Primäreinkommen sowohl in den beiden Großraumregionen als auch in Sachsen und Deutschland seit 2000 tendenziell immer weiter.

Der Wert der in Sachsen empfangenen monetären Sozialleistungen lag 2008 bei gut 26,2 Milliarden € (vgl. Abb. 53). Dies entspricht einem Rückgang um 0,5 Prozent gegenüber 2007. Insofern setzte sich die seit dem Jahr 2004 rückläufige Entwicklung weiter fort (vgl. Tab. 1.26), was vorrangig mit den Reformen am Arbeitsmarkt zu begründen ist. So hatten die empfangenen monetären Sozialleistungen bis ins Jahr 2003 hinein in Sachsen kontinuierlich zugenommen. Die Summe aus geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern belief sich 2008 in Sachsen auf knapp 6,9 Milliarden €. Das waren 10,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Die in Sachsen geleisteten Sozialbeiträge erreichten 2008 ein Niveau von rund 19,2 Milliarden €, 3,1 Prozent mehr als noch 2007 (vgl. Abb. 53). Einen deutlicheren Anstieg hatte es bei dieser Position zuletzt im Jahre 1997 gegeben.

In den neuen Ländern verlief die Entwicklung von 2007 zu 2008 bei allen drei Aggregaten weitgehend identisch zu der in Sachsen. In den alten Ländern bzw. in Deutschland insgesamt zeigte sich – speziell bei den empfangenen monetären Sozialleistungen – dagegen eine gegensätzliche Entwicklung. So erhöhte sich ihr Wert 2009 gegen-

über 2008 in den alten Ländern um 1,0 und in Deutschland insgesamt um 0,7 Prozent (vgl. Tab. 2.28).

In beiden Großraumregionen und damit auch in Deutschland insgesamt überstieg das Niveau des Primäreinkommens im Jahr 2008 also jenes des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte. In Sachsen hielten sich beide Größen dagegen annähernd die Waage, da sich das aus einkommenserhöhenden und einkommensmindernden Positionen sowie dem Saldo aus sonstigen laufenden Transfers⁶⁶⁾ ergebende Resultat 2008 hier nur noch minimal von 0 unterschied, nachdem es im Jahr zuvor noch 1,4 Milliarden € betragen hatte (vgl. Tab. 1.26). Im Mittel der neuen Länder war der entsprechende Wert 2008 mit -5,2 Milliarden €, im Mittel der alten Länder mit -262,1 Milliarden € und im bundesdeutschen Durchschnitt mit -272,4 Milliarden € dagegen weit negativ.

Es hat sich gezeigt, dass die Veränderung des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte in Sachsen 2008 maßgeblich auf der Zunahme der Primäreinkommen, aber auch auf der Entwicklung in den weiteren Komponenten beruhte (vgl. Tab. 2.28 und Abb. 53). Trotz der sich zum Jahresende 2008 hin zusehends eintrübenden Konjunktur zeigten beide Größen also einen weiter aufwärtsgerichteten Verlauf. Abgebremst wurde der Anstieg des Verfügbaren Einkommens aber sowohl durch die zwischen 2007 und 2008 zu verzeichnenden Zuwächse bei den geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern und den geleisteten Sozialbeiträgen als auch durch den erneuten Rückgang der empfangenen monetären Sozialleistungen. Dabei war die rückläufige Entwicklung hier in erster Linie auf die Abnahme der (monetären) Transfers aus der Arbeitslosenversicherung zurückzuführen.⁶⁷⁾

Im Jahr 2008 betrug das *Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck) je Einwohner* – im Folgenden Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner⁶⁴⁾ – in Sachsen 15 708 € (vgl. Tab. 1.26 und Abb. 54). Dies entspricht einer Steigerung um weitere 351 € bzw. 2,3 Prozent gegenüber 2007. Dabei resultierte das Wachstum zum einen aus der Erhöhung des Verfügbaren Einkommens insgesamt und zum anderen aus der erneut rückläufigen Einwohnerzahl, die sich in Sachsen 2008 gegen-

64) Die nachfolgend verwendete Kurzbezeichnung „Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (je Einwohner)“ beinhaltet stets auch die Daten zum „Verfügbaren Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“, da beide Sektoren monetär eng miteinander verflochten sind und eine getrennte Datenermittlung in der Regionalrechnung durch den Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ nicht vorgenommen wird.

65) Aus Gründen besserer Vergleichbarkeit werden die Ergebnisse zu den Großraumregionen hier stets jeweils ohne Berlin ausgewiesen, weshalb eine Klammerbemerkung im Folgenden nur bei Ausnahmen angegeben wird.

66) Hierzu zählen insbesondere Schadensversicherungsleistungen abzüglich Nettoprämien für Schadensversicherungsleistungen.

67) Vgl. Pressemitteilungen der Agentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen „Der sächsische Arbeitsmarkt im Jahr 2007 bzw. im Jahr 2008“ vom 23. Januar 2008 bzw. 7. Januar 2009, jeweils S. 16.

über 2007 um 0,7 Prozent, im Vergleich zu 2000 sogar um 5,3 Prozent verringerte. Entsprechend „verteilt“ sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Sachsen auf immer weniger Köpfe.

Im Mittel der neuen Länder lag das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 2008 mit 15 484 € um 2,5 Prozent höher als im Vorjahr und damit geringfügig unter dem sächsischen Ergebnis; im Mittel der alten Länder mit 19 838 €, 2,9 Prozent mehr als 2007, dagegen deutlich darüber (vgl. Tab. 2.28 und Abb. 54). Gleiches galt für den bundesdeutschen Durchschnitt, nach dem ein Einwohner im Jahre 2008 mit 18 974 € ebenfalls 2,9 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor an Einkommen zur Verfügung hatte. Insofern erreichte das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in Sachsen 2008 einen Angleichungsstand von 82,8 Prozent an das Bundesniveau, 0,5 Prozentpunkte weniger als 2007. Nachdem sich die betreffenden Relationen zwischen Sachsen und Deutschland bis 2003 immer weiter bis auf 85,1 Prozent angeglichen hatten, lief die Entwicklung seither wieder nahezu kontinuierlich auseinander. Dennoch hat sich die Einkommenssituation der privaten Haushalte in Sachsen seit Anfang der 1990er Jahre stetig weiter verbessert. Bis ins Jahr 2001 hinein waren dafür vergleichsweise dynamische – zumeist höher als auf Bundesebene ausfallende – Wachstumsraten charakteristisch, die ab 2002 durch deutlich moderatere jährliche Zuwächse abgelöst wurden (vgl. Abb. 54). So stieg das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner im Zeitraum von 1991 bis 2008 in Sachsen um 117,2, in allen fünf neuen Ländern um 116,7, im Mittel der alten Länder um 44,0 und im bundesdeutschen Durchschnitt um 51,7 Prozent an.

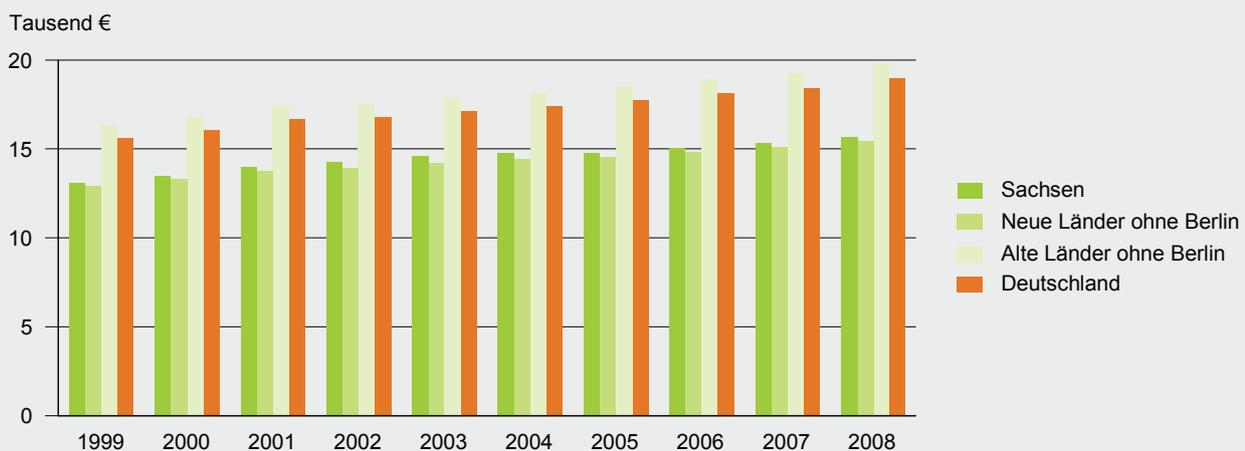
Wie aus den folgenden Ausführungen hervorgeht, dient das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte einerseits zu Konsumzwecken und andererseits zum Sparen (im volkswirtschaftlichen Sinn), wobei hierzu zusätzlich noch die Position „Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche“ zuzurechnen ist.

Private Konsumausgaben der privaten Haushalte

Die privaten Konsumausgaben der privaten Haushalte in Sachsen betragen 2008 rund 60,4 Milliarden €. Das waren nominal 1,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Real, d. h. um Preiseinflüsse bereinigt, haben sie allerdings um 0,9 Prozent erneut abgenommen (vgl. Tab. 1.27). Dabei ist die Entwicklung zu großen Teilen auf die kräftige Steigerung der Verbraucherpreise um jahresdurchschnittlich 2,8 Prozent zwischen 2007 und 2008 zurückzuführen (vgl. Tab. 1.25 und Abb. 49), von der in der Regel „bremsende“ Impulse auf die Konsumneigung in der Bevölkerung ausgehen. Ähnlich der Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte waren auch bei den in Sachsen getätigten Konsumausgaben (in jeweiligen Preisen) bis 2001 tendenziell hohe Wachstumsraten zu verzeichnen, bevor sich ab 2002 verhaltenere Zuwächse einstellten. Im Jahr 2005 war es infolge der Abnahme des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte sogar zu einem minimalen Rückgang der Konsumausgaben gekommen.

In Deutschland wurden 2008 insgesamt gut 1,4 Billionen € für Konsum ausgegeben, nominal 2,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Damit entfielen hierauf zuletzt 56,5 Prozent des bundesdeutschen Bruttoinlandsprodukts. In Sachsen lag die entsprechende Relation mit 63,6 Prozent noch et-

Abb. 54 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte¹⁾ je Einwohner 1999 bis 2008²⁾ nach Regionen



1) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck
2) Berechnungsstand: August 2009 (VGR des Bundes)

was höher. Der Anteil der sächsischen an den bundesdeutschen Konsumausgaben belief sich 2008 erneut auf 4,3 Prozent. Zum Vergleich: Zum Bruttoinlandsprodukt Deutschlands hatte die sächsische Wirtschaft 2008 lediglich 3,8 Prozent beigetragen (vgl. Kapitel 1). Insofern dürfte die Abweichung vorrangig auf den geleisteten Transferzahlungen beruhen.

Die privaten Haushalte in Sachsen wendeten im Jahr 2008 für Konsumzwecke 91,4 Prozent ihres Verfügbaren Einkommens auf. Im Mittel der neuen Länder lag die entsprechende Relation bei 91,2, im Mittel der alten Länder bei 90,3 und im Bundesdurchschnitt bei 90,5 Prozent und damit überall geringfügig niedriger als in Sachsen. Im Vergleich zu 2007 ging der Anteil sowohl in den beiden Großraumregionen als auch in Sachsen und Deutschland um jeweils 0,2 Prozentpunkte zurück. Darin kommt wohl u. a. auch eine vorsichtiger Konsumneigung aufgrund der Ungewissheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung nach dem historischen Konjunkturereinbruch zum Ende des Jahres 2008 zum Ausdruck. Zusammenfassend hat sich gezeigt, dass die privaten Haushalte den überwiegenden Teil ihres Verfügbaren Einkommens konsumtiv verwenden.

Pro Einwohner beliefen sich die Konsumausgaben 2008 in Sachsen auf durchschnittlich 14 353 €. Dies entspricht einem nominalen Anstieg um 292 € bzw. 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr (vgl. Tab. 1.27 und Abb. 55). Real ergab sich ein leichter Rückgang um 0,2 Prozent. In den beiden Großraumregionen und in Deutschland insgesamt war dies nicht der Fall (vgl. Tab. 2.29). Damit blieb in Sachsen die seit 2004 tendenziell abwärtsgerichtete Entwicklung der realen Pro-Kopf-Konsumausgaben auch 2008 weiter

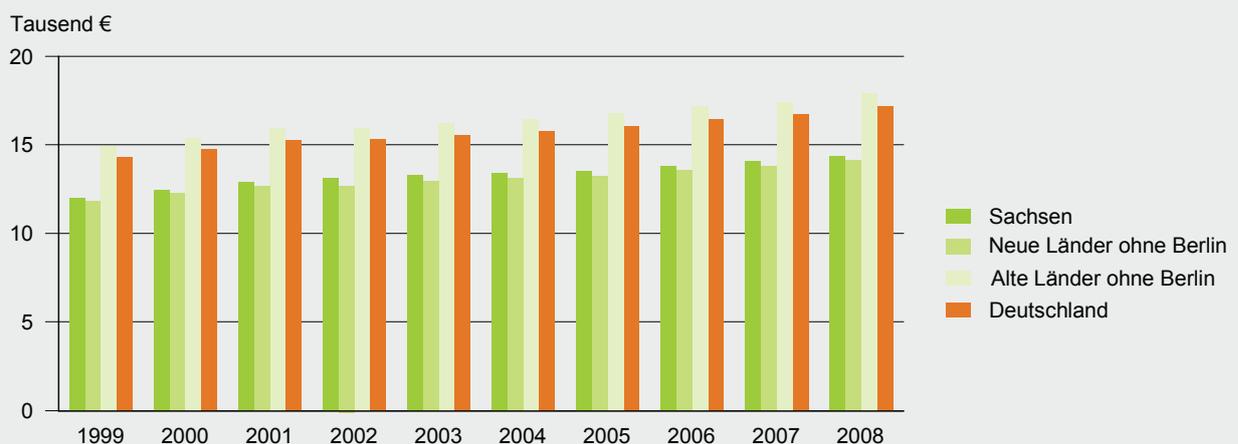
aufrechterhalten. In den neuen Ländern lagen die privaten Konsumausgaben je Einwohner 2008 bei durchschnittlich 14 121 €, in den alten Ländern bei durchschnittlich 17 906 € und in Deutschland insgesamt bei durchschnittlich 17 167 €. Insofern erreichten die in Sachsen getätigten Pro-Kopf-Konsumausgaben 2008 einen Angleichungsstand von 83,6 Prozent an das bundesdeutsche Niveau (vgl. Tab. 2.29). Niedriger hatte dieser Anteil zuletzt im Jahr 1998 mit 82,7 Prozent gelegen, am höchsten im Jahr 2002 mit 85,4 Prozent. Seither verlief die Entwicklung zwischen Sachsen und Deutschland wieder nahezu kontinuierlich auseinander.

Sparvolumen der privaten Haushalte

Zum *Sparen im volkswirtschaftlichen Sinn*, wozu auch die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche zu zählen ist, wendeten die privaten Haushalte in Sachsen 2008 mehr als 6,2 Milliarden € auf (vgl. Tab. 1.27). Das waren 5,3 Prozent mehr als im Vorjahr und entspricht dem höchsten Stand seit 1991. Seit dieser Zeit hat sich das Sparvolumen etwa verzweieinhalbfacht. In den neuen Ländern dehnte sich das Sparvolumen der privaten Haushalte 2008 binnen Jahresfrist um 5,5 Prozent in einer vergleichbaren Größenordnung wie in Sachsen aus. In den alten Ländern lag der Zuwachs mit 8,0 Prozent dagegen noch um einiges höher. Für die Bundesebene ergab sich 2008 gegenüber 2007 ein Anstieg der Sparleistung um 7,7 Prozent (vgl. Tab. 2.29). Auch in diesen Entwicklungen spiegelt sich also das – durch die Ungewissheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung bedingte – vorsichtiger Konsumverhalten wider.

Die *Sparquote*, d.h. der Anteil des Sparvolumens (einschließlich der Zunahme der betrieblichen Versorgungs-

Abb. 55 Konsumausgaben der privaten Haushalte^{1) 2)} je Einwohner 1999 bis 2008³⁾ nach Regionen



1) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck
 2) in jeweiligen Preisen
 3) Berechnungsstand: August 2009 (VGR des Bundes)

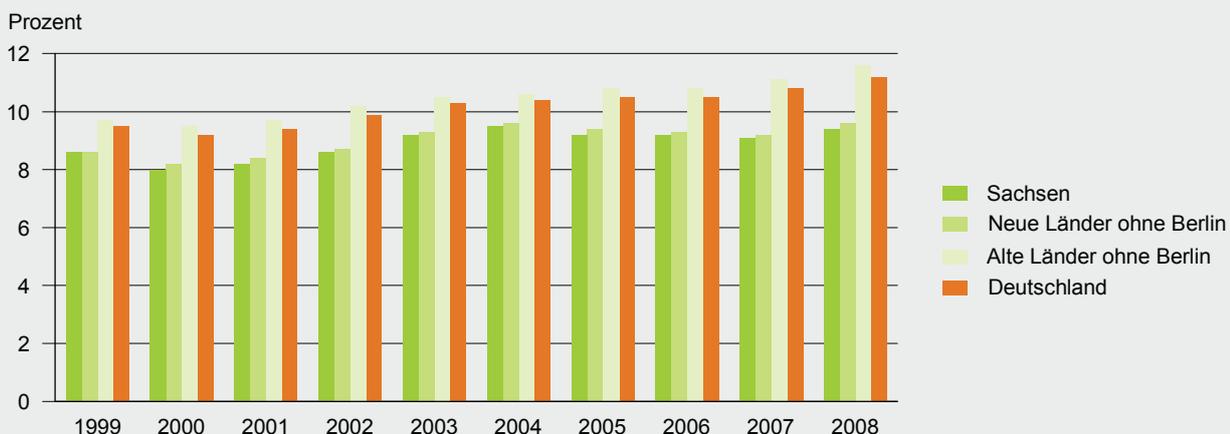
ansprüche) am Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, lag 2008 in Sachsen bei 9,4 Prozent und damit 0,3 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Höher hatte die Sparquote zuletzt im Jahre 2004 gelegen (vgl. Tab. 1.27 und Abb. 56). In den neuen Ländern wurden 2008 9,6 Prozent des Verfügbaren Einkommens zum (volkswirtschaftlichen) Sparen aufgewendet, in den alten Ländern sogar 11,6 Prozent. Auf Bundesebene betrug die Sparquote 11,2 Prozent (vgl. Tab. 2.29 und Abb. 56). Folglich wurde 2008 in beiden Großraumregionen und damit auch im bundesdeutschen Mittel zur Ersparnisbildung (einschließlich der Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) ein größerer Anteil des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte verwendet, als in Sachsen. Entsprechend verringerte sich der Beitrag Sachsens zur gesamtdeutschen Sparleistung auf noch 3,5 Prozent, 0,1 Prozentpunkte weniger als 2007.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der vergleichsweise moderate Anstieg des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte 2008 gegenüber 2007 sowohl in Sachsen als auch in den Großraumregionen und in Deutschland insgesamt seinen Niederschlag vorrangig in einer Ausweitung der Sparleistung fand. Private Konsumausgaben wurden dagegen nur unterdurchschnittlich getätigt. Insofern unterschied sich die aktuelle Entwicklung von jener in den vorangegangenen Jahren (vgl. Tab. 2.28 und Tab. 2.29).

Das *Sparvolumen der privaten Haushalte je Einwohner* lag 2008 in Sachsen bei 1 485 €. Damit wurden durchschnittlich 84 € pro Einwohner bzw. 6,0 Prozent mehr als im Vorjahr gespart (vgl. Tab. 1.27). Insofern blieb die seit 2001 – mit Ausnahme des Jahres 2005 – in Sachsen aufwärtsge-

richtete Entwicklung der jahresdurchschnittlichen Pro-Kopf-Sparleistung der privaten Haushalte weiter bestehen. Dabei resultierte der kräftige Zuwachs 2008 gegenüber 2007 einerseits aus dem Anstieg des Sparvolumens um 5,3 Prozent und andererseits aus dem erneuten Rückgang der Einwohnerzahl um weitere 0,7 Prozent. Im Mittel der neuen Länder sparte ein Einwohner 2008 mit 1 493 € geringfügig mehr als in Sachsen. In den alten Ländern lag die Pro-Kopf-Sparleistung mit 2 344 € deutlich höher. Für Deutschland insgesamt ergab sich 2008 ein durchschnittliches Sparvolumen der privaten Haushalte von 2 174 € je Einwohner. Im Vergleich zu 2007 nahm die Pro-Kopf-Sparleistung damit in den beiden Großraumregionen und auf Bundesebene noch stärker zu, als in Sachsen (vgl. Tab. 2.29). Diese Entwicklungen spiegeln sich u. a. auch in den höheren Sparquoten der jeweiligen Regionen wider (vgl. Abb. 56). Das Sparvolumen der privaten Haushalte je Einwohner in Sachsen entsprach im Jahr 2008 noch 68,3 Prozent des bundesdeutschen Durchschnitts. Dies ist der niedrigste Angleichungsstand seit 1994, in dem 65,5 Prozent erreicht worden waren. Nachdem die Abweichung in den Folgejahren zunächst deutlich kleiner wurde, war bereits vor der Jahrtausendwende keine eindeutige Entwicklungstendenz mehr zu erkennen. Vielmehr schwankte der Angleichungsstand Sachsens an das Bundesniveau von Jahr zu Jahr verhältnismäßig stark. So lag er etwa im Jahr 2001 mit 1 148 € je Einwohner bei 72,2 Prozent des bundesdeutschen Durchschnitts, bevor er im Jahr 2004 auf 1 419 € je Einwohner bzw. 77,3 Prozent anstieg (vgl. Abb. 56). Seither nimmt die Diskrepanz zwischen der Pro-Kopf-Sparleistung in Sachsen und jener in Deutschland aber wieder kontinuierlich zu.

Abb. 56 Sparquote¹⁾ der privaten Haushalte²⁾ 1999 bis 2008³⁾ nach Regionen



1) Sparquote = Sparvolumen / (verfügbares Einkommen + Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche)

2) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

3) Berechnungsstand: August 2009 (VGR des Bundes)

1. Wirtschaftsentwicklung in Sachsen

Tab. 1.1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	2000	2005	2006	2007	2008	2009
	in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt (Mill. €)	75 666	85 761	89 616	93 311	94 923	92 853
Bruttowertschöpfung²⁾	68 098	77 411	80 831	83 641	85 165	82 960
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	972	745	701	918	867	729
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	13 194	17 243	19 196	20 356	20 106	17 036
darunter Verarbeitendes Gewerbe	11 141	14 547	16 098	17 335	17 108	13 879
Baugewerbe	6 461	4 594	4 810	5 293	5 520	5 816
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	11 700	12 228	12 741	12 649	13 092	12 887
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	16 441	21 338	21 874	22 787	23 198	23 144
Öffentliche und private Dienstleister	19 330	21 264	21 510	21 639	22 383	23 349
	preisbereinigt					
Bruttoinlandsprodukt Kettenindex (2000 = 100)	100	107,8	112,5	115,3	115,6	111,2
Bruttowertschöpfung	100	109,0	113,7	117,0	117,5	112,3
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	100	107,3	95,1	104,7	105,6	106,2
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	100	133,0	148,4	156,6	154,2	129,8
darunter Verarbeitendes Gewerbe	100	138,2	156,5	168,7	167,4	137,3
Baugewerbe	100	68,0	68,8	71,0	71,0	71,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	100	104,7	108,5	108,5	109,8	106,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	100	120,6	124,2	130,1	131,1	128,5
Öffentliche und private Dienstleister	100	99,6	100,8	100,9	102,3	103,2

1) Berechnungsstand: Jahr 2000; 2005 bis 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

2) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

Tab. 1.2 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	2000	2005	2006	2007	2008	2009
in jeweiligen Preisen						
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen²⁾ (€)	38 377	45 260	46 887	48 087	48 588	47 898
Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen²⁾	34 538	40 854	42 290	43 104	43 593	42 794
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	18 363	17 376	16 845	21 848	20 661	17 458
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	37 487	49 455	54 734	56 442	54 337	47 269
darunter Verarbeitendes Gewerbe	34 132	44 454	48 803	50 995	48 913	40 760
Baugewerbe	26 920	28 775	30 412	33 433	35 519	37 118
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	25 631	28 034	29 151	28 558	29 507	29 218
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	59 861	71 998	70 519	70 843	70 894	71 846
Öffentliche und private Dienstleister	32 453	34 795	35 053	35 190	36 375	37 868
preisbereinigt						
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen³⁾ Kettenindex (2000 = 100)	100	112,2	116,0	117,1	116,6	113,1
Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen³⁾	100	113,5	117,3	118,9	118,5	114,2
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	100	132,6	121,1	131,9	133,3	134,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	100	134,3	148,9	152,9	146,7	126,7
darunter Verarbeitendes Gewerbe	100	137,9	154,9	162,0	156,2	131,6
Baugewerbe	100	102,2	104,3	107,6	109,6	109,9
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	100	109,6	113,4	111,8	112,9	110,4
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	100	111,8	110,0	111,1	110,1	109,5
Öffentliche und private Dienstleister	100	97,1	97,9	97,8	99,0	99,7

1) Berechnungsstand: Jahr 2000; 2005 bis 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

2) Produktivität

3) Produktivitätsindex

Tab. 1.3 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	2000	2005	2006	2007	2008	2009
€						
in jeweiligen Preisen						
Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde²⁾	24,74	30,21	31,47	32,64	33,17	33,51
Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde²⁾	22,27	27,27	28,38	29,26	29,76	29,94
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	10,98	10,72	10,46	13,50	12,74	10,94
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	23,15	31,04	34,43	35,72	34,62	32,24
darunter Verarbeitendes Gewerbe	21,01	27,88	30,66	32,21	31,13	27,86
Baugewerbe	16,35	17,26	18,01	19,88	21,08	22,24
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	16,68	19,39	20,38	20,10	20,83	21,06
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	39,59	50,54	49,75	50,25	50,34	52,08
Öffentliche und private Dienstleister	21,77	23,76	24,14	24,83	25,97	27,20

1) Berechnungsstand: Jahr 2000; 2005 bis 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

2) Stundenproduktivität

Tab. 1.4 Arbeitnehmerentgelt nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Wirtschaftsbereich	2000	2005	2006	2007	2008	2009
	Mill. €					
Insgesamt²⁾	44 604	44 379	45 391	46 650	48 403	48 479
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	814	615	602	610	631	642
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	9 524	10 253	10 739	11 242	11 793	11 159
darunter Verarbeitendes Gewerbe	8 459	9 258	9 734	10 233	10 752	10 088
Baugewerbe	4 708	2 858	2 867	2 972	2 994	3 002
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	7 869	7 564	7 819	8 026	8 339	8 407
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	6 049	6 392	6 552	7 090	7 370	7 329
Öffentliche und private Dienstleister	15 639	16 696	16 812	16 710	17 277	17 940

1) Berechnungsstand: Jahr 2000; 2005 bis 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

2) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

Tab. 1.5 Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Wirtschaftsbereich	2000	2005	2006	2007	2008	2009
	€					
	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer					
Insgesamt	24 913	26 462	26 880	27 133	27 883	28 121
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	17 384	16 820	17 104	17 319	17 971	18 344
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	28 979	31 675	32 978	33 380	34 060	33 015
darunter Verarbeitendes Gewerbe	27 893	30 620	31 927	32 369	32 973	31 714
Baugewerbe	22 371	23 711	24 294	24 841	25 422	25 703
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	19 767	20 049	20 598	20 800	21 484	21 698
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	25 412	25 718	25 147	25 981	26 414	26 660
Öffentliche und private Dienstleister	27 518	29 270	29 513	29 372	30 328	31 373
	Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitsstunde der Arbeitnehmer					
Insgesamt	16,80	18,61	18,98	19,39	20,03	20,79
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	10,81	10,77	11,06	11,19	11,61	12,11
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	18,39	20,37	21,22	21,61	22,22	23,19
darunter Verarbeitendes Gewerbe	17,68	19,70	20,55	20,95	21,52	22,36
Baugewerbe	14,34	15,69	15,82	16,18	16,49	17,00
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	13,90	15,14	15,69	15,93	16,46	17,01
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	17,94	19,45	18,97	19,64	19,95	20,67
Öffentliche und private Dienstleister	18,86	20,50	20,85	21,35	22,34	23,25

1) Berechnungsstand: Jahr 2000; 2005 bis 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

Tab. 1.6 Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

Wirtschaftsbereich	2000	2005	2006	2007	2008	2009
	%					
Lohnstückkosten auf Basis der Personen²⁾						
Insgesamt	64,9	58,5	57,3	56,4	57,4	58,7
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	94,7	96,8	101,5	79,3	87,0	105,1
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	77,3	64,0	60,3	59,1	62,7	69,8
darunter Verarbeitendes Gewerbe	81,7	68,9	65,4	63,5	67,4	77,8
Baugewerbe	83,1	82,4	79,9	74,3	71,6	69,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	77,1	71,5	70,7	72,8	72,8	74,3
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	42,5	35,7	35,7	36,7	37,3	37,1
Öffentliche und private Dienstleister	84,8	84,1	84,2	83,5	83,4	82,8
Lohnstückkosten auf Basis der Stunden³⁾						
Insgesamt	67,9	61,6	60,3	59,4	60,4	62,0
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	98,5	100,5	105,7	82,9	91,1	110,7
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	79,4	65,6	61,6	60,5	64,2	71,9
darunter Verarbeitendes Gewerbe	84,2	70,7	67,0	65,0	69,1	80,3
Baugewerbe	87,7	90,9	87,8	81,4	78,2	76,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	83,3	78,1	77,0	79,3	79,0	80,8
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	45,3	38,5	38,1	39,1	39,6	39,7
Öffentliche und private Dienstleister	86,6	86,3	86,4	86,0	86,0	85,5

1) eigene Berechnung, Berechnungsstand: Jahr 2000; 2005 bis 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

2) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Verhältnis zu Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen

3) Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitsstunde der Arbeitnehmer im Verhältnis zu Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je geleisteter Arbeitsstunde der Erwerbstätigen

Tab. 1.7 Erwerbstätige und Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	2000	2005	2006	2007	2008	2009
	1 000 Personen					
Erwerbstätige	1 972	1 895	1 911	1 940	1 954	1 939
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	53	43	42	42	42	42
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	352	349	351	361	370	360
darunter Verarbeitendes Gewerbe	326	327	330	340	350	341
Baugewerbe	240	160	158	158	155	157
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	456	436	437	443	444	441
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	275	296	310	322	327	322
Öffentliche und private Dienstleister	596	611	614	615	615	617
darunter						
Arbeitnehmer	1 790	1 677	1 689	1 719	1 736	1 724
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	47	37	35	35	35	35
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	329	324	326	337	346	338
darunter Verarbeitendes Gewerbe	303	302	305	316	326	318
Baugewerbe	210	121	118	120	118	117
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	398	377	380	386	388	387
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	238	249	261	273	279	275
Öffentliche und private Dienstleister	568	570	570	569	570	572

1) Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort; Berechnungsstand: Jahr 2000; 2005 bis 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (ETR des Bundes)

Tab. 1.8 Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾

Wirtschaftsbereich	2000	2005	2006	2007	2008	2009
	Mill. Stunden					
Insgesamt²⁾	3 058	2 839	2 848	2 859	2 862	2 771
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	89	69	67	68	68	67
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	570	555	558	570	581	528
darunter Verarbeitendes Gewerbe	530	522	525	538	550	498
Baugewerbe	395	266	267	266	262	262
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	701	631	625	629	628	612
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	415	422	440	453	461	444
Öffentliche und private Dienstleister	888	895	891	871	862	858

1) Berechnungsstand: Jahr 2000; 2005 bis 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (ETR des Bundes)

2) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

Tab. 1.9 Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾

Wirtschaftsbereich	2000	2005	2006	2007	2008	2009
	Stunden					
Insgesamt	1 551	1 498	1 490	1 473	1 465	1 430
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1 672	1 621	1 611	1 618	1 622	1 596
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 620	1 593	1 590	1 580	1 569	1 466
darunter Verarbeitendes Gewerbe	1 624	1 595	1 592	1 583	1 571	1 463
Baugewerbe	1 647	1 667	1 689	1 682	1 685	1 669
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 536	1 446	1 431	1 421	1 416	1 387
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	1 512	1 424	1 417	1 410	1 408	1 379
Öffentliche und private Dienstleister	1 491	1 465	1 452	1 417	1 401	1 392

1) Berechnungsstand: Jahr 2000; 2005 bis 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (ETR des Bundes)

Tab. 1.10 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte¹⁾ nach Alter, Arbeitszeit und Geschlecht

Wirtschaftsgliederung		2000	2005	2006	2007	2008	2009
	männlich = m						
	weiblich = w						
	insgesamt = i						
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (AO) insgesamt	m	796 876	671 834	683 142	702 873	716 056	698 544
	w	729 652	660 406	659 425	670 441	682 707	688 002
	i	1 526 528	1 332 240	1 342 567	1 373 314	1 398 763	1 386 546
und zwar							
im Alter von unter 20 Jahren	m	45 212	33 240	32 708	31 592	29 340	24 566
	w	29 182	21 682	20 801	19 939	18 740	16 177
	i	74 394	54 922	53 509	51 531	48 080	40 743
im Alter von unter 25 Jahren	m	115 673	89 776	92 749	95 340	95 575	87 262
	w	94 146	73 677	72 885	73 552	73 701	71 932
	i	209 819	163 453	165 634	168 892	169 276	159 194
im Alter von 25 bis unter 55 Jahren	m	585 987	499 461	503 315	511 134	515 281	500 781
	w	561 018	511 043	505 884	505 715	508 297	506 305
	i	1 147 005	1 010 504	1 009 199	1 016 849	1 023 578	1 007 086
im Alter von 55 Jahren und mehr	m	95 216	82 597	87 078	96 399	105 200	110 501
	w	74 488	75 686	80 656	91 174	100 709	109 765
	i	169 704	158 283	167 734	187 573	205 909	220 266
Vollzeitbeschäftigte	m	763 265	640 964	648 803	662 833	672 256	652 069
	w	561 625	479 958	472 728	465 552	464 984	459 062
	i	1 324 890	1 120 922	1 121 531	1 128 385	1 137 240	1 111 131
Teilzeitbeschäftigte	m	33 423	30 620	34 113	39 678	43 379	46 057
	w	167 844	180 191	186 441	204 481	217 284	228 454
	i	201 267	210 811	220 554	244 159	260 663	274 511
Zeitarbeiter ²⁾	m	13 957	18 034	24 497	31 179	32 356	22 126
	w	3 285	5 637	7 593	10 630	11 107	9 870
	i	17 242	23 671	32 090	41 809	43 463	31 996
Durchschnittsalter (in Jahren)	m	38,8	39,9	40,0	40,1	40,3	40,7
	w	39,1	40,6	40,7	41,1	41,3	41,6
	i	38,9	40,3	40,3	40,6	40,8	41,2
nachrichtlich							
Einwohner	m	2 151 869	2 086 726	2 078 739	2 066 670	2 054 281	2 042 639
	w	2 292 058	2 196 852	2 183 157	2 167 344	2 150 850	2 134 754
	i	4 443 927	4 283 578	4 261 896	4 234 014	4 205 131	4 177 393

1) mit Arbeitsort (AO) im Freistaat Sachsen; Daten zum Stichtag 30. Juni

2) sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Wirtschaftszweigen WZ 74.5 der WZ93 bzw. WZ 2003 (Jahre 2000 und 2005-2008) sowie WZ 78.2 + 78.3 der WZ 2008 (Jahr 2009); Vergleichbarkeit von 2008 zu 2009 eingeschränkt

Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit (BA)

Tab. 1.11 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte¹⁾ nach Pendlerverhalten und Geschlecht

Merkmal		2000	2005	2006	2007	2008	2009
	männlich = m						
	weiblich = w						
	insgesamt = i						
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (AO) insgesamt	m	796 876	671 834	683 142	702 873	716 056	698 544
	w	729 652	660 406	659 425	670 441	682 707	688 002
	i	1 526 528	1 332 240	1 342 567	1 373 314	1 398 763	1 386 546
darunter							
Einpendler	m	50 089	46 546	49 235	52 205	54 340	53 181
	w	24 287	25 042	26 287	27 947	29 332	30 349
	i	74 376	71 588	75 522	80 152	83 672	83 530
darunter							
Einpendler aus dem Ausland	m	214	308	351	439	436	481
	w	84	146	170	143	162	206
	i	298	454	521	582	598	687
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (WO) insgesamt	m	828 774	709 750	721 148	741 474	756 041	737 054
	w	738 895	669 280	667 613	677 881	690 240	695 191
	i	1 567 669	1 379 030	1 388 761	1 419 355	1 446 281	1 432 245
darunter							
Auspendler	m	81 987	84 462	87 241	90 806	94 325	91 691
	w	33 530	33 916	34 475	35 387	36 865	37 538
	i	115 517	118 378	121 716	126 193	131 190	129 229
Pendlersaldo	m	-31 898	-37 916	-38 006	-38 601	-39 985	-38 510
	w	-9 243	-8 874	-8 188	-7 440	-7 533	-7 189
	i	-41 141	-46 790	-46 194	-46 041	-47 518	-45 699

1) mit Arbeitsort (AO) bzw. Wohnort (WO) im Freistaat Sachsen; Daten zum Stichtag 30. Juni
Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit (BA)

Tab. 1.12 Landwirtschaft

Merkmal	Einheit	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Landwirtschaftliche Betriebe ¹⁾	Anzahl	7 790	8 132	7 819	7 820	7 475	8 313	8 023
nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche								
unter 5 ha	Anzahl	x	2 716	x	2 408	x	2 782	x
5 bis unter 20 ha	Anzahl	x	2 321	x	2 277	x	2 386	x
20 bis unter 100 ha	Anzahl	x	1 686	x	1 667	x	1 657	x
100 ha bis unter 1 000 ha	Anzahl	1 102	1 161	1 180	1 219	1 217	1 234	1 216
mehr als 1 000 ha	Anzahl	262	248	249	249	252	254	256
Arbeitskräfte ¹⁾	Anzahl	x	42 746	x	41 859	x	41 354	x
darunter Familienarbeitskräfte ²⁾	Anzahl	x	12 615	x	11 940	x	12 523	x
Produktionswert zu Erzeugerpreisen ³⁾⁴⁾	Mill. €	1 708	1 586	1 844	1 762	1 715	2 195	2 306
Pflanzliche Erzeugung	Mill. €	849	748	985	879	854	1 236	1 276
Tierische Erzeugung	Mill. €	823	799	815	833	810	908	978
Verkaufserlöse in jeweiligen Preisen ³⁾	Mill. €	1 350	1 324	1 411	1 418	1 436	1 771	1 797
Pflanzliche Erzeugung	Mill. €	536	531	599	581	627	859	844
Tierische Erzeugung	Mill. €	814	793	812	837	810	912	952

1) Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung (ungerade Jahre) bzw. der Bodennutzungshaupterhebung (gerade Jahre)

2) nur in der Betriebsform Einzelunternehmen ausgewiesen

3) Ergebnisse der regionalen landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (R-LGR) - Berechnungsstand: November 2009; Abweichungen in den Summen durch Rundungsdifferenzen

4) einschließlich Neuanpflanzungen, Lohnarbeit, Maschinenmiete und nichtlandwirtschaftlicher Nebentätigkeiten

Tab. 1.13a Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾ (gemäß WZ 2008)

Merkmal Wirtschaftsbereich	Einheit	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe - gemäß WZ 2008							
Gesamtumsatz	Mill. €	57 121	48 433
Vorleistungsgüter ²⁾	Mill. €	21 612	17 116
Investitionsgüter	Mill. €	24 516	21 000
Gebrauchsgüter	Mill. €	792	748
Verbrauchsgüter	Mill. €	10 201	9 568
darunter Auslandsumsatz	Mill. €	19 668	16 013
Vorleistungsgüter ²⁾	Mill. €	7 168	5 771
Investitionsgüter	Mill. €	11 025	8 753
Gebrauchsgüter	Mill. €	200	172
Verbrauchsgüter	Mill. €	1 274	1 317
Exportquote	%	34,4	33,1
Vorleistungsgüter ²⁾	%	33,2	33,7
Investitionsgüter	%	45,0	41,7
Gebrauchsgüter	%	25,3	23,0
Verbrauchsgüter	%	12,5	13,8
darunter Verarbeitendes Gewerbe - gemäß WZ 2008							
Betriebe ³⁾	Anzahl	2 824	2 837
Tätige Personen ³⁾	Anzahl	244 732	231 725
Gesamtumsatz	Mill. €	56 448	47 760
und zwar							
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	Mill. €	5 083
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. €	2 731	2 314
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ⁴⁾	Mill. €	7 972	5 763
Herstellung von DV-Geräten, ... ⁵⁾	Mill. €	4 368	3 417
Maschinenbau	Mill. €	7 259	5 598
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	Mill. €	12 198	10 712
darunter Auslandsumsatz	Mill. €	19 633	15 985
darunter							
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	Mill. €	386
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. €	1 604	1 358
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ⁴⁾	Mill. €	1 734	1 220
Herstellung von DV-Geräten, ... ⁵⁾	Mill. €	2 010	1 629
Maschinenbau	Mill. €	3 584	2 633
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	Mill. €	6 332	4 973
Exportquote	%	34,8	33,5
darunter							
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	%	7,6
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	%	58,7	58,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ⁴⁾	%	21,7	21,2
Herstellung von DV-Geräten, ... ⁵⁾	%	46,0	47,7
Maschinenbau	%	49,4	47,0
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	%	51,9	46,4

1) zusammengefasste Ergebnisse auf Basis der im Rahmen des Monats- und Jahresberichts der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen erhobenen Merkmale

2) Vorleistungsgüter einschließlich Energie

3) Stand am 30. September

4) Metallerzeugung und -bearbeitung sowie Herstellung von Metallerzeugnissen

5) Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen

Tab. 1.13b Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾ (gemäß WZ 2003)

Merkmal Wirtschaftsbereich	Einheit	2000	2004	2005	2006	2007	2008
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe - gemäß WZ 2003							
Gesamtumsatz	Mill. €	31 240	40 721	44 630	50 966	57 027	58 577
Vorleistungsgüterproduzenten ²⁾	Mill. €	13 222	15 689	16 383	19 043	21 451	21 872
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	11 095	15 641	18 111	21 324	24 088	24 518
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	816	1 013	1 181	1 397	1 398	1 406
Verbrauchsgüterproduzenten ³⁾	Mill. €	6 106	8 379	8 955	9 203	10 090	10 781
darunter Auslandsumsatz	Mill. €	7 996	12 284	13 679	17 371	20 218	19 875
Vorleistungsgüterproduzenten ²⁾	Mill. €	2 813	5 285	5 223	6 500	7 563	7 098
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	4 653	6 049	7 414	9 622	11 109	11 203
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	129	219	250	294	336	335
Verbrauchsgüterproduzenten ³⁾	Mill. €	401	731	791	955	1 210	1 238
Exportquote	%	25,6	30,2	30,7	34,1	35,5	33,9
Vorleistungsgüterproduzenten ²⁾	%	21,3	33,7	31,9	34,1	35,3	32,5
Investitionsgüterproduzenten	%	41,9	38,7	40,9	45,1	46,1	45,7
Gebrauchsgüterproduzenten	%	15,8	21,7	21,2	21,0	24,0	23,9
Verbrauchsgüterproduzenten	%	6,6	8,7	8,8	10,4	12,0	11,5
darunter Verarbeitendes Gewerbe - gemäß WZ 2003							
Betriebe ⁴⁾	Anzahl	2 692	2 874	2 839	2 807	2 832	2 900
Tätige Personen ⁴⁾	Anzahl	215 205	225 426	226 638	230 755	239 553	249 998
Gesamtumsatz	Mill. €	30 685	40 150	44 039	50 319	56 312	57 873
und zwar							
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung ³⁾	Mill. €	4 447	6 195	6 650	6 774	7 507	8 086
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. €	1 574	2 001	2 306	2 795	3 291	3 309
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ⁵⁾	Mill. €	3 960	5 088	5 763	6 397	7 415	7 926
Maschinenbau	Mill. €	3 790	5 010	5 126	6 010	6 616	7 654
Herstellung von Büromaschinen, ... ⁶⁾	Mill. €	3 662	5 836	5 853	7 049	7 847	7 765
Fahrzeugbau	Mill. €	6 269	8 207	10 370	12 446	14 126	13 239
Auslandsumsatz	Mill. €	7 986	12 272	13 665	17 352	20 190	19 840
darunter							
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung ³⁾	Mill. €	174	308	327	400	567	534
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. €	544	1 001	1 230	1 589	1 891	1 867
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ⁵⁾	Mill. €	573	941	1 177	1 311	1 595	1 665
Maschinenbau	Mill. €	1 274	2 094	2 148	2 558	2 877	3 564
Herstellung von Büromaschinen, ... ⁶⁾	Mill. €	953	2 718	2 215	2 899	3 257	2 902
Fahrzeugbau	Mill. €	.	3 588	4 797	6 595	7 615	6 826
Exportquote	%	26,0	30,6	31,0	34,5	35,9	34,3
darunter							
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	%	3,9	5,0	4,9	5,9	7,5	6,6
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	%	34,6	50,0	53,3	56,9	57,5	56,4
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ⁵⁾	%	14,5	18,5	20,4	20,5	21,5	21,0
Maschinenbau	%	33,6	41,8	41,9	42,6	43,5	46,6
Herstellung von Büromaschinen, ... ⁶⁾	%	26,0	46,6	37,8	41,1	41,5	37,4
Fahrzeugbau	%	.	43,7	46,3	53,0	53,9	51,6

1) 2000 bis 2006 Angaben auf Basis des Monatsberichtsgebietes; ab 2007 zusammengefasste Ergebnisse auf Basis der im Rahmen des Monats- und Jahresberichts der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen erhobenen Merkmale

2) ab 2004 Vorleistungsgüterproduzenten einschließlich Energie; Vergleichbarkeit gegenüber 2000 eingeschränkt

3) In einigen Klassen des Wirtschaftszweiges Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung wurde ab Berichtsjahr 2007 die zuvor gültige Sondererfassungsgrenze von "10 und mehr tätigen Personen" abgeschafft. Entsprechend ist ein Vergleich der Angaben für 2006 und 2007 nur bedingt aussagefähig.

4) Stand am 30. September

5) Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen

6) Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik

Tab. 1.14 Baugewerbe und Baugenehmigungen

Merkmal	Einheit	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Bauhauptgewerbe¹⁾							
Betriebe²⁾	Anzahl	1 240	618	569	561	534	515
Tätige Personen²⁾	Anzahl	59 959	31 224	30 268	30 218	29 179	29 132
Gesamtumsatz	Mill. €	5 659	3 464	3 712	3 610	3 651	3 555
darunter baugewerblicher Umsatz	Mill. €	5 594	3 420	3 675	3 571	3 609	3 521
und zwar							
Hochbau	Mill. €	3 176	1 358	1 519	1 514	1 618	1 506
Tiefbau	Mill. €	2 418	2 062	2 156	2 057	1 991	2 015
Wohnungsbau	Mill. €	1 456	335	325	311	312	271
Wirtschaftsbau	Mill. €	2 169	1 510	1 733	1 694	1 740	1 652
Öffentlicher Bau und Straßenbau	Mill. €	1 970	1 575	1 618	1 566	1 557	1 599
darunter Straßenbau	Mill. €	777	694	782	774	702	714
Ausbaugewerbe¹⁾							
Betriebe²⁾	Anzahl	943	494	454	449	457	471
Tätige Personen²⁾	Anzahl	35 371	17 708	17 084	17 453	17 808	18 463
Gesamtumsatz	Mill. €	2 587	1 519	1 686	1 711	1 861	1 984
darunter ausbaugewerblicher Umsatz	Mill. €	2 475	1 434	1 613	1 638	1 785	1 919
Baugenehmigungen							
Insgesamt	Anzahl	15 280	9 999	11 085	8 852	9 009	8 681
darunter							
Errichtung neuer Wohngebäude	Anzahl	7 997	4 382	4 563	2 883	2 831	2 916
Rauminhalt	1 000 m ³	6 558	3 269	3 660	2 329	2 416	2 450
darunter Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	7 536	4 257	4 428	2 804	2 707	2 819
Rauminhalt	1 000 m ³	5 089	2 921	3 140	2 013	1 959	2 059
Errichtung neuer Nichtwohngebäude	Anzahl	1 470	1 255	1 529	1 491	1 572	1 321
Rauminhalt	1 000 m ³	10 814	7 253	6 094	9 003	10 715	7 798
Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	Anzahl	5 813	4 362	4 993	4 478	4 606	4 444

1) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen

2) Jahresdurchschnittsangaben

Tab. 1.15 Energie- und Wasserversorgung

Merkmal	2000	2002 ³⁾	2003	2004	2005	2006	2007
Betriebe¹⁾ (Anzahl)	139	166	198	199	192	186	174
Elektrizitätsversorgung	15	67	98	95	91	86	87
Gasversorgung	16	16	17	25	24	26	26
Wärmeversorgung	69	47	47	44	42	38	28
Wasserversorgung	39	36	36	35	35	35	33
Beschäftigte¹⁾ (Anzahl)	18 765	16 430	16 090	15 475	15 050	14 609	14 391
Elektrizitätsversorgung	8 873	10 536	10 250	9 763	9 415	9 090	8 939
Gasversorgung	1 845	1 489	1 478	1 438	1 441	1 442	1 435
Wärmeversorgung	3 955	791	804	776	730	668	639
Wasserversorgung	4 091	3 613	3 557	3 498	3 434	3 410	3 378
Unternehmen¹⁾ (Anzahl)	137	141	134	135	136	138	140
Elektrizitätsversorgung	42	40	42	41	43	46	51
Gasversorgung	14	14	13	14	14	14	16
Wärmeversorgung	39	39	33	33	33	32	28
Wasserversorgung	42	48	46	47	46	46	45
Beschäftigte¹⁾ (Anzahl)	18 041	17 564	16 004	15 421	14 882	14 665	14 487
Elektrizitätsversorgung	11 435	10 555	10 371	9 895	9 367	9 263	9 134
Gasversorgung	2 309	1 687	1 629	1 624	1 711	1 613	1 647
Wärmeversorgung	438	1 642	473	454	313	302	270
Wasserversorgung	3 859	3 680	3 531	3 448	3 491	3 487	3 436
Umsätze²⁾ (Mill. €)	7 187	8 838	9 641	9 868	11 067	13 691	14 857
Elektrizitätsversorgung	3 158	3 893	4 702	4 945	5 601	6 897	8 771
Gasversorgung	3 216	3 613	4 088	4 083	4 643	5 967	5 289
Wärmeversorgung	101	629	143	133	98	103	76
Wasserversorgung	712	703	709	707	725	724	721
Investitionen (Mill. €)	891	639	600	567	584	540	534
Elektrizitätsversorgung	329	259	274	258	260	250	269
Gasversorgung	125	116	78	65	65	65	50
Wärmeversorgung	19	38	16	13	5	4	6
Wasserversorgung	418	225	231	232	254	221	208

1) Jahresdurchschnittsangaben

2) ohne Umsatzsteuer und Stromsteuer

3) aktualisierte Wirtschaftszweiguordnung, Vergleich gegenüber 2000 nur eingeschränkt aussagefähig

Tab. 1.16 Binnenhandel und Gastgewerbe ¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	2005	2006	2007	2008	2009 ²⁾
	2005 = 100				
Umsatz (in jeweiligen Preisen)					
Handel mit Kraftfahrzeugen, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	100	107,6	95,8	95,1	101,0
darunter Handel mit Kraftwagen	100	107,1	94,1	91,1	99,1
Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	100	105,4	107,1	110,8	97,1
darunter					
Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	100	104,0	102,0	102,1	95,3
Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	100	104,2	112,2	108,3	92,5
Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	100	113,2	135,8	149,2	119,3
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	100	101,9	97,7	102,3	100,6
darunter					
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ³⁾	100	101,7	95,2	98,7	95,2
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren ³⁾	100	98,6	99,6	115,1	114,4
Einzelhandel mit sonstigen Gütern ³⁾	100	102,8	103,0	104,7	105,2
Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sport- ausrüstungen und Spielwaren ³⁾	100	97,8	96,6	96,8	111,7
Gastgewerbe	100	104,8	102,9	100,8	92,9
davon					
Beherbergung	100	110,0	110,6	106,7	95,3
Gastronomie	100	100,1	96,3	95,6	90,3
Beschäftigte					
Handel mit Kraftfahrzeugen, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	100	97,3	96,4	98,8	93,5
Vollbeschäftigte	100	96,9	96,4	98,4	93,4
Teilzeitbeschäftigte	100	100,4	96,0	101,8	93,5
Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	100	96,8	94,8	94,7	91,1
Vollbeschäftigte	100	97,1	94,7	95,1	90,8
Teilzeitbeschäftigte	100	95,0	95,2	91,9	92,5
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	100	98,6	99,2	101,7	100,6
Vollbeschäftigte	100	97,2	96,8	98,7	97,9
Teilzeitbeschäftigte	100	99,5	100,7	103,6	102,3
Gastgewerbe	100	101,7	101,6	100,3	95,4
Vollbeschäftigte	100	99,8	101,4	101,0	93,9
Teilzeitbeschäftigte	100	104,2	102,0	99,4	97,9

1) Messzahlen zum Berechnungsstand Mai 2010; Basis ist der Monatsdurchschnitt 2005

2) vorläufige Ergebnisse

3) in Verkaufsräumen

Tab. 1.17 Ausgewählte Dienstleistungsbereiche ^{1) 2)}

Merkmal Wirtschaftsbereich	Einheit	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Umsatz (in jeweiligen Preisen)							
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Mill. €	6 854	7 386	7 546	7 832	7 835	8 161
Landverkehr, Transport in Rohrleitungen	Mill. €	2 653	2 357	2 473	2 933	3 064	3 017
Schifffahrt	Mill. €	7	24	27	13	33	12
Luftfahrt	Mill. €	56	54	58	59	51	123
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung	Mill. €	2 167	2 056	1 820	1 940	1 933	2 189
Nachrichtenübermittlung	Mill. €	1 971	2 897	3 169	2 887	2 755	2 821
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.	Mill. €	10 963	10 678	11 032	11 911	12 938	14 121
Grundstücks- und Wohnungswesen	Mill. €	4 050	3 580	3 637	3 830	4 097	4 106
Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	Mill. €	473	622	601	526	544	586
Datenverarbeitung und Datenbanken	Mill. €	731	978	1 009	1 146	1 276	1 467
Forschung und Entwicklung	Mill. €	196	301	314	361	351	401
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	Mill. €	5 513	5 197	5 472	6 048	6 669	7 561
Tätige Personen³⁾							
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Anzahl	98 050	92 860	92 305	95 753	94 116	92 009
Landverkehr, Transport in Rohrleitungen	Anzahl	39 400	36 528	36 394	38 888	39 166	39 710
Schifffahrt	Anzahl	122	119	126	154	141	150
Luftfahrt	Anzahl	60	101	86	64	68	95
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung	Anzahl	21 544	21 517	20 272	21 208	20 355	21 941
Nachrichtenübermittlung	Anzahl	36 925	34 596	35 428	35 439	34 386	30 114
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.	Anzahl	170 059	175 505	194 457	197 151	213 603	226 190
Grundstücks- und Wohnungswesen	Anzahl	20 631	19 395	19 975	19 377	21 252	22 929
Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	Anzahl	3 429	4 148	4 141	4 215	4 298	4 486
Datenverarbeitung und Datenbanken	Anzahl	10 233	10 616	10 949	12 166	13 634	15 849
Forschung und Entwicklung	Anzahl	4 836	5 767	6 342	6 864	6 964	7 923
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	130 931	135 580	153 050	154 528	167 455	175 003

1) gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ2003)

2) Wirtschaftsabschnitt I: Verkehr- und Nachrichtenübermittlung, Wirtschaftsabschnitt K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.

3) Stichtag: 30. September

Tab. 1.18 Arbeitsmarkt ¹⁾

Merkmal	2000	2005 ²⁾	2006 ²⁾	2007 ²⁾	2008 ²⁾	2009 ²⁾
Arbeitslose insgesamt (Personen)	387 868	402 267	371 909	322 833	279 560	278 196
und zwar						
weiblich	203 734	194 696	184 529	164 989	140 093	128 369
im Alter von unter 20 Jahren	9 307	9 175	8 085	6 259	5 108	4 332
im Alter von unter 25 Jahren	43 261	52 226	45 820	37 272	32 050	31 506
im Alter von 25 bis unter 55 Jahren	264 098	300 070	274 452	238 060	203 521	195 700
im Alter von 55 Jahren und mehr	80 509	49 673	51 596	47 468	43 951	50 952
Langzeitarbeitslose	134 794	145 335	135 519	121 204	97 456	79 504
Kurzarbeiter ³⁾	7 885	8 105	4 106	4 879	6 719	53 709
Bestand an gemeldeten Stellen (Anzahl)	20 618	19 067	29 561	29 342	25 104	22 404
Teilnehmer an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung	34 259	10 038	9 453	8 832	10 383	13 579
Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ⁴⁾	49 168	11 492	10 258	9 550	9 677	4 098
Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten	.	21 721	27 868	22 969	23 189	24 095
Beschäftigungsbegleitende Leistungen	.	42 823	43 788	39 189	34 967	32 811
Arbeitslosenquote insgesamt (Prozent)⁵⁾	17,0	18,3	17,0	14,7	12,8	12,9
männlich	15,3	18,0	16,3	13,6	12,2	13,2
weiblich	18,6	18,6	17,9	15,9	13,6	12,6

1) Jahresdurchschnittsangaben (Stand Mai 2010); ab 2005 Berechnung auf der Grundlage der Daten zur Monatsmitte

2) Daten zu Langzeitarbeitslosen und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten entsprechend den Angaben aus dem IT-Fachverfahren der BA; ohne Daten zugelassener kommunaler Träger

3) Aufgrund gesetzlicher Änderungen sind die Jahre 2006 und 2009 nicht oder nur sehr eingeschränkt mit den jeweiligen Vorjahren vergleichbar.

4) Seit Jahresbeginn 2009 können Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur noch im Rechtskreis SGB III durchgeführt werden. Insofern ist ein Vergleich mit den Vorjahren nur bedingt aussagekräftig.

5) bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA)

Tab. 1.19 Unternehmen¹⁾ nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Insgesamt	Unternehmen mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten			
		0 - 9	10 - 49	50 - 249	250 und mehr
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereiche²⁾	170 705	155 299	12 340	2 601	465
Produzierendes Gewerbe	43 407	36 968	5 053	1 219	167
darunter					
Verarbeitendes Gewerbe	14 134	10 068	2 978	954	134
Baugewerbe	27 930	25 884	1 837	195	14
Dienstleistungsbereiche²⁾	127 298	118 331	7 287	1 382	298
davon					
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	33 342	30 923	2 123	272	24
Verkehr und Lagerei	6 516	5 593	772	136	15
Gastgewerbe	10 556	9 881	598	72	5
Information und Kommunikation	3 737	3 412	266	52	7
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3 457	3 372	39	30	16
Grundstücks- und Wohnungswesen	9 930	9 677	228	23	2
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	19 097	18 163	844	80	10
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	9 351	8 539	592	177	43
Erziehung und Unterricht	2 525	2 121	273	86	45
Gesundheits- und Sozialwesen	12 282	10 960	903	308	111
Kunst, Unterhaltung und Erholung	4 152	3 977	130	34	11
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	12 353	11 713	519	112	9

1) am 30. September 2009 im Unternehmensregister aktive Unternehmen mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2007 gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

2) ohne die Wirtschaftsabschnitte O (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung) sowie T (private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt)

Tab. 1.20 Gewerbeanmeldungen ¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	2000	2005	2006	2007	2008	2009
	Anzahl					
Insgesamt	39 433	45 386	43 736	39 038	39 526	38 630
und zwar						
Neuerrichtungen	32 355	39 990	38 164	33 397	33 628	32 663
darunter						
Betriebsgründungen	12 870	10 035	9 586	8 663	8 581	8 473
sonstige Neuerrichtungen	19 485	29 703	28 267	24 318	24 817	23 866
	nach Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)					
Land- und Forstwirtschaft	475	452	467	476	.	.
Verarbeitendes Gewerbe	1 827	1 906	1 897	1 679	.	.
Baugewerbe	6 025	6 932	6 824	5 713	.	.
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	11 177	11 714	10 813	9 437	.	.
Gastgewerbe	3 770	3 231	2 998	2 709	.	.
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 679	1 532	1 481	1 260	.	.
Kredit- und Versicherungsgewerbe	2 984	2 594	2 383	2 047	.	.
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, ... ²⁾	7 882	10 650	9 804	9 019	.	.
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	2 863	5 246	5 870	5 522	.	.
übrige Wirtschaftsbereiche	751	1 129	1 199	1 176	.	.
	nach Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	232	248
Verarbeitendes Gewerbe	1 657	1 357
Baugewerbe	4 423	4 739
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	9 499	9 374
Verkehr und Lagerei	924	881
Gastgewerbe	2 945	2 877
Information und Kommunikation	1 542	1 386
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1 983	1 642
Grundstücks- und Wohnungswesen	831	765
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	3 656	3 417
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	6 020	5 749
Kunst, Unterhaltung und Erholung	898	881
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	2 992	3 033
übrige Wirtschaftsbereiche	1 924	2 281

1) Daten für 2000 für Wirtschaftsbereiche nach Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93); ab 2005 nach Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003); ab 2008 nach Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); ohne Rückrechnung

2) Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt

Tab. 1.21 Gewerbeabmeldungen ¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	2000	2005	2006	2007	2008	2009
	Anzahl					
Insgesamt	36 981	35 776	35 256	34 965	36 696	35 094
und zwar						
Aufgabe	30 319	30 381	29 801	29 248	30 723	28 925
darunter						
Betriebsaufgabe	12 008	9 413	8 749	8 110	8 335	8 094
sonstige Stilllegungen	18 311	20 671	20 684	20 700	22 113	20 491
	nach Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)					
Land- und Forstwirtschaft	331	343	323	295	.	.
Verarbeitendes Gewerbe	1 860	1 675	1 622	1 701	.	.
Baugewerbe	5 855	5 007	4 825	5 300	.	.
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	12 112	10 727	10 316	10 047	.	.
Gastgewerbe	4 075	3 049	2 972	2 855	.	.
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 713	1 519	1 456	1 375	.	.
Kredit- und Versicherungsgewerbe	2 453	2 489	2 624	2 459	.	.
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, ... ²⁾	6 031	7 384	7 196	6 977	.	.
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	2 040	2 954	3 308	3 372	.	.
übrige Wirtschaftsbereiche	511	629	614	584	.	.
	nach Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	210	203
Verarbeitendes Gewerbe	1 495	1 396
Baugewerbe	4 504	4 004
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	10 547	10 113
Verkehr und Lagerei	1 197	1 161
Gastgewerbe	3 028	2 750
Information und Kommunikation	1 072	977
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2 454	2 686
Grundstücks- und Wohnungswesen	749	748
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	2 843	2 813
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	4 853	4 638
Kunst, Unterhaltung und Erholung	688	617
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	2 148	2 030
übrige Wirtschaftsbereiche	908	958

1) Daten für 2000 für Wirtschaftsbereiche nach Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93); ab 2005 nach Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003); ab 2008 nach Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); ohne Rückrechnung

2) Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt

Tab. 1.22 Insolvenzen¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	2000 ²⁾	2005	2006	2007	2008	2009
	Anzahl					
Insgesamt	3 050	8 244	9 106	9 323	8 384	8 631
und zwar						
eröffnete Verfahren	1 254	6 607	7 906	8 300	7 385	7 477
mangels Masse abgewiesene Verfahren	1 780	1 580	1 160	988	956	1 125
Schuldenbereinigungsplan	16	57	40	35	43	29
Unternehmen (einschl. Kleingewerbe) - WZ 2003	2 541	2 465	2 212	1 815	.	.
darunter						
Verarbeitendes Gewerbe	242	233	202	136	.	.
Baugewerbe	1 030	727	622	493	.	.
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	376	391	377	306	.	.
Gastgewerbe	177	180	182	161	.	.
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	103	110	100	91	.	.
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, ... ³⁾	431	553	455	406	.	.
Unternehmen (einschl. Kleingewerbe) - WZ 2008	.	.	.	1 815	1 850	1 942
darunter						
Verarbeitendes Gewerbe	.	.	.	127	144	164
Baugewerbe	.	.	.	521	446	456
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	.	.	.	297	338	311
Verkehr und Lagerei	.	.	.	82	91	122
Gastgewerbe	.	.	.	161	180	169
Grundstücks- und Wohnungswesen	.	.	.	74	51	55
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	.	.	.	176	179	163
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	.	.	.	126	160	193
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	.	.	.	68	76	87
Private Personen, Nachlässe⁴⁾	509	5 779	6 894	7 508	6 534	6 689
darunter						
übrige Verbraucher	323	3 241	4 601	5 251	4 552	4 487
ehemals selbstständig Tätige ⁵⁾	.	571	611	576	457	470
ehemals selbstständig Tätige ⁶⁾	.	1 435	1 263	1 267	1 095	1 040

1) Änderung der Insolvenzordnung im Dezember 2001; Jahr 2000 nach Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93); ab Januar 2005 nach Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003); ab Januar 2008 nach Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) mit Rückrechnung für 2007

2) Jahr 2000 infolge der Änderung der Insolvenzverordnung nur eingeschränkt vergleichbar

3) Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt

4) Ab Dezember 2001 erfolgte eine gesetzliche Neuregelung für Verbraucherinsolvenzen. Für Kleingewerbetreibende wird nur noch unter besonderen Voraussetzungen ein Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet.

5) die ein Verbraucherinsolvenzverfahren durchlaufen

6) die ein Regelinsolvenzverfahren durchlaufen

Tab. 1.23 Ausfuhr (Spezialhandel)

Merkmal	2000	2005	2006	2007	2008 ¹⁾	2009 ¹⁾
	Mill. €					
Insgesamt²⁾	10 425	17 696	19 590	23 433	23 205	19 543
nach Warengruppen ³⁾						
Ernährungswirtschaft	390	554	723	852	844	805
Gewerbliche Wirtschaft	10 035	16 894	18 545	22 207	21 448	17 964
Rohstoffe	76	64	84	92	81	104
Halbwaren	308	603	912	1 192	1 201	961
Fertigwaren	9 651	16 227	17 549	20 923	20 166	16 899
Vorerzeugnisse	1 464	1 937	2 409	2 729	2 740	2 125
Enderzeugnisse	8 187	14 290	15 140	18 194	17 426	14 774
darunter						
Erzeugnisse des Maschinenbaus	1 432	2 451	2 862	3 381	3 608	2 766
Elektrotechnische Erzeugnisse	1 578	2 893	3 070	3 764	3 163	2 530
Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	3 835	6 448	6 332	7 562	7 013	5 665
nach Ländern						
EU-Länder⁴⁾	4 722	9 907	10 853	13 493	12 665	10 847
darunter						
Polen	441	676	861	1 208	1 458	1 249
Italien	667	1 170	1 001	1 514	1 421	1 242
Frankreich	765	1 117	1 170	1 387	1 346	1 207
Tschechische Republik	461	851	1 046	1 215	1 226	1 012
Spanien	478	957	1 052	1 378	1 039	939
Niederlande	440	665	741	836	860	935
Vereinigtes Königreich	826	998	1 222	1 355	1 099	927
Österreich	409	768	824	940	932	896
Belgien	381	547	565	578	552	420
Ungarn	112	261	353	418	400	321
Schweden	192	331	316	396	359	285
Dänemark	126	212	223	248	217	275
Slowakei	175	213	228	317	407	253
Portugal	217	483	414	455	258	178
Rumänien	36	146	185	249	225	145
Griechenland	52	117	132	187	171	127
Finnland	54	161	298	343	262	116
Slowenien	39	75	68	95	104	66
Irland	92	75	166	109	83	63
Luxemburg	24	140	46	53	54	52
Lettland	28	32	55	67	57	34
Volksrepublik China	189	477	722	1 022	1 289	1 335
Vereinigte Staaten	1 687	2 489	1 865	1 800	1 703	1 127
Malaysia	173	969	1 166	1 563	1 296	932
Russische Föderation	201	281	491	657	886	515
Japan	433	214	215	230	255	253

1) vorläufige Ergebnisse

2) einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen

3) Ab Januar 2002 gilt eine revidierte Fassung der Gliederung nach Warengruppen und -untergruppen der Ernährungs- und der gewerblichen Wirtschaft (EWG Rev. 2002). Das Jahr 2000 ist nur eingeschränkt vergleichbar. Die Position Erdöl, Erdgas gehört seither zu den Rohstoffen (vorher zu Halbwaren).

4) jeweils einschließlich Beitrittsländer

Tab. 1.24 Einfuhr (Generalhandel)

Merkmal	2000	2005	2006	2007	2008 ¹⁾	2009 ¹⁾
	Mill. €					
Insgesamt ²⁾	7 327	10 623	13 747	14 856	15 346	13 959
nach Warengruppen ³⁾						
Ernährungswirtschaft	475	682	873	939	951	868
Gewerbliche Wirtschaft	6 853	9 639	12 429	13 431	13 193	11 918
Rohstoffe	104	806	1 043	1 062	1 345	1 073
Halbwaren	1 303	577	1 261	1 289	1 345	845
Fertigwaren	5 445	8 257	10 125	11 080	10 503	10 000
Vorzeugnisse	911	1 140	1 658	1 936	1 943	1 525
Enderzeugnisse	4 534	7 116	8 467	9 144	8 560	8 475
darunter						
Erzeugnisse des Maschinenbaus	1 195	1 306	1 672	1 972	1 609	1 280
Elektrotechnische Erzeugnisse	699	1 069	1 277	1 346	1 359	1 360
Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	1 036	2 641	2 929	3 222	2 964	3 007
nach Ländern						
EU-Länder ⁴⁾	2 433	7 185	9 017	9 733	10 241	8 953
darunter						
Tschechische Republik	785	1 928	2 386	2 417	2 707	2 726
Polen	550	608	882	1 147	1 302	944
Österreich	249	553	777	967	836	838
Frankreich	564	889	1 013	1 061	1 158	778
Italien	368	646	754	826	808	648
Niederlande	430	649	782	797	820	647
Belgien	159	321	385	396	442	423
Spanien	195	310	360	361	398	357
Vereinigtes Königreich	216	317	433	403	381	317
Ungarn	258	295	332	339	359	249
Dänemark	72	91	113	111	99	176
Slowakei	103	138	172	174	177	171
Schweden	64	122	140	155	156	148
Rumänien	28	90	125	76	80	97
Slowenien	83	64	148	116	110	92
Portugal	22	43	63	51	83	74
Irland	22	50	65	62	61	70
Finnland	45	56	56	61	53	70
Luxemburg	13	51	84	98	116	46
Griechenland	14	25	30	28	25	25
Litauen	5	8	13	39	20	20
Bulgarien	9	14	17	22	26	16
Vereinigte Staaten	852	659	905	927	651	1 253
Russische Föderation	720	785	1 358	1 406	1 686	1 175
Japan	370	581	668	733	612	557
Volksrepublik China	122	258	354	443	589	521
Malaysia	54	17	32	50	25	36

1) vorläufige Ergebnisse

2) einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen

3) Ab Januar 2002 gilt eine revidierte Fassung der Gliederung nach Warengruppen und -untergruppen der Ernährungs- und der gewerblichen Wirtschaft (EWG Rev. 2002). Das Jahr 2000 ist nur eingeschränkt vergleichbar. Die Position Erdöl, Erdgas gehört seither zu den Rohstoffen (vorher zu Halbwaren).

4) jeweils einschließlich Beitrittsländer

Tab. 1.25 Verbraucherpreisindex - Jahresteuerraten nach Haupt- und ausgewählten Gütergruppen ¹⁾

Index Indexgruppe	Wägungs- anteil am Gesamtindex	2000	2005	2006	2007	2008	2009
		%					
Gesamtindex	1 000	1,5	1,6	2,1	2,6	2,8	0,4
ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel ²⁾	887,90	.	0,9	1,3	2,4	2,0	1,1
ohne administrierte Preise	792,42	1,8	1,4	2,1	2,7	2,9	0,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103,55	-0,5	0,5	3,2	4,7	7,1	-1,2
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	38,99	1,2	8,8	3,6	3,3	2,6	2,4
Bekleidung und Schuhe	48,88	-1,7	0,9	5,2	6,1	2,2	2,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	308,00	3,3	2,4	2,5	1,7	2,8	-0,1
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	55,87	-0,2	0,2	1,8	3,2	2,1	2,1
Gesundheitspflege	40,27	1,7	1,0	1,7	0,9	2,0	0,8
Verkehr	131,90	5,3	4,6	3,0	4,4	3,3	-1,8
Nachrichtenübermittlung	31,00	-11,0	-1,8	-4,0	-1,1	-3,3	-2,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	115,68	0,6	-0,5	-0,1	1,0	0,6	2,2
Bildungswesen	7,40	0,0	0,9	1,3	2,7	4,1	-6,2
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	43,99	0,5	0,3	1,2	3,3	2,6	1,7
Andere Waren und Dienstleistungen	74,47	2,3	0,7	1,4	2,9	2,4	1,7
Kraftfahrpreisindex	122,39	6,0	3,7	2,8	4,5	3,3	-2,3
Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe)	95,19	12,7	10,7	8,4	5,4	8,7	-5,3
Saisonabhängige Nahrungsmittel (frisches Obst und Gemüse, Kartoffeln, Frischfisch)	16,91	-1,5	0,7	8,4	4,0	2,9	-4,0
Administrierte Preise	207,58	0,6	2,9	1,9	2,6	2,3	1,7
Dienstleistungen	507,00	1,6	0,7	0,8	1,6	1,4	1,1
Waren	493,00	1,4	2,8	3,4	3,8	4,2	-0,4

1) Basis 2005 = 100

2) so genannte Kerninflation

Tab. 1.26 Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ^{1) 2)}

Merkmal		2000	2004	2005	2006	2007	2008
Empfangenes Arbeitnehmerentgelt		45 874	46 725	45 924	46 922	48 203	50 066
Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen	+	5 924	6 765	6 961	7 156	7 659	7 942
Vermögenseinkommen (saldiert)	+	5 694	6 343	6 654	7 326	7 765	8 032
Primäreinkommen (Mill. €)	=	57 492	59 833	59 539	61 404	63 628	66 041
Empfangene monetäre Sozialleistungen	+	27 024	28 254	27 612	27 213	26 368	26 249
Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	-	5 180	5 321	5 196	5 500	6 205	6 883
Geleistete Sozialbeiträge	-	19 381	19 051	18 597	18 816	18 633	19 210
Sonstige laufende Transfers (saldiert) ³⁾	+	45	-61	33	-13	-132	-142
Verfügbares Einkommen (Mill. €)	=	60 001	63 654	63 391	64 288	65 027	66 056
Primäreinkommen je Einwohner (€)		12 941	13 889	13 898	14 409	15 027	15 704
Verfügbares Einkommen je Einwohner (€)		13 505	14 776	14 798	15 085	15 357	15 708

1) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

2) Berechnungsstand: August 2009 (VGR des Bundes); Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

3) insbesondere Schadensversicherungsleistungen abzüglich Nettoprämien für Schadensversicherungsleistungen

Tab. 1.27 Private Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte ^{1) 2)}

Merkmal	Einheit	2000	2004	2005	2006	2007	2008
in jeweiligen Preisen							
Private Konsumausgaben	Mill. €	55 356	57 897	57 824	58 766	59 538	60 361
Private Konsumausgaben je Einwohner	€	12 460	13 440	13 498	13 789	14 061	14 353
Sparen der privaten Haushalte	Mill. €	4 821	6 111	5 888	5 947	5 931	6 244
Sparen der privaten Haushalte je Einwohner	€	1 085	1 419	1 374	1 396	1 401	1 485
preisbereinigt							
Private Konsumausgaben ³⁾	%	100	99,9	98,1	98,2	97,5	96,7
Private Konsumausgaben je Einwohner ³⁾	%	100	103,0	101,8	102,4	102,3	102,1
Sparquote ⁴⁾	%	8,0	9,5	9,2	9,2	9,1	9,4

1) einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck

2) Berechnungsstand: August 2009 (VGR des Bundes)

3) Index: 2000 = 100

4) Sparquote = Sparen / (Verfügbares Einkommen + Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche)

2. Sachsens Wirtschaft im Vergleich

Tab. 2.1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
	in jeweiligen Preisen											
Bruttoinlandsprodukt	4,1	1,7	-2,2	4,3	2,7	-2,3	4,4	2,8	-3,9	4,4	2,8	-3,5
Bruttowertschöpfung	3,5	1,8	-2,6	3,6	2,8	-2,7	3,8	2,9	-4,3	3,8	2,9	-4,0
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	31,0	-5,6	-15,9	29,2	0,5	-16,6	12,5	-2,6	-9,3	15,5	-2,0	-10,9
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	6,0	-1,2	-15,3	7,0	1,8	-13,4	3,8	0,6	-18,0	4,1	0,8	-17,3
darunter Verarbeitendes Gewerbe	7,7	-1,3	-18,9	8,0	2,1	-16,4	4,5	0,4	-19,7	4,8	0,5	-19,2
Baugewerbe	10,1	4,3	5,4	8,2	4,7	3,1	7,2	8,7	2,7	7,6	7,9	3,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-0,7	3,5	-1,6	-0,5	4,5	-3,1	3,6	4,7	-5,1	3,1	4,7	-4,8
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	4,2	1,8	-0,2	4,1	2,0	-0,6	4,2	3,2	1,2	4,3	3,1	1,1
Öffentliche und private Dienstleister	0,6	3,4	4,3	1,0	3,0	3,8	2,4	2,9	4,4	2,2	2,9	4,4
	preisbereinigt											
Bruttoinlandsprodukt	2,5	0,3	-3,8	2,0	1,0	-3,5	2,5	1,3	-5,4	2,5	1,3	-5,0
Bruttowertschöpfung	2,9	0,4	-4,4	2,4	1,1	-4,2	2,9	1,4	-6,0	2,9	1,4	-5,6
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	10,1	0,8	0,6	8,4	6,8	0,7	-3,6	3,1	0,3	-1,5	3,8	0,4
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	5,6	-1,5	-15,9	4,6	0,8	-13,6	1,4	0,1	-17,9	1,8	0,2	-17,2
darunter Verarbeitendes Gewerbe	7,8	-0,8	-18,0	5,9	1,9	-15,0	2,1	0,3	-18,8	2,5	0,5	-18,2
Baugewerbe	3,2	0,0	1,1	1,5	0,4	-1,1	0,5	4,3	-1,4	0,8	3,5	-1,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-0,1	1,2	-2,8	-0,2	2,0	-3,6	3,4	1,5	-5,2	2,9	1,5	-5,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	4,7	0,8	-2,0	4,4	0,7	-2,2	4,9	1,7	-1,6	4,8	1,6	-1,6
Öffentliche und private Dienstleister	0,1	1,3	0,9	0,6	1,0	0,5	2,4	2,1	1,0	2,1	1,9	1,0

¹⁾ Berechnungsstand: 2007 und 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

Tab. 2.3 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
	Deutschland = 100											
Bruttoinlandsprodukt je geleistete Arbeitsstunde ²⁾	76,4	76,5	77,9	77,8	78,5	79,4	104,8	104,6	104,4	100	100	100
Bruttowertschöpfung je geleistete Arbeitsstunde ²⁾	76,4	76,5	77,9	77,8	78,5	79,4	104,8	104,6	104,4	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	97,3	94,8	90,8	114,3	117,7	111,3	97,0	96,3	97,8	100	100	100
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	72,5	70,2	71,5	76,9	76,8	79,5	103,3	103,4	102,7	100	100	100
darunter Verarbeitendes Gewerbe	68,7	66,5	66,4	72,2	72,3	73,9	104,1	104,1	103,7	100	100	100
Baugewerbe	82,8	81,1	81,9	77,7	76,4	76,3	107,0	107,4	107,1	100	100	100
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	74,7	74,8	77,9	80,7	81,5	83,0	104,1	103,9	103,6	100	100	100
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	76,7	76,8	75,9	80,2	80,1	78,8	104,7	104,8	105,2	100	100	100
Öffentliche und private Dienstleister	84,1	86,5	87,7	85,9	87,6	88,1	103,8	103,4	103,3	100	100	100

¹⁾ Berechnungsstand: 2007 und 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

²⁾ in jeweiligen Preisen; Stundenproduktivität

Tab. 2.4 Arbeitnehmerentgelt nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾

Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Insgesamt	2,8	3,8	0,2	2,5	3,7	0,7	2,7	3,7	-0,2	2,7	3,7	-0,0
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1,3	3,4	1,7	1,6	4,7	2,7	4,5	5,3	5,9	3,7	5,1	4,9
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	4,7	4,9	-5,4	5,1	4,7	-4,3	2,1	3,2	-5,2	2,3	3,3	-5,1
darunter Verarbeitendes Gewerbe	5,1	5,1	-6,2	5,8	5,0	-5,1	2,3	3,2	-5,7	2,5	3,4	-5,5
Baugewerbe	3,7	0,7	0,3	4,5	-0,3	0,2	3,4	0,9	0,5	3,6	0,7	0,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2,6	3,9	0,8	2,6	3,2	1,5	2,7	4,0	0,8	2,7	3,9	1,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	8,2	3,9	-0,6	7,2	5,4	-0,7	6,0	5,1	-0,6	6,0	5,2	-0,5
Öffentliche und private Dienstleister	-0,6	3,4	3,8	-0,8	3,4	3,6	1,4	3,4	4,8	1,1	3,4	4,7

¹⁾ Berechnungsstand: 2007 und 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

Tab. 2.5 Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾

Wirtschaftsbereich	Sachsen		Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland			
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
	Deutschland = 100											
	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer											
Insgesamt	81,1	81,7	82,4	80,6	81,0	81,9	103,5	103,4	103,2	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	91,0	91,1	90,9	92,0	92,1	92,1	104,2	104,1	104,0	100	100	100
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	72,4	72,6	72,2	71,8	71,8	71,9	103,7	103,7	103,7	100	100	100
darunter Verarbeitendes Gewerbe	71,2	71,3	70,8	70,1	70,2	70,0	103,8	103,9	103,9	100	100	100
Baugewerbe	83,1	83,9	84,6	84,0	84,3	84,6	104,5	104,4	104,2	100	100	100
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	77,7	78,2	78,7	78,2	78,2	78,9	103,7	103,7	103,5	100	100	100
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	75,3	75,1	75,1	72,0	72,6	72,8	104,4	104,3	104,4	100	100	100
Öffentliche und private Dienstleister	96,1	97,2	97,9	97,5	98,5	98,9	100,1	99,9	99,8	100	100	100
	Arbeitnehmerentgelt je geleistete Arbeitsstunde der Arbeitnehmer											
Insgesamt	78,5	79,4	79,7	77,5	78,3	78,7	104,3	104,1	104,1	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	85,4	85,3	84,9	85,0	85,2	84,9	108,5	108,3	108,3	100	100	100
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	67,0	67,1	66,6	66,3	66,4	66,1	104,9	105,0	105,1	100	100	100
darunter Verarbeitendes Gewerbe	65,7	65,8	65,1	64,5	64,5	64,1	105,1	105,2	105,3	100	100	100
Baugewerbe	82,8	83,7	84,4	82,7	83,2	83,4	105,0	104,7	104,6	100	100	100
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	77,4	78,2	78,4	77,0	77,3	77,7	104,0	103,9	103,8	100	100	100
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	77,3	77,3	77,1	72,7	73,6	73,6	104,4	104,2	104,3	100	100	100
Öffentliche und private Dienstleister	91,4	93,6	93,9	92,7	94,4	94,5	101,4	100,9	100,9	100	100	100

1) Berechnungsstand: 2007 und 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

Tab. 2.6 Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾

Wirtschaftsbereich	Sachsen				Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland	
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
	%											
Lohnstückkosten auf Basis der Personen ²⁾												
Insgesamt	56,4	57,4	58,7	54,9	55,3	57,0	54,4	54,8	56,9	54,7	55,1	57,1
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	79,3	87,0	105,1	68,0	70,8	86,9	82,6	88,9	101,0	78,3	83,8	96,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	59,1	62,7	69,8	55,3	56,7	62,5	65,2	66,8	77,1	64,2	65,8	75,4
darunter Verarbeitendes Gewerbe	63,5	67,4	77,8	59,4	61,0	69,0	67,3	69,2	81,2	66,7	68,5	79,9
Baugewerbe	74,3	71,6	69,2	79,8	76,0	74,2	73,5	68,1	66,6	74,8	69,8	68,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	72,8	72,8	74,3	67,3	66,2	69,2	70,1	69,4	73,5	70,2	69,5	73,5
Finanzierung, Vermietung												
und Unternehmensdienstleister	36,7	37,3	37,1	33,2	34,2	34,2	36,8	37,3	36,6	36,8	37,4	36,9
Öffentliche und private Dienstleister	83,5	83,4	82,8	82,9	83,2	83,0	74,5	74,8	75,1	76,3	76,6	76,9
Lohnstückkosten auf Basis der Stunden ³⁾												
Insgesamt	59,4	60,4	62,0	57,6	58,1	60,1	57,6	57,9	60,4	57,8	58,2	60,6
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	82,9	91,1	110,7	70,2	73,3	90,3	105,7	113,9	131,2	94,4	101,3	118,4
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	60,5	64,2	71,9	56,5	58,0	64,2	66,5	68,1	78,9	65,5	67,1	77,2
darunter Verarbeitendes Gewerbe	65,0	69,1	80,3	60,8	62,4	71,0	68,7	70,7	83,2	68,1	70,0	82,0
Baugewerbe	81,4	78,2	76,4	86,6	82,5	81,2	79,9	73,8	72,4	81,4	75,7	74,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	79,3	79,0	80,8	73,1	71,7	75,1	76,6	75,7	80,4	76,6	75,6	80,2
Finanzierung, Vermietung												
und Unternehmensdienstleister	39,1	39,6	39,7	35,2	36,2	36,5	38,7	39,2	38,7	38,8	39,4	39,0
Öffentliche und private Dienstleister	86,0	86,0	85,5	85,3	85,7	85,7	77,2	77,6	78,1	79,1	79,5	79,9

1) Berechnungsstand: 2007 und 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (VGR des Bundes)

2) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Verhältnis zu Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen

3) Arbeitnehmerentgelt je geleistete Arbeitsstunde der Arbeitnehmer im Verhältnis zu Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen

Tab. 2.7 Erwerbstätige und Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Erwerbstätige	1,5	0,7	-0,8	1,6	0,8	-0,4	1,6	1,5	1,5	1,7	1,4	-0,0
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1,0	-0,2	-0,5	1,3	0,9	0,3	1,6	1,3	1,3	1,6	1,2	0,7
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	2,8	2,6	-2,6	3,2	2,7	-2,1	0,8	1,3	1,3	1,1	1,5	-2,7
darunter Verarbeitendes Gewerbe	3,1	2,9	-2,6	3,6	3,1	-2,1	0,9	1,4	1,4	1,2	1,6	-2,7
Baugewerbe	0,1	-1,8	0,8	0,9	-2,0	0,2	1,8	-0,5	0,3	1,6	-0,7	0,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1,3	0,2	-0,6	1,5	0,3	-0,1	1,5	1,1	0,4	1,6	0,9	0,4
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	3,7	1,7	-1,6	4,5	2,0	-1,6	3,4	2,8	-1,4	3,6	2,8	-1,3
Öffentliche und private Dienstleister	0,2	0,1	0,2	-0,1	0,3	0,6	1,3	1,5	2,2	1,1	1,3	2,0
darunter												
Arbeitnehmer	1,8	1,0	-0,7	1,8	1,0	-0,4	1,7	1,6	0,0	1,7	1,6	0,0
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	0,0	-0,3	-0,3	0,7	0,9	0,5	3,1	1,7	3,7	2,3	1,3	2,7
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	3,4	2,8	-2,4	3,8	2,9	-1,9	1,1	1,4	-2,7	1,3	1,6	-2,6
darunter Verarbeitendes Gewerbe	3,7	3,1	-2,4	4,2	3,3	-1,9	1,2	1,5	-2,7	1,5	1,7	-2,6
Baugewerbe	1,4	-1,6	-0,8	1,5	-2,0	-0,4	1,8	-0,2	0,4	1,7	-0,6	0,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1,7	0,6	-0,2	1,8	0,6	0,2	1,6	1,3	0,7	1,7	1,2	0,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	4,7	2,2	-1,5	5,2	2,5	-1,9	3,8	3,2	-1,5	4,0	3,2	-1,4
Öffentliche und private Dienstleister	-0,1	0,1	0,4	-0,5	0,3	0,5	1,1	1,5	2,2	0,8	1,3	1,9

1) Berechnungsstand: 2007 und 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (ETR des Bundes)

Tab. 2.8 Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾

Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Insgesamt	0,4	0,1	-3,2	0,6	0,3	-2,7	2,0	1,5	-3,0	1,8	1,3	-2,8
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1,4	0,1	-2,1	1,5	0,7	-1,6	1,7	1,2	-0,4	1,7	1,1	-0,6
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	2,2	1,9	-9,0	2,6	1,8	-8,5	0,7	0,4	-9,7	0,9	0,6	-9,5
darunter Verarbeitendes Gewerbe	2,5	2,1	-9,3	3,0	2,1	-8,7	0,8	0,5	-10,0	1,1	0,7	-9,8
Baugewerbe	-0,3	-1,7	-0,1	0,8	-1,7	-1,1	2,7	-0,1	-1,4	2,2	-0,4	-1,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	0,7	-0,2	-2,6	0,6	0,0	-2,1	2,0	1,4	-2,0	1,8	1,1	-2,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	3,1	1,6	-3,6	4,1	2,0	-3,5	4,2	3,1	-3,8	4,1	3,1	-3,5
Öffentliche und private Dienstleister	-2,2	-1,1	-0,4	-2,0	-0,6	-0,0	1,6	1,7	1,2	0,9	1,3	1,0

1) Berechnungsstand: 2007 und 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (ETR des Bundes)

Tab. 2.9 Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾

Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
	Deutschland = 100											
Insgesamt	102,9	102,5	102,9	103,3	102,9	103,4	99,3	99,4	99,3	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	92,3	92,6	92,3	92,7	92,6	92,1	101,8	101,9	102,0	100	100	100
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	108,4	108,6	109,0	108,4	108,4	109,0	98,7	98,7	98,6	100	100	100
darunter Verarbeitendes Gewerbe	108,7	108,9	109,4	109,0	108,9	109,5	98,7	98,7	98,5	100	100	100
Baugewerbe	101,0	100,9	101,5	101,5	101,4	101,7	99,5	99,6	99,5	100	100	100
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	100,2	99,7	100,0	101,1	100,6	101,0	99,8	99,9	99,8	100	100	100
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	98,5	98,1	98,4	99,5	99,1	99,5	99,8	99,9	99,8	100	100	100
Öffentliche und private Dienstleister	104,4	103,2	103,6	104,5	103,6	103,9	98,7	99,0	98,9	100	100	100

1) Berechnungsstand: 2007 und 2008 - August 2009; Jahr 2009 - Februar 2010 (ETR des Bundes)

Tab. 2.10 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte¹⁾ nach Alter, Arbeitszeit und Geschlecht

Merkmal	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
	männlich = m											
	weiblich = w											
	insgesamt = i											
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (AO) insgesamt	m	1,9	-2,4	2,7	1,6	-2,0	2,3	2,0	-1,6	2,4	2,0	-1,6
	w	1,7	0,8	1,3	1,7	0,7	1,3	2,7	1,3	1,3	2,6	1,3
	i	2,3	-0,9	2,0	1,7	-0,7	1,9	2,3	-0,3	1,9	2,2	-0,3
und zwar												
im Alter von unter 20 Jahren	m	-3,4	-16,3	-4,6	-6,9	-16,5	2,0	2,0	-3,5	0,5	0,2	-6,0
	w	-4,1	-13,7	-4,9	-6,9	-14,9	0,4	0,9	-2,6	-0,7	-0,6	-4,7
	i	-3,7	-15,3	-4,7	-6,9	-15,9	1,3	1,6	-3,1	0,0	-0,1	-5,5
im Alter von unter 25 Jahren	m	2,8	-8,7	2,7	0,2	-8,1	4,2	3,6	-4,2	4,0	3,0	-4,8
	w	0,9	-2,4	0,6	0,4	-3,0	1,3	2,4	-0,6	1,2	2,1	-0,9
	i	2,0	-6,0	1,8	0,3	-5,9	2,9	3,0	-2,5	2,7	2,6	-3,0
im Alter von 25 bis unter 55 Jahren	m	1,6	-2,8	1,3	0,4	-2,6	1,5	1,1	-2,3	1,5	1,1	-2,2
	w	-0,0	-0,4	-0,4	0,3	-0,5	0,3	2,0	0,7	0,2	1,7	0,6
	i	0,8	-1,6	0,4	0,4	-1,6	1,0	1,5	-1,0	0,9	1,4	-0,9
im Alter von 55 Jahren und mehr	m	10,7	9,1	5,0	11,0	9,5	6,3	6,2	4,5	6,9	6,7	5,0
	w	13,0	10,5	9,0	13,0	11,0	7,9	7,8	7,1	8,8	8,4	7,7
	i	11,8	9,8	7,0	11,9	10,2	7,0	6,9	5,6	7,7	7,4	6,2
Vollzeitbeschäftigte	m	2,2	1,4	-3,0	2,0	1,2	2,1	1,8	-2,0	2,1	1,8	-1,9
	w	-1,5	-0,1	-1,3	-1,5	-0,1	-0,2	1,9	0,1	-0,4	1,5	-0,0
	i	0,6	0,8	-2,3	0,5	0,6	1,3	1,8	-1,2	1,2	1,7	-1,2
Teilzeitbeschäftigte	m	16,3	9,3	6,2	15,2	9,6	6,3	5,1	4,4	7,7	5,8	4,9
	w	9,7	6,3	5,1	8,8	6,2	4,2	4,3	3,6	4,9	4,6	3,8
	i	10,7	6,8	5,3	9,8	6,7	4,5	4,4	3,7	5,4	4,8	4,0
Zeitarbeiter ²⁾	m	27,3	3,8	-31,6	25,3	3,4	22,2	2,8	-29,6	22,6	2,8	-28,6
	w	40,0	4,5	-11,1	36,1	2,1	26,7	2,8	-18,1	28,1	1,0	-16,7
	i	30,3	4,0	-26,4	27,8	3,0	23,4	2,8	-26,4	24,1	2,3	-25,3
Durchschnittsalter (in Jahren)	m	40,1	40,3	40,7	40,3	40,5	40,1	40,3	40,7	40,2	40,3	40,7
	w	41,1	41,3	41,6	41,2	41,5	39,7	39,9	40,2	40,0	40,2	40,5
	i	40,6	40,8	41,2	40,7	41,0	40,0	40,1	40,5	40,1	40,3	40,6

1) mit Arbeitsort (AO) im Freistaat Sachsen, in den neuen bzw. alten Ländern (jeweils ohne Berlin) sowie in Deutschland; Daten zum Stichtag 30. Juni

2) sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Wirtschaftszweigen WZ 74.5 der WZ 2003 (Jahre 2007 und 2008) sowie WZ 78.2+78.3 der WZ 2008 (Jahr 2009); Vergleichbarkeit von 2008 zu 2009 eingeschränkt
Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit (BA)

Tab. 2.11 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte¹⁾ nach Pendlerverhalten und Geschlecht

Merkmal	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland			
	männlich = m weiblich = w insgesamt = i	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (AO) insgesamt	m	2,9	1,9	-2,4	2,7	1,6	-2,0	2,3	2,0	2,4	2,0	2,0	-1,6
	w	1,7	1,8	0,8	1,3	1,7	0,7	1,3	2,7	1,3	1,3	2,6	1,3
	i	2,3	1,9	-0,9	2,0	1,7	-0,7	1,9	2,3	1,9	2,2	2,2	-0,3
darunter													
Einpendler	m	6,0	4,1	-2,1	8,0	3,2	1,1	2,3	3,0	-2,0	-4,6	-0,5	1,6
	w	6,3	5,0	3,5	5,0	5,2	4,2	-1,2	4,0	1,4	-9,1	-0,7	1,6
	i	6,1	4,4	-0,2	6,9	3,9	2,2	1,2	3,3	-1,0	-6,1	-0,6	1,6
darunter													
Einpendler aus dem Ausland	m	25,1	-0,7	10,3	24,6	11,3	20,7	0,4	-0,6	0,8	-0,3	-0,3	0,3
	w	-15,9	13,3	27,2	1,8	12,6	19,5	-1,8	-0,5	-1,7	-0,3	-0,3	-1,0
	i	11,7	2,7	14,9	18,9	11,6	20,4	-0,3	-0,6	-0,0	-0,3	-0,3	-0,1
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (WO) insgesamt	m	2,8	2,0	-2,5	2,7	1,9	-2,2	2,4	2,0	2,4	2,0	2,0	-1,6
	w	1,5	1,8	0,7	1,3	1,9	0,7	1,3	2,7	1,3	2,6	2,6	1,3
	i	2,2	1,9	-1,0	2,0	1,9	-0,8	1,9	2,3	1,9	2,3	2,3	-0,3
darunter													
Auspendler	m	4,1	3,9	-2,8	4,1	3,8	-2,4	8,9	5,0	6,0	.	.	.
	w	2,6	4,2	1,8	2,9	4,4	1,4	7,8	7,9	11,7	.	.	.
	i	3,7	4,0	-1,5	3,7	4,0	-1,0	8,5	5,9	7,9	.	.	.
Pendlersaldo	m	-38 601	-39 985	-38 510	-253 892	-264 041	-254 688	294 013	301 740	290 806	77 856	77 431	78 684
	w	-7 440	-7 533	-7 189	-137 716	-143 340	-143 938	119 276	122 876	121 307	37 831	37 569	38 157
	i	-46 041	-47 518	-45 699	-391 608	-407 381	-398 626	413 289	424 616	412 113	115 687	115 000	116 841

1) mit Arbeitsort (AO) bzw. Wohnort (WO) im Freistaat Sachsen, in den neuen bzw. alten Ländern (jeweils ohne Berlin) sowie in Deutschland; Daten zum Stichtag 30. Juni
Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit (BA)

Tab. 2.12 Agrarstruktur

Merkmal	Einheit	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder mit Berlin			Deutschland		
		2003	2005	2007	2003	2005	2007	2003	2005	2007	2003	2005	2007
		Landwirtschaftliche Betriebe¹⁾	1 000	8	8	8	30	30	30	383	360	341	412
Veränderung gegenüber vorheriger Erhebung	%	-3,2	-3,8	6,3	1,4	-1,0	1,4	-6,0	-5,8	-5,5	-5,5	-5,4	-5,0
Anteil der Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	%												
unter 5 ha	%	33,4	30,8	33,5	25,8	25,1	25,1	23,5	22,4	22,3	23,6	22,6	22,5
5 bis unter 20 ha	%	28,5	29,1	28,7	23,5	24,4	25,1	34,0	33,8	32,9	33,3	33,0	32,3
20 bis unter 100 ha	%	20,7	21,3	19,9	20,8	20,3	20,1	37,4	37,9	38,0	36,2	36,6	36,5
100 ha und mehr	%	17,3	18,8	17,9	29,9	30,5	30,4	5,1	5,9	6,7	6,9	7,8	8,6
Arbeitskräfte¹⁾	1 000	43	42	41	167	165	159	1 137	1 111	1 092	1 303	1 276	1 251
Veränderung gegenüber vorheriger Erhebung	%	2,5	-2,1	-1,2	3,1	-1,0	-3,5	-2,1	-2,2	-1,7	-1,5	-2,1	-2,0
Familienarbeitskräfte ²⁾	1 000	13	12	13	40	39	39	783	744	689	823	783	729

1) Ergebnisse der Agrarstrukturserhebung

2) nur in der Betriebsform Einzelunternehmen ausgewiesen

Tab. 2.13 Produktionswerte und Verkaufserlöse in der Landwirtschaft¹⁾

Merkmal	Einheit	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder mit Berlin			Deutschland		
		2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008
		Produktionswert zu Erzeugerpreisen^{2) 3)}	Mill. €	1 715	2 195	2 306	8 159	10 075	11 061	32 135	36 254	38 904	40 293
Veränderung zum Vorjahr	%	-2,7	28,0	5,1	0,0	23,5	9,8	4,8	12,8	7,3	3,8	15,0	7,8
Anteil Pflanzliche Erzeugung	%	49,8	56,3	55,3	53,0	58,1	58,5	45,2	48,9	48,0	46,7	50,9	50,3
Anteil Tierische Erzeugung	%	47,2	41,4	42,4	44,6	39,9	39,7	50,1	46,6	47,8	49,0	45,2	46,0
Verkaufserlöse (in jeweiligen Preisen)³⁾	Mill. €	1 436	1 771	1 797	6 841	8 227	8 756	26 279	29 526	30 326	33 121	37 753	39 079
Veränderung zum Vorjahr	%	1,3	23,3	1,5	1,4	20,3	6,4	4,5	12,4	2,7	3,9	14,0	3,5
Anteil Pflanzliche Erzeugung	%	43,7	48,5	47,0	46,3	50,6	50,7	38,7	42,6	39,0	40,2	44,3	41,6
Anteil Tierische Erzeugung	%	56,4	51,5	53,0	53,8	49,4	49,3	61,3	57,4	61,0	59,8	55,7	58,4

1) Abweichungen in der Summe aus neuen Ländern (ohne Berlin) und alten Ländern (mit Berlin) gleich Deutschland durch Rundungsdifferenzen

2) einschließlich Neuanpflanzungen, Lohnarbeit, Maschinenmiete und nichtlandwirtschaftlicher Nebentätigkeiten

3) Ergebnisse der regionalen landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (R-LGR) - Berechnungsstand: November 2009

Tab. 2.14a Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe¹⁾ (gemäß WZ 2008)

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder mit Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
Gesamtumsatz	.	.	-15,2	.	.	-13,9	.	.	-18,9	.	.	-18,3
Vorleistungsgüter ²⁾	.	.	-20,8	.	.	-18,6	.	.	-23,4	.	.	-22,9
Investitionsgüter	.	.	-14,3	.	.	-15,9	.	.	-19,1	.	.	-18,8
Gebrauchsgüter	.	.	-5,5	.	.	-12,2	.	.	-14,8	.	.	-14,5
Verbrauchsgüter	.	.	-6,2	.	.	-2,8	.	.	-5,3	.	.	-4,9
darunter Auslandsumsatz												
Vorleistungsgüter ²⁾	.	.	-18,6	.	.	-16,8	.	.	-20,5	.	.	-20,2
Investitionsgüter	.	.	-19,5	.	.	-20,9	.	.	-22,9	.	.	-22,7
Gebrauchsgüter	.	.	-20,6	.	.	-19,8	.	.	-21,1	.	.	-21,0
Verbrauchsgüter	.	.	-14,2	.	.	-15,1	.	.	-21,1	.	.	-20,5
	.	.	3,4	.	.	1,2	.	.	-6,9	.	.	-5,7
Prozent												
Exportquote												
Vorleistungsgüter ²⁾	.	34,4	33,1	.	31,9	30,8	.	44,8	43,9	.	43,4	42,4
Investitionsgüter	.	33,2	33,7	.	30,3	29,4	.	37,8	38,0	.	36,9	36,9
Gebrauchsgüter	.	45,0	41,7	.	42,2	40,3	.	57,1	55,6	.	55,9	54,4
Verbrauchsgüter	.	25,3	23,0	.	34,2	33,1	.	38,6	35,7	.	38,1	35,4
	.	12,5	13,8	.	21,5	22,4	.	27,8	27,4	.	26,7	26,5

1) Zusammengefasste Ergebnisse auf Basis der im Rahmen des Monats- und Jahresberichts der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen erhobenen Merkmale gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

2) Vorleistungsgüter einschließlich Energie

Tab. 2.14b Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitendes Gewerbe¹⁾ (gemäß WZ 2003)

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder mit Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2006	2007 ²⁾	2008	2006	2007 ²⁾	2008	2006	2007 ²⁾	2008	2006	2007 ²⁾	2008
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Gesamtumsatz	14,2	11,9	2,7	10,9	9,7	1,4	6,2	6,1	2,8	6,7	6,5	2,6
Vorleistungsgüterproduzenten ³⁾	16,2	12,6	2,0	14,8	10,6	3,2	7,0	6,1	3,1	7,9	6,6	3,1
Investitionsgüterproduzenten	17,7	13,0	1,8	12,8	13,6	4,3	7,0	7,3	2,8	7,4	7,8	2,9
Gebrauchsgüterproduzenten	18,3	0,1	0,6	6,2	3,1	1,8	5,0	2,2	0,2	5,1	2,3	0,4
Verbrauchsgüterproduzenten	2,8	x	6,8	4,2	x	-4,7	2,6	x	2,4	2,9	x	1,1
darunter Auslandsumsatz	27,0	16,4	-1,7	19,2	14,5	2,3	9,7	9,0	1,9	10,4	9,4	1,9
Vorleistungsgüterproduzenten ³⁾	24,4	16,4	-6,2	20,0	14,2	0,4	11,9	8,7	2,0	12,7	9,2	1,8
Investitionsgüterproduzenten	29,8	15,5	0,9	21,8	15,7	3,8	8,9	9,4	1,6	9,6	9,8	1,7
Gebrauchsgüterproduzenten	17,3	14,3	-0,0	10,6	6,7	0,5	4,4	7,6	-1,3	5,0	7,5	-1,1
Verbrauchsgüterproduzenten	20,7	x	2,3	13,0	x	3,8	8,2	x	4,3	8,8	x	4,2
Exportquote	34,1	35,5	33,9	29,4	30,6	30,9	43,5	44,7	44,3	41,9	43,1	42,8
Vorleistungsgüterproduzenten ³⁾	34,1	35,3	32,5	29,2	30,2	29,3	37,0	37,9	37,5	36,0	36,9	36,5
Investitionsgüterproduzenten	45,1	46,1	45,7	42,4	43,2	43,0	57,2	58,3	57,7	56,1	57,2	56,5
Gebrauchsgüterproduzenten	21,0	24,0	23,9	31,5	32,6	32,2	34,9	36,8	36,2	34,6	36,3	35,8
Verbrauchsgüterproduzenten	10,4	12,0	11,5	16,5	17,9	19,5	24,7	25,7	26,1	23,2	24,2	25,0

Prozent

1) 2006 Angaben auf Basis des Monatsberichts, ab 2007 zusammenfassende Ergebnisse auf Basis der im Rahmen des Monats- und Jahresberichts der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen erhobenen Merkmale gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003); Vorjahresvergleich 2006/2007 eingeschränkt

2) In einigen Klassen des Wirtschaftszweiges Ernährungsgewerbe und Tabakwaren, darunter u. a. bei der Fisch- und Kartoffelverarbeitung, der Herstellung von Spirituosen und Alkohol sowie der Mineralwasser-gewinnung und der Herstellung von Erfrischungsgetränken, wurde ab Berichtsjahr 2007 die zuvor gültige Sondererfassungsgrenze von "10 und mehr tätigen Personen" abgeschafft. Aufgrund der sich daraus ergebenden mangelnden Vergleichbarkeit der Angaben für 2006 und 2007 sind an entsprechender Stelle keine Veränderungsgraten ausgewiesen.

3) Vorleistungsgüterproduzenten einschließlich Energie

Tab. 2.15a Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾ (gemäß WZ 2008)

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder mit Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Gesamtumsatz	.	.	-15,4	.	.	-14,1	.	.	-18,8	.	.	-18,3
und zwar												
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	- 9,8	.	.	- 4,8	.	.	- 5,7
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	.	.	-15,3	.	.	-18,5	.	.	-17,6	.	.	-17,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ²⁾	.	.	-27,7	.	.	-25,1	.	.	-28,9	.	.	-28,5
Herstellung von DV-Geräten, ... ³⁾	.	.	-21,8	.	.	-19,4	.	.	-23,2	.	.	-22,5
Maschinenbau	.	.	-22,9	.	.	-18,0	.	.	-23,6	.	.	-23,2
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	.	.	-12,2	.	.	-17,6	.	.	-20,7	.	.	-20,5
Auslandsumsatz	.	.	-18,6	.	.	-17,0	.	.	-20,5	.	.	-20,2
darunter												
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	- 7,0	.	.	- 4,5	.	.	- 4,8
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	.	.	-15,3	.	.	-17,5	.	.	-17,6	.	.	-17,6
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ²⁾	.	.	-29,6	.	.	-27,7	.	.	-30,1	.	.	-29,8
Herstellung von DV-Geräten, ... ³⁾	.	.	-19,0	.	.	-31,4	.	.	-27,1	.	.	-27,8
Maschinenbau	.	.	-26,5	.	.	-16,5	.	.	-23,8	.	.	-23,4
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	.	.	-21,5	.	.	-26,5	.	.	-23,9	.	.	-24,0
Exportquote	.	34,8	33,5	.	32,0	30,9	.	45,1	44,2	.	43,7	42,7
darunter												
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	.	.	7,6	.	12,6	13,0	.	19,4	19,5	.	18,1	18,3
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	.	58,7	58,7	.	39,9	40,5	.	57,2	57,2	.	55,6	55,6
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ²⁾	.	21,7	21,2	.	27,7	26,8	.	35,3	34,8	.	34,5	33,8
Herstellung von DV-Geräten, ... ³⁾	.	46,0	47,7	.	48,0	40,9	.	55,8	52,9	.	54,5	50,9
Maschinenbau	.	49,4	47,0	.	46,7	47,5	.	59,1	58,9	.	58,2	58,0
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	.	51,9	46,4	.	46,4	41,4	.	60,3	57,8	.	59,5	56,9

Prozent

¹⁾ zusammengefasste Ergebnisse auf Basis der im Rahmen des Monats- und Jahresberichts der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen erhobenen Merkmale gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

²⁾ Metallerzeugung und -bearbeitung sowie Herstellung von Metallerzeugnissen

³⁾ Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen

Tab. 2.15b Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾ (gemäß WZ 2003)

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder mit Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2006	2007 ²⁾	2008	2006	2007 ²⁾	2008	2006	2007 ²⁾	2008	2006	2007 ²⁾	2008
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Gesamtumsatz und zwar	14,3	11,9	2,8	11,0	9,7	1,4	6,2	6,3	2,7	6,7	6,6	2,5
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	1,9	x	7,7	3,4	x	-6,5	3,2	x	5,5	3,2	x	2,9
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	21,2	17,8	0,5	13,1	16,1	4,3	5,4	6,0	1,3	6,1	7,1	1,6
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ³⁾	11,0	15,9	6,9	19,6	12,5	6,3	14,9	11,2	3,2	15,4	11,4	3,6
Maschinenbau	17,2	10,1	15,7	14,5	12,3	13,8	9,5	11,4	7,4	9,8	11,4	7,8
Herstellung von Büromaschinen, ... ⁴⁾	20,4	11,3	-1,0	8,5	8,2	1,7	7,6	2,4	-2,8	7,7	3,1	-2,2
Fahrzeugbau	20,0	13,5	-6,3	15,6	15,9	-1,0	5,7	6,8	1,1	6,3	7,4	0,9
Auslandsumsatz darunter	27,0	16,4	-1,7	19,3	14,5	2,2	9,7	9,0	1,9	10,3	9,4	1,9
Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	22,2	x	-5,8	12,5	x	5,4	8,6	x	9,4	9,1	x	8,8
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	29,2	19,0	-1,3	14,4	14,9	4,8	7,2	7,0	1,9	7,8	7,8	2,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ³⁾	11,4	21,7	4,4	27,8	16,3	3,8	16,9	11,8	1,8	17,8	12,2	2,0
Maschinenbau	19,1	12,5	23,9	20,8	13,4	17,6	10,8	13,7	6,5	11,2	13,7	7,0
Herstellung von Büromaschinen, ... ⁴⁾	30,9	12,4	-10,9	7,9	11,2	-2,8	10,1	1,2	-4,9	9,9	2,1	-4,7
Fahrzeugbau	37,5	15,5	-10,4	32,1	15,9	-2,0	7,9	9,9	0,4	9,0	10,2	0,2
Exportquote darunter	34,5	35,9	34,3	29,6	30,9	31,2	43,8	45,0	44,6	42,3	43,4	43,1
Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	5,9	7,5	6,6	9,2	10,3	11,6	16,5	17,2	17,9	15,0	15,7	16,6
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	56,9	57,5	56,4	49,6	49,0	49,3	54,9	55,4	55,8	54,3	54,7	55,0
Metallerzeugung und -bearbeitung, ... ³⁾	20,5	21,5	21,0	26,9	27,8	27,1	35,5	35,6	35,1	34,5	34,8	34,2
Maschinenbau	42,6	43,5	46,6	39,7	40,1	41,4	56,8	58,0	57,5	55,6	56,8	56,3
Herstellung von Büromaschinen, ... ⁴⁾	41,1	41,5	37,4	39,8	40,9	39,1	50,1	49,5	48,5	49,0	48,5	47,3
Fahrzeugbau	53,0	53,9	51,6	50,6	50,6	50,1	60,3	62,0	61,6	59,7	61,2	60,8

1) 2006 Angaben auf Basis des Monatsberichts, ab 2007 zusammengefasste Ergebnisse auf Basis der im Rahmen des Monats- und Jahresberichts der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen erhobenen Merkmale gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Vorjahresvergleich 2006/2007 eingeschränkt

2) In einigen Klassen des Wirtschaftszweiges Ernährungsgewerbe und Tabakwaren, darunter u. a. bei der Fisch- und Kartoffelverarbeitung, der Herstellung von Spirituosen und Alkohol sowie der Mineralwassergewinnung und der Herstellung von Erfrischungsgetränken, wurde ab Berichtsjahr 2007 die zuvor gültige Sondererfassungsgrenze von "10 und mehr tätigen Personen" abgeschafft. Aufgrund der sich daraus ergebenden mangelnden Vergleichbarkeit der Angaben für 2006 und 2007 sind an entsprechender Stelle keine Veränderungsdaten ausgewiesen.

3) Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen

4) Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik; Feinmechanik und Optik

Tab. 2.16 Baugewerbe

Merkmal	Sachsen			Neue Länder mit Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
	Bauhauptgewerbe¹⁾											
Betriebe²⁾	-1,4	-4,8	-3,6	-1,7	-2,8	-3,0	-0,4	-0,4	-1,1	-0,8	-1,1	-1,6
Tätige Personen²⁾	-0,2	-3,4	-0,2	1,4	-2,8	-0,3	1,9	0,6	0,1	1,8	-0,3	-0,0
Gesamtumsatz	-2,7	1,1	-2,6	-1,8	3,4	-1,7	1,1	8,3	-4,7	0,4	7,2	-4,0
darunter baugewerblicher Umsatz und zwar	-2,8	1,1	-2,4	-1,8	3,4	-1,5	1,1	8,5	-4,7	0,4	7,3	-4,0
Hochbau	-0,3	6,9	-6,9	1,4	7,3	-4,6	0,2	9,1	-7,6	0,4	8,7	-7,1
Tiefbau	-4,6	-3,2	1,2	-4,3	0,3	1,1	2,2	7,8	-0,9	0,4	5,8	-0,4
Wohnungsbau	-4,2	0,4	-13,3	-0,1	8,7	-10,2	-10,4	-2,7	-4,6	-8,7	-0,7	-5,7
Wirtschaftsbau	-2,2	2,7	-5,1	-0,5	3,8	-3,4	5,3	14,6	-11,2	3,9	12,2	-9,6
Öffentlicher Bau und Straßenbau	-3,2	-0,6	2,7	-3,5	1,4	3,0	2,2	6,3	3,9	0,7	5,1	3,7
darunter Straßenbau	-1,0	-9,3	1,8	-7,5	-1,2	6,4	2,8	9,4	3,0	-0,1	6,6	3,8
	Ausbaugewerbe¹⁾											
Betriebe²⁾	-1,1	1,8	3,1	-1,3	2,9	0,7	-0,8	6,8	1,7	-0,9	5,9	1,5
Tätige Personen²⁾	2,2	2,0	3,7	4,6	3,9	2,7	5,2	6,3	2,8	5,1	5,8	2,8
Gesamtumsatz	1,5	8,8	6,6	1,3	10,0	5,0	2,6	13,6	3,4	2,4	12,9	3,7
darunter ausbaugewerblicher Umsatz	1,5	9,0	7,5	1,7	10,2	4,9	3,1	14,0	1,7	2,9	13,3	2,3

1) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen

2) Jahresdurchschnittsangaben

Tab. 2.17 Energie- und Wasserversorgung

Merkmal	Sachsen						Deutschland					
	Absolutwerte			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			Absolutwerte			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
Unternehmen												
Unternehmen¹⁾ (Anzahl)	136	138	140	0,7	1,5	1,4	3 322	3 305	3 359	0,2	-0,5	1,6
Elektrizitätsversorgung	43	46	51	4,9	7,0	10,9	979	994	1 055	2,0	1,5	6,1
Gasversorgung	14	14	16	-	-	14,3	267	257	269	0,4	-3,7	4,7
Wärmeversorgung	33	32	28	-	-3,0	-12,5	215	217	218	-1,8	0,9	0,5
Wasserversorgung	46	46	45	-2,1	-	-2,2	1 861	1 837	1 817	-0,5	-1,3	-1,1
Beschäftigte¹⁾ (Anzahl)	14 882	14 665	14 487	-3,5	-1,5	-1,2	277 710	276 226	272 464	-2,1	-0,5	-1,4
Elektrizitätsversorgung	9 367	9 263	9 134	-5,3	-1,1	-1,4	207 700	207 522	204 061	-1,0	-0,1	-1,7
Gasversorgung	1 711	1 613	1 647	5,4	-5,7	2,1	22 838	21 511	21 314	-0,5	-5,8	-0,9
Wärmeversorgung	313	302	270	-31,1	-3,5	-10,6	5 602	5 668	5 526	-40,0	1,2	-2,5
Wasserversorgung	3 491	3 487	3 436	1,2	-0,1	-1,5	41 570	41 525	41 563	-0,3	-0,1	0,1
Umsätze²⁾ (Mill. €)	11 067	13 691	14 857	12,1	23,7	8,5	225 395	267 617	298 905	15,5	18,7	11,7
Elektrizitätsversorgung	5 601	6 897	8 771	13,2	23,1	27,2	162 005	191 714	225 769	15,2	18,3	17,8
Gasversorgung	4 643	5 967	5 289	13,7	28,5	-11,4	51 708	63 195	60 522	21,7	22,2	-4,2
Wärmeversorgung	98	103	76	-26,4	5,4	-26,2	3 086	3 699	3 618	-16,8	19,9	-2,2
Wasserversorgung	725	724	721	2,5	-0,1	-0,4	8 596	9 009	8 996	2,5	4,8	-0,1
Investitionen (Mill. €)	584	540	534	2,9	-7,5	-1,1	9 743	10 389	10 655	1,8	6,6	2,6
Elektrizitätsversorgung	260	250	269	0,9	-4,0	7,6	6 095	6 534	6 964	7,0	7,2	6,6
Gasversorgung	65	65	50	0,2	-0,1	-23,1	996	1 039	1 151	0,2	4,3	10,8
Wärmeversorgung	5	4	6	-62,2	-17,0	50,0	303	330	253	-21,1	8,9	-23,3
Wasserversorgung	254	221	208	9,5	-12,9	-5,9	2 348	2 486	2 287	-6,2	5,9	-8,0

1) Jahresdurchschnittsangaben

2) ohne Umsatzsteuer und Stromsteuer

Tab. 2.18 Binnenhandel und Gastgewerbe¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen					Deutschland						
	2007	2008	2009 ²⁾	2007	2008	2009 ²⁾	2007	2008	2009 ²⁾	2007	2008	2009 ²⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
	2005 = 100	2005 = 100	2005 = 100	2005 = 100	2005 = 100	2005 = 100	2005 = 100	2005 = 100	2005 = 100	2005 = 100	2005 = 100	2005 = 100
	Umsatz (in jeweiligen Preisen)											
Handel mit Kraftfahrzeugen, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	95,8	95,1	101,0	-11,0	-0,7	6,2	100,3	96,1	97,1	-6,1	-4,2	1,0
darunter Handel mit Kraftwagen	94,1	91,1	99,1	-12,1	-3,2	8,8	100,5	95,2	98,9	-7,2	-5,3	3,9
Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	107,1	110,8	97,1	1,6	3,5	-12,4	109,3	118,3	99,5	2,4	8,2	-15,9
darunter												
Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	102,0	102,1	95,3	-1,9	0,1	-6,7	100,0	109,1	100,1	-2,0	9,1	-8,2
Großhandel mit Verbrauchs- und Verbrauchsgütern	112,2	108,3	92,5	7,7	-3,5	-14,6	106,7	109,5	98,9	3,0	2,6	-9,7
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	97,7	102,3	100,6	-4,1	4,7	-1,7	99,4	101,7	98,8	-1,6	2,3	-2,9
darunter												
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ³⁾	95,2	98,7	95,2	-6,4	3,7	-3,5	99,4	100,1	97,9	-0,6	0,7	-2,2
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren ³⁾	99,6	115,1	114,4	1,0	15,6	-0,6	97,4	96,5	93,3	-2,6	-0,9	-3,3
Einzelhandel mit sonstigen Gütern ³⁾	103,0	104,7	105,2	0,2	1,7	0,5	102,1	104,2	104,5	0,1	2,1	0,3
Gastgewerbe	102,9	100,8	92,9	-1,8	-2,0	-7,8	100,9	100,5	95,7	-0,6	-0,4	-4,8
davon												
Beherbergung	110,6	106,7	95,3	0,5	-3,5	-10,7	105,0	105,6	99,0	1,0	0,6	-6,3
Gastronomie	96,3	95,6	90,3	-3,8	-0,7	-5,5	98,4	97,5	93,7	-1,5	-0,9	-3,9
	Beschäftigte											
Handel mit Kraftfahrzeugen, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	96,4	98,8	93,5	-0,9	2,5	-5,4	99,7	97,7	94,8	-0,1	-2,0	-3,0
Vollbeschäftigte	96,4	98,4	93,4	-0,5	2,1	-5,1	99,5	97,2	94,1	0,0	-2,3	-3,2
Teilzeitbeschäftigte	96,0	101,8	93,5	-4,4	6,0	-8,2	101,0	100,4	98,2	-0,8	-0,6	-2,2
Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	94,8	94,7	91,1	-2,1	-0,1	-3,8	100,4	101,1	98,1	0,9	0,7	-3,0
Vollbeschäftigte	94,7	95,1	90,8	-2,5	0,4	-4,5	99,9	101,0	98,0	0,8	1,1	-3,0
Teilzeitbeschäftigte	95,2	91,9	92,5	0,2	-3,5	0,7	102,7	103,1	99,7	2,0	0,4	-3,3
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	99,2	101,7	100,6	0,6	2,5	-1,1	99,2	99,0	97,8	0,1	-0,2	-1,2
Vollbeschäftigte	96,8	98,7	97,9	-0,4	2,0	-0,8	97,4	96,6	94,7	-0,6	-0,8	-2,0
Teilzeitbeschäftigte	100,7	103,6	102,3	1,2	2,9	-1,3	100,5	100,7	100,1	0,5	0,2	-0,6
Gastgewerbe	101,6	100,3	95,4	-0,1	-1,3	-4,9	100,1	99,2	98,4	0,2	-0,9	-0,8
Vollbeschäftigte	101,4	101,0	93,9	1,6	-0,4	-7,0	97,6	88,0	84,1	-0,9	-9,8	-4,4
Teilzeitbeschäftigte	102,0	99,4	97,9	-2,1	-2,5	-1,5	102,2	101,9	103,9	1,2	-0,3	2,0

1) Messzahlen zum Berechnungsstand Mai 2010; Basis ist der Monatsdurchschnitt 2005

2) vorläufige Ergebnisse

3) in Verkaufsräumen

Tab. 2.19 Ausgewählte Dienstleistungsbereiche ¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen					Deutschland						
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
	Absolutwerte			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			Absolutwerte			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
	Umsatz (in jeweiligen Preisen) in Mill. €											
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	7 832	7 835	8 161	3,8	0,0	4,2	294 333	309 326	329 306	6,9	5,1	6,5
Landverkehr, Transport in Rohrleitungen	2 933	3 064	3 017	18,6	4,5	-1,5	60 096	63 303	65 895	7,8	5,3	4,1
Schifffahrt	13	33	12	-52,6	161,2	-64,7	19 697	26 594	30 377	8,8	35,0	14,2
Luftfahrt	59	51	123	1,5	-13,6	143,6	14 445	15 123	16 444	22,8	4,7	8,7
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung	1 940	1 933	2 189	6,6	-0,4	13,2	94 647	101 195	114 261	7,6	6,9	12,9
Nachrichtenübermittlung	2 887	2 755	2 821	-8,9	-4,6	2,4	105 447	103 112	102 329	3,7	-2,2	-0,8
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen,	11 911	12 938	14 121	8,0	8,6	9,1	405 580	446 520	474 012	7,3	10,1	6,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	3 830	4 097	4 106	5,3	7,0	0,2	100 304	111 008	112 040	6,2	10,7	0,9
Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	526	544	586	-12,5	3,5	7,6	29 627	31 666	32 243	9,8	6,9	1,8
Datenverarbeitung und Datenbanken	1 146	1 276	1 467	13,6	11,3	15,0	61 608	63 657	68 306	5,3	3,3	7,3
Forschung und Entwicklung	361	351	401	15,1	-2,7	14,1	7 884	7 893	8 905	15,6	0,1	12,8
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	6 048	6 669	7 561	10,5	10,3	13,4	206 157	232 296	252 518	7,8	12,7	8,7
	Tätige Personen²⁾											
Verkehr und Nachrichtenübermittlung davon in Unternehmen/ Einrichtungen mit Umsatz	95 753	94 116	92 009	3,7	-1,7	-2,2	1 899 998	1 966 274	2 016 295	2,8	3,5	2,5
bis 250 000 €	152 770	156 877	159 539	-2,1	2,7	1,7
von 250 000 € und mehr	1 747 228	1 809 397	1 856 755	3,2	3,6	2,6
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, ... ³⁾ davon in Unternehmen/ Einrichtungen mit Umsatz	197 151	213 603	226 190	1,4	8,3	5,9	4 130 533	4 463 166	4 756 402	3,8	8,1	6,6
bis 250 000 €	780 412	824 762	847 366	4,6	5,7	2,7
von 250 000 € und mehr	3 350 121	3 638 404	3 909 036	3,6	8,6	7,4

1) Wirtschaftsabschnitt I: Verkehr- und Nachrichtenübermittlung, Wirtschaftsabschnitt K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g.

2) Stichtag: 30. September

3) Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g.

Tab. 2.20 Arbeitsmarkt ¹⁾

Merkmal	Sachsen			Neue Länder mit Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Arbeitslose insgesamt	-13,2	-13,4	-0,5	-12,8	-13,0	-1,8	-17,3	-13,7	8,2	-15,8	-13,5	4,8
und zwar												
weiblich	-10,6	-15,1	-8,4	-10,6	-14,2	-8,0	-14,0	-14,8	-0,1	-12,9	-14,6	-2,8
im Alter von unter 20 Jahren	-22,6	-18,4	-15,2	-21,8	-18,5	-12,1	-24,4	-20,3	2,9	-23,6	-19,8	-1,8
im Alter von unter 25 Jahren	-18,7	-14,0	-1,7	-18,9	-14,4	-1,6	-24,7	-17,0	18,0	-22,7	-16,1	10,9
im Alter von 55 Jahren und mehr	-8,0	-7,4	15,9	-9,4	-6,3	13,6	-19,6	-11,9	17,4	-16,3	-10,0	16,0
Langzeitarbeitslose²⁾	-10,6	-19,6	-18,4	-12,8	-19,2	-18,2	-20,4	-22,2	-11,1	-17,9	-21,2	-13,7
Kurzarbeiter³⁾	18,8	37,7	699,3	27,3	30,2	610,5	-4,0	54,5	1 122,2	2,0	48,6	1 025,3
Bestand an gemeldeten Stellen	-0,7	-14,4	-10,8	3,3	-14,8	-2,5	13,5	-4,6	-17,0	10,1	-8,5	-14,6
Teilnehmer an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung ²⁾	-6,6	17,6	30,8	2,1	15,2	25,5	0,0	15,0	27,6	0,7	15,1	27,0
Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ²⁾	-6,9	1,3	-57,7	-13,1	3,8	-62,6	-3,9	-21,4	-47,1	-11,2	-2,0	-59,7
Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten ^{2) 4)}	-17,6	1,0	3,9	-11,4	-1,8	3,2	2,1	-5,6	-0,4	-4,3	-3,9	1,2
Beschäftigungsbegleitende Leistungen ²⁾	-10,5	-10,8	-6,2	- 9,6	- 9,9	-3,2	-7,9	-3,9	1,3	-8,5	-6,1	-0,2
	%											
Arbeitslosenquote insgesamt⁵⁾	14,7	12,8	12,9	15,1	13,1	13,0	7,5	6,4	6,9	9,0	7,8	8,2
männlich	13,6	12,2	13,2	14,5	12,9	13,5	7,0	6,1	7,1	8,5	7,5	8,4
weiblich	15,9	13,6	12,6	15,6	13,4	12,4	8,0	6,8	6,8	9,6	8,2	7,9

1) Jahresdurchschnittsangaben (Stand Mai 2010); Berechnung auf der Grundlage der Daten zur Monatsmitte

2) Daten entsprechend der Angaben aus dem IT-Fachverfahren der BA; ohne Daten zugelassener kommunaler Träger

3) Aufgrund gesetzlicher Änderungen ist die Vergleichbarkeit von 2008 zu 2009 nicht oder nur sehr eingeschränkt gegeben.

4) Seit Jahresbeginn 2009 können Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur noch im Rechtskreis SGB III durchgeführt werden. Insofern ist der Vorjahresvergleich nur bedingt aussagekräftig.

5) bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA)

Tab. 2.21 Unternehmen¹⁾ nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsbereichen

Beschäftigtengrößenklasse Wirtschaftsbereich	Sachsen		Neue Länder ohne Berlin		Alte Länder ohne Berlin		Deutschland	
	Anzahl	Anteil an insgesamt in %	Anzahl	Anteil an insgesamt in %	Anzahl	Anteil an insgesamt in %	Anzahl	Anteil an insgesamt in %
Insgesamt und zwar	170 705	100,0	508 709	100,0	2 928 056	100,0	3 591 265	100,0
Unternehmen mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten								
0 - 9	155 299	91,0	461 844	90,8	2 679 360	91,5	3 284 885	91,5
10 - 49	12 340	7,2	37 362	7,3	195 706	6,7	241 603	6,7
50 - 249	2 601	1,5	8 177	1,6	43 066	1,5	53 077	1,5
250 und mehr	465	0,3	1 326	0,3	9 924	0,3	11 700	0,3
Produzierendes Gewerbe darunter	43 407	25,4	126 484	24,9	541 016	18,5	687 509	19,1
Verarbeitendes Gewerbe	14 134	8,3	37 589	7,4	225 359	7,7	268 451	7,5
Baugewerbe	27 930	16,4	83 644	16,4	285 871	9,8	383 564	10,7
Dienstleistungsbereiche²⁾ davon	127 298	74,6	382 225	75,1	2 387 040	81,5	2 903 756	80,9
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	33 342	19,5	103 157	20,3	604 647	20,7	733 772	20,4
Verkehr und Lagerei	6 516	3,8	20 927	4,1	103 613	3,5	129 388	3,6
Gastgewerbe	10 556	6,2	37 478	7,4	220 578	7,5	268 347	7,5
Information und Kommunikation	3 737	2,2	11 972	2,4	111 651	3,8	132 486	3,7
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3 457	2,0	9 447	1,9	55 099	1,9	67 182	1,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	9 930	5,8	28 196	5,5	261 065	8,9	302 211	8,4
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaft- lichen und technischen Dienstleistungen	19 097	11,2	53 365	10,5	389 292	13,3	471 155	13,1
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	9 351	5,5	24 913	4,9	127 944	4,4	160 749	4,5
Erziehung und Unterricht	2 525	1,5	8 987	1,8	57 696	2,0	69 646	1,9
Gesundheits- und Sozialwesen	12 282	7,2	37 565	7,4	182 283	6,2	231 381	6,4
Kunst, Unterhaltung und Erholung	4 152	2,4	11 454	2,3	80 509	2,7	100 603	2,8
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	12 353	7,2	34 764	6,8	192 663	6,6	236 836	6,6

1) am 30. September 2009 im Unternehmensregister aktive Unternehmen mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2007
gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

2) ohne die Wirtschaftsklassifikation O (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung) sowie T (private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt)

Tab. 2.22 Gewerbeanmeldungen ¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Insgesamt	-10,7	1,3	-2,3	- 9,7	-0,9	-0,5	-2,8	-1,6	4,1	-3,8	-1,8	3,7
und zwar												
Neuerichtungen	-12,5	0,7	-2,9	-11,0	-1,6	-0,8	-3,6	-2,0	5,0	-4,7	-2,2	4,4
darunter												
Betriebsgründungen	- 9,6	-0,9	-1,3	-8,5	-3,2	0,2	-4,8	-2,7	3,6	-5,2	-2,9	3,0
sonstige Neuerichtungen	-14,0	2,1	-3,8	-12,4	-0,5	-1,8	-3,4	-1,8	5,0	-4,7	-2,0	4,4
Land- u. Forstwirtschaft	.	.	6,9	.	.	5,9	.	.	1,6	.	.	2,3
Verarbeitendes Gewerbe	.	.	-18,1	.	.	-10,0	.	.	4,4	.	.	3,8
Baugewerbe	.	.	7,1	.	.	2,3	.	.	9,5	.	.	8,7
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	.	.	-1,3	.	.	-0,4	.	.	1,9	.	.	1,5
Verkehr und Lagerei	.	.	-4,7	.	.	-12,1	.	.	-5,7	.	.	-6,0
Gastgewerbe	.	.	-2,3	.	.	-0,5	.	.	2,5	.	.	2,6
Information und Kommunikation	.	.	-10,1	.	.	-6,0	.	.	-1,8	.	.	-2,4
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	.	.	-17,2	.	.	-6,8	.	.	-3,1	.	.	-3,8
Grundstücks- und Wohnungswesen	.	.	-7,9	.	.	-4,2	.	.	-2,9	.	.	-3,6
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	.	.	-6,5	.	.	-0,5	.	.	0,2	.	.	0,3
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	.	.	-4,5	.	.	-0,6	.	.	7,5	.	.	5,6
Kunst, Unterhaltung und Erholung	.	.	-1,9	.	.	1,4	.	.	-1,6	.	.	0,3
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	.	.	1,4	.	.	-2,2	.	.	2,7	.	.	4,0
übrige Wirtschaftsbereiche ²⁾	.	.	18,6	.	.	19,1	.	.	25,5	.	.	25,2

¹⁾ Daten nach Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

²⁾ B - Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, D - Energieversorgung, E - Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen, P - Erziehung und Unterricht sowie Q - Gesundheits- und Sozialwesen

Tab. 2.23 Gewerbeabmeldungen¹⁾

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen		Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland			
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Insgesamt	-0,8	5,0	-4,4	-0,2	2,5	-3,6	-0,1	3,7	-0,3	-0,1	3,3	-0,5
und zwar												
Aufgabe	-1,9	5,0	-5,9	-0,3	2,7	-5,0	-0,9	4,6	-0,6	-0,7	4,0	-0,9
darunter												
Betriebsaufgabe	-7,3	2,8	-2,9	-3,5	-0,3	-0,3	-4,9	4,4	2,3	-4,4	3,0	2,1
sonstige Stilllegungen	0,1	6,8	-7,3	0,8	4,3	-7,5	0,4	4,7	-1,7	0,5	4,4	-2,2
Land- u. Forstwirtschaft	.	.	-3,3	.	.	-0,8	.	.	3,7	.	.	3,4
Verarbeitendes Gewerbe	.	.	-6,6	.	.	-4,1	.	.	2,4	.	.	2,8
Baugewerbe	.	.	-11,1	.	.	-8,0	.	.	-1,9	.	.	-2,8
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	.	.	-4,1	.	.	-4,2	.	.	-2,0	.	.	-2,0
Verkehr und Lagerei	.	.	-3,0	.	.	-1,5	.	.	-2,5	.	.	-2,2
Gastgewerbe	.	.	-9,2	.	.	-6,2	.	.	-3,8	.	.	-3,5
Information und Kommunikation	.	.	-8,9	.	.	-6,5	.	.	-2,6	.	.	-3,5
Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	.	.	9,5	.	.	0,2	.	.	-3,0	.	.	-2,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	.	.	-0,1	.	.	-0,7	.	.	2,9	.	.	3,3
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	.	.	-1,1	.	.	-0,1	.	.	2,6	.	.	1,9
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	.	.	-4,4	.	.	-2,5	.	.	5,0	.	.	3,3
Kunst, Unterhaltung und Erholung	.	.	-10,3	.	.	-5,4	.	.	3,7	.	.	3,4
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	.	.	-5,5	.	.	-2,0	.	.	1,0	.	.	1,9
übrige Wirtschaftsbereiche ²⁾	.	.	5,5	.	.	1,9	.	.	2,8	.	.	3,6

1) Daten nach Gliederung der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

2) B - Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, D - Energieversorgung, E - Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen, P - Erziehung und Unterricht sowie Q - Gesundheits- und Sozialwesen

Tab. 2.24 Insolvenzen

Merkmal Wirtschaftsbereich	Sachsen		Neue Länder ohne Berlin		Alte Länder ohne Berlin		Deutschland			
	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
Insgesamt	2,4	-10,1	2,9	-11,3	3,5	-3,3	5,2	2,0	-5,7	5,0
und zwar										
eröffnete Verfahren	5,0	-11,0	1,2	-12,0	3,0	4,0	5,4	4,0	-5,7	5,0
mangels Masse abgewiesene Verfahren	-14,8	-3,2	17,7	-5,2	10,6	-13,5	5,5	-15,4	-8,3	6,8
Schuldenbereinigungsplan	-12,5	22,9	-32,6	3,1	-5,7	-7,5	-5,3	-6,9	11,3	-5,6
Unternehmen (einschl. Kleingewerbe)¹⁾	-17,9	1,9	5,0	-1,8	9,6	-13,9	12,1	-14,6	0,4	11,6
darunter										
Verarbeitendes Gewerbe	.	13,4	13,9	-6,3	32,5	.	43,0	.	-4,0	40,5
Baugewerbe	.	-14,4	2,2	-14,9	1,8	.	1,4	.	-5,5	1,5
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	.	13,8	-8,0	7,2	4,2	.	11,2	.	1,1	9,9
Verkehr und Lagerei	.	11,0	34,1	19,4	44,4	.	19,7	.	13,0	22,4
Gastgewerbe	.	11,8	-6,1	1,0	-2,1	.	0,5	.	0,2	-0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	.	-31,1	7,8	-20,0	-0,6	.	18,1	.	-8,1	18,3
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	.	1,7	-8,9	6,0	0,2	.	17,6	.	0,1	14,8
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	.	27,0	20,6	36,4	21,8	.	18,4	.	20,8	17,7
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	.	11,8	14,5	-3,7	20,5	.	-1,2	.	0,9	0,9
Private Personen, Nachlässe	8,9	-13,0	2,4	-13,0	2,3	6,7	-4,3	6,4	-7,0	3,4
darunter										
übrige Verbraucher	14,1	-13,3	-1,4	-13,0	2,5	8,5	3,2	9,0	-6,7	3,0
ehemals selbständig Tätige ²⁾	-5,7	-20,7	2,8	-11,2	-0,5	4,5	-0,5	-0,2	-7,3	0,5
ehemals selbständig Tätige ³⁾	0,3	-13,6	-5,0	-11,6	-2,8	2,2	4,8	0,2	-7,6	3,7

1) ab Januar 2008 nach Gliederung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) mit Rückrechnung für 2007

2) die ein Verbraucherinsolvenzverfahren durchlaufen

3) die ein Regelinsolvenzverfahren durchlaufen

Tab. 2.25 Ausfuhr (Spezialhandel)

Merkmal	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2007	2008 ¹⁾	2009 ¹⁾	2007	2008	2009 ¹⁾	2007	2008	2009 ¹⁾	2007	2008	2009 ¹⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Insgesamt²⁾	19,6	-1,0	-15,8	17,7	7,3	-16,2	7,8	1,6	-18,2	8,1	2,0	-17,9
nach Warengruppen												
Ernährungswirtschaft	17,8	-0,9	-4,6	14,2	19,0	-2,4	14,0	13,0	-9,5	13,2	12,8	-8,9
Gewerbliche Wirtschaft	19,8	-3,4	-16,2	17,9	7,3	-20,2	7,6	1,5	-21,5	7,9	2,0	-21,2
Rohstoffe	9,8	-11,9	28,9	2,9	10,3	-7,6	16,2	-12,7	-26,4	2,7	5,2	-26,0
Halbwaren	30,7	0,7	-20,0	16,2	4,8	-25,9	8,7	8,3	-31,3	8,9	7,8	-31,6
Fertigwaren	19,2	-3,6	-16,2	18,3	7,5	-19,8	7,4	1,2	-20,7	7,9	1,6	-20,4
Vorzeugnisse	13,3	0,4	-22,5	10,0	4,6	-20,0	5,4	1,4	-26,5	5,8	2,1	-26,0
Enderzeugnisse	20,2	-4,2	-15,2	20,8	8,3	-19,7	7,8	1,1	-19,6	8,2	1,5	-19,4
nach Ländern												
EU-Länder³⁾	24,3	-6,1	-14,4	21,5	4,4	-18,5	12,6	-0,7	-19,5	12,3	-0,2	-18,3
darunter												
Polen	40,4	20,6	-14,3	25,9	23,5	-23,5	23,8	8,0	-22,3	24,7	12,6	-22,4
Italien	51,3	-6,2	-12,6	23,8	-4,3	-16,4	8,6	-3,5	-19,2	8,7	-3,9	-17,7
Frankreich	18,5	-3,0	-10,3	33,4	10,2	-11,9	6,6	2,5	-13,4	7,8	2,2	-12,6
Tschechische Republik	16,2	0,8	-17,4	21,5	6,8	-15,4	15,1	5,5	-21,1	16,0	5,8	-18,0
Spanien	31,0	-24,6	-9,6	32,0	-6,1	-23,2	12,2	-12,1	-26,9	14,0	-10,4	-26,7
Niederlande	12,8	2,9	8,6	11,3	2,6	-14,1	13,9	4,8	-19,0	11,4	4,5	-17,7
Vereinigtes Königreich	10,9	-18,9	-15,6	12,8	-6,7	-13,9	8,4	-8,9	-18,4	7,8	-8,0	-17,2
Österreich	14,0	-0,9	-3,9	11,1	8,2	-18,8	7,9	3,6	-12,8	6,7	3,6	-11,8
Belgien	2,3	-4,5	-23,8	1,1	13,1	-24,6	12,3	-4,9	-17,1	8,5	-1,5	-15,6
Ungarn	18,2	-4,3	-19,6	12,6	0,2	-18,5	8,7	1,6	-34,7	7,9	0,4	-31,3
Schweden	25,2	-9,4	-20,6	33,9	-9,9	-14,7	14,0	-7,2	-24,0	14,4	-6,5	-21,0
Dänemark	11,1	-12,6	26,4	4,6	11,3	-5,7	10,0	3,7	-20,6	7,5	3,7	-17,1
Finnland	14,9	-23,5	-55,8	11,1	-0,8	-43,0	20,0	-2,2	-25,5	11,5	-6,3	-26,4
Volksrepublik China	41,5	26,1	3,6	25,9	20,1	7,5	6,9	13,0	8,2	8,8	13,9	7,0
Vereinigte Staaten	-3,5	-5,4	-33,8	0,1	9,4	-15,4	-7,4	-4,1	-21,9	-6,0	-2,6	-24,6
Malaysia	34,0	-17,1	-28,1	30,4	-15,5	-25,7	5,3	7,0	-13,6	13,6	-5,3	-18,1
Russische Föderation	33,9	34,8	-41,9	28,0	40,1	-37,7	21,5	14,4	-36,3	20,5	14,7	-36,6
Japan	6,9	10,9	-0,7	2,1	15,0	-17,8	-6,8	-3,5	-15,3	-6,2	-2,2	-15,3

1) vorläufige Ergebnisse

2) einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen

3) jeweils einschließlich Beitrittsländer

Tab. 2.26 Einfuhr (Generalhandel)

Merkmal	Sachsen		Neue Länder ohne Berlin		Alte Länder ohne Berlin		Deutschland				
	2007	2008 ¹⁾	2007	2008	2007	2008	2007	2008			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
Insgesamt²⁾	8,1	3,3	11,2	9,1	-17,7	4,0	4,4	-16,2	4,9	4,8	-16,5
nach Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	7,5	1,3	18,6	11,1	-8,4	9,9	8,5	-9,3	10,3	8,4	-9,1
Gewerbliche Wirtschaft	8,1	-1,8	10,5	9,4	-23,7	3,7	4,7	-21,6	4,6	5,1	-21,5
Rohstoffe	1,8	26,6	-20,2	20,8	-28,8	-4,5	32,0	-33,5	-3,9	30,3	-32,9
Halbwaren	2,2	4,3	-37,1	8,4	-39,0	5,3	11,6	-36,1	5,9	11,2	-36,5
Fertigwaren	9,4	-5,2	-4,8	5,3	-19,2	4,7	0,2	-17,5	5,7	0,8	-17,4
Vorzeugnisse	16,7	0,4	-21,5	15,2	-31,9	14,2	-0,7	-29,5	15,0	0,5	-29,4
Enderzeugnisse	8,0	-6,4	-1,0	2,3	-14,9	3,1	0,4	-15,1	4,0	0,9	-15,0
nach Ländern											
EU-Länder³⁾	7,9	5,2	15,8	4,7	-13,3	7,1	2,3	-14,7	7,6	2,5	-14,8
darunter											
Tschechische Republik	1,3	12,0	0,7	8,6	-0,9	20,7	5,8	-10,8	18,3	6,5	-9,6
Polen	30,0	13,5	-27,5	5,3	-12,5	13,1	6,8	-11,8	13,3	7,6	-12,0
Österreich	24,5	-13,5	0,2	-6,8	-7,3	4,7	4,2	-12,4	5,9	3,4	-12,3
Frankreich	4,7	9,1	-32,8	3,3	-17,8	0,4	0,7	-13,3	1,2	0,8	-13,9
Italien	9,6	-2,2	-19,8	-0,6	-16,0	7,6	5,0	-15,2	7,8	4,8	-15,3
Niederlande	1,9	2,9	-21,0	10,3	-17,0	1,1	9,9	-14,3	2,0	9,7	-14,6
Belgien	2,8	11,6	-4,4	11,0	-9,1	8,1	1,0	-20,7	8,5	1,0	-20,2
Spanien	0,5	10,1	-10,4	5,5	-10,4	3,9	-1,4	-6,7	4,3	0,1	-7,0
Vereinigtes Königreich	-6,9	-5,5	-16,8	0,5	-24,3	2,9	-0,6	-20,0	2,8	-0,8	-20,4
Ungarn	2,2	5,7	-30,6	3,3	-24,3	10,8	-3,3	-15,8	10,2	-2,8	-16,1
Dänemark	-1,2	-11,0	77,8	-2,9	-14,2	1,8	10,0	-12,1	3,6	8,5	-12,3
Schweden	10,7	1,1	-5,1	-7,1	-21,1	4,1	-3,1	-23,1	8,4	-2,2	-23,8
Finnland	7,5	-12,5	31,3	44,2	-37,7	5,8	-11,0	-30,5	-1,2	-6,4	-31,3
Vereinigte Staaten	2,5	-29,8	92,5	9,7	15,5	-7,5	1,3	-14,2	-6,2	1,1	-14,3
Russische Föderation	3,5	19,9	-30,3	-2,7	-29,1	-5,1	33,2	-34,4	-3,7	28,5	-32,8
Japan	9,7	-16,5	-9,0	37,6	-12,9	-1,4	-3,5	-23,1	1,6	-4,1	-23,4
Volksrepublik China	25,3	33,0	-11,7	25,3	-34,6	11,5	6,0	-9,1	13,0	8,0	-9,7
Malaysia	57,2	-49,3	39,6	11,8	-34,2	6,1	6,5	-8,9	8,8	2,8	-12,7

1) vorläufige Ergebnisse

2) einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen

3) jeweils einschließlich Beitrittsländer

Tab. 2.27 Verbraucherpreisindex - Indizes und Jahresteuerraten nach Haupt- und ausgewählten Gütergruppen

Index Indexgruppe	Sachsen						Deutschland						
	Wägungs- anteil am Gesamtindex			Jahresteuerrate			Index			Jahresteuerrate			
	Promille			%			2005 = 100			%			
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009	
Gesamtindex	104,8	107,7	108,1	2,6	2,8	0,4	103,9	106,6	107,0	2,3	2,6	0,4	
ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel ¹⁾	103,7	105,8	107,0	2,4	2,0	1,1	102,8	104,6	105,8	2,1	1,8	1,1	
ohne administrierte Preise	104,9	107,9	107,9	2,7	2,9	0,0	103,7	106,4	106,4	2,2	2,6	0,0	
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	108,0	115,7	114,3	4,7	7,1	-1,2	105,9	112,3	110,9	3,8	6,0	-1,2	
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	38,99	107,0	112,4	3,3	2,6	2,4	106,4	108,4	111,3	3,3	1,9	2,7	
Bekleidung und Schuhe	48,88	111,6	114,0	117,0	6,1	2,2	100,7	101,4	102,8	1,3	0,7	1,4	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	308,00	104,2	107,1	107,0	1,7	2,8	-0,1	104,9	108,5	108,9	1,9	3,4	0,4
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie d. Instandhaltung	55,87	105,1	107,3	109,5	3,2	2,1	2,1	101,0	102,5	104,2	1,2	1,5	1,7
Gesundheitspflege	40,27	102,6	104,7	105,5	0,9	2,0	0,8	101,3	103,0	104,0	0,8	1,7	1,0
Verkehr	131,90	107,5	111,1	109,1	4,4	3,3	-1,8	106,9	110,5	108,3	3,8	3,4	-2,0
Nachrichtenübermittlung	31,00	94,9	91,8	89,8	-1,1	-3,3	-2,2	94,9	91,8	89,8	-1,1	-3,3	-2,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	115,68	100,9	101,5	103,7	1,0	0,6	2,2	99,8	99,8	101,4	0,3	0,0	1,6
Bildungswesen	7,40	104,0	108,3	101,6	2,7	4,1	-6,2	126,9	137,9	132,3	25,0	8,7	-4,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	43,99	104,5	107,2	109,0	3,3	2,6	1,7	104,0	106,3	108,7	2,8	2,2	2,3
Andere Waren und Dienstleistungen	74,47	104,3	106,8	108,6	2,9	2,4	1,7	103,7	105,9	107,5	2,6	2,1	1,5
Kraftfahrpreisindex	122,39	107,4	110,9	108,4	4,5	3,3	-2,3	107,0	110,3	107,6	4,0	3,1	-2,4
Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe)	95,19	114,2	124,1	117,5	5,4	8,7	-5,3	112,8	123,6	116,9	4,0	9,6	-5,4
Saisonabhängige Nahrungsmittel (frisches Obst und Gemüse, Kartoffeln, Frischfisch)	16,91	112,7	116,0	111,4	4,0	2,9	-4,0	113,0	116,5	111,0	5,8	3,1	-4,7
Administrierte Preise	207,58	104,6	107,0	108,8	2,6	2,3	1,7	104,9	107,5	109,2	2,9	2,5	1,6
Dienstleistungen	507,00	102,4	103,8	104,9	1,6	1,4	1,1	103,2	104,9	106,3	2,2	1,6	1,3
Waren	493,00	107,3	111,8	111,3	3,8	4,2	-0,4	104,6	108,5	107,7	2,4	3,7	-0,7

¹⁾ so genannte Kerninflation

Tab. 2.28 Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ^{1) 2)}

Merkmal	Sachsen		Neue Länder ohne Berlin		Alle Länder ohne Berlin		Deutschland					
	2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %											
Empfangenes Arbeitnehmerentgelt	2,2	2,7	3,9	1,9	2,7	3,9	1,7	2,8	3,7	1,7	2,8	3,7
Betriebsüberschuss, Selbstständigeneinkommen	2,8	7,0	3,7	3,4	7,8	4,0	5,2	4,5	4,3	5,0	4,9	4,3
Vermögenseinkommen (saldiert)	10,1	6,0	3,4	10,7	4,5	3,4	8,3	2,7	4,2	8,5	2,8	4,2
Primäreinkommen	3,1	3,6	3,8	3,0	3,5	3,8	3,5	3,0	3,9	3,4	3,0	3,9
Empfangene monetäre Sozialleistungen	-1,4	-3,1	-0,5	-1,6	-3,4	-0,4	-0,0	-1,4	1,0	-0,3	-1,8	0,7
Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	5,9	12,8	10,9	5,5	12,9	10,4	7,2	7,7	6,3	7,0	8,1	6,6
Geleistete Sozialbeiträge	1,2	-1,0	3,1	1,0	-0,7	3,2	2,8	0,4	3,4	2,4	0,2	3,4
Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	1,4	1,1	1,6	1,3	0,9	1,7	2,1	1,7	2,9	2,0	1,6	2,7
	Euro											
Primäreinkommen je Einwohner	14 409	15 027	15 704	14 537	15 165	15 878	22 254	22 921	23 832	20 758	21 417	22 291
Verfügbares Einkommen je Einwohner	15 085	15 357	15 708	14 848	15 100	15 484	18 945	19 273	19 838	18 130	18 442	18 974

1) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

2) Berechnungsstand: August 2009 (VGR des Bundes)

Tab. 2.29 Private Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte ^{1) 2)}

Merkmal	Sachsen			Neue Länder ohne Berlin			Alte Länder ohne Berlin			Deutschland		
	2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008
in jeweiligen Preisen												
Private Konsumausgaben (Veränderung zum Vorjahr in %)	1,6	1,3	1,4	1,6	1,0	1,5	2,4	1,5	2,6	2,3	1,4	2,5
Sparen der privaten Haushalte (Veränderung zum Vorjahr in %)	1,0	-0,3	5,3	0,2	0,5	5,5	3,1	4,1	8,0	2,8	3,6	7,7
Private Konsumausgaben je Einwohner (€)	13 789	14 061	14 353	13 561	13 801	14 121	17 174	17 432	17 906	16 466	16 719	17 167
Sparen der privaten Haushalte je Einwohner (€)	1 396	1 401	1 485	1 386	1 404	1 493	2 083	2 168	2 344	1 942	2 015	2 174
preisbereinigt												
Private Konsumausgaben (Veränderung zum Vorjahr in %)	0,1	-0,7	-0,9	0,4	-0,8	-0,7	1,4	-0,3	0,5	1,3	-0,4	0,4
Private Konsumausgaben je Einwohner (Veränderung zum Vorjahr in %)	0,6	-0,1	-0,2	1,1	-0,1	0,1	1,4	-0,3	0,6	1,4	-0,2	0,5
Sparquote ³⁾	9,2	9,1	9,4	9,3	9,2	9,6	10,8	11,1	11,6	10,5	10,8	11,2
Anteil in %												

1) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

2) Berechnungsstand: August 2009 (VGR des Bundes)

3) Sparquote = Sparen / (Verfügbares Einkommen + Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche)

Methodische Hinweise

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Erwerbstätigenrechnung

In diesem Bericht wird auf die aktuellen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) sowie der Erwerbstätigenrechnung (ETR) zurückgegriffen. Die regionalen Resultate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in Deutschland vom Arbeitskreis „VGR der Länder“ erstellt, die Ergebnisse zu den Erwerbstätigen und zum Arbeitsvolumen vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. Grundlage der Berechnungen ist das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995.⁶⁸⁾

Die Ergebnisse des Arbeitskreises „VGR der Länder“ und des Arbeitskreises „ETR des Bundes und der Länder“ wurden für alle Jahre bis 2008 auf den Berechnungsstand der VGR des Statistischen Bundesamtes vom August 2009 abgestimmt. Für das Jahr 2009 entsprechen die Ergebnisse dagegen dem Berechnungsstand Februar 2010. Die unterschiedlichen Berechnungsstände resultieren aus verschiedenen Berechnungsphasen (Fortschreibungen und Originärberechnungen) in der VGR und ETR, mit denen dem Zielkonflikt zwischen Aktualität und Genauigkeit der Ergebnisse begegnet werden soll.⁶⁹⁾

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Die Ergebnisse zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort (und Wohnort) im Freistaat Sachsen und die Aussagen über deren Pendlerverhalten basieren auf Stichtagsangaben zum 30. Juni eines jeden Jahres. Die Daten stammen aus der vierteljährlichen Bestandsauswertung (Quartalsendwerte) der bei der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen des integrierten Meldeverfahrens zur Sozialversicherung geführten Versichertenkonten.

Die regionale Zuordnung der Beschäftigten erfolgt nach ihrem von den auskunftspflichtigen Arbeitgebern angegebenen Arbeits- bzw. Wohnort. Die Qualität dieser Zuordnung wird maßgeblich von der Meldegenauigkeit beeinflusst. Sofern in den Ausgangsdaten je Beschäftigten in Einzelfällen Informationen fehlen, sind diese in den Ingesamt-Werten enthalten.

Arbeitsmarkt

Mit der Einführung des Sozialgesetzbuches II (SGB II) veränderten sich die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik in Deutschland. Bis Ende 2004 basierten die Statistiken allein auf den Geschäftsdaten der Bundesagentur für Arbeit (BA). Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist die BA aber nur noch für einen Teil der Arbeitslosen zuständig. So traten mit den Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagenturen und Kommunen (ARGE) sowie den zugelassenen kommunalen Trägern (so genannte optierende Kommunen) als Träger der neuen

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II weitere Akteure auf den Arbeitsmarkt. Die BA führt gemäß § 53 i.V.m. § 51b SGB II die bisherige Arbeitsmarktstatistik unter Einbeziehung der Grundsicherung für Arbeitsuchende weiter. Dabei wird die Definition der Arbeitslosigkeit aus dem SGB III beibehalten. Die Daten zur Arbeitslosigkeit speisen sich seit 2005 aus dem IT-Fachverfahren der BA, aus den als plausibel bewerteten Datenlieferungen der zugelassenen kommunaler Träger (§ 51b SGB II) und – sofern keine verwertbaren bzw. plausiblen Daten geliefert wurden – aus ergänzenden Schätzungen der BA.

Infolge dieser Gesetzesänderungen ist das Jahr 2005 in der Arbeitsmarktstatistik nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar. Für die Berichtsjahre 2006, 2007, 2008 und 2009 sind dagegen Entwicklungsvergleiche gegenüber 2005 grundsätzlich möglich, da für diese Jahre Daten nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Zuge der Einführung des SGB II vorliegen.

Bei der Interpretation der Daten zum Arbeitsmarkt ist außerdem zu beachten, dass die Daten zu Langzeitarbeitslosen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen aus dem IT-Verfahren der BA stammen, ohne die Daten zugelassener kommunaler Träger. Durch das Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wurde zum 1. Januar 2009 eine Reihe von Instrumenten verändert, abgeschafft oder neu gestaltet. Geschaffen wurden insbesondere die Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung nach § 46 SGB III. Dadurch entfallen die bisherige Beauftragung von Dritten mit der Vermittlung (§ 37 SGB III alte Fassung) sowie die Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen (§ 48 SGB III alte Fassung). Nach § 16 SGB III gelten Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht als arbeitslos. Diese Regelung kommt bei den neuen Maßnahmen nach § 46 SGB III zum Tragen und entsprechend werden Teilnehmer derartiger Maßnahmen einheitlich nicht als arbeitslos geführt. Dies galt bisher schon für Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, nicht aber für Personen, für die ein Dritter mit der Vermittlung beauftragt wurde. Des Weiteren sind die Regelungen der Paragraphen 428 SGB III

68) Vgl. Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft (Abl. Nr. L 310 vom 30. November 1996, S. 1).

69) Vgl. hierzu ausführlicher Thalheimer, F.: Im Spannungsfeld zwischen Aktualität und Genauigkeit – Qualitätsaspekte der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 10/2008, Stuttgart 2008, S. 15 – 21 sowie Speich, W.-D.: Wie wird das Wirtschaftswachstum ermittelt? – Erläuterungen zu den Ergebnisunterschieden zwischen den verschiedenen Berechnungsständen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Statistik in Sachsen, Heft 1/2009, Kamenz 2009, S. 7 – 14. Ab dem Berichtsjahr 2009 erfolgt die Veröffentlichung erster BIP-Daten (1. Fortschreibung) jeweils erst Ende März des Folgejahres. Für diesen neuen Veröffentlichungstermin sprechen verschiedene methodische und datenbedingte Gründe. Vgl. hierzu http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/in_fo_1FS.asp bzw. http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/xplan_BIP.asp [Aufruf vom 28.05.2010].

und 252 Abs. 8 SGB VI zu beachten, wonach Arbeitnehmer, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen müssen und somit ebenfalls nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden. Vom 1. Januar 2008 an gilt dies jedoch nur noch, wenn der Anspruch vor dem 1. Januar 2008 entstanden ist und der Arbeitslose vor diesem Tag das 58. Lebensjahr vollendet hat. Außerdem liegt ab dem Jahr 2005 der Erhebungsstichtag der Statistiken der BA in der Monatsmitte, bis dahin erfolgte die statistische Erfassung jeweils zum Monatsende.

Die im Bericht ausgewiesenen Arbeitsmarktdaten entsprechen dem Stand von Mai 2010.

Landwirtschaft

Im Rahmen der Agrarstrukturerhebung, deren Durchführung im Gesetz über Agrarstatistiken (AgrStatG) geregelt ist, werden Merkmale der Bodennutzung, Viehbestände (Grundprogramm) und Arbeitskräfte sowie weitere Strukturmerkmale (Ergänzungsprogramm) zeitgleich erfasst. Die Erhebung findet im Mai des Erhebungsjahres statt. Sie wird im zweijährlichen Turnus als repräsentative Erhebung durchgeführt. Zusätzlich wird ein Teil der Merkmale alle vier Jahre allgemein (total) erfragt.⁷⁰⁾ Auskunftspflichtig für den umfangreicheren repräsentativen Teil ist nur eine Stichprobe von landwirtschaftlichen Betrieben, in Sachsen sind das ungefähr 40 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe.

Für diese Erhebungen gelten bestimmte Abschneidegrenzen. Wenn landwirtschaftliche Betriebe eine oder mehrere dieser Grenzen (z. B. zwei Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche, acht Rinder, 200 Legehennen, 30 Ar Obstfläche) erreichen, sind sie für diese Statistik auskunftspflichtig.

Die Erhebung aller Angaben erfolgt nach dem Ort des Betriebssitzes. Betriebssitz ist die Gemeinde, in der sich die wichtigsten Wirtschaftsgebäude des Betriebes befinden. Die Agrarstrukturerhebung liefert Daten über Produktionsstrukturen und -kapazitäten der landwirtschaftlichen Betriebe sowie über deren Betriebsstrukturen und die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Betriebsinhaber und -leiter. Für den vorliegenden Bericht wurde die Anzahl der Betriebe sowie der Arbeitskräfte den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung entnommen. Zudem flossen ergänzende Informationen aus anderen Landwirtschaftsstatistiken, etwa der Bodennutzungshaupterhebung, ein.

Die Ergebnisse zum Produktionswert, zu den Vorleistungen sowie zur Wertschöpfung im Wirtschaftsbereich Landwirtschaft (ohne Garten- und Landschaftsbau, Forstwirtschaft und Fischerei) basieren auf den Angaben aus der *Regionalen landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (R-LGR)*. Darin werden die Berechnungen nach den Regeln des ESVG 1995 für Deutschland auf Länder- und Regierungsbezirksebene ab dem Berichtsjahr 1991 angestellt. Dabei gilt der Wirtschaftsbereich Landwirtschaft als eine Zusammenfassung aller örtlichen fachlichen Einheiten (landwirtschaftliche Betriebe), die folgende Tätigkeiten ausüben: Pflanzenbau, Tierhaltung, gemischte Landwirtschaft, landwirtschaftliche Lohnarbeiten, gewerbliche Jagd. Ebenfalls Bestandteil der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung sind nach dem ESVG 1995 nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten in landwirtschaftlichen Betrieben, die buchmäßig nicht getrennt erfasst werden können, wie z. B. Landschaftspflege oder Urlaub auf dem Bauernhof. Die landwirtschaftliche Produktion von Haushalten und die Tierhaltung von Nichtlandwirten sind dagegen kein Bestandteil der R-LGR.⁷¹⁾

menfassung aller örtlichen fachlichen Einheiten (landwirtschaftliche Betriebe), die folgende Tätigkeiten ausüben: Pflanzenbau, Tierhaltung, gemischte Landwirtschaft, landwirtschaftliche Lohnarbeiten, gewerbliche Jagd. Ebenfalls Bestandteil der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung sind nach dem ESVG 1995 nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten in landwirtschaftlichen Betrieben, die buchmäßig nicht getrennt erfasst werden können, wie z. B. Landschaftspflege oder Urlaub auf dem Bauernhof. Die landwirtschaftliche Produktion von Haushalten und die Tierhaltung von Nichtlandwirten sind dagegen kein Bestandteil der R-LGR.⁷¹⁾

Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe

Der Berichtskreis für den Monatsbericht umfasst seit dem Jahr 2007 die produzierenden Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 50 und mehr tätigen Personen sowie Betriebe dieser Wirtschaftszweige mit 50 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche. Um eine höhere Repräsentativität der Ergebnisse sicherzustellen, werden ergänzend zum monatlichen Berichtskreis, Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 bis 49 tätigen Personen einmal jährlich zum Stichtag 30. September mit dem Jahresbericht befragt. Die Jahresergebnisse für Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen, auf die im vorliegenden Bericht Bezug genommen wird, werden durch die Zusammenfassung der Ergebnisse aus Monats- und Jahresbericht generiert.

Seit Januar 2009 erfolgen die Erhebungen im Bereich Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Für den Monatsbericht reichen die Rückrechnungen bis ins Jahr 2005 zurück, für den Jahresbericht liegen die Daten dagegen lediglich für das Jahr 2008 in einer Doppelaufbereitung nach WZ 2003 bzw. WZ 2008 vor. Insofern beginnen die auf den zusammengefassten Ergebnissen fußenden Zeitreihen im vorliegenden Bericht ebenfalls erst mit dem Jahr 2008. Die bis zu dieser Zeit verfügbaren Daten gemäß WZ 2003 werden ergänzend zu Orientierungszwecken angeboten, sind aufgrund der erheblichen strukturellen Änderungen jedoch nur eingeschränkt vergleichbar.

Seit Januar 2003 werden entsprechend der Gliederung der EU-Hauptgruppenverordnung fünf industrielle Hauptgruppen ausgewiesen. Die neue Hauptgruppe Energie setzt sich aus den Abteilungen 05, 06, 19, 35 und 36 der

70) Entsprechend einer Änderung des Agrarstatistikgesetzes vom 6. März 2009 wird die Periodizität für die Durchführung der Agrarstrukturerhebung ab 2010 auf einen dreijährlichen Rhythmus verlängert. Außerdem werden die derzeit geltenden Abschneidegrenzen für die Auskunftspflicht angehoben.

71) Zur ausführlichen Methodenbeschreibung der R-LGR vgl.: Handbuch zur Land- und Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung LGR/FGR 97, (Rev. 1.1), (Hrsg. Europäische Kommission), Luxemburg 2000.

WZ 2008 zusammen. In diesem Bericht wird die Hauptgruppe jedoch lediglich als „reduzierte Hauptgruppe“ abgebildet. In die Ergebnisaufbereitung werden nur diejenigen Zweige einbezogen, die zu den Abschnitten B (Abteilung 05, 06) und C (Abteilung 19) der WZ 2008 gehören. Da für Sachsen die Ergebnisse der Hauptgruppen A (Vorleistungsgüter) und EN (Energie) aus datenschutzrechtlichen Gründen nur zusammen ausgewiesen werden dürfen, erfolgte für die Großraumregionen (Neue Länder und Berlin, Alte Länder ohne Berlin) und Deutschland ebenfalls eine zusammengefasste Darstellung.

Baugewerbe

Mit Beginn des Berichtsjahres 2009 liegt den Baugewerbestatistiken die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), zugrunde. Wenngleich es gegenüber der WZ 2003 strukturelle Änderungen gibt, wurde die Untergliederung in Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe prinzipiell beibehalten. Dies sollte beim Vergleich der aktuellen Ergebnisse mit denen der Vorjahre berücksichtigt werden.

Im Rahmen des Monatsberichts im *Bauhauptgewerbe*, der eine Teilerhebung darstellt, melden die in den Wirtschaftszweigen 41.2 (Bau von Gebäuden), 42 (Tiefbau) und 43.1 (Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten) sowie 43.9 (Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten) angesiedelten Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen des Baugewerbes sowie von Unternehmen anderer Wirtschaftszweige, soweit sich ihre Tätigkeit auf das Inland erstreckt. Ebenfalls auskunftspflichtig sind alle Arbeitsgemeinschaften.

Betriebe, die zur Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe im Juni eines jeden Jahres 20 und mehr tätige Personen ausweisen, werden ab Oktober des jeweiligen Jahres mit der Berichtspflicht zum Monatsbericht im Bauhauptgewerbe belegt, entsprechend endet die Berichtspflicht für die Betriebe von Einbetriebsunternehmen mit laut Ergänzungserhebung weniger als 20 tätigen Personen im September (so genannter Berichtskreisprung).

Der vierteljährliche Bericht im *Ausbaugewerbe*, der ebenfalls eine Teilerhebung darstellt, umfasst die Meldungen der in den Wirtschaftszweigen 43.2 (Bauinstallation), 43.3 (Sonstiger Ausbau) und 41.1 (Erschließung von Grundstücken; Bauträger) angesiedelten Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen des Baugewerbes sowie von Unternehmen anderer Wirtschaftszweige, soweit sich ihre Tätigkeit auf das Inland erstreckt. Ebenfalls auskunftspflichtig sind alle Arbeitsgemeinschaften. Die Ergebnisse für den Wirtschaftszweig Erschließung von Grundstücken; Bauträger werden separat ausgewiesen, da hier nur ein eingeschränkter Merkmalskranz vorliegt.

Betriebe von Einbetriebsunternehmen, die zur jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe im Juni eines jeden Jahres 20 und mehr tätige Personen ausweisen, werden ab

dem 1. Vierteljahr des Folgejahres zum vierteljährlichen Bericht vierteljährlichen Bericht im Ausbaugewerbe auskunftspflichtig.

Bautätigkeit

Die Bautätigkeitsstatistik beobachtet den Hochbau. Sie besteht aus folgenden Teilen: Statistik der Baugenehmigungen, Statistik der Baufertigstellungen, Statistik des Bauabgangs, Überhangsstatistik und Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes. Es wird unterschieden in Wohn- und Nichtwohnbau sowie Neubau und Baumaßnahmen im vorhandenen Gebäudebestand. Grundsätzlich werden mit der Bautätigkeitsstatistik – gemäß der Sächsischen Bauordnung – alle genehmigungs-, anzeige- und zustimmungspflichtigen Baumaßnahmen erfasst, die mit mehr als 18 000 € Kosten veranschlagt sind oder mehr als 350 m³ Rauminhalt aufweisen (Bagatellgrenze), in jedem Falle aber alle Baumaßnahmen, bei denen Wohnraum geschaffen oder verändert wird. Renovierungen oder Modernisierungsarbeiten, etwa die Neueindeckung eines Daches oder der Einbau neuer Fenster bzw. Heizungen, gehen nicht in die Statistik ein.

Energie- und Wasserversorgung

Die *Kostenstruktur- und Investitionserhebung* erstreckt sich auf sämtliche Unternehmen mit Schwerpunkt in der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung (hier auf Unternehmen mit einer Wärmeleistung von mindestens 20,9 GJ/h oder einer Versorgungsleistung von mindestens 500 Wohnungen) und auf Unternehmen der Wasserversorgung mit einer jährlichen Wasserabgabe von mindestens 200 000 m³. Sie liefert Ergebnisse und Informationen über die Struktur, den Umfang und die Entwicklung der Investitionstätigkeit und ist somit ein wichtiger Indikator für die Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung sowohl durch staatliche als auch private Institutionen.

Die Anzahl der Betriebe und der zugehörigen Beschäftigten wurden den Ergebnissen der *monatlichen Erhebung* über Beschäftigte und deren Einkommen in den Betrieben der Energie- und Wasserversorgung entnommen. Sie erstreckt sich auf Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit 20 und mehr tätigen Personen – Stand Ende September des jeweiligen Berichtsjahres – sowie auf Betriebe der Energie- und Wasserversorgung mit 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche. Die Erhebung dient der kurzfristigen Beurteilung der konjunkturellen Lage des Energiemarktes.

Binnenhandel und Gastgewerbe

Für die Bereiche des Binnenhandels (Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Großhandel einschließlich Handelsvermittlung und Einzelhandel) sowie des Gastgewerbes (Beherbergung und Gastronomie) werden zur Darstellung des Kon-

junkturverlaufs monatlich Daten zum Umsatz und zu den Beschäftigten bei einer verhältnismäßig kleinen Stichprobe ermittelt. Die Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgt in Form von Messzahlen sowie Veränderungsraten, denen der Monatsdurchschnitt des Basisjahres 2005 zugrunde liegt. Die zuletzt für das Berichtsjahr 2003 gezogene repräsentative Stichprobe wurde jährlich durch eine Neuzugangsstichprobe ergänzt.

Ab dem Berichtsjahr 2009 gilt auch für die Konjunkturerhebungen im Binnenhandel und Gastgewerbe die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Um eine gewisse Vorjahresvergleichbarkeit und die Darstellung längerer Reihen zu ermöglichen, wurden die – gemäß WZ 2003 vorliegenden – Daten der zurückliegenden Jahre anteilmäßig auf die WZ 2008 umgerechnet. Die Rückrechnungen liegen für die Bundesländer auf Ebene der Wirtschaftsgruppen bis zum Basisjahr 2005 vor. Demgegenüber sind für Deutschland insgesamt auch Ergebnisse für länger zurückliegende Jahre verfügbar.

Die Daten können bis zu 24 Monate rückwirkend aufgrund von Korrekturen oder verspäteten Meldungen der Unternehmen einer Revision unterliegen. Die Angaben im vorliegenden Bericht entsprechen dem Stand des Berichtsmontates Mai 2010.

Dienstleistungsstatistik

Mit dem Gesetz zur Einführung einer Dienstleistungsstatistik wurde eine Unternehmensstatistik in den Abschnitten I und K der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) angeordnet. Der Abschnitt I beinhaltet alle Unternehmen der Wirtschaftsbereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung, der Abschnitt K die Unternehmen oder Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit in den Wirtschaftsbereichen Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung sowie Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a. n. g.

Die Dienstleistungsstatistik ist eine jährliche Stichprobenerhebung bei bundesweit maximal 15 Prozent aller Unternehmen und Einrichtungen in den genannten Wirtschaftsabschnitten. Auf der Grundlage der bei den befragten Stichprobenunternehmen erfassten Merkmalswerte werden durch Hochrechnung entsprechende Gesamtwerte für alle Unternehmen mit Sitz in Sachsen ermittelt. Zusätzlich werden für einige ausgewählte Merkmale Ergebnisse von Mehrländerunternehmen zwischen den Bundesländern ausgetauscht, wodurch sich ein sog. „bereinigtes Länderergebnis“ ergibt.

Auswahlgrundlage für die Stichprobenziehung ist das Unternehmensregister. Zur Grundgesamtheit zählen alle Unternehmen bzw. Einrichtungen, die den wirtschaftlichen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in den Wirtschaftsabschnitten I und K hatten sowie ganzjährig aktiv und umsatzsteuerpflichtig waren. Die Umsatzsteuerpflicht beginnt gegen-

wärtig bei einem Jahresumsatz über 17 500 €. Damit gehen Unternehmen und Einrichtungen mit einem Jahresumsatz von 17 500 € und weniger nicht in die Statistik ein. Im Berichtsjahr 2003 wurde der Berichtskreis der Dienstleistungsstatistik neu bestimmt und seitdem jährlich durch eine Neuzugangsstichprobe ergänzt. Dadurch entsprach der Kreis der Auskunftspflichtigen für die Erhebung 2007 dem aktuellen Registerstand zu Beginn der Erhebung im September 2008.

Unternehmen (Auswertung aus dem URS)

In den Unternehmenstabellen werden zum Stichtag 30. September 2009 wirtschaftlich aktive Unternehmen mit steuerbarem Umsatz und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne marginal Beschäftigte) im Berichtsjahr 2007 berücksichtigt, die in Sachsen ansässig sind. Unternehmensangaben können über nahezu alle Wirtschaftsbereiche hinweg ausgewertet werden. Ausgenommen sind lediglich die Abschnitte A – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, O – Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, T – private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt sowie U – Exterritoriale Organisationen und Körperschaften gemäß WZ 2008. Die vorliegenden Resultate wurden dem Unternehmensregister für statistische Zwecke (URS 95) entnommen. Es dient gleichzeitig der Erhebungsplanung und -vorbereitung sowie der Durchführung von Statistiken und soll in Zukunft verstärkt Entlastungseffekte bei der Auskunftspflicht erbringen.

Gewerbeanzeigen

Auskunftspflichtig für die Gewerbeanzeigenstatistik sind die Gewerbeanzeigenden, die nach § 14 der Gewerbeordnung (GewO) jedes stehende Gewerbe, den Betrieb einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle bzw. nach § 55c GewO ein Reisegewerbe als selbstständige Tätigkeit anzeigen müssen. Sie erfüllen ihre statistische Auskunftspflicht durch die Erstattung der Anzeige bei den zuständigen Behörden. Diese übermitteln die Angaben der Gewerbeanzeigen monatlich an das zuständige statistische Landesamt.

Als Gewerbe gilt jede erlaubte selbstständige Tätigkeit, die auf Dauer angelegt ist und mit Absicht der Gewinnerzielung betrieben wird. Die Tätigkeiten, die der Gewerbeordnung unterliegen, regelt § 6 GewO. Ausgenommen von der Anzeigepflicht sind insbesondere die so genannte Urproduktion (Land- und Forstwirtschaft, Garten- und Weinbau, Fischerei, Bergbau), die freien Berufe im Sinne des Gewerberechts (Ärzte, Rechtsanwälte, Notare, Wirtschaftsprüfer, freie wissenschaftliche, künstlerische oder schriftstellerische Tätigkeiten), Versicherungsunternehmen und die bloße Verwaltung eigenen Vermögens. Anzeigepflichtig sind die Gewerbetreibenden (natürliche oder

juristische Personen). Seit dem Berichtsjahr 2008 liegen die Angaben zu den Gewerbeanzeigen ausschließlich nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), vor. Für die Vorjahre erfolgten keine Rückrechnungen, sodass die Vergleichbarkeit nur sehr eingeschränkt gegeben ist.

Insolvenzen

Seit dem 1. Januar 1999 gilt bundesweit die neue Insolvenzordnung (InsO). Damit wurden die bis Ende 1998 in den neuen Bundesländern gültige Gesamtvollstreckungsordnung sowie die Konkurs- und Vergleichsordnung des früheren Bundesgebiets abgelöst und ein für ganz Deutschland einheitliches Insolvenzrecht geschaffen.

Neben dem Regel- und Nachlassinsolvenzverfahren gibt es seit 1999 für Privatpersonen und Kleingewerbetreibende ein spezielles Verbraucherinsolvenzverfahren, das diesen die Möglichkeit der Restschuldbefreiung einräumt. Von 1999 bis 2001 wurden die Verbraucherinsolvenzverfahren für Kleingewerbetreibende den Unternehmen zugerechnet. Während bei Kleingewerbetreibenden bisher lediglich eine geringfügige wirtschaftliche Tätigkeit Voraussetzung für ein Verbraucherinsolvenzverfahren war, müssen aufgrund der Änderung des § 304 InsO zum 1. Dezember 2001 nun die Vermögensverhältnisse des Schuldners überschaubar sein und es dürfen gegen ihn keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen. Als überschaubar gilt, sofern der Schuldner zu dem Zeitpunkt, zu dem der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt wird, weniger als 20 Gläubiger hat. Ansonsten kann für Kleingewerbetreibende nur ein Regelinsolvenzverfahren beantragt werden. Die ehemals selbstständig Tätigen werden jetzt – sowohl bei Regel- als auch bei Verbraucherinsolvenzverfahren – den privaten Personen zugeordnet. Regelinsolvenzverfahren für aktive Kleingewerbetreibende zählen in der Position Einzelunternehmen weiterhin zu den Unternehmen.

Aus diesen Gründen ist ein Vergleich der Daten von 2002 mit denen von 2000 bzw. 2001 bei den Regel- und Verbraucherinsolvenzverfahren sowie bei Unternehmen und übrigen Schuldnern (private Personen, Nachlässe) im Einzelnen nur eingeschränkt aussagefähig.

Seit dem Berichtsjahr 2008 liegen die Angaben zu den Insolvenzen nur noch nach Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), vor. Für das Jahr 2007 existiert eine Doppelaufbereitung nach beiden Systematiken, für weiter zurückliegende Jahre nicht.

Außenhandel

Der grenzüberschreitende Warenverkehr wird in der Außenhandelsstatistik als Spezialhandel und als Generalhandel dargestellt. Die *Ausfuhr als Spezialhandel* betrifft Waren, die aus der Erzeugung, der Bearbeitung oder Verarbeitung der Wirtschaft in Sachsen stammen und ausgeführt worden sind, nicht aber die Wiederausfuhr ein-

gelagerter ausländischer Waren. Die Ergebnisse der *Einfuhr als Generalhandel* beinhalten alle in Sachsen zum Gebrauch, zum Verbrauch sowie zur Be- oder Verarbeitung eingehenden Waren mit Ausnahme der Waren der Durchfuhr sowie des Zwischenauslandsverkehrs. Darüber hinaus sind auch die auf Lager genommenen ausländischen Waren enthalten, die zu einem späteren Zeitpunkt von Spediteuren und Händlern aus Sachsen in andere Länder ausgeführt werden. Ein Saldieren der Aus- und Einfuhrwerte ist wegen der unterschiedlichen Abgrenzung *nicht* möglich. Für Deutschland werden die Ergebnisse zur Aus- und Einfuhr in der Regel als Spezialhandel nachgewiesen und ein Außenhandelssaldo ermittelt. Da für die Bundesländer und die Großraumregionen Angaben zur Wareneinfuhr jedoch nur als Generalhandel vorliegen, wird zu Vergleichszwecken auch auf bundesdeutscher Ebene auf die Ergebnisse der Einfuhr als Generalhandel zurückgegriffen.

Die Strukturierung in Warengruppen und -untergruppen und die Benennung der Waren an entsprechender Stelle erfolgt nach der seit Januar 2002 revidierten Systematik der Ernährungswirtschaft und Gewerblichen Wirtschaft (EGW).

Preise

Grundlage für die Berechnung des *Verbraucherpreisindex* ist ein Warenkorb, der gegenwärtig rund 700 genau beschriebene Waren- und Dienstleistungspositionen umfasst, die so genannten Preisrepräsentanten. Die Bedeutung der einzelnen Bestandteile des Warenkorbes für die Verbraucher wird bei der Indexberechnung über das Wägungsschema berücksichtigt. Dabei wird auf die Ausgabenanteile der jeweiligen Positionen an den gesamten Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte im Basisjahr (zurzeit 2005) zurückgegriffen. Die Wägungsanteile bewirken, dass Preisveränderungen der im Warenkorb befindlichen Waren und Dienstleistungen unterschiedlich stark in die Ermittlung des Verbraucherpreisindex eingehen.

Der Verbraucherpreisindex wird nach der Laspeyres-Formel berechnet, das heißt, die Wägungsanteile der einzelnen Positionen des Warenkorbes bleiben bis zur nächsten Basisumstellung (in der Regel aller fünf Jahre) konstant. Dadurch lässt sich die Preisentwicklung unter der Annahme gleich bleibender Verbrauchsverhältnisse im Berichtszeitraum im Vergleich zum Basiszeitraum feststellen.

Baupreisindizes messen die Preisentwicklung für Bauleistungen gleicher Art und Qualität. Als Erzeuger-Verkaufspreisindizes spiegeln sie die Preisdynamik für den Neubau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Tiefbaues sowie der Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden wider, geben aber keine Auskunft über die tatsächlichen Baukosten.

Der Berechnung der *Baupreisindizes* liegt ebenfalls die Laspeyres-Formel zugrunde. Aktuelles Basisjahr ist 2005. Die bis zur nächsten Umstellung konstant gehaltenen

Wägungsanteile, also jene Gewichte, mit denen die Messzahlen der einzelnen Bauleistungen in die Indexberechnung der jeweiligen Bauwerke eingehen, wurden anhand der Umsatzanteile der Bauleistungen in den verschiedenen Baubetrieben ermittelt. Die Preisindizes werden einschließlich der Mehrwertsteuer berechnet.

Großraumregionen – Regionale Abgrenzung

Die regionale Abgrenzung der Großraumregionen „Neue Länder“ und „Alte Länder“ wird in der amtlichen Statistik nicht einheitlich gehandhabt. Aus rein geographischer Sicht unterscheidet man in Westdeutschland und Ost-

deutschland, wobei letzteres neben den fünf neuen Ländern auch Berlin umfasst (z. B. Statistiken der Bundesagentur für Arbeit). Hinter der – juristisch determinierten – Bezeichnung „früheres Bundesgebiet“ verbergen sich alle elf alten Länder sowie der (ehemals) westliche Teil von Berlin. Allerdings werden in dieser regionalen Abgrenzung seit einigen Jahren keine Daten mehr veröffentlicht.

Im vorliegenden Bericht sind die Ergebnisse zu den Großraumregionen – aus Gründen besserer Vergleichbarkeit – grundsätzlich jeweils ohne Berlin dargestellt. Auf Abweichungen wird gesondert hingewiesen.

Definitionen

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen und stellt damit die gesamtwirtschaftliche Leistung dar. Seine Bewertung erfolgt zu Marktpreisen. Es entspricht entstehungsseitig der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung wird aus dem Wert der gesamten im Berichtszeitraum produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) abzüglich des Wertes der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen) ermittelt und zu Herstellungspreisen bewertet. Das Bruttoinlandsprodukt und die meisten seiner Komponenten lassen sich sowohl nominal (in jeweiligen Preisen) als auch preisbereinigt darstellen. Die Preisbereinigung erfolgt auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis) und ersetzt die zuvor praktizierte Berechnung in konstanten Preisen eines im Allgemeinen fünfjährlich wechselnden festen Preisbasisjahres (zuletzt 1995). Die Darstellung erfolgt nunmehr in Form eines verketteten Index. Auf Vorjahrespreisbasis wird die reale Wirtschaftsentwicklung im Zeitablauf frei von Preiseinflüssen dargestellt. Die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts dient als Messgröße für die Wirtschaftsentwicklung der Volkswirtschaften.

Pro-Kopf-Produktivität, Produktivitätsindex und Stundenproduktivität

Die *Pro-Kopf-Produktivität* ergibt sich aus der Relation von Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Wirtschaftsbereiche und den Erwerbstätigen (am Arbeitsort). Bei der *Stundenproduktivität* wird das Bruttoinlandsprodukt bzw. die Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) der Wirtschaftsbereiche mit den tatsächlich geleisteten Erwerbstätigenstunden (Arbeitsvolumen) ins Verhältnis gesetzt. Beide Indikatoren werden in der Regel zum Vergleich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verschiedener Gebiete oder Bereiche innerhalb einer Periode genutzt. Der Vorteil der Stundenproduktivität liegt in der Berücksichtigung der sich zunehmend verändernden Beschäftigungsstruktur hin zu mehr Teilzeitarbeit sowie marginaler Beschäftigung.

Für einen Entwicklungsvergleich werden in erster Linie das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt bzw. die preisbereinigte Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen bzw. je Erwerbstätigenstunde als Maßstab für die Entwicklung der „Arbeitsproduktivität“ in einer Volkswirtschaft verwendet (*Produktivitätsindex* bzw. *Index der Stundenproduktivität*). Dabei sind auch hier die auf die Kopffzahl bezogenen Messziffern je Erwerbstätigen wegen der erheblichen Unterschiede in der

tatsächlich geleisteten Arbeitszeit der Beschäftigten ein größerer Maßstab für die Messung der Leistungsfähigkeit des Produktionsfaktors Arbeit als die Messziffern je Erwerbstätigenstunde.

Zudem ist zu beachten, dass bei den Berechnungen der gesamte „reale“ Ertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich auf den Produktionsfaktor Arbeit bezogen wird, obwohl das Produkt aus dem Zusammenwirken sämtlicher Produktionsfaktoren (also auch des Kapitals und der unternehmerischen Leistung) entsteht.

Gütersteuern

Zu den Gütersteuern zählen alle Steuern und ähnlichen Abgaben, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind. Sie umfassen die nichtabziehbare Umsatzsteuer, Importabgaben (u. a. Zölle, Verbrauchsteuern, Abschöpfungsbeiträge auf eingeführte Güter) und sonstige Gütersteuern (Verkehrs- und Verbrauchsteuern wie z. B. Mineralöl-, Tabak- oder Versicherungsteuer).

Gütersubventionen

Gütersubventionen sind Subventionen, die pro Einheit einer produzierten oder eingeführten Ware oder Dienstleistung geleistet werden. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden Subventionen als laufende Zahlungen ohne Gegenleistung charakterisiert, die der Staat oder Institutionen der Europäischen Union an gebietsansässige Produzenten leisten, um den Umfang der Produktion dieser Einheiten, ihre Verkaufspreise oder die Entlohnung der Produktionsfaktoren zu beeinflussen.

Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM)

Entsprechend europäischer Vorgaben werden die indirekt gemessenen Finanzserviceleistungen auf die unterschiedlichen Nachfrager (Einleger und Kreditnehmer) aufgeteilt und gehen damit – soweit sie nicht als Vorleistungen direkt im Produktionsprozess verbraucht werden – in die Größe des Bruttoinlandsprodukts und in dessen Verwendungskategorien Konsum sowie Exporte (abzüglich Importe) ein. Die FISIM beinhalten die Entgelte, die neben den direkt erzielten Umsätzen der Kreditinstitute in Form von z. B. Kontoführungs- und Safegebühren für das Leihen und Verleihen von Geld sowie für andere Arten von Aktivgeschäften der Banken nicht direkt in Rechnung gestellt werden. Früher wurden diese Entgelte für Bankdienstleistungen global als Vorleistungen der Gesamtwirtschaft behandelt und hatten keine Auswirkungen auf die Höhe und die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts.

Arbeitnehmerentgelt

Das Arbeitnehmerentgelt umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die den innerhalb eines Wirtschaftsgebietes be-

schäftigten Arbeitnehmern aus den Arbeits- oder Dienstverhältnissen zugeflossen sind. Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich zusammen aus den Bruttolöhnen und -gehältern (in Form von Geld- und/oder Sachleistungen) sowie den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber. Im vorliegenden Bericht wurde das geleistete Arbeitnehmerentgelt (Inlandskonzept) dargestellt, d. h. die unmittelbar aus dem Produktionsprozess resultierenden Einkommen des Produktionsfaktors Arbeit am Ort des Produktionsprozesses.

Bruttolöhne und -gehälter

Die Bruttolöhne und -gehälter (Verdienste) enthalten die von den im Inland ansässigen Wirtschaftseinheiten (Betrieben) geleisteten Löhne und Gehälter der beschäftigten Arbeitnehmer (einschließlich der Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Teuerungszulagen, Weihnachtsgroßzahlung, Fahrtkostenzuschüsse u. Ä.) vor Abzug der Lohnsteuer und der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer sowie Sachleistungen (Unterbringungsleistungen, Uniformen und andere spezielle Bekleidung, Freifahrten und -flüge für die Arbeitnehmer von Bahn- oder Fluggesellschaften, Betriebskindertagesstätten u. Ä.), die den Arbeitnehmern unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung gestellt werden.

Sozialbeiträge der Arbeitgeber

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber schließen die gesetzlich vorgeschriebenen, vertraglich vereinbarten oder freiwillig vom Arbeitgeber übernommenen Beiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung sowie die unterstellten Sozialbeiträge ein, die von den Arbeitgebern direkt an gegenwärtige oder früher beschäftigte Arbeitnehmer oder sonstige Berechtigte gezahlt werden.

Lohnkosten

Die Lohnkosten ergeben sich aus dem Quotienten von geleistetem Arbeitnehmerentgelt und der Anzahl der in einem Gebiet durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer (*Personenkonzept*). Zudem ist ein Ausweis der Lohnkosten auf Basis der Stunden möglich, bei dem das geleistete Arbeitnehmerentgelt auf die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden der Arbeitnehmer (im Inland) bezogen wird (*Stundenkonzept*).

Lohnstückkosten

Die Lohnstückkosten bezeichnen die Relation der Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer [*Personenkonzept*] bzw. je tatsächlich geleisteter Arbeitnehmerstunde [*Stundenkonzept*]) zur Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche je Erwerbstätigen [*Personenkonzept*] bzw. je tatsächlich geleisteter Erwerbstätigenstunde [*Stundenkonzept*]).

Dabei ist traditionell die Unterscheidung nach „nominalen“ und „realen Lohnstückkosten“ zu berücksichtigen, wobei die Bezeichnungen in Bezug auf die Preisbereinigung irreführend sind. Die *realen Lohnstückkosten* ergeben sich aus dem Verhältnis von Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (bzw. je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer) zu Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (*in jeweiligen Preisen*) je Erwerbstätigen (bzw. je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen). Sie bringen durch das Verhältnis der Kosten- und Nutzenkomponente des Produktionsfaktors Arbeit dessen Preis-Leistungs-Verhältnis in verschiedenen Regionen oder Wirtschaftszweigen innerhalb einer Periode zum Ausdruck. Bei den *nominalen Lohnstückkosten* (Lohnstückkostenindex) wird der Lohnkostenindex zum Produktivitätsindex bzw. zum Index der Stundenproduktivität in Relation gesetzt. Diese Kennziffer wird im Rahmen der VGR des Bundes und der Länder als „Lohnstückkosten“ ausgewiesen.

Primäreinkommen der privaten Haushalte

Das Primäreinkommen der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck enthält die Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, die den inländischen privaten Haushalten zugeflossen sind. Zu diesen Einkommen gehören im Einzelnen das Arbeitnehmerentgelt, die Selbstständigeneinkommen der Einzelunternehmen und Selbstständigen, die auch eine Vergütung für die mithelfenden Familienangehörigen enthalten, der Betriebsüberschuss aus der Produktion von Dienstleistungen aus eigengenutztem Wohneigentum, sowie die netto empfangenen Vermögenseinkommen (einschließlich des Erwerbs von Finanzserviceleistungen, indirekte Messung [FISIM]).

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept) ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen; abgezogen werden dagegen andererseits Einkommen- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit den Einkommen, die den privaten Haushalten letztendlich zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

Private Konsumausgaben

Als Private Konsumausgaben werden die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke bezeichnet. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen unter anderem Entgelte für häusliche Dienste gehören, sind auch bestimmte unterstellte Käufe enthalten, wie zum Beispiel der Erwerb von Finanzservi-

celeistungen, indirekte Messung (FISIM), der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie so genannte Naturalentgelte für Arbeitnehmer (z. B. Deputate). In den Privaten Konsumausgaben sind auch die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck enthalten.

Sparen, Sparquote

Der überwiegende Teil des Verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte wird konsumiert. Der nicht konsumierte Teil des Verfügbaren Einkommens zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche stellt das Sparen der privaten Haushalte dar. Die Relation aus dem so ermittelten Sparen zu dem Verfügbaren Einkommen (letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) wird als *Sparquote* der privaten Haushalte bezeichnet.

Erwerbstätigkeit

Erwerbstätige

Die Darstellung der Erwerbstätigkeit erfolgt in diesem Heft als jahresdurchschnittliche Größe nach dem *Inlandskonzept (Erwerbstätige am Arbeitsort)*. Erfasst werden demnach alle Personen, die im jeweiligen Gebiet ihren Wohn- und Arbeitsort haben, zuzüglich der außerhalb dieses Gebietes wohnenden Personen, die als Einpendler in diese Region ihren Arbeitsort erreichen. Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Für die Zuordnung als Erwerbstätige ist es unerheblich, ob aus dieser Tätigkeit der überwiegende Lebensunterhalt bestritten wird. Im Falle von mehreren Tätigkeiten wird der Erwerbstätige nur einmal gezählt (Personenkonzept). Maßgebend für die Zuordnung zur Stellung im Beruf bzw. zum Wirtschaftsbereich ist die zeitlich überwiegende Tätigkeit. Nicht zu den Erwerbstätigen rechnen Personen als Verwalter ihres Privatvermögens (z. B. Immobilien, Geldvermögen, Wertpapiere). Grundlage für diese Definition bilden die von der International Labour Organization (ILO) aufgestellten Normen, die auch in das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 eingegangen sind.

Arbeitnehmer

Als Arbeitnehmer zählt, wer zeitlich überwiegend als Arbeiter, Angestellter, Beamter, Richter, Berufssoldat, Soldat auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistender, Auszubildender, Praktikant oder Volontär in einem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis steht. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiter sowie ausschließlich marginal Beschäftigte, welche sich aus den geringfügig Beschäftigten – also den geringfügig entlohnten Beschäftigten und kurzfristig Beschäftigten – und den Beschäftigten in „Ein-Euro-Jobs“ zusammensetzen.

Darunter: Marginal Beschäftigte

Als „marginal Beschäftigte“ werden hier Personen angesehen, die als Arbeiter und Angestellte keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der International Labour Organization (ILO) als Erwerbstätige gelten, wenn sie in einem einwöchigen Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Dazu zählen in Deutschland insbesondere ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten (sog. „Ein-Euro-Jobs“).

Arbeitsvolumen

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Richter, marginal Beschäftigte, Soldaten) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Hingegen gehören die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, beispielsweise Jahresurlaub, Elternzeit, Feiertage, Kurzarbeit oder krankheitsbedingte Abwesenheit nicht zum Arbeitsvolumen. Ebenfalls nicht erfasst werden die nicht bezahlten Pausen für das Einnehmen von Mahlzeiten sowie die Zeit für die Fahrten von der Wohnung zum Arbeitsplatz und zurück. Das Arbeitsvolumen umfasst somit die Gesamtzahl der während des Berechnungszeitraums am Arbeitsplatz (Beschäftigungsfall) von Arbeitnehmern und Selbstständigen innerhalb einer Region tatsächlich geleisteten Stunden. Es berücksichtigt weder Intensität noch Qualität der geleisteten Arbeit. Das Arbeitsvolumen ergibt sich als Produkt aus Erwerbstätigenzahl und Arbeitszeit je Erwerbstätigen.

Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen

Die geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen ergeben sich als Quotient aus Arbeitsvolumen und Erwerbstätigen (am Arbeitsort). Diese Kennzahl dient vorrangig zur Messung der durchschnittlichen Pro-Kopf-Arbeitszeit zwischen verschiedenen Gebieten und Perioden.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeitnehmer und Personen in beruflicher Ausbildung, die in der gesetzlichen Rentenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden. Ab Stichtag 1. April 1999 sind Arbeitgeber verpflichtet, auch für Personen, die ausschließlich sogenannte geringfügig ent-

lohnnte Tätigkeiten ausüben, pauschalierte Beiträge zu Kranken- und Rentenversicherung zu entrichten. Personen, die nur wegen dieser gesetzlichen Neuregelung in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gelangt sind, sind in den Ergebnissen im vorliegenden Bericht nicht enthalten. Personen, die als einzige Tätigkeit eine kurzzeitige Beschäftigung im Sinne des § 8 Abs.1 SGB IV ausüben, bleiben auch nach den neuen rechtlichen Regelungen frei von der Versicherungspflicht. Die Bereitstellung der Daten erfolgt durch die Bundesagentur für Arbeit.

Alter

Die Ermittlung des Alters der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer erfolgt nach der "Altersjahrmethode", d. h. es wird aus dem Geburtsdatum das genaue Alter der Beschäftigten am jeweiligen Stichtag ermittelt.

Voll- und Teilzeitbeschäftigte

Der Unterscheidung der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer nach Voll- und Teilzeitbeschäftigten liegen die von den Arbeitgebern in den Meldebelegen erteilten Angaben über die arbeitsvertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit zu Grunde.

Regionale Zuordnung – Pendler

Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten werden sowohl am inländischen Arbeitsort, als auch am Wohnort im In- oder Ausland nachgewiesen. Der inländische Arbeitsort ist die Gemeinde, in der der beschäftigende Betrieb liegt. Die Zuordnung zum Wohnort richtet sich nach den – dem Arbeitgeber gegenüber – angegebenen melderechtlichen Verhältnissen (Haupt- oder Nebenwohnsitz). Angaben über Beschäftigte mit ausländischem Arbeitsort liegen aus der Beschäftigtenstatistik definitionsgemäß nicht vor.

In die Aussagen über die Einpendler in den Freistaat Sachsen wurden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit einem Arbeitsort in Sachsen und dem Wohnort außerhalb des Freistaates Sachsen einbezogen. Die Ermittlung der Zahl der Auspendler beruht auf den Beschäftigten, die ihren Wohnort in Sachsen hatten und deren Arbeitsort sich außerhalb der Landesgrenze befand.

Der Pendlersaldo wurde als Differenz aus den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeits- und Wohnort ermittelt, d. h., aus der Sicht des Arbeitsortes bedeutet ein positiver Wert einen Überschuss an Einpendlern und ein negativer Wert einen Auspendlerüberschuss.

Arbeitsmarkt

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeitsuchende, die wie beim Anspruch auf Arbeitslosengeld (vgl. §§ 117 - 122 SGB III)

- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen,
- eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen,
- den Vermittlungsbemühungen einer Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen und
- sich bei einer Agentur für Arbeit persönlich arbeitslos gemeldet haben

(vgl. §§ 2, 16, 323, 327 SGB III).

Arbeitslosenquote

Die hier dargestellte Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte Arbeitslose, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sowie ab Mai 2007 Personen in Arbeitsgelegenheiten der Mehraufwandsvariante) in Prozent. Die Bezugsgrößen für die Berechnung der Arbeitslosenquote werden einmal jährlich aktualisiert, üblicherweise ab Berichtsmonat Mai. Rückrechnungen werden nicht vorgenommen.

Langzeitarbeitslose

Als Langzeitarbeitslose gelten nach § 18 SGB III alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und länger bei den Agenturen für Arbeit oder bei den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II arbeitslos gemeldet waren.

Kurzarbeiter

Als Kurzarbeiter gelten beschäftigte Arbeitnehmer, bei denen ein erheblicher Arbeitsausfall mit Entgeltausfall vorliegt, und der Anspruch auf Kurzarbeitergeld besteht (§§ 169 ff. SGB III).

Gemeldete Stellen

Als gemeldete Stellen gelten die von Arbeitgebern bei den Arbeitsagenturen gemeldeten und zur Vermittlung freigegebenen Stellen mit einer Beschäftigungsdauer von mehr als sieben Kalendertagen.

Beschäftigungsbegleitende Leistungen

Hierzu zählen:

Förderung abhängiger Beschäftigung

- Eingliederungszuschüsse (einschließlich § 421f, p SGB III),
- Eingliederungszuschüsse für schwerbehinderte Menschen (einschließlich § 421 f SGB III),
- Eingliederungsgutschein,
- Entgeltsicherung für Ältere nach § 421j SGB III,
- Arbeitsentgeltzuschuss bei beruflicher Weiterbildung Beschäftigter,

- Einstiegsgeld – Variante: Beschäftigung,
- Beschäftigungszuschuss nach § 16e SGB II,
- Sonstige Förderung abhängiger Beschäftigung

Förderung der Selbstständigkeit

- Gründungszuschuss (ersetzt ab 1. August 2006
- Existenzgründungszuschuss und Überbrückungsgeld),
- Existenzgründungszuschüsse (Restabwicklung),
- Einstiegsgeld – Variante: Selbstständigkeit.
- Sachmittel für Selbstständige § 16c SGB II

Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung

Der statistische Nachweis erstreckt sich nur auf die nach dem SGB III bzw. SGB II geförderte Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung. Die Förderung besteht in der Übernahme der Weiterbildungskosten (z. B. Lehrgangs- und Fahrkosten) im Zusammenhang mit der Teilnahme und in der Zahlung von Arbeitslosengeld bei Weiterbildung durch die Bundesagentur für Arbeit bzw. von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts durch die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Die Bundesagentur für Arbeit fördert durch die Gewährung von Zuschüssen und Darlehen an die Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) die Beschäftigung von zugewiesenen Arbeitnehmern, soweit die Arbeiten zusätzlich sind und im öffentlichen Interesse liegen und die Träger oder durchführenden Unternehmen Arbeitsverhältnisse mit von der Arbeitsagentur zugewiesenen förderungsbedürftigen Arbeitnehmern begründen, die durch die Arbeit beruflich stabilisiert oder qualifiziert und deren Eingliederungsaussichten dadurch verbessert werden können.

Arbeitsgelegenheiten

Die Schaffung von *Arbeitsgelegenheiten* nach § 16 SGB II ist eine Form der Eingliederungsleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige. Arbeitsgelegenheiten müssen im öffentlichen Interesse liegen sowie zusätzlich und wettbewerbsneutral sein.

Es werden zwei Varianten unterschieden:

- *Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante*: Hierbei handelt es sich um sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen bei Unternehmen und sonstigen Arbeitgebern, bei denen der Hilfebedürftige das übliche Arbeitsentgelt an Stelle des Arbeitslosengeldes II erhält.
- *Arbeitsgelegenheiten der Mehraufwandsvariante (sog. Ein-Euro-Jobs)*: Im Rahmen von zumutbaren, nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen (im sog. Sozialrechtsverhältnis) können von Maßnahmeträgern Zusatzjobs geschaffen werden. Diese Zusatzjobs begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeits-

rechts. Während der Teilnahme erhält der erwerbsfähige Hilfebedürftige zuzüglich zum Arbeitslosengeld II eine angemessene Mehraufwandsentschädigung.

Landwirtschaft

Landwirtschaftlicher Betrieb

Technisch-wirtschaftliche Einheit, die für Rechnung eines Inhabers (Betriebsinhaber) bewirtschaftet wird, einer einzigen Betriebsführung untersteht und land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt. Dabei sind unter landwirtschaftlichen Erzeugnissen auch Garten- und Weinbauerzeugnisse zu verstehen.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Fläche, die zur Erzeugung pflanzlicher landwirtschaftlicher Produkte genutzt wird. Hierzu zählen die Flächen der Nutzungsarten Ackerland, Dauergrünland, Gartenland, Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Familienarbeitskräfte

Dazu gehören Betriebsinhaber, Ehegatten und deren auf dem Betrieb lebende und mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Familienangehörige. Der Begriff „Familienarbeitskräfte“ wird nur im Zusammenhang mit der Rechtsform „Einzelunternehmen“ ausgewiesen.

Produktionswert

Im Produktionswert der Landwirtschaft sind neben Verkäufen pflanzlicher und tierischer Produkte an andere Wirtschaftsbereiche und an andere landwirtschaftliche Einheiten auch der betriebliche Eigenverbrauch, die Vorratsveränderungen, die selbst erstellten Anlagen (Vieh) sowie die auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe erbrachten Dienstleistungen (z. B. Neuanpflanzungen von Dauerkulturen) enthalten. Nach den Bestimmungen des ESVG 95 beinhaltet der Produktionswert auch den innerbetrieblichen Verbrauch von Futtermitteln (Futtergetreide, Silage, Heu) in landwirtschaftlichen Betrieben. Ebenfalls erfasst werden landwirtschaftliche Lohnarbeiten (auch von gewerblichen Lohnunternehmen durchgeführt) sowie nichttrennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten (z. B. Ferien auf dem Bauernhof).

Aus der mit durchschnittlichen Erzeugerpreisen ohne Mehrwertsteuer bewerteten Produktion – differenziert nach einzelnen Erzeugnissen – ergibt sich der Produktionswert zu Erzeugerpreisen. Im Produktionswert zu Herstellungspreisen sind darüber hinaus noch die Gütersubventionen abzüglich der Gütersteuern berücksichtigt. Bis 2004 zählten hierzu vor allem die Flächenzahlungen für Ackerkulturen und Tierprämien. Ab 2005 wurden diese EU-Zahlungen von der Produktion entkoppelt und als einzelbetriebliche Prämien ausbezahlt. Nach den Regeln des

ESVG 95 werden diese Betriebsprämien in der Regionalen Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (R-LGR) als sonstige Subventionen verbucht. Der Produktionswert zu Herstellungspreisen fällt daher 2005 deutlich niedriger aus als in den Jahren zuvor.

Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe

Betrieb

Ein an einem Standort gelegenes Unternehmen (Einbetriebsunternehmen) oder ein Teil eines Unternehmens, wenn an diesem Ort oder von diesem Ort aus Wirtschaftstätigkeiten ausgeübt werden, für die in der Regel eine oder mehrere Personen im Auftrag desselben Unternehmens arbeiten. Örtlich getrennte Hauptverwaltungen der Unternehmen werden im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden ebenfalls als eigenständige Betriebe erfasst. Die Merkmalswerte sind für den gesamten Betrieb zu melden und schließen auch die nichtproduzierenden Teile ein.

Tätige Personen (Beschäftigte)

Alle Personen, die am Ende des Monats in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und tätige Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind, als Heimarbeiter auf der Lohn- und Gehaltsliste geführt werden sowie an andere Unternehmen gegen Entgelt überlassene Mitarbeiter. Nicht dazu rechnen dagegen gemäß Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung überlassene Personen (Leiharbeitnehmer). In den Angaben zu den tätigen Personen sind Auszubildende enthalten.

Gesamtumsatz

Umsatz aus eigenen Erzeugnissen und industriellen/handwerklichen Dienstleistungen, baugewerblicher Umsatz sowie Umsatz aus Handelsware und sonstiger nicht-industrieller Tätigkeit (z. B. Erlöse aus Vermietung und Verpachtung, aus Lizenzverträgen, Provisionseinnahmen und aus Veräußerung von Patenten sowie Erlöse aus Transportleistungen für Dritte und aus dem Verkauf von eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnissen). Als Umsatz gilt die Summe der Rechnungsendbeträge ohne in Rechnung gestellte Umsatzsteuer, jedoch einschließlich Verbrauchssteuern und der Kosten für Fracht, Verpackung und Porto, auch wenn diese gesondert in Rechnung gestellt werden.

Auslandsumsatz

Direkte Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie Lieferungen an Exporteure,

die die bestellten Waren ohne weitere Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Exportquote

Die Exportquote ist der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in Prozent.

Baugewerbe und Bautätigkeit

Betrieb

Einbetriebsunternehmen, Haupt- und Zweigniederlassungen, Filialen sowie Bauhöfe und Baustellen, die ein eigenes Bau- oder Lohnbüro mit gesonderter Abrechnung besitzen, Arbeitsgemeinschaften und Betriebe sowie selbstständige Betriebsabteilungen von Unternehmen, deren Schwerpunkt nicht in bauhauptgewerblicher Tätigkeit liegt, sofern sie Bauleistungen für den Absatz am Markt erbringen oder Bauten zum Zweck der Vermietung durch das eigene Unternehmen erstellen.

Tätige Personen (Beschäftigte)

Tätige Inhaber und tätige Mitinhaber, unbezahlt mithelfende Familienangehörige sowie alle in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehenden Personen (Arbeiter, Angestellte sowie kaufmännisch, technisch und gewerblich Auszubildende).

Gesamtumsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerpflichtigen und steuerfreien Beträge für Bauleistungen im Bundesgebiet, Anzahlungen für Teilleistungen oder Vorauszahlungen vor Ausführung der entsprechenden Lieferungen und Leistungen ab 5 000 €, Beträge für sonstige eigene Erzeugnisse, industrielle und handwerkliche Dienstleistungen sowie Umsatz aus Handelsware und aus sonstigen nichtindustriellen und nichthandwerklichen Tätigkeiten und zwar ohne die dem Kunden in Rechnung gestellte Umsatzsteuer. Der Gesamtumsatz versteht sich einschließlich von Leistungen aus Nachunternehmertätigkeit.

Baugewerblicher bzw. Ausbaugewerblicher Umsatz

Das sind steuerpflichtige und steuerfreie Beträge für erbrachte Bauleistungen einschließlich Anzahlungen für Teilleistungen und Vorauszahlungen vor Ausführung der entsprechenden Leistungen ab 5 000 € (ohne Umsatzsteuer).

Bauarten und Auftraggeber

Der *Hochbau* setzt sich aus dem Wohnungsbau, gewerblichen und industriellen Hochbau, Hochbau für Organisationen ohne Erwerbszweck sowie Hochbau für Körperschaften des öffentlichen Rechts zusammen.

Der *Tiefbau* besteht aus gewerblichem und industriellem Tiefbau, Straßenbau sowie sonstigem Tiefbau für Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie für Organisationen ohne Erwerbszweck (öffentlicher Tiefbau).

Zum *Wohnungsbau* gehören alle Bauten, die überwiegend den Wohnbedürfnissen dienen – unabhängig vom Auftraggeber.

Der *Wirtschaftsbau* umfasst den gewerblichen und industriellen Bau (einschließlich Bau für Bahn und Post), also alle privaten Auftraggeber.

Der *öffentliche Bau* (Hoch- und Tiefbau für Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie für Organisationen ohne Erwerbszweck) umfasst alle Hoch- und Tiefbauten dieser Auftraggeber.

Zum *Straßenbau* zählen Straßen, Autobahnen, Wege für Kraftfahrzeuge, Fußgänger und Radfahrer sowie Park- und Abstellplätze – unabhängig vom Auftraggeber.

Wohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte – gemessen an der Nutzfläche nach DIN 277 – Wohnzwecken dienen.

Nichtwohngebäude

Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke bestimmt sind, d. h. Gebäude, in denen mehr als die Hälfte der Gesamtnutzfläche Nichtwohnzwecken dient (z. B. Büro- und Verwaltungsgebäude, Anstaltsgebäude, Fabrikgebäude, Hotels usw.).

Rauminhalt

Rauminhalt ist das von den äußeren Begrenzungsflächen eines Gebäudes eingeschlossene Volumen (Bruttorauminhalt).

Binnenhandel und Gastgewerbe

Beschäftigte

Beschäftigte sind tätige Inhaber, unbezahlt mithelfende Familienangehörige sowie sämtliche Arbeitnehmer einschließlich der Auszubildenden und Praktikanten, die auf der Grundlage eines Arbeits- bzw. vergleichbaren Dienstvertrages mit dem Unternehmen ein Entgelt in Form von Lohn, Gehalt, Gratifikation, Provision oder Sachbezüge erhalten haben. Dazu gehören auch vorübergehend Abwesende (z. B. Kranke, Urlauber) und alle Teilzeitbeschäftigten – ohne Umrechnung auf Vollbeschäftigte. Bei Vollbeschäftigten entspricht die durchschnittliche Arbeitszeit der orts-, branchen- oder betriebsüblichen Wochenarbeitszeit. Bei Teilzeitbeschäftigten ist die durchschnittliche Arbeitszeit kürzer als die orts-, branchen- oder betriebsübliche Arbeitszeit; hierunter sind auch die marginal Beschäftigten nachzuweisen. Entscheidend ist die Anzahl der Beschäftigten jeweils am Ende eines Monats.

Umsatz

Der Umsatz im *Handel* ist der Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen und sonstigen Leistungen (ohne Umsatzsteuer) einschließlich Eigenverbrauch, Verkäufe an Betriebsangehörige sowie gesondert in Rechnung gestellter Kosten für Fracht, Porto, Verpackung usw., ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang und die Steuerpflicht. Zum Umsatz zählen auch Erlöse aus Kommissions- und Streckengeschäften, Provisionen und Kostenvergütungen aus der Vermittlung von Waren (nicht der Wert der vermittelten Waren).

Der Umsatz im *Gastgewerbe* ist der Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen und sonstigen Leistungen (ohne Umsatzsteuer) einschließlich Bedienungsgeld, Getränke-, Sekt-, Vergnügungssteuer (nicht jedoch durchlaufende Posten wie Kurtaxe oder Fremdenverkehrsabgabe) sowie die Kosten für Fracht, Porto und Verpackung (falls bei Lieferungen – z. B. aus gewerblichen Nebenbetrieben – gesondert in Rechnung gestellt).

Nicht zum Umsatz im Handel und Gastgewerbe gehören jedoch (nicht gewerblich besteuerte) Erlöse aus Land- und Fortwirtschaft, außerordentliche Erträge (z. B. aus dem Verkauf von Anlagevermögen) und betriebsfremde Erträge (z. B. Einnahmen aus Vermietung oder Verpachtung von betriebsfremd genutzten Gebäuden und Gebäudeteilen) sowie Zinserträge aus nicht betriebsnotwendigem Kapital oder Erträge aus Beteiligungen. An Kunden gewährte Skonti und Erlösschmälerungen (z. B. Preisnachlässe, Rabatte, Jahresrückvergütungen, Boni) sind bei der Ermittlung des Umsatzes abzusetzen.

Bei Zugehörigkeit zu einer umsatzsteuerlichen Organisation sind sowohl der auf das Unternehmen entfallende Umsatz mit Dritten als auch die mit den übrigen Tochtergesellschaften bzw. der Muttergesellschaft getätigten Innenumsätze anzugeben.

Ausgewählte Dienstleistungen

Unternehmen/Einrichtungen

Kleinste rechtliche Einheit, die entweder aus Handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führen und einen Jahresabschluss erstellen oder ähnliche Aufzeichnungen mit dem Ziel einer jährlichen Feststellung des Vermögensstandes und/oder des Erfolgs ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen muss.

Umsatz/Einnahmen

Gesamtbetrag (ohne Umsatzsteuer) der abgerechneten Lieferungen und sonstigen Leistungen, einschließlich der Handelsumsätze, aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit unabhängig vom Zahlungseingang. Hierzu zählen auch die Provisionen aus Vermittlungs- und Kommissionsgeschäften. Mit einzubeziehen sind in Rechnung gestellte Nebenkosten, sowie der umsatzsteuerfreie Umsatz nach § 4 UStG.

Beim Vorhandensein von Konzernen oder umsatzsteuerlichen Organschaften sind auch die Innenumsätze mit den anderen Organgesellschaften oder dem Organträger den Umsätzen zuzurechnen. Nicht zum Umsatz zählen außerordentliche und betriebsfremde Erträge (z.B. Zinsen, Dividenden), Erträge aus Beteiligungen sowie Erlöse aus dem Verkauf von Anlagevermögen.

Tätige Personen

Tätige Inhaber, Mitinhaber und unbezahlt mithelfende Familienangehörige sowie alle voll- und teilzeitbeschäftigten Angestellten, Arbeiter, Beamten, Auszubildenden, Studenten, Praktikanten und Volontäre, die nach dem Stand vom 30. September des Berichtsjahres in einem Arbeitsverhältnis zum Unternehmen oder zur Einrichtung standen und auf der Grundlage eines Arbeits- bzw. vergleichbaren Dienstvertrages mit dem Unternehmen oder der Einrichtung ein Entgelt in Form von Lohn, Gehalt, Gratifikation, Provision oder Sachbezüge erhalten haben. Hierzu zählen auch vorübergehend abwesende Personen sowie Personen in Altersteilzeit.

Unternehmen, Gewerbeanzeigen und Insolvenzen

Unternehmen

Ein Unternehmen wird in der amtlichen Statistik als kleinste rechtlich selbstständige Einheit definiert, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen muss. Das Unternehmen umfasst alle Betriebe und schließt freiberuflich Tätige mit ein.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Unternehmensregister zählen alle Arbeitnehmer und Personen in beruflicher Ausbildung, die in der gesetzlichen Rentenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden. Ab Stichtag 1. April 1999 sind Arbeitgeber verpflichtet, auch für Personen, die ausschließlich sog. geringfügig entlohnte Tätigkeiten ausüben, pauschalierte Beiträge zu Kranken- und Rentenversicherung zu entrichten. Personen, die nur wegen dieser gesetzlichen Neuregelung in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gelangt sind, sind im Unternehmensregister nicht enthalten. Die Bereitstellung der Daten erfolgt – im jährlichen Turnus – durch die Bundesagentur für Arbeit. In den entsprechenden Angaben sind diejenigen Betriebe enthalten, in denen zum Stichtag 31. Dezember sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig waren. Darüber hinaus sind Daten zu Betrieben enthalten, in welchen zwar zum Stichtag keine, jedoch mindestens in einem der übrigen Quartals-Stichtage sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeiten.

Steuerbarer Umsatz

Der steuerbare Umsatz im Unternehmensregister umfasst die Lieferungen und sonstigen Leistungen des Unternehmens. Informationen über Unternehmen mit steuerbarem Umsatz werden von den Finanzbehörden zusammen mit den Angaben zur Umsatzsteuerstatistik jährlich übersandt. In dem Liefermaterial sind alle umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen enthalten, die im jeweiligen Berichtsjahr Umsatzsteuer-Voranmeldungen in Deutschland abgegeben haben und deren Jahresumsatz im Berichtsjahr mindestens 17 500 € beträgt.

Gewerbebeanmeldung

Eine Anmeldung ist abzugeben bei:

- Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes, einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle,
- Zuzug eines bestehenden Betriebes aus einem anderen Gewerbeamtsbereich (d. h. Wiedereröffnung nach Verlegung),
- Übernahme eines bereits bestehenden Betriebes (z. B. durch Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschaftereintritt).

Gewerbeabmeldung

Eine Abmeldung ist abzugeben bei:

- Aufgabe eines Gewerbebetriebes, einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle,
- Fortzug eines bestehenden Betriebes in einen anderen Gewerbeamtsbereich (d. h. Schließung wegen Verlegung),
- Übergabe eines weiterhin bestehenden Betriebes wegen Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschafteraustritt.

Neuerrichtung

Neuerrichtungen umfassen Neugründungen und Umwandlungen, wobei sich die Neugründungen aus Betriebsgründungen und sonstigen Neuerrichtungen zusammensetzen.

Betriebsgründung

Unter Betriebsgründung wird aus statistischer Sicht die Gründung einer Hauptniederlassung, Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle durch eine juristische Person, eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) oder eine natürliche Person zusammengefasst. Bei einer natürlichen Person, die eine Hauptniederlassung anmeldet, gilt als Voraussetzung für eine Betriebsgründung, dass sie entweder in das Handelsregister eingetragen ist oder aber eine Handwerkskarte besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer laut Gewerbebeanmeldung beschäftigt wird.

Sonstige Neuerrichtung

Eine sonstige Neuerrichtung ist die Gründung einer Hauptniederlassung durch einen Kleingewerbetreibenden, die nach Art und Umfang keinen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert (Nicht-Kaufmann/-frau). Der Kleingewerbetreibende ist nicht im Handelsregister eingetragen, besitzt keine Handwerkskarte und beschäftigt keine Arbeitnehmer. Die Gründung eines Gewerbes, das in der Gewerbeanzeige bereits als Gewerbe im Nebenerwerb ausgewiesen wird, gilt ebenfalls als sonstige Neuerrichtung.

Betriebsaufgabe

Eine Betriebsaufgabe umfasst aus statistischer Sicht die vollständige Aufgabe einer Hauptniederlassung, einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle, welche durch eine juristische Person, eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) oder eine natürliche Person geführt wurde. Bei einer natürlichen Person gilt als Voraussetzung, dass sie entweder in das Handelsregister eingetragen war oder zuletzt mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt hat.

Sonstige Stilllegung

Eine sonstige Stilllegung ist die vollständige Aufgabe einer Hauptniederlassung eines Kleingewerbetreibenden (Nicht-Kaufmann/-frau). Das Kleinunternehmen war nicht im Handelsregister eingetragen und beschäftigte keine Arbeitnehmer. Die Aufgabe eines Gewerbes, das im Nebenerwerb betrieben wurde, gilt ebenfalls als sonstige Stilllegung.

Insolvenzverfahren

Das Insolvenzverfahren dient dazu, die Gläubiger eines Schuldners gemeinschaftlich zu befriedigen, indem das Vermögen des Schuldners verwertet und der Erlös verteilt oder in einem Insolvenzplan eine abweichende Regelung insbesondere zum Erhalt des Unternehmens getroffen wird. Dem redlichen Schuldner wird Gelegenheit gegeben, sich von seinen restlichen Verbindlichkeiten zu befreien (vgl. § 1 InsO). Das Insolvenzverfahren erfasst das gesamte Vermögen, das dem Schuldner zur Zeit der Eröffnung des Verfahrens gehört und das er während des Verfahrens erlangt (Insolvenzmasse; vgl. § 35 InsO).

Eröffnete Insolvenzverfahren

Zu den eröffneten Insolvenzverfahren zählen die Verfahren, die durch einen Beschluss des Gerichtes eröffnet wurden (Eröffnungsbeschluss; vgl. § 27 InsO). Ein Verfahren wird eröffnet, wenn das Vermögen des Schuldners ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen oder wenn ein entsprechender Geldbetrag vorgeschossen wird.

Mangels Masse abgewiesene Insolvenzverfahren

Mangels Masse abgewiesene Insolvenzverfahren sind Verfahren, bei denen das Vermögen des Schuldners voraussichtlich nicht ausreichen wird, um die Kosten des Verfahrens zu decken (vgl. § 26 InsO). Für natürliche Personen gilt ab Dezember 2001, dass sie sich die Verfahrenskosten stunden lassen können.

Schuldenbereinigungsplan

Er enthält alle Regelungen für eine angemessene Schuldenbereinigung im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens. Er hat die Wirkung eines Vergleichs. Hat kein Gläubiger Einwendungen bzw. wird eine Ablehnung durch Zustimmung des Gerichts ersetzt, gilt der Schuldenbereinigungsplan als angenommen (Beschluss des Insolvenzgerichts; vgl. §§ 305, 308, 309 InsO).

Außenhandel

Generalhandel

Die Ergebnisse der *Einfuhr als Generalhandel* beinhalten die Einfuhr von Waren in den freien Verkehr, zur zollamtlich bewilligten aktiven und nach passiver Veredlung (Eigen- und Lohnveredlung bzw. Ausbesserung) sowie die Einfuhr ausländischer Waren auf Lager zum Zeitpunkt ihrer Einlagerung.

Spezialhandel

Die *Ausfuhr als Spezialhandel* erfasst die Ausfuhr von Waren aus dem freien Verkehr, nach zollamtlich bewilligter aktiver und zur passiven Veredlung (Eigen- und Lohnveredlung bzw. Ausbesserung) *ohne* die Wiederausfuhr eingelagerter ausländischer Waren.

Preise

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex zeigt an, in welchem Maß sich die Lebenshaltung der privaten Haushalte infolge von geänderten Verbraucherpreisen, aber unbeeinflusst von Änderungen im Konsumverhalten, verteuert oder verbilligt hat. Die einzelnen Preisindexzahlen repräsentieren die Preisentwicklung der Waren und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs als durchschnittliche Veränderung gegenüber dem Basiszeitraum (zurzeit 2005). Sie bieten Orientierungsmöglichkeiten zu den Preisbewegungen auf der Verbraucherstufe. Häufig wird der Verbraucherpreisindex zur Wertsicherung von Forderungen verwendet. Darüber hinaus lässt sich die Veränderung der Kaufkraft des Geldes auf der Verbraucherebene über diesen Index ermitteln.

Mit der *Jahresteuersatzrate* wird die Veränderung des Verbraucherpreisindex im jeweiligen Jahr gegenüber dem Vorjahr dargestellt.

Sonderindex „Kraftfahrerpreisindex“

Der Sonderindex „Kraftfahrerpreisindex“ spiegelt die Preisentwicklung bei Neu- und Gebrauchtwagen, Motorrädern, Ersatzteilen, Zubehör und Pflegemitteln, Reparaturen, Inspektion und Wagenwäsche, Kraftstoffen, Garagenmieten, Fahrschule und Führerscheingebühren sowie der Kfz-Ver-sicherung und -steuer wider.

Sonderindex „Energie“

Der Sonderindex „Energie“ beinhaltet die Positionen Strom, Gas, Heizöl, feste Brennstoffe (Kohle, Holz), Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme sowie Kraftstoffe.

Sonderindex „Saisonabhängige Nahrungsmittel“

In den Sonderindex „Saisonabhängige Nahrungsmittel“ geht die Preisentwicklung für frisches Obst und Gemüse (einschließlich Kartoffeln) sowie Frischfisch ein.

Sonderindex „Administrierte Preise“

Der Sonderindex „Administrierte Preise“ wird aufgrund der Abgrenzung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresgutachten 2007/2008 (Anhang IV, Tabelle E1) berechnet. Nachfolgende Positionen sind in diesem Index enthalten: Verkehrs-

tarife, Rundfunk- und Fernsehgebühren, Gebühren für den Besuch von Kultur-, Bildungseinrichtungen und Sportanlagen, Parkgebühren, Führerscheingebühren, Kfz-Prüf- und Zulassungsgebühren, ASU-Gebühren, Kfz-Steuer sowie sonstige Gebühren, Wohnungsnebenkosten (ohne Entgelte für die Gartenpflege), Versorgungstarife, Nachrichtenübermittlung, Nettomieten im öffentlich geförderten Wohnungsbau, freiwillige Beiträge zur Krankenversicherung, Kosten der Gesundheitspflege, für die Rechtsberatung, den Sozial-schutz sowie Notargebühren.

Preisindizes für Bauwerke

Baupreisindizes messen die Preisentwicklung für Bauleis-tungen gleicher Art und Qualität gegenüber dem Basis-zeitraum (zurzeit 2005). Sie geben keine Auskunft über die tatsächlichen Baukosten. Als Erzeuger-Verkaufs-preisindizes spiegeln sie die Preisdynamik für den Neu-bau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Tief-baues sowie der Instandhaltungsmaßnahmen an Wohn-gebäuden wider. Im Gegensatz zu einigen anderen Er-zeugerpreisindizes beziehen sie sich auf bestimmte Er-zeugnisarten und nicht auf einen institutionell abgegrenz-ten Wirtschaftsbereich.

Herausgeber:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Redaktion:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Gestaltung und Satz:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Druck:

Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

Redaktionsschluss:

Juli 2010

Bezug:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Postanschrift: Postfach 11 05, 01911 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1424

Fax: +49 3578 33-1598

E-Mail: vertrieb@statistik.sachsen.de

www.statistik.sachsen.de/shop

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2010

Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 1435-8832